

Anne Haertel

Die Ereignisse um den
17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg
Schlaglichter

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Inhalt

Vorwort	2
1. Einleitung	4
2. Wie lässt sich die Broschüre lesen?	7
3. Quellenlage und Quellenkritik	8
4. Von Großbauern und Industriearbeitern oder Hintergründe über die Lage im Bezirk Magdeburg Anfang der 50er Jahre	10
5. Erinnerungen an den 17. Juni 1953 in der Bezirksstadt Magdeburg	14
6. Karte über die Ereignisse im Bezirk	39
7. Die Ereignisse in den Städten und Gemeinden der Kreise	40
8. Verzeichnisse	174
a. Ortsverzeichnis	174
b. Abkürzungsverzeichnis	179
c. Literaturverzeichnis	182

Redaktioneller Hinweis:

Zitate aus den MfS-Unterlagen und den übrigen Akten sind in Kursivschrift wiedergegeben. Auftretende Rechtschreibfehler wurden hierbei übernommen.

Vorwort

Wurde vor einigen Jahren über den 17. Juni 1953 gesprochen, stand im Mittelpunkt der Ereignisse meist Berlin und die Demonstration der Bauarbeiter. Am Rande wurden noch die großen Städte, wie z. B. Halle, Magdeburg, Jena und Bitterfeld erwähnt. Erst in letzter Zeit fanden auch die kleineren Orte wieder einen Platz in der Öffentlichkeit. Die Erkenntnis, dass es sich damals vor 50 Jahren um einen breiten Volksaufstand handelte, setzt sich erst langsam wieder durch.

Ziel der vorliegenden Broschüre ist es, Demonstrationen und Streiks in den kleineren Orten auf dem Gebiet des vormaligen Bezirkes Magdeburg zu benennen. Im Vorfeld der Untersuchungen wurden durch die Behörde der Landesbeauftragten zwei Umfragen veranlasst. Im Sommer 1999 wurden folgende Fragen in den Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalts veröffentlicht:

- Was ereignete sich im Umfeld des 17. Juni 1953 in Ihrem Ort?
- Wie verhielten sich die Bürger zu den Ereignissen?
- Gibt es Berichte, Fotos oder andere Materialien in Ihrem Archiv?
- Sind Ihnen Personen bekannt, die über diese Ereignisse heute noch berichten können und möchten?
- Gibt es Publikationen? Wenn ja, welche?
- Gibt es eine Gedenktafel und/oder wurden Straße und Plätze nach dem 17. Juni 1953 oder davon Betroffenen benannt?
- Gibt es Arbeitskreise oder Geschichtswerkstätten zu diesem Thema in Ihrem Ort?

Gerade sieben Orte kamen damals der Bitte um Beantwortung nach. Im Januar 2002 wurden mit den gleichen Fragen, ausgeweitet auf ihren Bereich, insgesamt 217 Verwaltungsgemeinschaften und kreisfreie Städte angeschrieben. Ausdrücklich wurde noch einmal auf den bevorstehenden 50. Jahrestag hingewiesen. Diesmal antworteten bis zum Februar 2003 88 der angeschriebenen Behörden. Davon konnten 62 unterschiedlich umfangreiche Hinweise zu Ereignissen geben. Hinzu kamen die Berichte zahlreicher Zeitzeugen, die sich im Verlauf des letzten Jahres bei der Landesbeauftragten meldeten. Immer wieder wurde in Gesprächen deutlich, dass es nur eines kleinen Anstoßes bedurfte, und die Erinnerung kam zurück. Die Hoffnung auf mehr Freiheit und Demokratie, einen besseren Lebensstandard und nicht zuletzt die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und deren Zusammenbruch

nach der Niederschlagung des Aufstandes vor 50 Jahren haben sich tief eingepreßt. Es stellte sich weiter heraus, dass sehr wohl die Menschen in vielen kleinen Orten von den Ereignissen betroffen waren oder sich selbst auf den Weg machten, wie z. B. Einwohner von Schlagenthin zum Untersuchungsgefängnis in Genthin.

Allen, die sich an der Zusammenstellung der Materialien beteiligt und ihre Erinnerungen zur Verfügung gestellt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Anne Haertel hat die Berichte ausgewertet und zusätzlich Recherchen im Landes- und in anderen Archiven durchgeführt. Ihr Bericht schildert die Vielfalt der Geschehnisse im ehemaligen Bezirk Magdeburg. Hierfür gebührt ihr großer Dank.

Auf Grund der Kürze der Zeit und eingeschränkter Kapazitäten bleibt die vorliegende Broschüre ein erster Versuch, welcher sich schlaglichtartig den kleinen Orten widmet. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht in allen Fällen konnten Berichte nachrecherchiert werden. Den Ereignissen in Bereichen, aus denen keine Berichte vorlagen, konnte nicht immer nachgegangen werden. Auf die Stadt Magdeburg wurde bis auf extra zugesandte Zeitzeugenberichte verzichtet, da ein ausführlicher Aufsatz in einer anderen Publikation auf sie eingeht. Eine Gesamtdarstellung des 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt steht weiterhin aus. Die Autorin und die Herausgeber erhoffen sich, dass das vorliegende Material anderen zu einer Spurensuche vor Ort Mut macht und dabei weiterhelfen kann. Dieses könnte eine Aufgabe für Schüler und Lehrer in den einzelnen Städten und Gemeinden sein. Vielleicht wird es dann auch möglich, mit der Bezeichnung von Plätzen und Straßen an die Ereignisse vor 50 Jahren und damit an Mut und Zivilcourage zu erinnern. Bisher gibt es in Sachsen-Anhalt nur in Magdeburg einen „Platz des 17. Juni“.

Edda Ahrberg

Landesbeauftragte

1. Einleitung

Bekannt geworden sind jene Arbeiteraufstände, Streiks und Demonstrationen in den großen Industrieballungszentren, in den Bezirksstädten und natürlich in der Hauptstadt der DDR, wo auf der Stalinallee alles begonnen hatte: Wo die Arbeiter und Angestellten ihre Werkzeuge und Materialien hinwarfen und den Mut fanden, endlich ihren Ärger, ihre Frustration und ihr Gefühl des Ausgeliefertseins nach außen zu tragen und öffentlich zu zeigen. Sie würden sich nicht weiter bevormunden lassen und irrealen Vorstellungen der Ministerien umsetzen, die gegen ihre täglichen beruflichen Erfahrungen und bewährten Überzeugungen standen. Sie wollten nicht noch länger akzeptieren, dass ihr Lebensstandard so sehr viel geringer im Vergleich zu den Westzonen ausfiel und sie nun bei teilweise miserablen Arbeitsbedingungen auch noch für das gleiche Geld mehr arbeiten sollten. Unabhängig davon, ob sie in der Groß- oder Kleinstadt oder auf dem Dorf lebten, viele Menschen bewegte im Juni 1953 gleichermaßen die schwierige Wirtschaftslage und die politischen Entwicklungen in der DDR. Die große Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung entstand nicht durch den am 9. Juni 1953 vom Politbüro beschlossenen und am 11. Juni vom Ministerrat bestätigten „Neuen Kurs“. Die beschlossenen Normerhöhungen waren nur der Tropfen, der das Glas zum Überlaufen brachte. Entsprechend groß waren die Erregung und Energie, die unter den Menschen entstand und sich fieberhaft von einem zum anderen ausbreitete.

In Publikationen und Zeitungsberichten wird heute meist auf die großen Ereignisse geschaut. In dieser Zusammenstellung interessieren statt dessen besonders die kleineren Beispiele von Widerständigkeit und die vielen Ausdrücke von Protest, die zu Größe und Gewicht des Aufstandes wesentlich mit beigetragen haben. Die zusammengetragenen Forschungsergebnisse konzentrieren sich ausschließlich auf die Kreise des ehemaligen Bezirkes Magdeburg und sollen dazu beitragen, die noch vorhandenen Erinnerungen der Zeitzeugen und sonstiges Material zusammenzutragen, um diese Geschichte aufzuarbeiten und nicht zu vergessen. Das Wissen um die örtliche Heimatgeschichte jener Zeit ist weitestgehend gering. Das könnte auch mit ein Grund dafür sein, dass in den Kreisen des Bezirkes Magdeburg (die Stadt Magdeburg ausgenommen) bisher keine öffentliche Erinnerung und Würdigung des 17. Juni durch entsprechende Straßen- oder Schulbenennungen u. ä. oder die Aufstellung von Denkmälern, Erinnerungstafeln, etc., gefunden wurde.

Im Bezirk lag damals der Schwerpunkt der Proteste in der Bezirksstadt Magdeburg. Günstig gelegen, in relativer Nähe zu Berlin und an der Bahnlinie nach Westdeutschland erfuhren die Menschen schnell und unmittelbar von

den Aktionen der Bauarbeiter und anderer Berliner in Ost-Berlin. Die Ziele der Aufständischen in Magdeburg waren neben den großen Betrieben, wie z. B. dem Schwermaschinenbau-Werk, die Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg, in der damals zahlreiche Inhaftierte, nähere und weitere Bekannte oder Verwandte für mehr oder weniger kleine und manchmal auch eher unklare Delikte einsaßen. Die Ereignisse in Magdeburg spielten eine wichtige Rolle für alle Aktionen im Bezirk, besonders aber für die direkt angrenzenden Kreise. Meist brachten die Arbeiter der Magdeburger Großbetriebe die Informationen über die Unruhen erst in die Städte und Dörfer der Kreise hinein. So dass hier Widerstandsaktionen erst am Nachmittag oder Abend begannen. Außerdem erfuhr die Bevölkerung über den westlichen Sender RIAS, was im Land passierte, da dieser wenigstens umfangreich über die Ereignisse berichtete. Die DDR-Sender verschwiegen in den ersten Tagen die Vorkommnisse im Land. So kam dem RIAS neben der Mund-zu-Mund-Verbreitung in der Ausbreitung der Aktivitäten auf die Städte und Gemeinden des Kreises die größte Bedeutung zu. Schließlich waren die Informationsmöglichkeiten und Kommunikationswege im Jahr 1953 längst nicht so flächendeckend für alle Einwohner zugänglich, abgesehen davon dass es keine modernen Möglichkeiten, wie z. B. Handys, aber auch kaum Telefone und Fernseher gab und von den wenigen Rundfunksendern, nur die der DDR erlaubt waren.

In den weiter von Magdeburg entfernt liegenden Kreisen begannen die Arbeitsniederlegungen teilweise erst am nächsten Tag, dem 18. Juni 1953. In den Kreisen, die direkt an die westlichen Besatzungszonen grenzten, hatten die staatlichen Organe im Jahr zuvor mit der „Aktion Ungeziefer“ große Umsiedlungsaktionen von scheinbar missliebigen Personen aus den Grenzregionen in das Landesinnere gebracht. Die dortigen Einwohner nahmen an, dass im Rathaus Listen mit weiteren Namen von Personen bereit lägen, die demnächst umgesiedelt werden würden. Dementsprechend war hier die Atmosphäre um den 17. Juni hoffnungsvoll, aber auch ängstlich und abwartend.

Die mündlich überbrachten Nachrichten verfälschten sich umso mehr, je weiter die Kreise von Magdeburg entfernt waren. So wurde in manchen Betrieben der Südkreise des Bezirkes davon ausgegangen, dass die Regierung der DDR bereits zurückgetreten sei und nun Umstrukturierungen im Betrieb vorgenommen werden sollten. Einige Gerüchte beschäftigten sich damit, dass die amerikanische Besatzungsmacht einige Kreisgebiete besetzen würde. Andere, dass der 17. Juni 1953 wiederholt werden würde.

In den Städten und Industriezentren des Bezirkes konzentrierten sich die Aktivitäten der Bevölkerung auf die Betriebe. Hier führten häufig Diskussionen unter den Kollegen zu Arbeitsniederlegungen in einzelnen Abteilungen, die

sich bis zu einem Gesamtstreik ausweiten konnten. Streikleitungen wurden notwendig, die meist die Forderungen der Kollegen schriftlich zusammenfassten. Der nächste Schritt war meistens der Versuch, sich mit anderen Betrieben zu verbünden und eine Demonstration durch den Ort zu organisieren, um die Unzufriedenheit öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Dabei wurden meist die staatlichen Stellen, das eventuell vorhandene Gefängnis und andere wichtige Gebäude angesteuert. Durch das Einschreiten der Roten Armee oder der Polizei sowie durch die Verhaftungen wurden die Menschen häufig auseinander gebracht und die Aktionen beendet.

Der Ablauf der Aktionen in ländlichen Regionen verlief etwas anders. Nicht selten begann der Widerstand hier in der Gastwirtschaft des Ortes, wo sich die Menschen trafen, um die neusten Informationen nach Feierabend auszutauschen. Eine oder mehrere Gruppen bildeten sich, die aufgebracht zur meistens vorhandenen Maschinen- und Traktoren-Station (MTS) und zu dessen Kulturhaus, zur Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) oder zum Bürgermeister- oder Gemeindeamt zogen. Hier wurden meist Bilder, sozialistische Losungen u. ä. entfernt und nach Einwohner gefährdenden Akten und Listen der Partei gesucht und solche zerrissen oder verbrannt. Nicht selten suchten sie auch bekannte Personen auf, die als partei- und staats-treu galten und sich ihnen gegenüber besonders negativ erwiesen hatten. Manchmal versuchten die Gruppen aber auch in benachbarte größere Städte oder zu naheliegenden Gefängnissen zu gelangen, um sich den dortigen Streikenden anzuschließen.

Die Aktivitäten der unzufriedenen Bevölkerung erschienen in den Städten vernetzter und organisierter. Auf dem Land waren die Aktionen spontaner, vielfältiger, deftiger und kürzer.

In allen Kreisen fanden Aktionen statt. Südlich von Magdeburg fanden stärkere Aktivitäten¹ statt als in den Nord- und in den meisten Grenzkreisen. Solche befanden sich südlich der Bezirksstadt in Halberstadt, in Stadt und Kreis Wernigerode, in Oschersleben, in Seehausen/Kr. Wanzleben, in Staßfurt, in Barby, Calbe (beide Kr. Schönebeck) und Schönebeck, in Hobeck/Kr. Loburg, im Gefängnis Gommern, im Kreis Wolmirstedt, in Genthin, im Eisenhüttenwerk Tangerhütte, in Stendal, in Vieritz/Kreis Havelberg, in Havelberg und in der Pumpenfabrik in Salzwedel.

¹ Dazu zählen größere, längere Streiks und Demonstrationen, aber kein reines Entfernen von Bildern und Plakaten.

2. Wie lässt sich die Broschüre lesen?

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe stehen die Ereignisse in den kleinen Dörfern und auf den Gütern, in den Kleinstädten und Kreisstädten des Bezirkes Magdeburg. Alles, was auf widerständige Ereignisse hinweist, von kleinen Erwähnungen bis hin zu nachweisbaren detaillierten Fakten und Zeitzeugenberichten, wurde in den Text aufgenommen, um das breite und facettenreiche Geschehen am 17. Juni 1953 und an seinen Folgetagen im Bezirk erkennbar zu machen. Diese erste Gesamtdarstellung über die Ereignisse im Bezirk Magdeburg (die Stadt Magdeburg ausgenommen) soll allen forschenden Interessenten die Möglichkeit geben, den aufgedeckten Spuren nachzugehen und vertiefende Untersuchungen anzuschließen.

Der Aufbau des Textes soll jedem ermöglichen, sich schnell und bei Bedarf gezielt nur über einzelne Kreise zu informieren. Der allgemeine Hintergrund der Gesamtsituation wurde in anderen Veröffentlichungen zum 17. Juni 1953 ausführlicher geschildert, erscheint jedoch auch in einer Kurzfassung zusammen mit den Schlussfolgerungen, die sich aus der Auswertung der Quellen ergaben, als Einstieg ganz hilfreich. Die Darstellung der Forschungsergebnisse orientiert sich an der damaligen Verwaltungsgliederung in 21 Kreise und 1 Bezirksstadt und nicht an den Grenzen der derzeitigen Verwaltungsgemeinschaften. Die Kreisberichte sind in sich in einen ersten oder letzten Block über Vorkommnisse im Kreisgebiet und in Abschnitte mit Detaildarstellungen zu einzelnen Aktionen, Betrieben, Geschichten gegliedert. Das Sortieren nach Kreisen übersieht nicht, dass manchmal auch über die Kreisgrenzen hinaus, Vernetzungen entstanden. Die wurden dann als solche kenntlich gemacht. Die Stadt Magdeburg wurde aus dieser Zusammenstellung absichtlich herausgenommen. Es gibt inzwischen umfangreiche Darstellungen über die Ereignisse in Magdeburg, auf die hier verwiesen sein soll. Die Bedeutung der Bezirksstadt für die Ereignisse in den Kreisen wurde in der Einleitung dargestellt.

3. Quellenlage und Quellenkritik

Die ersten Recherchen über die Lage um den 17. Juni 1953 im Bezirk erbrachten, dass in den meisten Stadt- und Kreisverwaltungen bisher noch wenig darüber bekannt ist, was in den historischen Junitagen in der eigenen Region geschah. Außer für die Stadt Magdeburg und die Stadt Genthin stehen die Untersuchungen damit noch am Anfang. So konnten noch längst nicht alle Akten- und Quellenmaterialien ausgewertet und Zeitzeugen befragt werden. Der hier dargestellte Überblick über die bisher nachgewiesenen Vorkommnisse in den Regionen kann nur als ein vorläufiges Zwischenergebnis gelten, dass insbesondere Schüler und alle anderen Interessierten dazu animieren soll, sich mit ihrer Heimatgeschichte zu beschäftigen und die bisherigen Erkenntnisse weiter und tiefer zu erforschen. Die zusammengestellten Ereignisse sollen dazu anregen, die erlebte und erzählte Geschichte noch genauer und in ihren vielen verschiedenen Perspektiven nachvollziehbar zu machen. Dazu ist gerade nach 50 Jahren und je mehr die Zeit vergeht, vor allem das Auffinden und Befragen von Zeitzeugen notwendig. Viele von ihnen leben bereits nicht mehr. Erst durch ihre Erinnerungen lassen sich die Darstellungen in den Berichten der SED-Kreisleitungen, der Volkspolizei und des MfS einordnen und bewerten.

Die heutigen Verwaltungsgemeinschaften sowie die Stadt- und Kreisarchive besitzen in der Regel die Protokolle und Schriftstücke der Stadt- und Gemeinderatssitzungen und andere Akten jener Zeit nicht mehr. In Ilsenburg im Kreis Wernigerode fehlt zum Beispiel ausgerechnet das Protokoll der Ratssitzung vom Juni 1953. Die SED-Kreisleitungen und die Bezirksleitung verlangten schon vor dem 17. Juni 1953 regelmäßige Berichte aus den Städten und Gemeinden zur aktuellen Lage. Auch die sogenannten betrieblichen Parteiorganisationen (BPO), die mindestens in jedem staatlichen Betrieb vorkamen, und die darüber hinaus, häufig die Gemeinden organisierenden Ortsparteiorganisationen (OPO) standen oft in unmittelbarer Berührung zu den Streikenden. Sie lieferten ebenfalls Berichte ab. Betriebliche Berichte wurden in städtischen Berichten, diese in Kreis- und dann in Bezirksberichten verarbeitet. Sie befinden sich heute als SED-Kreisleitungs- oder Bezirksleitungsberichte im Landeshauptarchiv von Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Diese Quellen bildeten eine Hauptgrundlage für die Zusammenstellung der Ereignisse. Ebenfalls interessant und aussagekräftig sind die auch dort einzusehenden Berichte der Volkspolizei. Weitere wichtige Quellen besitzen manche Betriebe in ihren internen Betriebsarchiven. Zeitzeugen kennen insbesondere die Einzelheiten der Erlebnisse und ergänzen die Perspektive der staatlichen Berichterstattung. Ihre Erinnerungen spiegeln die Stimmung in der Bevölkerung am deutlichsten wider.

Interessanterweise lassen sich aus den gesichteten Notizen, Bemerkungen und Berichten der staatlichen Institutionen verschiedene Interessen vermuten. Eine vorsichtige Interpretation der Motive ergibt: Grundsätzlich sind an den berichteten Ereignissen immer wahre Anteile zu erkennen, meistens das Faktum, das Ereignis an sich. Überblickt man die Berichterstattung, lässt sich allerdings feststellen, dass in der ersten Phase, kurz nach dem Beginn der Aktionen, die Berichterstatte über die Vorgänge selbst noch überrascht waren und häufig nur sehr wenig oder aber übermäßig detailgetreue Einzelheiten und weitestgehend nicht moralisch wertend dokumentierten. Vermutlich blieb für ausführlichere Darstellungen keine Zeit und es fehlte die Orientierung, was die übergeordneten Stellen hören wollten. So lassen sich manchmal sogar Pro-Haltungen für die Streikenden und Kritik an den staatlichen Maßnahmen herauslesen. Vermutlich äußerte sich hierin nur der Zwiespalt mancher Genossen, die einerseits Veränderungen befürworteten, andererseits die Kollegen nicht anschwärzen und dennoch mit dem Staat konform gehen wollten. In den zeitlich späteren Berichten macht sich eine positive Selbstdarstellung der staatlichen Stellen zunehmend häufiger bemerkbar, vermutlich weil die BPOs und OPOs nun selbst auf ihr Verhalten am 17. Juni 1953 überprüft wurden. Betont wurde, wie gut man als Genossen um den 17. Juni gewirkt hätte. Die Beschreibung der aktuellen Situation im Kreis wurde gleichzeitig eher verharmlost und vernachlässigt. Manche Orte und Kreise berichteten hingegen erst sehr spät, manchmal erst kurz vor Ende des Jahres, über einzelne Episoden aus den Junitagen, entweder weil sie, wie sie selbst begründeten, nun erst davon erfahren hätten oder weil sie – anders ausgelegt – vorher die Informationen möglicherweise zurückgehalten hatten.

Die Berichte der Zeitzeugen beruhen auf ihren Erinnerungen und teilweise auch auf Tagebuch- oder anderen Aufzeichnungen. Viele der Zeitzeugen sind inzwischen alt und so kann es auch hier zu Irrtümern oder Vergessenem kommen.

Keine der Quellen kann einen Anspruch auf die absolute Wahrheit über den Verlauf der Ereignisse erheben. Manchmal widersprechen sich Quellen, besonders häufig kommt das bei statistischen Angaben und Zahlennennungen vor. Sämtliche verwendeten Zahlen sind mit Vorsicht zu betrachten, da sie nicht immer bestätigt werden konnten. Deshalb ist es auch besonders bei den hier noch am Anfang stehenden Recherchen zum 17. Juni im Bezirk Magdeburg wichtig, bei jeder Quelle und jedem Beispiel auch die Perspektive der dahinter stehenden Person oder Institution und ihrer Interessen im Blick zu haben, nur dann wird die Geschichte auch verständlich.

4. Von Großbauern und Industriearbeitern oder Hintergründe über die Lage im Bezirk Magdeburg Anfang der 50er Jahre

Die tägliche Lebenssituation war damals für viele DDR-Bürger gleich auf mehreren Ebenen instabil und kaum voraussehbar. Das betraf die Versorgungssituation mit Nahrungsmitteln und anderen Waren, die zahlreichen Verhaftungen und hohen Strafen für vergleichsweise geringe oder herbeigesuchte Delikte, die Zwangskollektivierung der Bauern in die LPGs auf den Dörfern, die schlechten Arbeitsbedingungen in den Städten, die Zwangsaussiedlung „missliebiger Personen“ in den Grenzgebieten und das Abwandern von Freunden und Bekannten in den Westen.

Am 23. Juli 1952 wurde die Verwaltungsgliederung der sowjetischen Besatzungszone reformiert. Sachsen-Anhalt und die anderen freien Länder wurden aufgelöst und neben anderen Bezirken entstand der Bezirk Magdeburg. Die neuen Grenzziehungen der Bezirke brachten Unruhe mit sich. Die Zuschlagung z. B. einiger alter Brandenburger Ortschaften zum Bezirk Magdeburg verbreitete ebenso Unsicherheit und Befremden wie die deutlich sichtbare Zentralisierung des Staates.

Anfang Oktober 1952 beschloss die Volkskammer der DDR ein neues Gerichtsverfassungsgesetz, das die staatliche Souveränität mehr in den Mittelpunkt stellte. „Die Rechtssprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Aufbau des Sozialismus.“² Eine neue Strafprozessordnung und das zusätzliche Gesetz zum Schutze des Volkseigentums, mit dem daraufhin härteste Strafen für geringfügige Eigentumsdelikte verhängt werden konnten, trat in Kraft. Rechtsbeugende Vorfälle waren schon vorher zunehmend vorgekommen. Relativ willkürlich wurden nicht nur kleine Delikte hoch bestraft, sondern wenn es notwendig wurde, auch noch nach möglichen Delikten gesucht. Die Willkür und die hohen Strafen verstärkten die Angst untereinander. Darum zog es während des Aufstandes am 17. Juni auch viele Menschen zu den Gefängnissen, um Familienangehörige und Bekannte zu befreien. Die Haftanstalten waren überwiegend überbelegt und boten katastrophale Zustände.

Im November 1952 wurde auf dem 10. Plenum des ZK der SED erneut der Vorrang der Schwerindustrie vor anderen Industriezweigen betont, was für die anderen Industriezweige kaum Hilfe und Mittel für der Realisierung ihrer Aufgaben bedeutete.

Das neue Jahr 1953 begann mit der Ankündigung der SED, alle Parteimitglieder, die vor 1945 in westlichen Staaten gelebt hatten, überprüfen zu wollen. Das

2 § 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes von 1952.

nahezu krankhafte Misstrauen der SED und der Regierung gegenüber den Bürgern ihres Landes und gegenüber den eigenen Genossen unterhöhlte zusätzlich die Akzeptanz, Unterstützung und Identifizierung der Bevölkerung mit dem eigenen Staat.

Der „planmäßige Aufbau des Sozialismus nach dem Vorbild der Sowjetunion“, den Walter Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 als Leitlinie der kommenden Jahre proklamierte, konzentrierte sich vor allem auf die Erweiterung und Verstärkung von Auf- und Ausbau der Schwerindustrie, Kollektivierung der Landwirtschaft, Stärkung der Staatsmacht, Organisation militärischer Streitkräfte und Verschärfung des Klassenkampfes nach innen und außen. Eine Stabilisierung der Versorgung der Bevölkerung war nicht mit vorgesehen. Den Menschen in der DDR ging es aber vor allem um die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse. Das Angebot an lebensnotwendigen Waren, wie Nahrungsmittel, Kohlen und Bekleidung war sieben Jahre nach Kriegsende noch immer unregelmäßig und mangelhaft. Einige Kilometer weiter, in den westlichen Besatzungszonen, führte während dessen der Marshall-Plan gerade zum „Wirtschaftswunder“ und zu einem vergleichsweise erheblichen Anstieg des Wohlstandes in der Bevölkerung. Am 1. Mai 1953 verschärfte sich die Lage zusätzlich durch erneute Preiserhöhungen und die Streichung der Lebensmittelkarten für Handwerker, Gewerbetreibende, Selbständige und andere „bürgerliche und kapitalistische Elemente“. Die insgesamt ca. zwei Millionen davon betroffenen DDR-Bürger sollten nun in den wesentlich teureren HO-Läden einkaufen, die jedoch auch kaum Grundnahrungsmittel zur Auswahl hatten. Die allgemeine Situation hatte bereits schon früher zu „Hamsterkäufen“ geführt, die eine Stabilisierung der Versorgungslage noch zusätzlich erschwerten.³

Mitte Mai 1953 empfahl das Zentralkomitees der SED auf seiner 13. Tagung die Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 % bis zum 30. Juni 1953. Bei gleichem Lohn sollte 10 % mehr produziert werden. Eine effektive Produktion hing auch schon vor dem Mai u. a. von gut geplanten, regelmäßigen Materiallieferungen und einsatzfähigen Maschinen bzw. Ersatzteilen ab, die aber nicht organisierbar waren. Das drückte vor allem auf die Motivation und Fähigkeit guter Arbeit unter den Arbeitern. Für viele Arbeiter war die Normerhöhung ein neuer Ausdruck für die fehlende Professionalität der Regierung und zusätzlich erschien es ihnen als Farce, dass der 30.6.1953 gleichzeitig der 60. Geburtstag Walter Ulbrichts war. Die Empfehlung des ZK der SED wurde am 28. Mai vom Ministerrat als administrative Normerhöhung bis zum 30. Juni 1953 um mindestens 10 % für alle volkseigenen Betriebe festgelegt. Daraufhin kam es in einigen Betrieben in der DDR bereits seit Ende Mai wiederholt zum Streik.

3 Vgl. Moczarski, Norbert: Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhl., Erfurt 1996.

Die schlechte Versorgungssituation begründete sich jedoch nicht nur aus der fehlschlagenden, nicht-funktionierenden Wirtschaftspolitik in der Industrie, sondern auch aus der vollkommenen Umstrukturierung der Landwirtschaft, die nach dem Vorbild der Sowjetunion kollektiviert werden sollte. Das Vorgehen der staatlichen Organe bei der Kollektivierung der Landwirtschaft zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war drastisch und verletzte die Menschen- und Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Durch staatliche Institutionen wurden die LPGs „aus dem Boden gestampft“ und die Landwirte genötigt, dort einzutreten. Von den verbliebenen Bauern konnten viele kleineren bald nicht mehr das Ablieferungssoll aufbringen und wurden enteignet. Ihr gesamtes Hab und Gut fiel den LPGs zu, sie mussten sogar ihre eigenen Wohnhäuser verlassen und in Arbeitermietwohnungen ziehen. Viele der „Großbauern“ konnten sich eine Zeit lang den Bestimmungen fügen, manche äußerten offen ihre Unzufriedenheit und nicht wenige von ihnen verließen schließlich die DDR und gingen in den Westen. Im Kreis Salzwedel meinten die verbliebenen Bauern, die Flucht der Landwirte wäre nicht eingetreten, wenn Walter Ulbricht nicht auf einer Bauerntagung gesagt hätte: „Die Bauern, die ihr Soll nicht erfüllen, mit denen werden wir uns in Waldheim⁴ wieder sehen.“⁵ In der Rundverfügung Nr. 4/53 vom April 1953 verlangte der Minister für Justiz in den Strafverfahren gegen „Großbauern“ eine strengere Vorgehensweise. Am 7. Mai 1953 verurteilte das Bezirksgericht Magdeburg den Bauern Friedrich Plunkte wegen „illegalen Widerstands“ gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe.⁶ Mitte 1953 lagen ca. 13 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche im ganzen Land ungenutzt brach.⁷

Die Abwanderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Westzonen erreichte zu jener Zeit Spitzenwerte. Allein im September 1952 wurden mehr als 23.300 Menschen in westlichen Notaufnahmелagern registriert. Im Februar 1953 registrierte man 31.613 Menschen, im März 58.605 Menschen, im April 36.695 Menschen, im Mai 35.484 Menschen.

Anfang Juni, nach den ersten Streiks in der Industrie, schien plötzlich die vielfältige Kritik, die Wünsche und Ängste der Bevölkerung Aufmerksamkeit und Beachtung in Regierungskreisen zu finden. Die Aufregung und Frustrati-

4 „Waldheim“ war eines der berüchtigtsten Zuchthäuser der DDR.

5 Bericht vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

6 Vgl. Schwachenwalde, Hanns: Die Vorgeschichte und die Maßnahmen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie des Ministerrates der DDR: Eine Chronologie, 2002.

7 Vgl. Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR, 1. Aufl., Berlin 1991, S. 35 und S. 136.

on der Bürger über die Innenpolitik näherte sich „dem Siedepunkt“. Während einer Konferenz des ZK der SED am 6. und 7. Juni 1953 mit Vertretern der DDR-Regierung und Agrarfunktionären konnte Bernhard G., LPG-Vorsitzender aus Worin verdeutlichen, dass Gerichtsurteile gegen Bauern überprüft werden müssten und keine Enteignungen und Verhaftungen wegen Ablieferungsrückständen mehr vorgenommen werden dürften. Die Möglichkeit zum Austritt aus der LPG sollte in Zukunft eingeräumt werden.

Am 9. Juni 1953 beschloss das ZK der SED die „Politik des Neuen Kurses“, die „der entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik dienen“ und die Bevölkerung beruhigen sollte. Dabei wurde jedoch von der Aufhebung der Normerhöhung, die die Arbeiter besonders bewegte, nicht gesprochen. Die Bestätigung des „Neuen Kurses“ am 11.6.1953 durch den Ministerrat brachte ebenfalls keine Veränderungen für die festgelegten Arbeitsnormen. In den Folgetagen kam es in einzelnen Betrieben bereits zu Streiks. Im Bezirk Magdeburg fand der früheste bekannt gewordene Streik am 9.6.1953 in Blankenburg/Kreis Wernigerode statt. Im Bauhof der Stadtverwaltung Blankenburg unterhielten sich vier Mitarbeiter über die unterschiedlichen Löhne der Kollegen: Der Stundenlohn von 1,03 DM sei zu wenig, ein Kollege erhalte kein Krankengeld mehr, ein anderer Kollege bemühe sich schon seit einem halben Jahr, von der Abteilung Staatliches Vermögen ein Bett zu bekommen, ein anderer hatte dort schon vor längerer Zeit wegen eines Kühlschranks angefragt. All das führte zu einer aufgeheizten Stimmung, so dass schließlich die Arbeitsaufnahme verweigert wurde.⁸

Am 16. Juni 1953 beschlossen schließlich die Bauarbeiter der Stalin-Allee in Berlin, in den Streik zu treten und riefen zum Generalstreik auf, nachdem Walter Ulbricht und Otto Grotewohl nicht zu Gesprächen mit den Arbeitern bereit waren. Auch die am Nachmittag über Lautsprecherwagen ausgerufenen Rücknahme des Normenbeschlusses konnte die Demonstranten nun nicht mehr überzeugen und löste einen Aufstand im ganzen Land aus, indem sich die Wut und Ohnmacht der letzten Monate entlud.⁹

8 Protokoll über außerordentliche Sitzung der BPO der Stadtverwaltung, Angelegenheit Bauhof der Stadtverwaltung (Bericht von A. Pungar) aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 924/Bl. 2 „Arbeitspläne, Protokolle und Berichte verschiedener Betriebs-Partei-Organisationen (BPO) der SED 1947–1954“.

9 Vgl. Schwachenwalde, Hanns: Die Vorgeschichte und die Maßnahmen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie des Ministerrates der DDR: Eine Chronologie, 2002.

5. Erinnerungen an den 17. Juni 1953 in der Bezirksstadt Magdeburg

Es sollen an dieser Stelle die Zeugen des 17. Juni 1953 über die gesehenen, erlebten und mitgemachten Protestaktionen selbst erzählen. Eine umfassende Analyse der Ereignisse des 17. Juni in der Stadt Magdeburg ist nicht Ziel dieses Buches, kann aber in verschiedenen Veröffentlichungen, wie z. B. in „Magdeburg: 17. Juni 1953“, 1993 herausgegeben von den Magdeburger Museen oder in dem Buch „Der Tag X – 17. Juni 1953. Die innere Staatsgründung der DDR als Ergebnis der Krise von 1952/54“, herausgegeben von Ilko-Sascha Kowalczyk u. a. und neu aufgelegt, nachgelesen werden.

Horst Linowski

[Horst Linowski, Jahrgang 1933, 1953 von einem sowjetischen Militärtribunal wegen seiner Teilnahme am Juni-Aufstand zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, im November 1960 per „Gnadenerlass“ des Staatsrates der DDR sechs Monate und sechzehn Tage vor dem Ablauf der zu verbüßenden Gesamtstrafe entlassen. Er wurde am 4. Januar 1996 von Russland rehabilitiert und in Deutschland gemäß HHG und 1. SED-UnBerG entschädigt. Horst Linowski ist Kreisvorsitzender des Bundes der Stalinistisch Verfolgten (BSV) und lebt in Magdeburg. Sein Bericht wurde bereits in der Reihe „Betroffene erinnern sich“ Nr. 2, Magdeburg 1996 veröffentlicht]

Am 17. Juni 1953 begann ich um 6.00 Uhr im SAG-Betrieb (Sowjetische Aktiengesellschaft) „Ernst Thälmann“, vormals Krupp-Gruson-Werk, später SKET, in Magdeburg-Buckau meinen Arbeitstag als Kranführer. Am Abend zuvor hatten wir schon über Rundfunk vom Streik der Bauarbeiter in Berlin erfahren. Gegen 7.00 Uhr legte unser Betriebsteil die Arbeit nieder, und wir versammelten uns vor dem Werkstor. Dann kamen auch Arbeiter aus anderen Betriebsteilen. Plötzlich hieß es, wir ziehen von Betrieb zu Betrieb in der ganzen Stadt und fordern alle auf, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. So marschierten wir zu den umliegenden Betrieben und von dort in die Innenstadt, über den Hasselbachplatz in Richtung Krökentor. In meiner alten Berufsschule für Metallgewerbler und in der Ingenieurschule für Elektrotechnik „Am Krökentor“ forderte ich die Schüler und Studenten auf, sich mit am Streik der Arbeiter zu beteiligen. Als dann die Arbeiter aus Richtung Neue Neustadt und Rothensee kamen, wurde der Weg zurück über die Otto-von-Guericke-Straße zum Gefängnis in Sudenburg eingeschlagen.

Dort wurde die Freilassung der politischen Häftlinge gefordert. Als die Panzer der sowjetischen Armee um ca. 13.00 Uhr auf der Einmündung Halberstädter/Leipziger Straße erschienen und die Soldaten mit einem Steinhagel empfangen wurden, so dass sie ihre Köpfe wieder in ihre Panzer zurückzogen, wurde es sehr ernst. Die ersten Maschinengewehrsalven peitschten über die Streikenden. Nach mehreren Versuchen, mit den Soldaten ins Gespräch zu kommen, beruhigte sich die Lage etwas. Doch die Panzer, die in einer wogenden Menschenmenge eingeschlossen waren, bewegten sich unaufhaltsam und trieben die Streikenden aus der Umgebung des Gerichtsgebäudes und Gefängnisses fort. Mehrere Kameras hielten das Geschehen in Bildern fest. Vermutlich waren in der Menschenmenge auch Leute von der Stasi.

Mein Arbeitskollege hatte mich bis dahin begleitet. Plötzlich war er nicht mehr da.

Gegen 14.00 Uhr ging ich wieder zu meiner Arbeitsstelle. Nachdem ich mich umgezogen hatte, ergab sich eine Mitfahrgelegenheit, und gegen 16.00 Uhr war ich zu Hause. Es war 19.30 Uhr, als meine Mutter mich zurückzuhalten versuchte, aber ich wollte mir noch das große Aufgebot der Panzergeschütze und Soldaten in unseren Grünanlagen ansehen. Weil ich kaum noch laufen konnte, nahm ich meines Bruders Fahrrad. 10 Minuten später wurde ich festgenommen.

Der Grund für meine Verhaftung war, dass ich ein Flugblatt mit dem Befehl über den Beginn des Ausnahmezustandes in Deutschland zerrissen hatte. Herausgeber war die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland.

Dieses Zerreißen war meinerseits eine impulsive Handlung und gleichzeitig die Erkenntnis der Ohnmacht gegenüber der sowjetischen Besatzung. Diese hatten mit Panzern, Geschützen und ihren Soldaten den spontanen Streik und die weitergehenden Forderungen nach freien Wahlen und der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands zunichte gemacht.

Nachdem ich das Flugblatt zerrissen hatte, wurde ich von einem der sowjetischen Soldaten aufgefordert, mitzukommen. Während ich mein Fahrrad etwas nach vorne schob, um abzustiegen, ertönte ein Schuss in unmittelbarer Nähe meines Kopfes. Mein Kopf dröhnte, ich ließ das Fahrrad fallen und lief ca. zwei Schritte. Da bekam ich auch schon den Gewehrkolben in den Rücken gestoßen. Der Soldat übergab mich einem herbeigeeilten Offizier. Nach längerer Beratung der in der Encke-Kaserne anwesenden Offiziere wurde ich zu Dienststellen in der Stadt auf einem offenen LKW gefahren. Die einzelnen Anlaufstellen der Reihe nach waren: Kommandantur Gerhart-Hauptmann-Straße

(Postscheckamt), Kaserne Herrenkrugstraße, dann zum Haus der Offiziere in der Hegelstraße, von dort in die Humboldtstraße. Doch keiner wollte mich haben oder es war überfüllt. Gegen 22.30 Uhr wurde ich dann im Polizeipräsidium (Halberstädter Straße) der Deutschen Volkspolizei übergeben. Mein Fahrrad musste ich im Gang abstellen und wurde in die vierte Etage gebracht. Dort wartete ich mit ca. 20 anderen Männern. Gegen 24 Uhr erschien ein Polizeioffizier, rief mich auf und brachte mich dann über den Hof in die U-Haftanstalt. Dort angekommen, wurde mir von einem Offizier eine falsche Richtung, in die ich gehen sollte, angegeben. Als ich losging wurde mir der rechte Arm nach hinten gerissen und ich fiel auf die Nase. Nasenbeinbruch war die Folge, eine ärztliche Versorgung gab es nicht. Anschließend wurde ich wieder an einen sowjetischen Offizier übergeben. Dieser war während der darauffolgenden Tage und Nächte mein Untersuchungsrichter. In Tag- und Nachtverhören sollte ich nun im einzelnen meinen Tagesablauf schildern. Ständig wurde mir mit der Todesstrafe gedroht. In der Zeitung, die mir vorgehalten wurde, waren schon vollstreckte standrechtliche Erschießungen gemeldet worden. Von einem Alfred Dartsch und einem Herbert Strauch war dort geschrieben, dass sie am 18. Juni 1953 erschossen wurden.

Meine aktive Teilnahme am Streik, die Anwesenheit beim Gerichtsgebäude und Gefängnis in Sudenburg wurden mir an Hand eines Fotos zur Last gelegt, außerdem der angebliche Fluchtversuch, der erst mit einem Warnschuss gestoppt worden wäre.

Bis zum 24. Juni war ich in der U-Haftanstalt der Stasi. Gegen 10.00 Uhr wurde ich mit weiteren zwei Häftlingen quer durch die Stadt gefahren, so dass wir die Orientierung verloren. Dadurch, dass ein mitfahrender sowjetischer Soldat kurz vor dem Ziel aus dem sonst verhängten Fenster sah, wussten wir, wo wir waren. Es war die sowjetische Hauptzentrale „Klausener Straße 19“ in Magdeburg. Dort wurden wir in einen Kellerraum gebracht. Bereits eine Stunde später wurden unsere Köpfe kahlgeschoren. Dann wurden wir nachts mehrmals zum sogenannten Abschluss der Voruntersuchungsprotokolle geholt.

Vom Untersuchungsrichter wurde ich während der Verhöre mehrmals getreten und geschlagen. Herzmassage nannte er das Schlagen mit der flachen Hand auf die Herzgegend. Mehrmals wurden mir auch von ihm Zigaretten auf dem Unterarm ausgedrückt, um die Unterschriften auf die Protokolle zu bekommen. Als ich mich bei einem anderen Offizier beschwerte, lächelte dieser nur und sagte: „Das sagt jeder Häftling.“ Später musste ich unterschreiben, dass mir nichts getan worden wäre.

Am 4. Juli wurden wir nacheinander von einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) verurteilt. Entgegen der üblichen Methoden war mein Arbeitskollege, der am 17. Juni plötzlich verschwunden war, als Zeuge der Anklage in der Verhandlung erschienen. Dort sagte er aus, ich hätte an dem Niederreißen von Plakaten und einer Fahne teilgenommen. Auf die Frage, wo er das Zeugen-geld bekomme, antwortete der Militärrichter: „Von seiner deutschen Dienststelle.“ Ich wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt.

Drei Tage später waren wir unterwegs nach Potsdam in das dortige Militärgefängnis. Dieses befand sich in dem Kasernenkomplex „Maikäferkaserne“ Potsdam. Dort waren ebenfalls Deutsche, die wegen des 17. Juni 1953 vom SMT verurteilt worden waren.

Am 3. August wurden wir früh am Morgen in einen LKW verfrachtet und in einer mehrere Stunden dauernden Fahrt nach Bautzen gebracht. Zunächst waren wir froh, in Deutschland geblieben und nicht in ein Arbeitslager nach Sibirien verschleppt worden zu sein. Wir ahnten aber noch nicht, was auf uns zukam.

Die Gefängniskleidung war mit roten Arm- und Beinringen versehen. Damit auch alle anderen Häftlinge erfuhren, welch schwere Verbrecher wir waren, hatten wir, von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte, zusätzlich noch ein großes, gelbes „X“ auf dem Rücken. Insgesamt waren wir 25 „Xer“. Wir kamen aus Magdeburg, Barby, Dessau, Leipzig, Görlitz und Jena.

Streng abgeschirmt und bewacht brachten wir die ersten Wochen auf West I zu. Dann erfolgte die Verlegung nach West II. Als Anfang 1955 einige Mit-häftlinge nach Berlin zum Arbeitseinsatz verlegt wurden, gab es auch für die übriggebliebenen „Xer“ einige Erleichterungen. Die „Xer“-Kleidung entfiel und wir wurden Tütenkleber. Dieses Tütenkleben brachte uns allen 21 Tage verschärften Arrest ein. „Diebstahl am Volkseigentum“ wurde das Verbrauchen von unverwertbarem, beklebtem Pergamentpapier genannt.

Im Mai 1955 kam ich in das Kommando Cunewalde, Betrieb III, wo ich bis September 1960 arbeitete. Dort hatte ich zwei Arbeitsunfälle: Schnittverletzung am linken Zeigefinger und dann noch von einer umstürzenden Schwungscheibe einen Mittelfußknochenbruch am linken Bein.

Am 29. November 1960 wurde ich durch einen Gnadenerlass des Staatsrates vor dem Ablauf meiner zu verbüßenden Strafe entlassen. Genau 6 Monate und 16 Tage früher!

Zwei Wochen nach der Haftentlassung, Ende November 1960, nahm ich die mir zugewiesene Arbeitsstelle als Fräser in einer Werkzeugmaschinenfabrik in Magdeburg auf. Jedoch die Arbeitsbedingungen, wie Dreischichtsystem und Mehrfachbedienung von Maschinen, waren nicht für einen Schwerbehinderten geeignet. Zudem kam noch, dass mir die neuen Arbeitskollegen meine Haft vorhielten. Demzufolge hätte ich in einem sozialistischen Betrieb nichts zu suchen. Im Januar 1961 wechselte ich in einen Privatbetrieb. Dort stimmte das Arbeitsklima und die Arbeitsbedingungen waren besser.

Bereits kurz nach meiner Haftentlassung wurde ich von einem Orthopäden untersucht. Die mangelhafte orthopädische Grundversorgung in der Haftanstalt Bautzen hatte dazu geführt, dass sich der bei früheren Operationen erreichte Operationserfolg verschlechtert hatte. Eine erneute Operation mit anschließender neunmonatiger Arbeitsunfähigkeit war erforderlich. Ebenfalls als Folge der Haft bekam ich starke Kopfschmerzen. Ich musste mehrere Monate in stationäre Behandlung und durfte danach nur noch leichtere, schlecht bezahlte Tätigkeiten ausüben.

Mein Entlassungsschein wurde von der VP-Reisepasssstelle Magdeburg eingezogen, als ich eine Reise zur Beerdigung meines Patenonkels in Westdeutschland beantragte.

Erich Küstermann

[„Betroffene erinnern sich“ Nr. 1, Magdeburg 1995
Erich Küstermann ist inzwischen leider verstorben]

Nachdem wir am 16. Juni am Hasselbachplatz in Magdeburg meine selbstgefertigten Flugblätter verteilt hatten, beschloss ich am 17. Juni in den Mittagsstunden, meinen Arbeitsplatz zu verlassen und mich an den unüberhörbar in der Stadt stattfindenden Demonstrationen teilzunehmen. Ich begab mich zur Haftanstalt in Magdeburg-Sudenburg und beteiligte mich an den Versuchen der Befreiung der dort einsitzenden Häftlinge, von denen ich durch meine eigene Haftzeit wusste, dass ein großer Teil derselben aus politischen Gründen eingekerkert war. Das hölzerne Tor der Haftanstalt war bereits in Brand gesteckt.

Es gelang mir, die Mauer zu erklettern und einem der dort vor den Volksmassen zitternden „Bewacher“ das Gewehr zu entwenden und dieses zu zerstören.

Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation	
Militärhauptstaatsanwaltschaft	
4.01.1996 Nr. 5 ud-13460-53 103160 Moskau K-160	Deutsche Botschaft Rechts- und Konsularabteilung 117 313 Moskau Leninski pr. 95a
<u>Rehabilitationsbescheinigung</u>	
Herr/Frau	Linowski Horst
Geburtsjahr und -ort	1933, Ortelsburg
Staatsangehörigkeit	Deutschland
Nationalität	Deutscher
Vor Inhaftierung wohnhaft:	Magdeburg
letzter Arbeitgeber vor der Inhaftierung/beschäftigt als: im Werk "AMO", Kranführer	
wann inhaftiert:	17.06.1953
wann und durch wen verurteilt/verfolgt: 04.07.1953 durch Militärgericht beim Truppenteil 92401	
der Verurteilung zugrundeliegende Paragraphen und Strafmaß: § 58-2 Strafgesetz der RSFSR, 8 Jahre Arbeitsbesserungslager ohne Konfiszierung des Vermögens (Grund- und Zusatzstrafen):	
Datum der Haftentlassung:	keine Angaben
Gemäß Artikel 3 des Gesetzes der Russischen Föderation "Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen" vom 18. Oktober 1991 wurde Herr/Frau Horst Linowski rehabilitiert.	
Leiter der Abteilung Rehabilitierung der Militärhauptstaatsanwaltschaft:	
[Siegel, Unterschrift]	L.P. Kopalin
[Bitte beachten: Die Namensschreibung auf diesem Formblatt erfolgt aufgrund der Schreibweise im russischen Original. Bei der Rückübertragung in lateinische Buchstaben kann es daher u.U. zu kleineren Unterschieden in der Schreibweise kommen.]	

Dokument 1: Russische Rehabilitierung von Horst Linowski (Übersetzung)

Wie überall in der Ostzone ließen die um Hilfe gerufenen sowjetischen Panzer nicht lange auf sich warten und vertrieben uns mit Brachialgewalt vom Gelände.

Während der Demo beobachtete ich verschiedene „Teilnehmer“, die mit ihrem Fotoapparat Bilder von der Demo schossen. Zu diesem Zeitpunkt dachte ich mir nichts Böses dabei.

Nachdem die Demonstrationen auf die geschilderte Art „beendet“ wurden, ging ich am folgenden Tag wieder normal zur Arbeit.

Die „Verhaftung“

Am Abend des 18. Juni wurde ich in meiner Wohnung durch ein 3 Mann starkes „Verhaftungskommando“ herausgeklopft. Noch in der Wohnung fand eine erste „Vernehmung“ statt. Die Wohnung wurde gründlichst durchsucht, wobei auch die Fußbodendielung aufgerissen wurde – natürlich alles ohne jegliche Formalität wie Haft- und Durchsuchungsbefehl. Eine Reihe Bücher, auch religiösen Inhalts, wurden eingepackt. Dann ging es ab in die Keller-Räume des Stasi-Objektes in der Walter-Rathenau-Straße. Auf dem Wege dorthin wurde ich mehrfach mit MP-Kolbenstößen traktiert und zur schnellen Gangart „aufgefordert“. Innerlich hatte ich bereits mit dem Dasein abgeschlossen.

Die nächsten 3 Tage waren von fast pausenlosen Vernehmungen durch sowjetische und deutsche Vernehmer ausgefüllt. Leugnen der Teilnahme an der Demo war zwecklos, weil die vorhin erwähnten „Hofphotographen“ „ganze Arbeit“ geleistet hatten.

Eine russische Vernehmerin leitete ihre Vernehmung mit folgenden Worten ein:

Du wolltest wärden Könige von Magdeburge, aber daaraus wirrd nix, Du wirrst gähen auf Akkadämie des Läbbens.

Nach diesen 3 Tagen war der „Fall“ abgeschlossen und ich wurde in die Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg verlegt.

Die Bedingungen in der Haftanstalt waren noch katastrophaler als ich sie schon aus meiner vorhergehenden Haft kannte. Die Zellen waren auf Grund der Ereignisse am 17. Juni hoffnungslos überbelegt. Dazwischen gab's zur Abwechslung auch mal Isolierung durch Einzelhaft, je nach Lust, Laune und objektiven Möglichkeiten.

Eine komplette Darstellung der wahrhaft unmenschlichen Haftbedingungen würde den Rahmen dieser Kurzdokumentation sprengen.

Vorverurteilung und Prozess

Im SED-Bezirkspartei-Presseorgan „Volksstimme“ erschien in Auswertung der Vernehmungsprotokolle der Stasi bereits wenige Tage nach meiner Inhaftierung ein 3-spaltiger Artikel unter der Überschrift:

Rädelsführer Küstermann, gekauftes Subjekt westlicher Agentenzentralen

Der in der Anlage [„Betroffene erinnern sich“ Nr. 1, S. 17f.] wiedergegebene Artikel befasst sich inhaltlich mit der Verbindung zu einem in Westdeutschland lebenden Onkel, der auf einer, bei der Hausdurchsuchung gefundenen offenen Postkarte anbietet, mir in Westdeutschland einen Arbeitsplatz zu beschaffen, wenn ich hinüberkommen wollte. Aus den Vernehmungen dazu erfuhren die Vernehmer von mir über einen Besuch des Onkels in Magdeburg.

Aus diesen beiden „Tatsachen“ leitete die SED-Journaille eine Agententätigkeit übelster Art ab und formulierte daraus bereits 4 Wochen vor meinem politischen Prozess eine Vorverurteilung.

Die tatsächliche gerichtliche Verurteilung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit bereits am 26. August 1953 statt. Das Gericht befand auf ein Strafmaß von 8 Jahren. Die in der SED-Presse hochstilisierte Agententätigkeit war denn wohl den Richtern doch zu läppisch und spielte im Prozess keine Rolle. Die Urteilsausfertigung wurde uns ebenso vorenthalten wie vorher der Kontakt mit dem gestellten „Pflichtverteidiger“.

Bei der Verurteilung wurde besonderer Wert darauf gelegt, die Teilnahme an der Demo am 17. Juni, einschließlich der Zerstörung der Waffe eines Volkspolizisten, nicht als selbständige kriminelle Handlung, sondern als Teil der regimfeindlichen Einstellung und als Boykotthetze zu bewerten, weil die „kriminelle Handlung“ der Waffenfortnahme und -zerstörung nach § 125 des Strafgesetzbuches eine viel zu geringe Strafzumessung ermöglicht hätte.

Sozialistische Sippenhaft

Meine jüngste Tochter besuchte eine Grundschule in Magdeburg. Im Gefolge meiner Verhaftung und Verurteilung wurde sie anlässlich eines der regelmäßig durchgeführten Fahnenappelle auf dem Schulhof zum Vortreten genötigt. Dann wurde die gesamte Schülerschaft darüber aufgeklärt, dass dies die Tochter des berüchtigten „Agenten Erich Küstermann“ sei. Es erfolgte eine Verlesung aus der ebenso haltlosen wie tendenziösen Presseveröffentlichung über mich.

Karin Pahling

[Uchtsprunge 2003]

Am 17. Juni 1953 war ich 15 Jahre alt. Ich besuchte an diesem Tag den Fachkundeunterricht in einer Berufsschule in Sudenburg in der Nähe der Ambrosiuskirche.

Im Laufe des Vormittags mussten wir alle die Schule verlassen, man erzählte uns von dem Streik der Arbeiter. Die Straßenbahnen fuhren nicht, und so mussten wir den Weg zum Hauptbahnhof zur Heimfahrt nach Stendal zu Fuß antreten.

Während wir die Halberstädter Straße entlang liefen, konnte man schon mehrfach aufgebrachte Menschengruppen sehen, aus den Fenstern eines Postamtes auf der linken Straßenseite flogen Aktenordner und diverses andere Material. Es herrschte eine irgendwie unheimliche Stimmung, aufgeregte Menschen liefen die Straße entlang.

Wir erreichten dann das Polizeipräsidium mit dem dahinter liegenden Gefängnis. Hier war eine fast unübersehbare Menschenmenge versammelt, die bemüht war, die Gefängnistore zu öffnen. Das war dann wohl auch irgendwie gelungen, man wollte politische Häftlinge befreien. Es muss dort auch zu kämpferischen Auseinandersetzungen gekommen sein, denn ich kann mich erinnern, dass ein verletzter Mann, der an den Füßen stark blutete, von einigen Demonstranten über die Straße hinweg in die dortige Kinderklinik getragen wurde.

Ich habe auch gesehen, dass ein Polizeiposten von dem hohen verglasten Wachturm am Gefängnishof heruntergeholt wurde, dass er beim Heruntersteigen seine Uniformjacke auszog und seine Waffe abgab. Ob er das freiwillig tat und sich mit den Arbeitern solidarisch erklärte oder ob die Demonstranten ihn gezwungen hatten, das weiß ich nicht.

Immerhin konnten wir das Geschehen nur aus einiger Entfernung beobachten. Dann wurde es plötzlich noch unruhiger, und es hieß: „Die Russen kommen mit Panzern“.

Die Menge stob auseinander, und auch uns packte die Angst. Wir liefen los, so schnell wir konnten ohne Rücksicht auf die Richtung, ein Stück Leipziger Straße entlang, dann durch Schrebergärten über Blumen- und Kohlbeete und landeten schließlich am Bahnhof in Magdeburg-Buckau, von wo aus wir dann im Laufe des frühen Nachmittags per Bahn nach Stendal fahren konnten.

Viel Mut haben die Demonstranten damals bewiesen, und für viele endete dieser Aufstand in den grausamen Zuchthäusern der DDR.

So richtig nachfühlen konnte ich das erst, nachdem ich 1961 meinen Mann Karl-Heinz kennen gelernt hatte, der als Rädelsführer bei diesem Aufstand in Niemegk/Belzig verhaftet und in Potsdam zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. 7 ½ Jahre wurde er unter schwierigsten und menschenunwürdigen Verhältnissen im Zuchthaus Brandenburg als politischer Häftling gefangen gehalten.

Wenn das alles nun auch 50 Jahre her ist, vergessen kann man das nie!

Dieter Weckel

[Dieter Weckel hat seinen Bericht über den 17. Juni 1953 in Magdeburg auf Bitte der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt im Oktober 2002 anhand seiner Tagebucheinträgen erstellt. Dieter Weckel ist einer der wenigen Fotografen, der den 17. Juni 1953 in Magdeburg im Bild dokumentiert hat – und diese Bilder vor dem Zugriff der Staatssicherheit retten konnte. Alle Fotogeschäfte waren damals verpflichtet, auf Bilder vom 17. Juni zu achten und die betreffenden Leute zu melden. Dieter Weckel hat seinen Film, wie er schreibt, „sicherheitshalber erst ein halbes Jahr nach dem Ereignis bei meinem Stammfotogeschäft Kiesler & Gentsch entwickeln lassen, die das auch ganz diskret gemacht haben“. Wir danken Herrn Weckel sehr für die freundliche Genehmigung zum Abdruck seines Berichtes und zur Verwendung seines Bildmaterials.]

Am Mittwoch, dem 17.6.1953, hatte ich noch Urlaub und war zu Hause, als meine Schwester vormittags zurückkam und berichtete, dass auf der „Halber“ (Halberstädter Str.) der Teufel los sei. Nachdem wir schon gestern im RIAS – wir hörten zu Hause nur den RIAS oder den NWDR trotz der oftmaligen Störsender – von den Tumulten in Berlin erfahren hatten, schnappte ich meine Kleinkamera, die ich in die Hosentasche stecken konnte, und schwang mich aufs Fahrrad. Ich fand tatsächlich viele Menschen auf der Halberstädter Str., die sich in Richtung Innenstadt bewegten. Ich kam am Justizpalast vorbei und sah aus der Leipziger Str. auch schon Arbeiter noch in ihrem Arbeitszeug kommen. Weiter zum Hasselbachplatz, da kamen Massen von Arbeitern aus Buckau und zogen weiter über den Breiten Weg, der nun voller Menschen war. Viele trugen selbstgemachte Transparente „für Freiheit“, „Wir fordern freie Wahlen“.

Vor dem Gewerkschaftshaus auf dem Breiten Weg standen die Menschen dicht an dicht. Einige waren in das Haus gekommen und warfen nun Akten, Mitgliedsbücher, Propagandamaterial usw. aus den Fenstern, wo alles unten verbrannt wurde. Transparente wurden heruntergerissen und landeten ebenfalls

im Feuer. Alles, was mit dem verhassten System zu tun hatte, wurde verbrannt. Ich war überrascht über die aufgestaute Wut der Menschen, galt doch Magdeburg vor dem Krieg noch als Rot. Ich fuhr weiter zum Hauptbahnhof, da ich erfahren hatte, dass dort auch etwas los sei. Hier machte ich die letzte Aufnahme, dann war die Kamera leer. In der Eile hatte ich Ersatzfilme vergessen. Dort wurde bekannt, dass das SSD-Gefängnis in Neustadt gestürmt und die Gefangenen befreit worden waren. Man hätte Züge nach Berlin gestoppt und viele von denen seien da mitgefahren. Nun wollte man zum Justizpalast und das Hauptgefängnis stürmen.

Ich fuhr zu der dichtesten Menschenansammlung an der Sudenburger Wuhne. Sie brüllte zu den Posten herauf, herunterzukommen oder man würde sie holen. Die Gefängnismauer war nämlich an den Ecken mit kleinen Holztürmen versehen, wo die Posten drin saßen, um Fluchtversuche zu unterbinden. Da der Aufstieg zu diesen Häuschen nur von außen möglich war, saßen sie nun in der Falle. Sie sahen wohl ein, dass sie gegen diese Menschenmassen nichts ausrichten konnten und kamen nacheinander mit erhobenen Händen und umgehängtem Karabiner herunter. Dort mussten sie ihre Waffen abgeben, die an dem Eisengitterzaun aufgehängt wurden, samt Koppel und Munition. Sie zogen noch ihre Uniformjacken aus, da es ihnen wohl ratsam erschien, sich so nicht sehen zu lassen, und dann ließ man sie laufen. Von Übergriffen habe ich selbst nichts gesehen, denn im ganzen gesehen verlief alles bis dahin erstaunlich friedlich. Inzwischen mussten wohl die Gefangenen gemerkt haben, dass draußen etwas vor sich ging, und sie zerschlugen die Holzblenden vor ihren Gitterfenstern. (Diese Holzblenden waren als Schikane des SSD angebracht worden, um die Menschen total zu isolieren. Man konnte durch die Blende nur eine Handbreit Himmel sehen.) Als sie nun sahen, was sich hier unten abspielte, wurden Rufe laut: „Holt uns raus!“ Das wurde auch versucht, aber das schwere Holztor war zu massiv, und man hatte kein schweres Werkzeug. Schließlich wurde versucht, das Tor anzuzünden, aber es schwelte nur. Inzwischen hatten die Wachmannschaften wohl auch von innen dahinter das Eisengittertor geschlossen. Dann tauchten auf dem Dach einige SSD-Leute in ihren blauen Stiefelhosen auf, die ihre Pistolen zogen und in die Menge schossen, ob gezielt oder nur Warnschüsse, war nicht auszumachen. Aber das reizte die Menge erst recht. Es wurden Rufe laut: „Kommt runter, ihr feigen Schweine!“ usw.

Ein wütender Mann griff sich nun einen der dort hängenden Karabiner und sprang damit hinter einen dort auf dem Gleisanschluss stehenden Güterwagen, lud durch und feuerte auf die oben auf dem Dach. Da ich ziemlich nahe dabei stand, zog ich mich nun doch schnell aus der Schusslinie zurück. Ob

der Mann jemand getroffen hatte, konnte ich nicht sehen, es ging aber Tage später das Gerücht, dass er tags darauf standrechtlich erschossen worden sei.

Gegen 13.00 Uhr, nach meiner Erinnerung, hörten wir die ersten Ketten rasseln. Panzer! Das war das Ende! Die Russen griffen ein! Zuerst hielten sie noch, und man konnte mit einigen von ihnen sprechen. Man versuchte ihnen zu erklären, dass sich der Aufstand nicht gegen sie richtete, sondern nur gegen die deutschen SED-Bonzen und das System. Von vielen wurde auch Zustimmung ausgedrückt. Aber dann erhielten sie Befehl und mussten kurz anfahren und dann wieder stoppen. So sollte die Menge auseinandergetrieben werden. Nun wurden sie mit wütendem Geschrei und Flüchen bedacht, aber was konnten die Menschen gegen Panzer ausrichten. Einige warfen mit Steinen oder was sie fanden, um ihrer Wut Luft zu machen. Währenddessen wurden an der Kreuzung Carl-Miller-Str./Sachsenring zwei Pak-Geschütze in Stellung gebracht. Damit war dieser ganz spontane Aufstand gescheitert. Ich bin nun nach Hause gefahren und habe am Radio mitverfolgt, wie auch die Aufstände in den anderen Regionen der Zone, u. a. in Halle und Bitterfeld niedergeschlagen wurden. Am Abend wurde eine Ausgangssperre von der sowjetischen Kommandantur verhängt. Sperrstunde um 21.00 Uhr!



Foto 1: Breiter Weg. Arbeiter vom Schwermaschinenbau bei Demonstration (Fotograf der Fotos 1–7: Dieter Weckel)



Foto 2: Breiter Weg/Ratswaageplatz. Demonstration vor dem FDGB-Büro



Foto 3: Breiter Weg/Ratswaageplatz. Demonstranten beim Einstieg in das FDGB-Büro



Foto 4: Hauptbahnhof. Transparente vom Fenster der Halle werden entfernt

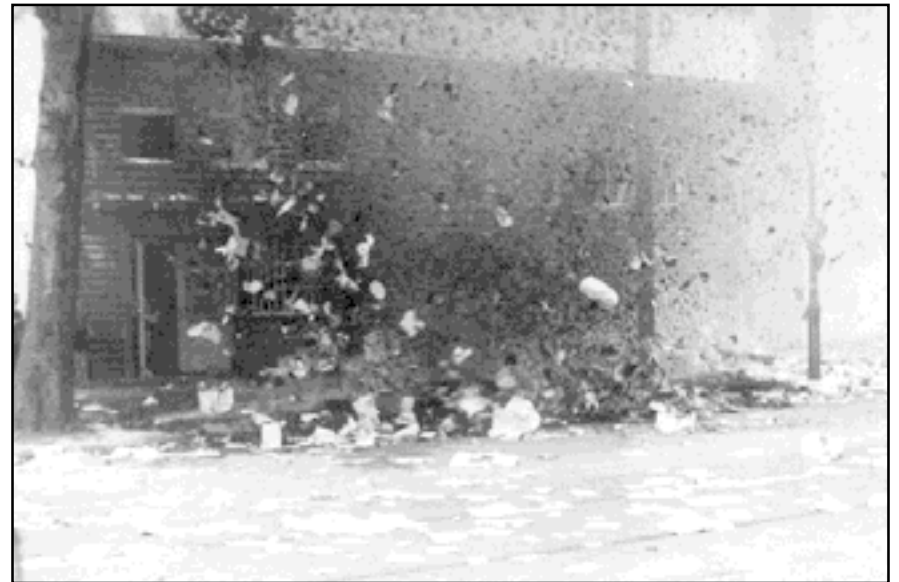


Foto 5: Otto-von-Guericke-Straße, Haus der Jugend/Sitz der FDJ. Beim Aktenverbrennen



Foto 6: Otto-von-Guericke-Straße, Haus der Jugend/Sitz der FDJ



Foto 7: Otto-von-Guericke-Straße. Beim Verbrennen von Fahnen, Transparenten und Akten

Fachschule für Bauwesen Magdeburg

- 14 -

B e r i c h t
über die Provokationen der westlichen Imperialisten.
am 17.6.53 an unserer Schule.

Unsere Schule erhielt erst Kenntnis von den Provokationen, nachdem ein grösserer Zug, der sich grössten Teils aus Jugendlichen zusammensetzte, an unserer Schule vorbeizog. Wir konnten feststellen, dass sie ein Transparent mitführten, auf dem u.a. geschrieben stand: "Wir fordern für Krupp (die Punkte sollen noch einen Satz darstellen, der unsererseits nicht buchstabiert werden konnte)."

Als gegen 11 Uhr dieser Zug mit einem furchterlichen Gebrüll die Strasse entlangzog, kamen auch schon unsere Schüler aus den Klassen, um zu sehen, was los ist. Es gelang uns, die Schüler zurückzuhalten. Im gleichen Moment drang auch schon eine ganze Reihe solcher Rowdies in unser Gebäude ein. Wir riefen den Schülern zu: "Bleibt stehen, lasst Euch nicht provozieren".

Die Rowdies forderten die Studierenden auf, an den Demonstrationen teilzunehmen. Sie riefen, die DDR ist kaputt, nieder mit der Regierung. Als die Provokateure merkten, dass die Schüler ihnen nicht folgten, drangen sie in die oberen Stockwerke ein und versuchten noch die in den Klassen befindlichen Studierenden zu holen, was ihnen auch nicht gelang. Wie die Provokateure merkten, dass sie keinen Erfolg hatten, fingern sie an, Transparente und Bilder zu demolieren (in Gassen wurden 7 Bilder zerstört und das Karl-Marx-Bild an der Fassade heruntergerissen), was aber am nächsten Morgen schon wieder angebracht war). Weiterhin wurde die Beschriftung an der Karl-Marx-Ecke abgerissen und die Karl-Marx-Büste umgestossen, die aber unbeschädigt blieb. Die Buchausstellung im Rahmen des Karl-Marx-Jahres wurde überhaupt nicht berührt.

Der Anführer der Rowdies liesserte sich zum [REDACTED]: "Morgen gehst Du zum Steine klopfen und sitzt da." Er schrie weiter: "Ihr seid alle Feiglinge, wenn Ihr nicht mitgeht. Wenn Ihr alle geht (gemeint waren der [REDACTED] und die führenden Funktionäre) dann kommen alle anderen mit."

Wir konnten feststellen, dass alle Studierenden nur aufpassten, wie sich die führenden Funktionäre verhielten. Sie suchten einen

Dokument 2: BStU, Ast. Magdeburg, AOP 1849/67, I. Teil, Band 1, Bl. 263-265

-2-

Halt. Die führenden Funktionäre blieben alle vor der Studierendenschaft stehen, sprachen fest garnicht, liessen die Rowdies schiefeln. Wir glaubten dadurch, dass wir unser Gebäude vor grossem Schaden erhalten konnten und zum anderen, das war das Wichtigste, die Studierenden zurückschalten, was uns auch gelang. Nach zirka 15 Minuten zogen die Provokateure wieder ab, ohne jeglichen Erfolg. Nachdem sie weg waren, wurde der [REDACTED] von zirka 200 Schülern umkreist, die wissen wollten, was eigentlich los sei, denn wir wurden alle buchstäblich übermachtet. Hier trat nun sofort ein Studierender namens [REDACTED] der jetzt seine Ingenieurprüfung ablegt, an den [REDACTED] hören und fang in das gleiche Horn zu blasen wie die Rowdies. Er schrie dem Genossen [REDACTED] ins Gesicht: "Ich stehe mit Ihnen nun 3 Semester feindlich gegenüber. Jetzt ist es Zeit, wo ich mir Luft machen kann. Mir ist es egal und wenn ich auch die Prüfung nicht bestehe." Er sagte weiter zum Gen. [REDACTED] "Wären Sie doch weggegangen, dann wären alle Studierenden mitgegangen." Aber aus Angst sind sie zurückgeblieben". Die Genossen [REDACTED] und [REDACTED] haben den Studierenden schon im Flur erklärt, was es für Elemente waren. Davon wollte aber [REDACTED] nichts wissen, je er reif sogar den Studierenden zu: "Los, kommt mit, los wir streiken mit." Ihm folgte aber niemand. Jedoch ein Studierender (Genosse [REDACTED]) wollte noch mit. Der Genosse [REDACTED] der zuerst dem [REDACTED] folgen wollte, wurde durch die Überzeugenden Worte des Genossen [REDACTED] zurückgehalten. Nach Abzug der Rowdies fand im Kultursaal eine Schülerversammlung statt, bei der Gen. [REDACTED] den Studierenden erklärte, was diese Provokateure erreichen wollten. Gegen 11.45 Uhr wurde dann der Unterricht geschlossen. Am nächsten Tage waren alle Studierenden wieder da. Nach dieser Schülerversammlung fand eine Parteiversammlung statt, wo diese Provokation durchgesprochen und gleich für die nächsten 2 Tage Wachen eingestellt wurden. Die zur gleichen Zeit laufenden Aufnahmeprüfungen fanden statt. Im mündlichen wurde nur in Mathematik geprüft, weil der grösste Teil der Prüflinge von auswärts war und sonst die 28ge nicht erreicht hätte.

Fachschule für Bauwesen
Magdeburg, Am Krökenitor 2
Fernsprecher: 32443

000264

-3-

6

Am Morgen des nächsten Tages vor Unterrichtsbeginn haben sich die Gesellschaftswissenschafts-Lehrer zusammengesetzt und gemeinsam die Plattform für die Argumentation ausgearbeitet. Wir konnten am Dienstag in den Unterrichtsstunden feststellen, dass die Studierenden von den Provokateuren zunächst überhaupt nichts wissen wollten. Sie waren mehr oder weniger der Meinung, dass die einzige Ursache die fehlerhafte Politik unserer Regierung gewesen wäre. Aber dieser Standpunkt änderte sich sehr schnell in den nächsten 2 Tagen auf Grund der Presseberichte und der ausgesprochenen Todesurteile. Wir können heute sagen, dass die Studierenden sich tatsächlich zum richtigen Standpunkt mit Hilfe unserer Überzeugung durchgerungen haben.

Magdeburg, den 25. Juni 1953.

Fachschule für Bauwesen
Magdeburg, Am Krökenitor 2
Fernsprecher: 32443

Klaus Hengmith

[Der Verfasser des folgenden Berichtes wurde 1934 in Breslau/Schlesien geboren. Nach der Flucht lebte er seit 1945 in Eilsdorf, Krs. Oschersleben, und beendete dort 1948 die Grundschule. Von 1948–1951 erlernte er den Beruf eines Tischlers und arbeitete von 1951–1952 bei der SAG Wismut im Uranbergbau. 1952–1954 studierte er am Institut für Lehrerbildung (IfL) Magdeburg und erhielt das Abschluszeugnis als Lehrer der Unterstufe. Der Bericht wurde 2003 erstellt]

Zur Situation im Institut für Lehrerbildung:

Unterrichtet wurden 11 Klassen. KI bis K9 waren Werkätige, O1 und O2 ehemalige Oberschüler, zum Teil mit Abitur – insgesamt ca. 250 Studierende. Die Zusammensetzung nach dem Alter schwankte zwischen dem 16. und dem 40. Lebensjahr. FDJ-ler waren alle, davon ca. zehn Prozent in der SED. Der Verfasser war damals noch kein Parteigenosse.

Meine Erinnerungen an den 17.6.1953:

An jenem Tage – ich glaube, es war ein Mittwoch – saß ich in meinem möblierten Zimmer in der Fröbelstraße und lernte. Wir hatten nach jedem Semes-

ter Zwischenprüfungen und der heutige Tag war für mich prüfungsfrei. Gegen 9.00 Uhr kam mein Freund und sagte: „Du lernst hier und in der Stadt streiken sie!“ – „Wer soll denn bei uns streiken?“ – „Gemerkt habe ich nichts, aber komm, wir gucken mal!“ Gesagt, getan.

Wir gingen die Gr. Diesdorfer Straße entlang in Richtung Bahnhof. Die Sonne strahlte, es war warm und wir bemerkten nichts Außergewöhnliches. Am Damaschkeplatz fiel uns nur auf, dass von dem dortigen Verwaltungsgebäude alle Transparente abgerissen waren. Sie lagen auf der Straße – nur eines hing noch. Es trug die Inschrift: „Ganz Deutschland wird zur unteilbaren Republik erklärt“ (Karl Marx).

Wir bummelten weiter zum Seiteneingang des Bahnhofs. Dort schien der Andrang größer als sonst zu sein. Man diskutierte in Gruppen und die beherrschenden Themen waren: Streik in Berlin, Normerhöhungen, Wahl einer neuen Regierung. Jetzt tauchten einige Angehörige der KVP auf. Anscheinend waren sie auf Dienst- oder Urlaubsreise, denn sie waren unbewaffnet und in Ausgangsuniform. Sie wurden freundlich, aber bestimmt von den Älteren aufgefordert: „Jungs, zieht die Jacken aus, Mütze ab, sonst gibt es Ärger!“ Das geschah ohne Widerstand und sie konnten unbehelligt gehen.

Bis jetzt herrschte eine fast schützenfestartige Stimmung und kein Volkspolizist lies sich sehen. Vor dem Haupteingang des Bahnhofes dehnte sich damals eine riesige freie Fläche aus. Deshalb konnten wir am Gebäude der „Volksstimme“ Rauch aufsteigen sehen. Wir eilten neugierig dort hin. Dort brannte ein Bücherberg (ca. einen Meter hoch). Ohne weiteres konnten wir eins der unversehrten Bücher in die Hand nehmen. Es war Scholochows „Stiller Don“. Das gefiel uns nicht, wir mochten beide dieses Buch.

Wie wir zu unserem Institut in der Braunschweiger Straße kamen, weiß ich nicht mehr. Wahrscheinlich fuhren die Straßenbahnen noch. Irgendwie hatte sich die Stimmung in der Stadt verändert. Man führte in der Bahn und auf der Straße Gespräche, die nach dem damals herrschenden Vokabular eindeutig konterrevolutionär waren.

Gegen 11.00 Uhr waren wir im Institut. Die Prüfungen waren abgebrochen worden und es herrschte ein tolles Durcheinander. Wir kannten uns ja alle, waren mindestens in einer Organisation politisch erfasst und für den Sozialismus bzw. das, was wir dafür hielten. So etwas hätten wir nicht für möglich gehalten! Einige Dozenten versuchten eine Gegendemonstration zusammenzustellen. Unsere Studenten und Dozenten sollten geschlossen ins Zentrum marschieren und für unseren Staat und seine führende Partei „Zeugnis ablegen“. Warum nicht? Die jüngeren Studenten waren dazu bereit. Ältere Studenten – zum Teil Soldaten des II. Weltkrieges – zeigten besorgte Gesichter. „Die hauen uns den Frack voll“ – und das stimmte auch uns Jüngere bedenk-

lich. Wir hätten trotzdem mitgemacht (feige waren wir ja nicht), aber so ganz echt schien uns das Vorhaben nicht mehr. Schließlich verbot der damalige Direktor des Instituts, der Genosse Drefenstedt, diesen Versuch. Seine Begründung: „Rücksichtnahme auf die weiblichen Mitglieder unseres Kollektivs“.

Plötzlich kursierte das Gerücht: „Das Gefängnis brennt!“ Also nichts wie hin. Die Straßen waren jetzt mit Menschen gefüllt, es wurde diskutiert, Gerüchte überboten sich in ihren Aussagen. „Die Russen bleiben neutral. – Die Regierung ist zurückgetreten. – Wir vereinigen uns mit dem Westen.“

Gegen 13.30 Uhr waren wir am Gefängnis. Dort qualmte bloß ein großes Holztor. Anscheinend wollte man es von außen anzünden, aber es widerstand dem Feuer. Die Zellenfenster waren zum Teil zerschlagen. Menschen lehnten aus ihnen und brüllten: „Holt uns raus!“ – aber das Tor gab nicht nach, keiner kam in den Gefängnishof. Dort sah ich auch den einzigen bewaffneten Zivilisten. Er hatte einen Karabiner 98 k geschultert und versuchte in der engen Straße vor dem Gefängnistor Ordnung zu schaffen.

„Langweilig“, sagte mein Freund und wir drängten uns durch die Leute in Richtung Polizeipräsidium. Von dort aus sahen wir etwa in Höhe der Bahnüberführung vom Hasselbachplatz eine blaugraue Masse auf uns zuströmen. Es müssen Tausende gewesen sein, die in ihrer Arbeitskleidung auf uns zukamen. „Das sind die Krupp-Leute“ hörten wir von Passanten. Die Arbeiter marschierten in 10er oder 12er Reihen und trugen Spruchbänder. Erinnern kann ich mich noch an „Der Spitzbart muss weg“ und „Schickt die Bonzen zu uns – zum Arbeiten, nicht zum Quatschen!“ Ihre Masse und ihr diszipliniertes Auftreten beeindruckten uns stark. Wir hatten ja soviel über die „führende Rolle der Arbeiterklasse“ gehört und jetzt erlebten wir sie.

Nun bewegten wir uns wieder in Richtung Sudenburg. Da wo die Leipziger in die Halberstädter Straße einmündet, war eine weite Fläche, ein geräumter Ruinenplatz. Dieser Platz war nun voller „Kruppianer“. Die Marschordnung hatte sich aufgelöst und anscheinend sollten nun die Gefangenen befreit werden.

Da näherte sich aus der Sudenburger Richtung eine Fahrzeugkolonne – T 34 Panzer und SPWs. Die Sowjetsoldaten trugen einen roten Stern am Helm. „Das sind Stalinschüler“, sagte ein Mann. Noch war nichts passiert und trotzdem; es lag eine unheimliche Spannung in der Luft. Aus dem Turm des vorderen Panzers forderte ein junger Offizier über Lautsprecher immer wieder: „Gehen sie nach Chause, alles wird geprift!“ – „Ihr sollt abhauen, wir sind zu Hause!“ „Wir regeln unsere Sachen selbst!“ So oder ähnlich lauteten die Antworten auf die russische Aufforderung.

Langsam bahnten sich die T 34 einen Weg durch die Menschenmenge, gefolgt von den SPWs. Die Gesichter der Russen auf ihnen wirkten wie verstei-

nert, aber noch war nichts passiert. Da traf eine Flasche oder ein Stein den jungen Panzeroffizier. Er verschwand im Turm des Fahrzeuges wie das Kasperle von der Bühne, und Gelächter ertönte. Da peitschten die ersten Schüsse! Die Soldaten auf den SPWs hielten ihre Waffen jetzt im Anschlag, es schossen aber nur die Turm-MGs der Panzer. Wir beiden waren der Meinung, dass zunächst nur mit Platzpatronen geschossen wurde. Es reichte aber, um die Stimmung zum Kochen zu bringen. Mit Latten und Rohren wurde auf die Fahrzeuge eingeschlagen, man warf Steine und brüllte. Die Soldaten saßen ab und bildeten Schützenketten. Sie versuchten das Gelände Polizeipräsidium – Justizgebäude – Gefängnis zu räumen. Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen Demonstranten und Soldaten, es fielen die ersten MPi-Schüsse.

Direkt gegenüber dem Präsidium war eine Tankstelle. Zur Straße hin war sie von einer ca. 60 cm hohen Betonmauer getrennt. Dahinter warfen wir uns – Helden waren wir auch nicht. Bei allem Höllenlärm hörten wir ein gellendes Schreien in der Nähe. Ein etwa 14-jähriges Mädchen war am Bein getroffen worden und lag auf der Erde. Wahrscheinlich war es ein Querschläger, denn sie blutete stark. Ihre Mutter versuchte sie mit Fetzen ihres Unterrockes zu verbinden. „Helft!“, schrie sie uns an. Wir schleppten das Mädchen über die Carl-Miller-Str. und legten uns alle hinter das Denkmal von Eike von Repgow. Da sahen wir ganz in der Nähe einen Krankenwagen. Wir brachten Mutter und Tochter dorthin, wehrten den Dank ab und sprangen zurück zur Tankstelle. Dort waren wir ja geborgen, so glaubten wir. Inzwischen hatte sie die Schießerei aber erheblich verstärkt. Latten und Rohre gegen MGs und MPs – das konnte nicht gut gehen. Da die meisten in Richtung Hasselbachplatz rannten, liefen wir in Richtung Buckau. Es schien uns sicherer zu sein! Da sich aber auch in dieser Richtung eine russische Schützenkette gebildet hatte, flüchteten wir über eine Grünanlage rechts von der Straße in eine Unterführung. Sie war ausgemauert, in ihr floss ein Bächlein und sie unterquerte einen Bahndamm. Inzwischen hatten sich 15-20 Personen dort gesammelt und fühlten sich in Sicherheit. Da tauchten am Eingang dieses kleinen Tunnels ein Russe auf und gab eine MPi-Salve ab. Hätte er auf uns gezielt, so wäre kaum einer unverletzt entkommen. So konnten wir auf die andere Seite des Bahndammes gelangen und rannten über einen Sportplatz in Richtung AMO-Kulturhaus. Es wurde auf uns geschossen, wir sahen Menschen stürzen, doch wir kümmerten uns nicht darum.

Das Kulturhaus war unser Ziel! Und wir erreichten es, etwa 10–12 Personen. Dreckig, blutverschmiert, aber heil! Das war zwischen 16.00 und 17.00 Uhr, wir hatten Hunger und genug erlebt. Also nach Hause – bloß wie?

Richtung Hasselbachplatz kamen wir nicht durch. Die Halberstädter Str. konnten wir nach einigen Irrwegen in Höhe des Eiskellerplatzes überqueren. In der

Helmstedter Str. wohnte mein Freund, auch möbliert. Der hatte aber so gut wie nichts zu essen, und alle Geschäfte waren inzwischen geschlossen. Einige Vorräte hatte ich in der Fröbelstraße. Nichts wie hin! Bloß - wir kamen nicht über die Sudenburger Wuhne. Russische Soldaten sicherten die Bahnlinie und unterbanden jeden Versuch, sie zu überqueren. Zurück zur Helmstedter! Dort versorgten uns Klassenkameradinnen mit Essen, und ich schlief bei meinem Freund. Am 18. Juni war ja wieder Prüfung!

Nun konnte ich mich bei meinem Freund zwar waschen, aber seine Kleidungsstücke paßten mir nicht. So musste ich in meinem Aufzug ins Institut. Auf die Frage des Prüfungsvorsitzenden: „Wie erklären Sie uns Ihr Aussehen, Jugendfreund H.?,“ erwiderte ich: „Nasenbluten, Genosse Wächter!“, und es gab keine Probleme mehr im Institut.

Am 19. Juni erfuhren wir bei einem Fahnenappell von unserem Direktor, dass es in der Stadt zu vereinzelt Ausschreitungen von bezahlten Agenten des Klassenfeindes und unverbesserlichen Faschisten gekommen sei. „Die Ruhe ist jedoch wieder hergestellt!“ Mir schienen es ja ein paar Klassenfeinde zu viel gewesen zu sein – und die Ruhe? In den nächsten Tagen konnten wir Anschläge lesen, etwa im Format A4. Sie verkündeten die Urteile eines sowjetischen Standgerichtes - Todesurteile.

Aber die Ruhe war ja wieder hergestellt ...

PS: Vier Wochen später hatten wir einen neuen Direktor, den Gen. Winnig. Man munkelte, dass Gen. Drefenstedt wegen „Versöhnertums“ seines Postens enthoben worden wäre. Er hätte am 17. Juni die FDJ-ler von der „klassenkämpferischen Bewährung“ abgehalten.

Ulrich Rogge

[Magdeburg 2003]

Als ich (damals Setzerlehrling, 3. Lehrj., Volksstimme) nach Streikbeginn zum Bahnhof kam, wo Diskussionsgruppen herumstanden und anderswo Losungen heruntergerissen wurden, hieß es plötzlich: „Der Interzonenzug aus Hannover kommt!“

Die Situation änderte sich schlagartig. Viele Menschen liefen auf den Bahnsteig, sie holten aus dem eigentlich fast leeren Zug Passagiere heraus, riefen „Brüder!“, umarmten die mehr oder weniger Überraschten oder Fassungslosen. Dann fuhr der Zug weiter. (Westreisen waren seinerzeit extrem erschwert.)

Am Polizeipräsidium (heute Platz des 17. Juni) sammelten sich immer mehr Menschen. Mich beeindruckte ein kuriose Ereignis: Von Sudenburg her kamen auf der Halberstädter Straße zügig marschierend in ordentlichen Dreier-

reihen und in ihrer Uniform die Kollegen des Straßenbahndepots – viele trugen ein Brot unter dem Arm – sie erhielten Zurufe und auch Händeklatschen und verschwanden in Richtung Hasselbachplatz.

Weil bis in unsere Gegenwart immer wieder von Organisation durch den Westen geredet wird, die folgende Erinnerung vom Polizeipräsidium:

Immer mehr Menschen sammelten sich am Polizeipräsidium. Irgend jemand hatte einen Wagen mit aufmontierten Lautsprechern herbeigefahren, er stand gleich neben der Kreuzung auf dem Radweg am Glacis. Ich erinnere mich an einige Menschen, die das Mikrofon aufnahmen. Einer sagte: „Wir wollen frei wählen.“ Ein anderer nahm das Mikrofon und rief: „Brüder, ... mir fehlen die Worte ...“ und legte es wieder hin. Richtig lenkende Durchsagen gab es nicht.

**Brief an Thomas Neubert,
welcher vom 13.8.1951 bis zum 6.5.1952 als 17-Jähriger in Magdeburg
inhaftiert war, weil er die satirische Zeitschrift „Tarantel“ aus
Westberlin mitgebracht hatte. Herr Neubert floh anschließend aus der
DDR.**

Lieber Thomas!

Mgd. den 13.7.53

Endlich komme ich dazu, Deinen Wunsch „Schreibe doch bitte mal“ zu erfüllen. Wie Du gewiß aus Zeitungen und Radio gehört hast ist jetzt in der letzten Zeit allerhand hier passiert. Ich fange am besten von dem Zeitpunkt an, an dem Deine Familie von einem Abstecher nicht mehr zurückkam. Wir haben uns alle darüber gefreut, daß es Euch nun endlich gut geht. Übrigens kam das Weggehen für uns nicht unerwartet, denn für Deinen Vater wäre hier ja doch keine Aufstiegsmöglichkeit mehr gewesen. Und es war gut, daß er das, was nach seiner Abfahrt sich hier ereignete, nicht mehr miterlebte. Denn ungefähr von dem Zeitpunkt ab begann hier der sogenannte „Kirchenkampf“. Er wurde eingeleitet mit vielen Verhaftungen von Pfarrern und anderen kirchlichen Würdenträgern. Unter anderem wurde auch Fritz Hoffmann verhaftet, der jetzt immer noch sitzt, aber bald freigelassen werden soll. Dann begann der Kampf gegen die „Junge Gemeinde“, die als Verbrecherorganisation hingestellt wurde, die im Auftrage der westlichen Kapitalisten Zersetzungsarbeit in der DDR durchführt. Du kannst Dir ja vorstellen, was das bedeutete. Es wurde die Versandstelle geschlossen und sämtliche Mitarbeiter verhaftet. Die Schaukästen wurden abgerissen und die Gottesdienste gestört. Man wartete jeden Tag darauf, auch verhaftet zu werden. Aber mit uns kam es jedoch anders. Wir mußten in der Schule gegen die Junge Gemeinde und Bischof Dr. Müller als einen amerikanischen Agenten stimmen. Wir, die Mitglieder der

Jungen Gemeinde und viele andere, stimmten dagegen. Allein aus unserer Klasse, der Fortschrittlichsten der ganzen Schule, stimmten von 26 Schülern 14 dagegen. Das war natürlich ein Schlag für sie. Daraufhin suchte Rolack wahllos oder auch nicht 10 Mann heraus, die er kurzer Hand ohne Begründung aus der Schule warf. Unter den 10 befand natürlich ich mich auch, vereint mit Eberhard Jüngel, Brigitta Ziegler, Maria Diettrich, Bärbel Hoffmann, der Bruder von Volkmar Bühling und andere mehr. Da saßen wir nun, die Verbrecher, Saboteure, westdeutsche Agenten, Mörder von Volkspolizisten, na und ich habe sie leider wieder vergessen, die anderen schönen Bezeichnungen. Du kennst Sie wohl vielleicht auch noch. Mir gelang es dann aber bald, dank der juristischen Geschicklichkeit meines Vaters, wieder auf die Schule zu kommen, die aber die Oberschule von Schönebeck sein mußte. Dort verlebte ich dann einige vergnügte Wochen. Bis dann der 7. Juni kam und alles das, was sich die Kommunisten mühselig mit Blut und Eisen erobert hatten, zurückgegeben werden mußte. Du kannst Dir gar nicht vorstellen, was hier alles los war. Vor Freude besoffen sich alle Leute in der Kneipe und verprügelten alle die, die SED Abzeichen oder andere trugen. Es begann wirklich wieder ein neues Leben. Die Bauern durften wieder auf ihre Höfe, die Geschäftsleute bekamen ihre gestohlenen Geschäfte zurück, die von der Schule verwiesenen Schüler und Lehrer durften wieder auf die Schule, der Interzonenverkehr wurde erleichtert und vieles andere mehr. Ich blieb aber noch auf der Schule in Schönebeck, weil es mir dort sehr gut gefiel. Bald wurde mir aber die 2stündige Fahrtzeit zu viel und ich meldete mich in der letzten Woche noch auf unserer Schule an, die mich dann auch mit einem ausgezeichneten Zeugnis in die 12. Klasse versetzte.

Ja, und dann kam der 17. Juni, den ich nie wieder in meinem Leben vergessen werde. Ich kam mittags um ein Uhr aus der Schule ohne etwas besonderes bemerkt zu haben. Da fiel mir auf, daß keine Straßenbahn fuhr. Als ich dann zum Bahnhof ging, bemerkte ich Volksmassen, die bemüht waren, die „grüne Minna“ einen Berg hinunterzuwerfen; was ihnen dann auch gelang. Auch sonst waren die Straßen gefüllt von Menschen, die nicht gerade sehr friedfertig aussahen. Mein Gedanke war jetzt nur noch, so schnell wie möglich nach Magdeburg, bevor noch etwas passiert. Als ich auf den Bahnsteig ging, hörte ich von einigen Arbeitern, daß ganz Magdeburg in den Streik getreten sei und sämtliche öffentliche Gebäude gestürmt wurden seien. Mit großer Mühe gelang es mir dann auch noch nach Magdeburg zu kommen. Auf dem Bahnsteig traf ich gerade Arbeiter an, die die Transparente abrissen und die Losungen auf den Zügen mit Farbe überstrichen. Vor dem Bahnhof hörte ich

schon Geschosse. Darum rannte ich über das Bahngelände durch den Editharing im Galopp nach Hause.

Zu Hause schwang ich mich dann auf's Rad und fuhr in die Stadt. Ich kam am völlig zerstörten FDJ-Haus, SED-Gebäude und Deutsch-Sowjetischen-Freundschaftshaus vorbei. Ich habe so gut es ging die Hauptstraßen vermieden, denn dort fuhr Russenpanzer, die mit ihrem MG in die Menge schossen. Als ich dann am Polizeipräsidium vorbeifuhr, kam ich in eine regelrechte, aber ungleiche Schlacht. Hier hatte man versucht, die Gefangenen zu befreien, was ihnen aber mißlungen war, da die sowjetischen Panzer vorher da waren. Nur in Neustadt haben sie die politischen Gefangenen befreien können, aber auch die übrigen Gefangenen sind leider mit freigekommen. Dann sind sie in das Gerichtsgebäude eingedrungen, haben sämtliche Akten aus den Fenstern geworfen und angesteckt. Darauf versuchten sie, es waren vor dem Polizeipräsidium etwa 25.000 Mann, das Präsidium zu bestürmen. Daraufhin begannen aber die Volkspolizisten aus den Fenstern zu schießen und auch die russischen Panzer, es waren 36, begannen mit in den Kampf einzugreifen. Dicht neben mir wurden zwei Jugendliche durch Kopfschuß getötet. Ich habe zum Glück nur das Pfeifen gehört und habe mich aber dementsprechend schnell zurückgezogen. Beinahe hätte mich noch ein Panzer zermalmt, der es darauf abgesehen hatte, den Menschenhaufen, in dem ich stand, zu zerstreuen. Da wurde es mir doch zu viel und ich zog es lieber vor, nach Hause abzuhausen. Du kannst dir ja vorstellen, was das für Wellen geschlagen hat. Mehrere Wochen ist der Ausnahmezustand für Magdeburg gewesen. Kein Kino, Theater oder sonstige Veranstaltungen. Ab 9 Uhr durfte sich keiner mehr auf den Straßen sehen lassen, wenn er sich nicht verhaften lassen wollte. Auch sonst durfte man sich nur zu dreien auf der Straße bewegen. Es war eine blöde Zeit. Dafür habe ich es jetzt in den Ferien um so schöner und hole alles das nach, was ich in dieser Zeit versäumt habe. Am Sonnabend feiern wir Evchens Hochzeit hier in Magdeburg. Sie hat einen Kaufmann in Hamburg gefunden. Unter anderem hat sich auch Frl. Hage mit Werni verheiratet. Familie Lüders hat sich, wie du vielleicht auch schon gehört hast, zum Westen abgesetzt. Unserer Familie geht es sonst leidlich. Es freut mich, daß Du es nun doch geschafft hast, nach Davos gut hinzukommen und Dich gesund zu kurieren. Wie lange mußt Du denn dort bleiben? Was sind denn Deine späteren Pläne? Wenn Du mal Zeit haben solltest, könntest Du dich ja vielleicht mal dazu hergeben, mir einen Brief zu schreiben, der doch bestimmt schneller kommen wird als meiner. Ansonsten sei herzlich begrüßt von Deinem Freund

Klaus

6. Karte über die Ereignisse im Bezirk



Bezirk Magdeburg 1953 mit allen Orten, aus denen Aktivitäten in dieser Broschüre dargestellt sind. Orte über 10.000 Einwohner (Stand 1953) sind als Flächen dargestellt, Orte über 100.000 Einwohner in VERSALIEN. Mit Markierung*: alle Orte, in denen es nur kleinere Ereignisse gab, wie z. B. Freudenfeste, LPG-Auflösungen, nicht-gezahlte Partei-Beträge ... (Sonstige Kreishauptstädte sowie sonstige in der Broschüre erwähnte Orte sind eingeklammert.)

7. Die Ereignisse in den Städten und Gemeinden der Kreise

Kreis Seehausen

Der Kreis Seehausen, ganz im Norden des Bezirkes gelegen, blieb um den 17. Juni 1953 herum einer der ruhigsten des Bezirkes. Viele Bewohner erfuhren scheinbar erst sehr spät, fast erst im Nachhinein, von den Unruhen: erst als schon parteifreundliche Berichte in den Zeitungen versuchten, die Ausschreitungen in Berlin und Magdeburg als „faschistisches Werk westlicher Provokateure“ abzuurteilen. So war es nicht verwunderlich, dass die Verhängung des Ausnahmezustandes, der mindestens bis zum 22. Juni andauerte, laut SED-Bericht, in der Bevölkerung allgemeines Unverständnis hervorgerufen hätte, da man ja nicht wusste, womit diese Maßnahmen zusammen hingen. Erstaunlich erscheint dem gegenüber die einen Tag jüngere Meldung der SED-Kreisleitung vom 22.6.1953, dass der Ausnahmezustand die Bevölkerung beruhigen würde¹⁰. Dennoch passierte im ländlich geprägten Kreis Seehausen nicht nichts. Möglicherweise würden Zeitzeugeninterviews die Informationsausbeute der verhaltenen SED-Berichte noch deutlich erweitern.

Berichtet wurde, dass in keinem Betrieb die Arbeit niedergelegt wurde, jedoch in der LPG Kaltenberg die Mitarbeiter nur in Anwesenheit des Parteisekretärs gearbeitet hätten.¹¹ In der LPG Krüden waren Genossen über die Aufhebung eines Gesetzes so erbost, (welches, wurde nicht erwähnt) dass sie nicht weiter arbeiteten. Parteifunktionäre diskutierten mit ihnen bis sie am nächsten Tag die Arbeit wieder aufnahmen.¹²

Das ruhige, abwartende Verhalten in der Bevölkerung wurde an der Grenze ebenso wie im restlichen Kreisgebiet beobachtet. Auch im Kreis Seehausen hatte – wie an der ganzen Grenze zu den westlichen Besatzungszonen entlang – erst im Jahr zuvor die „Säuberungsaktion Ungeziefer“ statt gefunden, bei der zahlreiche missliebige Einzelpersonen und Familien in kurzfristigen Nacht- und Nebelaktionen „zum Schutze des Staates“ umgesiedelt wurden. Sie wurden in Orte außerhalb der Grenzzone gebracht. Menschen, die sich offen kritisch äußerten, waren in den Grenzregionen damit seltener geworden. Die Angst des letzten Jahres und die noch unbekannten neuen Nachbarn, von denen man nicht wusste, wie sie sich in kritischen Situationen wirklich den staatlichen Stellen gegenüber verhalten würden, trugen sicherlich mit zu jener Ruhe bei. Typisch für die Wochen um den 17. Juni waren die zahlreichen

10 Vgl. Bericht vom 22.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

11 Vgl. Zusammengefasster Bericht vom 20.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

12 Vgl. Informationsbericht über die Lage im Kreis Seehausen vom 23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

Gerüchte, wie z. B. „Die Amis kommen.“ oder „Verschiedene Gebiete werden an die westlichen Besatzungszonen abgegeben.“, die sich in den Gemeinden schnell verbreiteten und die Menschen beunruhigten.¹³

Die Großbauern zeigten ähnlich wie in anderen Regionen öffentlich ihre unzufriedene Situation. Sie trafen sich in den Gastwirtschaften der Gemeinden zu (von Parteifunktionären so genannten:) „Saufgelagen“.

Kreis Salzwedel

Innerhalb des Kreises wurde nach dem derzeitigen Stand der Untersuchungen nur in der Salzwedeler Pumpenfabrik am 17. Juni 1953 die Arbeit niedergelegt. Die Kreisparteikontrollkommission (KPKK) des Kreises Salzwedel meldete der Bezirksparteikontrollkommission (BPKK), dass die Arbeiter (248 Personen) eine Resolution verfasst hätten, mit der sie sich direkt an die Regierung der DDR wandten. Darin erklärte die Belegschaft am 18. Juni, dass sie ihre Arbeit jetzt unter der Bedingung wieder aufnimmt, dass die genannten sechs Beschlüsse auch realisiert würden. Neben den in anderen Betrieben ähnlichen Forderungen, fühlten sich die Arbeiter auch so mit ihrem Betrieb verbunden, dass sie ihn gegen Zerstörungen schützen wollten. Der Werkleiter und der Betriebsparteisekretär, die beide die Resolution mit unterschrieben, verpflichteten sich, *dass kein Kollege, der diskutiert hat, Schwierigkeiten bekommt – und das auch in Zukunft, wenn er mit Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden ist.*¹⁴ (siehe folgende Seite)

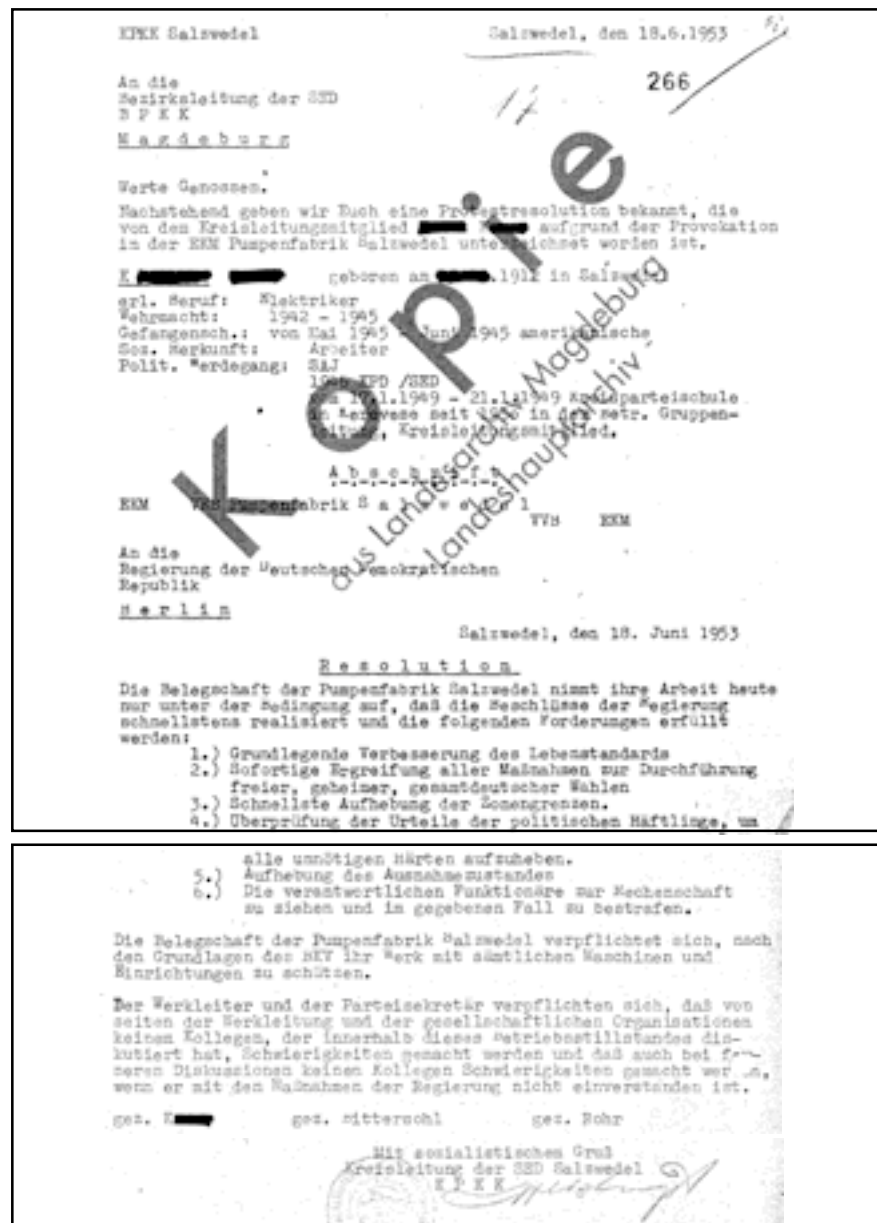
In einer Broschüre der SED-Kreisleitung vom Anfang der 70er Jahre wird in der damaligen „Sprache der Partei“ die Situation am 17. Juni 1953 wie folgt dargestellt:

*Obwohl einige faschistische Provokateure von Stendal nach Salzwedel gekommen waren, gelang es ihnen nicht, ihre Putschparolen an den Mann zu bringen. Die Arbeiter der Salzwedeler Betriebe stellten sich demonstrativ gegen sie. In den Vormittagsstunden des 17. Juni berief das Büro der SED-Kreisleitung eine Parteiaktivtagung in die Stadthalle ein, um hier noch einmal die Politik des ZK und der Regierung darzulegen. Im Ergebnis dieser Beratung gelang es den Salzwedeler Parteiaktivisten sehr schnell, die imperialistischen Propagandaparolen zu zerschlagen und gemeinsam mit den Arbeitern die Provokateure zu isolieren.*¹⁵

13 Vgl. Bericht vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

14 Resolution des EKM VEB Pumpenfabrik Salzwedel vom 18.6. an Regierung der DDR. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

15 SED-Kreisleitung (Hg): „Zur Geschichte der Salzwedeler Arbeiterbewegung“ Teil III (1945–70), bearbeitet von Deyda, Ewald/Gähme, Ernst ca. 1971, S. 45–46.



Dokument 3: Brief der KPMK Salzwedel v. 18.6.1953, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Rep. P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg Nr. IV/2/4/23, Bl. 266, 266 Rs.

Wie die Isolation der „Provokateure“ und die Zerschlagung der „Propagandaparen“ von den Genossen konkret umgesetzt wurde, lässt sich den SED-Berichten nicht entnehmen. Der folgende Artikel auf der Lokalseite der „Volksstimme“ vom 13.7.1953 spricht lediglich vom Einsatz der VP, von sowjetischen Besatzern und der FDJ. Außer einer rein sachlichen Darstellung des Engagements der FDJler könnte der Artikel auch dazu gedient haben, die Attraktivität von Haus- und Hofgemeinschaften, die eine gegenseitige Kontrolle in den Wohngebieten herstellen sollten, zu erhöhen und damit ihre Bildung zu beschleunigen.

FDJLER ERTEILEN FASCHISTISCHEN PROVOKATEUREN EINE ANTWORT

Salzwedel. (Vk) Ein gutes Beispiel, wie man den faschistischen Abenteurern eine Antwort erteilt, gaben uns die FDJler der Wohngruppe West und Süd. Als am 17. Juni faschistische Agenten und Saboteure versuchten, in der Deutschen Demokratischen Republik den „Tag X“ zu provozieren und als auch in unserer Stadt irreführende Arbeiter der Pumpenfabrik ihre Arbeit zeitweilig niederlegten, zeigten die Freunde der Wohngruppen West und Süd ihr großes Vertrauen und ihre Verbundenheit zu ihrem Präsidenten, zu unserer Regierung und zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Freunde dieser beiden Wohngruppen gründeten ein Aktiv. Dieses Aktiv unterstützte die Arbeit der Volkspolizei und der sowjetischen Besatzungstruppen in den Tagen des Ausnahmezustandes. Nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes stellten sich die Freunde des Aktivs unserer Volkspolizei als freiwillige Helfer zur Verfügung.

Vk. Radke.¹⁶

Im Juni 1953 hielten sich im Kreisgebiet über einen längeren Zeitraum Gerüchte, dass am 8. Juli wieder so etwas wie der 17. Juni vorkommen würde. Als Folge der Juni-Ereignisse wurden im Herbst 1953 im Pumpenwerk, in der Zuckerfabrik und im Schwefelsäurewerk Salzwedels die ersten „proletarischen Hundertschaften“ des Kreises, die den „Kampfgruppen“ vorausgingen eingerichtet.

Ritze

Weitere Ereignisse im Kreisgebiet, über die die SED-Quellen berichteten, scheinen nur entfernt im Zusammenhang mit den Aktionen am 17. Juni zu

¹⁶ Radke, Vk.: „FDJler erteilen faschistischen Provokateuren eine Antwort“ aus Volksstimme. Organ der Bezirksleitung Magdeburg der SED, 7. Jg., Nr. 159, Montag, 13. Juli 1953, S. 6

stehen und fanden in den Folgetagen statt. So meldete die SED am 26. Juni 1953 aus der Gemeinde Ritze:

Ein Lehrer H. wurde am Abend des 25. Juni 1953 von zwei Personen: einem Genossen Walter S., der als Sekretär der Ortsparteiorganisation im Ort eingesetzt war, und dem Sohn des Großbauern Th., Th. junior, angegriffen und geschlagen. Den Hintergrund der Schlägerei begründete man darin, dass Th. junior dem Lehrer „heimzahlen“ wollte, was dieser seinem Vater angetan hatte. Was dies gewesen sei, wurde nicht berichtet. S. und der junge Th. wurden verhaftet.

In Ritze wurde außerdem eine Aussprache mit dem dortigen Bürgermeister Herrn Gescht geführt, da er geäußert hätte, er hätte für Parteiversammlungen keine Zeit, er wäre dazu angewiesen, nur für die Bevölkerung zu arbeiten. Die SED-Kreisleitung empörte sich darüber, dass Bürgermeister Gescht in der Zeit um den 17. Juni 1953 ein Forum des Friedens einberufen wollte, auf dem die Bevölkerung einen Beschluss hätte fassen sollen, dass alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.¹⁷

Saalfeld

Auch in der Gemeinde Saalfeld war es der Bürgermeister, Genosse Rein, der gegenüber der SED verlangte, dass die Verantwortlichen von ZK und Regierung zur Verantwortung gezogen werden, sonst würde er sein Parteibuch abgeben.¹⁸

Kreis Osterburg

Diskussionen ja, aber Streiks hatte es im Kreis Osterburg um den 17. Juni 1953 laut Kreisleitungsberichten der SED nicht gegeben. Dafür kam es einige Monate später, am 30. November 1953 in den LPGs in Dessau, Kleinau und Polkau zu kurzen Arbeitsniederlegungen. Ein daran beteiligter Genosse wurde später aus der SED ausgeschlossen.¹⁹

Die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Regierung kam in der ländlich geprägten Region um Osterburg vor allem durch kleine Worte und Taten zum Ausdruck. Ein Großbauer aus Gladenau, Mitglied der LDP, sagte am 17.6.1953 während einer LDP-Versammlung: *Jetzt wäre es an der Zeit, jetzt müssten*

17 Bericht vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

18 Situationsbericht vom 28.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

19 Bericht über den Kreis Osterburg. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23

*wir einen Protestmarsch nach Osterburg unternehmen und fordern, dass das Soll herabgesetzt wird.*²⁰ Ob tatsächlich ein solcher Marsch stattgefunden hat, kann mit keiner Quelle belegt werden. Die Großbauern in Rossau, Flessau, Erxleben, Wolterslage, Ballerstedt, Walsleben, Baben, Meseberg, Kossebau, Rathleben und vermutlich noch in weiteren Gemeinden sollen, von der SED-Kreisleitung so genannte „Freudenfeste“ gefeiert haben. Sie waren sicherlich, als Zielgruppe, die in jener Zeit besonders unter Druck gesetzt wurde, auch besonders froh, über den so plötzlichen und überraschenden offenen Widerstand der anderen Bürger. In Wollenrade verbrannte ein Fritz L. seinen Mitgliedsausweis der SED. In der Zuckerfabrik Goldbeck zahlten nach dem 17. Juni 1953 die Hälfte der Kollegen keine Gewerkschaftsbeiträge an den FDGB mehr.²¹

Nach dem 17. Juni veröffentlichten die altmärkischen Landkreise Aufrufe der demokratischen Blöcke, wo „Ansätze von Provokationen“ in der MTS Osterburg erwähnt werden, die sich auf Behinderungen bei der Ernte beziehen.²² In den LPGs Uchtenhagen und Giesenslage führten Schwierigkeiten mit Arbeitskräften und Finanzen zu Auflösungserscheinungen.

Ähnliches wurde auch über die LPG Kossebau berichtet. Hier hatte der Großbauer L. seinen Betrieb zurück bekommen, wodurch ein Teil der LPG-Arbeiter sich nicht mehr veranlasst sah, weiter in der LPG zu arbeiten, sondern auf seine oder ihre eigenen Felder zu gehen.²³ In dieser Zeit, kurz nach dem 17. Juni, sollen offene Diskussionen und Belegschaftsversammlungen über den neuen Kurs von Partei und Regierung stattgefunden haben. Solche offene Kritik an Funktionären und praxisnahe Diskussionen über die Sollerfüllung der bäuerlichen Wirtschaften waren nur eine Zeit lang möglich und man wusste nicht, ob die eigenen Argumente nicht doch hinterher gegen einen verwandt wurden.

Osterburg

In Osterburg hatte Werner Moritz gerade erst die Wäscherei in der Ackerstraße übernommen, als die Arbeitsniederlegungen begannen. Er berichtete aus seiner Perspektive, wie für ihn der 17. Juni 1953 ablief:

20 Zusammengefasster Bericht über die Aktivitäten der Kreisleitungen vom 23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

21 Analyse des Kreises Osterburg über die Ereignisse am 17.6. und die nachfolgenden Tage. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23

22 Vgl. Brief von Borchert, VWG Osterburg vom 21.6.2002.

23 Bericht vom 28.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

Werner Moritz

[Osterburg 2002]

Am 15. März 1953 wurde ich von der SED beauftragt die Wäscherei in der Ackerstraße zu übernehmen. Herr Friedrich hatte die damalige DDR verlassen. Es waren dort ca. 20 Beschäftigte. Die Arbeitslöhne der Werktätigen waren zum damaligen Zeitpunkt 73 bis 78 Pf / Stunde. Außerdem wurde Leistung gefordert. Bestimmte Artikel waren sehr teuer. Die Stimmung der Werktätigen war sehr gereizt. Am 17. Juni kamen dann einige zu mir und sagten: „Solche, die die Nachrichten verfolgt hatten, das in Berlin es zu einem Aufstand der Bauarbeiter gekommen sei.“ Besonders wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen kritisiert. Auch einige Gruppen Andersdenkender versammelten sich immer wieder zu Gesprächen. Auch später waren in Magdeburg ebenfalls solche Erscheinungen. Zwei Tage später wurden wir als Leiter der Kreisleitung hin bestellt und es wurde eine Auswertung vorgenommen. Das Schlimmste was ich zu hören bekam, war: „Hättet ihr nicht die Stimmung der Werktätigen im Betrieb einschätzen können usw.“ Hätten wir die Situation gemeldet, hätten sie uns abgelöst wegen Unfähigkeit.

Eine Arbeitskollegin von mir, namens Helga P., erklärte mir, dass ihr Vater 1952 abgeholt wurde. Der Vater hieß Otto A. und kommt aus Zedau. Er war ein Großbauer. Abgeholt wurde er wegen politischen Äußerungen.

An einer Rebellion im Gefängnis in Magdeburg war er ebenfalls beteiligt.

Nach dem 17. Juni wurde er wieder freigelassen.

Kreis Havelberg

Durch die Gebietsreformen 1952 waren fünf Gemeinden des Kreises West-Priegnitz aus dem Land Brandenburg dem Kreis Havelberg zugeteilt worden, die sich hier noch längst nicht heimisch fühlten. Der Kreis Havelberg wurde Anfang der 50er Jahre von einem menschlich harten, „partei-linien-treuen“ Vorsitzenden des Rates des Kreises geführt – so erinnern sich einige Einwohner²⁴ mit Schrecken an diese Zeit. Vor allem die Großbauern litten damals sehr unter seiner Vorgehensweise. Anfang der fünfziger Jahre verließen viele Bauern ihre Höfe und siedelten in den Westen über. Schon vor dem 17. Juni 1953 meldeten die Parteiorganisationen regelmäßig die Anzahl der Anträge auf Hof- oder Geschäftsrückgaben, die von den ehemaligen Besitzern gestellt wurden. Die zuletzt gegründete LPG in Sandau, löste sich am 16.6.1953, sofort nach der Bekanntgabe des Kommuniqué, das Erleichterungen und größere Freiheiten für die Bauern versprach, wieder auf. Andere Auflösungserscheinungen meldeten die LPGs in Buckow und Warnau.

²⁴ Angaben aus Gesprächen mit Einwohnern im Nordosten des Kreises.

Am 16. Juni 1953 war im Kreis Havelberg die Atmosphäre noch relativ alltäglich – so berichteten es die SED-Parteifunktionäre. Am frühen Morgen des nächsten Tages, dem 17. Juni, brachte dann der 20-jährige Maler Bodo M. die aktuellsten Informationen über den Streik direkt aus Berlin in die Havelberger (VEB) Möbelfabrik mit. Daraufhin schloss man sich den Streikenden an und die Arbeit wurde niedergelegt. Ein SED-Bericht dokumentiert aus der Sicht der Betriebsparteiorganisation: *Nach einer einstündigen Diskussion mit den Kollegen wurden sie [die Kollegen, d. V.] überzeugt, dass ihre Handlungsweise verkehrt war und nahmen ihre Arbeit wieder auf. Sie stellten 3 Forderungen, welche von Seiten der Partei als gerecht angesehen werden:*

- 1. Die Normenerhöhung nicht auf administrativem Wege, sondern erst die Voraussetzungen für eine Normenerhöhung im Betrieb zu schaffen.*
- 2. Angleichung der Preise für Lebensmittel und Textilien dem Verdienst der Kollegen entsprechend. Durchschnittsverdienst DM 200,00 monatlich.*
- 3. Die Forderung, dass die beiden Betriebe volkseigene Möbelfabrik und Flechtwarenfabrik, welche als einzige in der Stadt Havelberg in der Ortsklasse C eingestuft sind, in die Ortsklasse B umzustufen. Hier wurde vom Gen. Wirth das Versprechen gegeben, dass sich die Partei mit dem ZK in Verbindung setzen wird, um diese Umstufung wenn nicht im Jahre 1953, so jedoch im Jahre 1954 vorzunehmen.²⁵*

Ähnliches passierte am 18.6. in der Havelberger Schiffswerft. Der Techniker war um die Mittagszeit gerade aus Berlin und der Buchhalter aus Magdeburg eingetroffen. Schnell verbreiteten sich die neusten Informationen und um 14 Uhr begann auch hier der Streik. In beiden Betrieben erklärten sich die Arbeiter solidarisch mit den Berliner Bauarbeitern. Außerdem trat am gleichen Tag noch das Konsum-Bekleidungswerk Havelberg kurzzeitig in den Streik.²⁶

Klietz

Ein weiterer Vorfall ereignete sich am 18. Juni in Klietz. Darüber schrieb die SED-Kreisleitung Havelberg folgendes:

In Klietz wurden die Kollegen der Bergungsstelle durch Provokateure (selbstständige Handwerksmeister und dem BGL-Vorsitzenden des Betriebes, Gen. Ullrich) zur Demonstration aufgefordert. Die eingesetzten Agitatoren der Kreisleitung überzeugten die Belegschaft, dass sie von einer Demonstration Abstand nehmen sollen. Hier warfen die Provokateure ein: „Wer nicht mit-

²⁵ Vgl. Situationsbericht der SED-Kreisleitung Havelberg vom 16.–23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

²⁶ Vgl. Situationsbericht der SED-Kreisleitung Havelberg vom 16.–23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

demonstriert erhält keinen Lohn“. Dies wurde unterstützt vom BGL-Vorsitzenden. Daraufhin demonstrierte der Betrieb geschlossen durch die Gemeinde unter unseren Losungen „Für ein einheitliches Deutschland“, „Für Freiheit und Demokratie“. Die Provokateure wurden festgenommen.²⁷

Vieritz und Umgebung

Als besonderes Beispiel für die gegenseitige Vernetzung verschiedener Dörfer miteinander, erschien aus den SED-Berichten heraus die Demonstration, zu der es in Vieritz kam. Oft gelang es trotz großen Interesses der Beteiligten nicht, dass sich verschiedene Betriebe, Landwirtschaften oder sogar Dorfgruppen zu Aktionen zusammenfanden. Und so begann es: Die Arbeiter des Kunstseidenwerkes „Friedrich Engels“ in Premnitz, die in den Orten Vieritz, Böhne, Zollchow und Schmetzdorf wohnten, brachten die Streiknachrichten nach Feierabend aus Premnitz mit in ihre Dörfer. Sie riefen die Bevölkerung, besonders aus Vieritz, zur Demonstration auf und sollen diese mit Unterstützung der Großbauern organisiert haben. Um 21 Uhr muss sich der Demonstrationzug in Vieritz in Bewegung gesetzt haben, bis es plötzlich zu Schlägereien kam. Die SED-Kreisleitung entsandte eine Streife russischer Militärangehöriger in Uniformen der Volkspolizei, die die „Ruhe und Ordnung“ wieder herstellen sollte. Das gelang ihnen nicht. Dann schickte man die Polit-Abteilung der MTS Böhne mit ihrem Leiter Thielemann nach Vieritz, aber auch sie konnte nichts ausrichten und wurde mit in die Schlägerei verwickelt. Von den Parteifunktionären wurden vier Kader verletzt, einer von ihnen wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Wie viele Demonstranten Verletzungen davon trugen, ging aus den gesichteten Akten nicht hervor. In der Bevölkerung führten die Ereignisse des Vorabends am nächsten Tag zu großer Aufregung. Die Mehrheit unterstützte die Idee und das Stattfinden der Demonstration, war aber entschieden gegen die Schlägereien, zu denen es nicht hätte kommen dürfen.

An der Organisation der Demonstration soll sich auch der Betriebsleiter, Genosse Zulke, des Volkseigenen Sägewerkes in Wudicke, der gleichzeitig auch der 1. Sekretär der dortigen Betriebsparteiorganisation war, beteiligt haben. Er wurde hinterher mit dieser Begründung festgenommen. Innerhalb der SED-Kreisleitung führte es zu einiger Verwirrung²⁸, dass sich unter den weiteren Verhafteten noch ein Namensvetter befand, der Großbauer Z.

27 Vgl. Situationsbericht der SED-Kreisleitung Havelberg vom 16.–23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

28 Vgl. Kreisbericht vom 20.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

Insgesamt kam es zu 28 Verhaftungen im Kreis Havelberg, die mit der „Beunruhigung in der Bevölkerung und der Aufwiegelung der Belegschaften“²⁹ begründet wurde.

Kreis Klötze

Im Kreis Klötze passierte – außer in der Kreisstadt Klötze und in Ahlum – um den 17. Juni eher wenig. Einige kleinen widerständigen Aktivitäten ließen sich jedoch auch im übrigen Kreisgebiet nachweisen:

In den Bahnhöfen Beetzendorf, Klötze und Oebisfelde sowie im Bahnwerk Oebisfelde waren (laut SED-Berichten) die „regierungstreuen Funktionäre“ bis zum 20.6.1953 ständig damit beschäftigt, eine Unterbrechung der Arbeit zu verhindern. Am Bahnhof Beetzendorf fielen den staatlichen Organen zwei Jugendliche auf, die laut auf die Regierung schimpften und die Bevölkerung aufforderten, die Transparente am Bahnhofsgebäude zu entfernen. Beide wurden festgenommen und der Staatssicherheit übergeben. Eisenbahner aus Magdeburg sollen in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1953 einen Streik am Bahnhof Beetzendorf³⁰ organisiert haben wollen. Vertreter der staatlichen Organe sollen dies verhindert haben. Ein Herr, damals Schüler der 8. Klasse, erinnerte sich im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 vor allem daran, dass die gerade stattfindenden Prüfungen in Gegenwartskunde ausfielen.³¹ Die Großbauern in Neuendorf streikten gegen die Ablieferungsnormen ihrer Produkte. Sie weigerten sich, als private Bauern mehr abzuliefern zu müssen, als was für die LPGs veranlagt war. Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes soll – nach Aussagen aus den Kreisleitungsakten – die Konservenfabrik Ogema in Oebisfelde den Schutz ihres Betriebes selbst organisiert und verstärkt haben. Solche Aussagen, wie die letzte, dienten nach dem 17. Juni häufig auch dazu, zu zeigen, wie sehr man sich mit der Regierung verbunden fühlte. Ansonsten verhielten sich die Bürger zurückhaltend, auch hier waren die Erinnerungen an die Aktion „Ungeziefer“ und die damit verbundenen Zwangsausweisungen aus dem Grenzgebiet noch frisch.

Ahlum

Die SED-Berichte erzählen folgende Geschichte: Einen Tag vor dem 17. Juni 1953 wurde der Großbauer G. aus Ahlum aus der Haft entlassen und, im

29 Vgl. Situationsbericht der SED-Kreisleitung Havelberg vom 16.–23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

30 Vgl. Bericht vom 22.6.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

31 Persönliche Aussage im Brief von Frau E. Bernick, VWG Oebisfelde vom 11.3.2002.

Heimatdorf angekommen, „wie ein Held“ gefeiert. Er wollte seinen Hof entsprechend der neuen gesetzlichen Bestimmungen möglichst sofort zurückbekommen. Würde der Hof nicht bis zum Mittag des nächsten Tages an seinen Eigentümer zurückgegeben sein, sollte die LPG Ahlum gestürmt werden, hätte man gedroht. Um die Ernsthaftigkeit der Rückforderung noch zu unterstreichen, sei für die Nacht vom 17. zum 18. Juni 1953 eine Demonstration gegen die LPG geplant. Der Leiter der MfS-Kreisdienststelle und der VPKA-Amtsleiter wurden gerufen. Sie „isolierten den G. und klärten die Genossen in der LPG in ihren Rechten auf.“ Die Demonstration fand nachweislich nicht statt.³²

Dieses Ereignis beruht auf einer Darstellung der SED-Kreisleitung, die sie an die Bezirksleitung sandte. Demonstrativ stellt sich die Frage nach der Perspektive des Großbauern G. und wie er diese Situation persönlich erlebte. Darauf gibt es bisher leider keine Antworten. Das Beispiel von Ahlum zeigt aber deutlich, wie wichtig es ist, die verschiedenen Beteiligten einer Geschichte zu Wort kommen zu lassen, wie unzureichend die reine Beschäftigung mit überliefertem Aktenmaterial ist und wie vorsichtig und sauber solche Darstellungen interpretiert werden müssen. Völlig unklar bleibt doch, was die Aussagen des Berichterstatters: „sie isolierten den G.“ und: „klärten die Genossen in ihren Rechten auf“, vor Ort bedeuteten.

Klötze

In der Kreisstadt Klötze „würdigte“ Stadtrat Kreter (CDU) am 16. Juni 1953 in der öffentlichen Stadtverordnetensitzung die Erklärung der DDR-Regierung vom 11. Juni 1953. Er sagte, dass es bisher noch keine Regierung gegeben hätte, die ihre Fehler offen zugäbe und bereit sei, diese zu bereinigen. Dann spricht er darüber, dass auch im Kreis Klötze Fehler passiert sind, die wieder gut gemacht werden müssten. Als erstes sollte deshalb das ehemalige Rathaus, in dem jetzt die Kreisleitung säße, wieder an die Stadtverwaltung zurück gegeben werden. Darüber sollte jetzt eine öffentliche Abstimmung erfolgen. Anhaltender Beifall von den meisten der ca. 170 anwesenden Einwohner zeigte ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag. In einem späteren Bericht wurde die Fortsetzung der Versammlung wie folgt geschildert: Nach der Rede von Kreter wiesen einige Stadtverordneten darauf hin, dass kein schriftlicher Antrag vorläge. Damit wurde der Beschluss vertagt. (Die SED bezeichnete dies in ihren internen Berichten als „guten Schachzug“, mit dem verhindert werden sollte, dass die Bevölkerung mit abstimmt.) Die CDU brachte später den

³² Kreisanalyse über die Ereignisse am 17. Juni d. J. und die darauffolgende Zeit bis zum 30. September 1953 im Kreis Klötze. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

schriftlichen Antrag noch ein, den die SED-Mitglieder der Stadtverordneten dann einstimmig ablehnten. Vermutlich fand diese Abstimmung dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Ein Tag später, am 17. Juni, erfuhr die Kreisleitung von diesem Vorfall. „In mehreren Kreisblockausschusssitzungen wurden die Vertreter der CDU entlarvt und als Feinde der Republik aus dem Block ausgeschlossen.“³³

Kreis Kalbe

In vier Orten des Kreises Kalbe konnten Ereignisse um den 17. Juni 1953 nachgewiesen werden.

In der Maschinen-und-Traktoren-Station in Bismark wurde am Morgen des 17. Juni die Arbeit nicht begonnen. Auf dem MTS-Gelände bildeten sich überall Diskussionsgruppen, die darüber berieten, ob man streiken solle. Ähnlich lebhaft wurde im VEAB Bismark diskutiert. Auch ein Genosse H., Mitglied der SED-Parteorganisation des Betriebes, beteiligte sich aktiv und verlangte, dass die Regierung abtreten solle. Dafür wurde ihm nach einer Aussprache³⁴ mit Verantwortlichen der BPO und des Kreises seine Funktion in der BPO für ein Jahr entzogen und er erhielt eine „Strenge Rüge“. Ähnlich erging es zum Beispiel auch dem Kreisleitungsmitglied Horst K. Ihm wurde vorgeworfen, er hätte von den Diskussionen gewusst, sich aber nicht dagegen gestellt. Wegen „schwankendem kapitulantenhaften Verhalten“ wurde er aus der Kreisleitung ausgeschlossen.

In Kalbe rief am 17. Juni der Kollege O. des VEB Brauerei Kalbe/Milde verschiedene andere Betriebe an und versuchte telefonisch, sie zu Streiks und Demonstrationen aufzurufen. Daraufhin kamen einige Arbeiter der „Trocknung Kalbe“ zu der einberufenen Belegschaftsversammlung in die Brauerei. Diese dauerte etwa eine Stunde. In der „Trocknung Kalbe“ wurde die Arbeit nicht unterbrochen und es wurde nicht gestreikt. Herr O. wurde danach verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.³⁵

*Dass der Kollege M. von der MTS Kakerbeck aus der Partei austrat, erregte unter der Bevölkerung großes Aufsehen.*³⁶ – Auch solche Stimmungen wur-

³³ Kreisanalyse über die Ereignisse am 17. Juni d. J. und die darauffolgende Zeit bis zum 30. September 1953 im Kreis Klötze. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

³⁴ Kreisanalyse der KPKK in Kalbe/Milde vom 26.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

³⁵ Kreisanalyse der KPKK in Kalbe/Milde vom 26.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

³⁶ Arbeitsbericht für den Monat September der Kreisleitung der SED Kalbe vom 30.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

den in den SED- und VP-Quellen berichtet. Welche Bedeutung Herr M. für die MTS hatte, bleibt allerdings offen. In Packebusch sollen mehrere Personen Nachtwache gehalten haben, um „die amerikanischen Panzer in Empfang zu nehmen“. Außerdem wurden im Luftraum des Kreises Luftballons mit Flugblättern gesichtet.³⁷

Kreis Gardelegen

Im Kreis Gardelegen kam es zu keinen Arbeitsniederlegungen, Streiks, Demonstrationen oder größeren Ereignissen offenen, widerständigen Verhaltens. Die überlieferten SED-Berichte der Kreis- und Bezirksleitung sind eher zurückhaltend und allgemein gehalten. Fast ein Jahr später, am 4. Mai 1954, äußerte die Bezirksparteikontrollkommission, dass die Auswirkungen des 17. Juni im Kreis erst jetzt anhand der zahlreichen Verhaftungen in den Orten Jeseritz, Roxförde, Potzehne und im VEB Kraftverkehr Gardelegen sichtbar würden.³⁸ Unter den Verhafteten befanden sich auch SED-Genossen, die wegen Waffenbesitzes festgenommen wurden. Welche weiteren Tatbestände und Anklagen den Inhaftierungen zugrunde lagen, wurde nicht erwähnt.

Die Stimmung war unruhig und gespannt, besonders in den LPGs Jerchel, Trüstedt und Potzehne. In Potzehne-Parleib soll der „Klassengegner verschärft aktiv“ gewesen sein. Belege für besondere Vorkommnisse ließen sich bisher nicht ermitteln. Ein Gerücht schien das andere abzuwechseln. In der Nacht zum 24. Juni setzten in der Nähe von Zichtau drei Flugzeuge Menschen mit Fallschirmen ab. Im Oktober 1953 wurde über Zerfallserscheinungen in der Parteiorganisation in Wernitz berichtet. Hier hätten schon seit längerer Zeit zehn von zwanzig Genossen ihre Mitgliedsbeiträge nicht mehr bezahlt und wollten aus der SED austreten. Mit allen zehn Personen wurden intensive Gespräche geführt. Während fünf Genossen zur Rückziehung ihrer Austrittserklärungen bewogen wurden, entsprach man dem Wunsch der übrigen fünf Personen, indem man sie nun seitens der Partei kurzerhand ausschloss. Im Anschluss an den 17. Juni 1953 wurden hier wie in allen anderen Betrieben, Städten und Gemeinden die Parteiorganisationen beauftragt, nach dem stalinischen Prinzip „Kritik und Selbstkritik“, die Überprüfung der eigenen Genossen und ihres Verhaltens am 17. Juni 1953 vorzunehmen. Manche „moralischen Verfehlungen und Unangepasstheiten“, die eher in der Persönlichkeit oder im sozialen Verhalten, nicht aber im politischen Bereich lagen, wurden dabei gleich mit verhandelt. Bestrafungen wurden dann in Form von Verweisen und

37 Zusammenfassung der Berichte der Kreisleitungen vom 27.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

38 SED-Kreisleitung Gardelegen an BPKK der Bezirksleitung vom 4.5.1954. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

strengen Rügen, Geldstrafen, Funktionsentzug oder Parteiausschluss bis hin zur Inhaftierung ausgesprochen. Bis auf die Inhaftierungen, die an die Volkspolizei oder an die Kreisdienststelle des Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurden, entschieden die Kreisparteikontrollkommissionen die Bestrafungen weitestgehend selbst.

Zwei Beispiele³⁹ aus dem Kreisgebiet Gardelegen:

Aus der Partei-Grundorganisation Breitenfeld wird der KPKK folgendes berichtet: Der Genosse Wilhelm P. legte seine SED-Mitgliedschaft nieder und verlangte sein altes SPD-Parteibuch zurück. *Er wäre SPD gewesen und ist es noch*, sagte er während der Aussprache. ... *Der Gen. P. ließ sich davon nicht abbringen und man schloss ihn in der OPO als parteifeindliches Element aus der Partei aus.*

In Breitenfeld wurde außerdem der LPG-Vorsitzende nach dem 17. Juni „von großbäuerlichen Elementen“ niedergeschlagen. *Die Täter wurden ermittelt und den staatlichen Organen übergeben*, schloss der Bericht.

Herr W. wurde zu einem weiteres Beispiel für einen der zahlreichen Parteiausschlüsse, die mit den Juniwiderständen im Zusammenhang standen. *Der Gen. W., früher stellvertretender Politleiter in der MTS Engersen, dann Instrukteur für Agitation bei der Kreisleitung wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich als Karrierist entlarvte. Er hat seine Arbeit nur wegen des Geldverdienens durchgeführt.*

Mieste

In der Umgebung von Mieste und Letzlingen kam es zu einigen Vorfällen, wobei in den Quellen schon vor dem 17.6. von widerständigem Verhalten gesprochen wurde. Was aber hier genau passiert sein könnte, dazu fanden sich bisher noch keine Hinweise. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni wurden dann durch unbekannte Täter die Schaufensterscheiben des HO-Lebensmittelladens in Mieste eingeschlagen. Die Kreisleitung ließ den Vorfall untersuchen und kam zu dem Ergebnis: *Trotz des Einsatzes von ca. 20 Genossen aus der MTS, Schmierfettfabrik und LPG konnte diese Provokation nicht verhindert werden. Die Untersuchungen seitens des Staatsapparates blieben erfolglos.*

In der Woche um den 7. Juli 1953 diskutierte die Bauernversammlung in Mieste lange Zeit über die Möglichkeiten und Grenzen des neuen Regierungskurses. Schließlich wurde eine Kommission gebildet, zu der auch der Bürgermeister gehörte. Sie sollte die Freilassung der fünf Söhne der Groß- und Mittelbauern

39 Analyse über die Arbeit der Parteiorganisationen im Kreis Gardelegen seit dem 17.6.1953 vom 16.10.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

erwirken, die sich in Haft befanden. Die jungen Leute waren aufgrund einer Schlägerei vor dem 17. Juni verhaftet worden. Der Bürgermeister wurde später für seine Beteiligung an der Kommission zur Verantwortung gezogen.

Der ehemalige Vorsitzende der LPG Mieste, Herr D., schrieb aus der Untersuchungshaft einen Brief an seinen Betrieb. Er bat seine ehemaligen Mit-Genossen, ihm mitzuteilen, warum er aus der SED und aus der LPG ausgeschlossen wurde. Sollte er keine Antwort erhalten, wollte er veranlassen, dass weitere Schritte eingeleitet würden.⁴⁰

Kreis Stendal

Die Ereignisse im Kreis Stendal konzentrierten sich hauptsächlich auf die Stadt Stendal und hier im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW), im VEB Maschinenbau und Installation sowie im VEB Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstatt. In den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises soll es noch Aktivitäten am Bahnhof Tangermünde⁴¹ gegeben haben, die zwar in der Presse erwähnt, sich aber anhand der Archivrecherchen bislang nicht nachweisen ließen. In die Dörfer der Altmark drangen die Geschehnisse aus den Städten nur langsam. Aus einem Dorf wurde berichtet, dass am Abend des 17. Juni 1953 eine Bauernversammlung stattfand, deren Termin aber schon früher festgelegt worden war. Ein damaliger Teilnehmer erinnerte sich, dass die Sitzung wie üblich verlaufen sei, die Ereignisse in Stendal, Magdeburg oder Berlin nicht berührt wurden, die Genossen unter ihnen aber sehr nervös gewesen seien.⁴²

In der Stadt Stendal gab es an mehreren Stellen aufständische Aktivitäten und Arbeitsniederlegungen. Schwerpunktartig fanden sie am 17. und 18. Juni 1953 statt. Der verhängte Ausnahmezustand dauerte bis zum 25. Juni 1953, 0.00 Uhr. So, wie im ganzen Land, hatte sich auch in Stadt und Kreis Stendal die wirtschaftliche Situation zugespitzt: Viele Geschäftsleute aus der Breiten Straße waren in den Westen übersiedelt. Die Verkaufspreise für Lebensmittel lagen unverhältnismäßig hoch. So kostete zum Beispiel ein Stück Butter zur damaligen Zeit ca. 30 DM. Mit den neuen Bestimmungen vom Juni 1953 sollten die Preise bleiben, die Normen aber um 50 bis 60 %, teilweise sogar um 90 % angehoben werden.⁴³

40 SED-Kreisleitung Gardelegen an BPKK der Bezirksleitung vom 4.5.1954. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

41 Vgl. Hinweis auf Zeitungsnotiz aus dem Jahre 1953 in Brief von Borchert, VWG Osterburg, 21.6.2002

42 Ploewka, Karl: 45 Jahre Sozialismus in der Altmark, SOLDI-Verlag Hamburg 1995.

43 Kottke, Stefan: 17. Juni Sowjetischer Panzer hielt RAW-Arbeiter in Schach. In Volksstimme, Nr. 137 vom 17. Juni 1998, S. 9.

Stendal

In der Stadt Stendal begann alles im Reichsbahnausbesserungswerk. Bereits am Abend des 16. Juni 1953 verfolgten die Kollegen der Reichsbahn die RIAS-Nachrichten und waren somit über die Situation in Berlin relativ früh, aktuell informiert. Am 17. Juni legten zu Beginn der Frühschicht, um 6 Uhr, mehrere hundert Arbeiter des Reichsbahnausbesserungswerkes die Arbeit nieder und versammelten sich auf dem Werksgelände hinter dem Werkstor. Das Gelände zu verlassen und gegen die Missstände im Land und in der Regierung zu demonstrieren, war ihr Plan. Gut sichtbar hatte jemand außen an die Werksmauer geschrieben: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“ – ein beliebter Spruch der damaligen Zeit, der den Regierungschef Walter Ulbricht karikierte. Später mussten Kollegen die Inschrift mit Säure entfernen. In der „Volksstimme“, der regionalen Tageszeitung der SED Nr. 145 vom 26.6.1953 wurde der Beginn des Streiks folgendermaßen dargestellt:

In der Kesselschmiede hetzte der 25 jährige Johannes R. zum Streik auf und hetzte gegen Funktionäre, die die Arbeiterschaft über die Absichten der imperialistischen Auftraggeber und ihrer Handlanger aufklären wollten. ... Neben R. war es der Dreher Burghardt K., der im RAW Stendal durch aufrührerische Reden die Werktätigen zum Streik aufforderte ... Der ebenfalls in dem Artikel genannten Schweißerin Emilie P. wurde nachgesagt, dass sie sich nicht scheute, Aktivisten und Arbeiter zu bedrohen und dazu aufforderte, ihnen die Schädel einzuschlagen.⁴⁴ Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass die drei genannten Personen den staatlichen Sicherheitsorganen übergeben wurden.

Auch Alfred M. äußerte in der Kesselschmiede offen seine Meinung. Ein Kollege nahm ihn beiseite und sagte: *Du hör mal zu, über Euch haben sie geredet.* Er verließ mit zwei Kollegen durch einen Hinterausgang das Werk und fuhr mit dem Zug gen Westen.⁴⁵

Um den geplanten Streik zu verhindern, fuhren russische Panzer vor das Werkstor und in die Tangermünder Straße. Schüsse fielen nicht, doch von der Demonstration wurde abgesehen. Die SED rief über Lautsprecher, die am Nachtigallplatz und an der Ecke Altes Dorf/Breite Straße (Vossköhlers Eck) aufgebaut waren, zu Ruhe und Ordnung auf.

Adolf E., der zur damaligen Zeit 29 Jahre alt war und im RAW als Elektriker arbeitete, erinnert sich, dass er am Nachmittag des 17. Juni mit seiner Frau

44 Abschrift aus „Jetzt gilt es die Wachsamkeit zu verstärken“ aus Volksstimme Nr. 145, 26.6.1953, S. 6.

45 Thyllok, Günther: Das war das 20. Jahrhundert in Stendal und Region. Edition Volksstimme, 2000, S. 59.

gerade aus dem Fester guckte, als zwei Doppelposten die Straße entlang patrouillierten. Die Ordnungswächter winkten: „Weg von den Fenstern!“. Das Ehepaar ging jedoch nicht weg. Die Posten legten ihre MPs [Maschinenpistolen] auf Frau und Mann an. Daraufhin zogen sich die beiden vom Fenster zurück. Geschossen wurde nicht.

Im damaligen Stendaler HO-Warenhaus, heute „Ramelow“, traten Verkäuferinnen aus ihren Ständen und bedienten keine Kunden mehr.⁴⁶

Auch in der KFZ-Werkstatt am Mönchskirchhof, die sich auch VEB Kraftfahrzeug-Reparaturwerke 1–4 nannte, wurde am 18.6. um 7 Uhr die Arbeit niedergelegt. Mit einem 24-stündigen Streik erklärten sich die Arbeiter mit den Streikenden in Magdeburg solidarisch. Einer der Hauptanführenden soll ein Genosse N. gewesen sein, der erst inhaftiert, dann aber wieder frei gelassen wurde.⁴⁷ Wer N. war und welche Funktion er bei den Protesten wirklich hatte, ging aus den Unterlagen nicht hervor.

Am 18. Juni 1953 schlossen sich auch die Kollegen des VEB Maschinenbau und Installation dem Streik an. Nach einer Zeitungsnotiz der Volksstimme vom 26.6.1953 kam Günter R., der in der Privatfirma Thurmman beschäftigt war, zum VEB Maschinenbau, um dort die Arbeiter zu Streik und Demonstration zu veranlassen. Nach der Frühstückspause nahmen die Arbeiter ihre Arbeit nicht auf, erst nach der Bekanntgabe, dass die Normerhöhung laut Ministerratsbeschluss inzwischen wieder aufgehoben worden war, begannen sie wieder zu arbeiten. Konkretere Informationen aus der Sicht der beteiligten Arbeiter ließen sich bisher zu den Ereignissen in diesem Betrieb nicht recherchieren. Zwei Wochen später erschien in der Volksstimme vom 2. Juli 1953 ein Brief⁴⁸ von zehn Angestellten des VEB Maschinenbau.

Nicht selten kam es vor, dass die Arbeiter nach dem 17. Juni 1953 dazu gezwungen wurden, sich positiv gegenüber der Regierung und ihrer Maßnahmen und negativ zu widerständigem Verhalten am 17. Juni auszusprechen. Der oben abgedruckte Brief könnte ein Beispiel dafür sein. Er kann aber auch mit ehrlicher Überzeugung der unterzeichneten Genossen entstanden sein. Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang ist der „Aufruf des Demokratischen Blockes des Kreises Stendal an die Bevölkerung“. Zum demokratischen Block gehörten sämtliche zugelassenen Parteien (SED, CDU, LDPD, NDPD) und großen Verbände bzw. Massenorganisationen (DBD, DFD, FDGB, FDJ) wie sie als Unterzeichnende aufgeführt wurden.

46 Kottke, Steffen: 17. Juni: Sowjetische Panzer hielt RAW-Arbeiter in Schach. In Volksstimme Nr. 137 vom 17.6.1998, S. 9

47 Vgl. Analyse der Kreisleitungsmitglieder Stendal. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

48 Vgl. „Wir haben mit Provokateuren des 17. Juni nichts gemein“ In Volksstimme Nr. 150, 2.7.1953, S. 4

Wir haben mit Provokateuren des 17. Juni nichts gemein

Stendal.

„In der ‚Volksstimme‘ vom Freitag, dem 26. Juni, wurden unter der Überschrift ‚Jetzt gilt es, die Wachsamkeit zu verstärken‘ der Stendaler Bevölkerung einige faschistische Provokateure, die sich am 17. und 18. Juni 1953 besonders im Sinne ihrer Auftraggeber hervorgetan hatten, vorgestellt. Hierbei ist jedoch der ‚Volksstimme‘ ein Fehler unterlaufen. Es wird davon gesprochen, daß der faschistische Provokateur Günter Reimann, beschäftigt bei der Privatfirma Thurmman in Stendal, ehemals in unserem Betrieb, VEB (K) Maschinenbau und Installation Stendal, gest-

beitet haben soll. Dieses entspricht nicht den Tatsachen. Wir distanzieren uns ganz entschieden von den Handlungen des amerikanischen Imperialismus. Es ist uns ein Bedürfnis, gerade jetzt, nach dem Zusammenbruch der faschistischen Provokation, zu erklären, daß unser Vertrauen zur Regierung und zur Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unerschütterlich ist. Wenn wir alle den neuen Kurs unserer Regierung und Partei aktiv unterstützen, so werden wir schnellstens die Einheit unseres Vaterlandes erringen.“

Dieser Brief ist handschriftlich unterzeichnet von folgenden Kollegen des VEB (K) Maschinenbau und Installation Stendal: Bärtsch, Richter, Nach, Böckel, Goldhammer, Gottschalk, Wigand, Ledfeld, Unnaach und Wellmann.

Das ist die Sprache unserer Werktätigen. Sie haben nichts gemein mit imperialistischen Handlungen, sondern distanzieren sich klar von diesen Provokateuren.

Dokument 4: aus Volksstimme Nr. 150 vom 2.7.1953, S. 4 (Auszug)

Aufruf

des demokratischen Blockes des Kreises Stendal an die Bevölkerung

Im guten Glauben, gegen grobe Fehler bei Normenerhöhung mit Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen auftreten zu müssen, sind in Berlin und Magdeburg sowie einigen anderen Städten unserer Republik einige Arbeiter und Angestellte durch Agenten und Kriegtreiber mißbraucht worden.

Wenn es den Provokateuren auch scheinbar gelang, die Bevölkerung in einigen Städten der Republik zu verwirren, so stand die große Mehrheit dieser Provokationen jedoch schicksalhaft gegenüber.

Den dunklen Kräften gelang es nicht, durch ihre feindlichen Handlungen das deutsche Volk zum dritten Male in eine Katastrophe zu führen.

Auch bei uns im Kreis waren Agenten des westdeutschen und USA-Monopolkapitals tätig und verführten im Auftrag dieser Feinde unserer Deutschen demokratischen Republik, die Werktätigen von ihrer Arbeit für eine bessere Lebenslage abzuhalten und die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Durch die Aufklärungs- und Ueberzeugungsarbeit der demokratischen Kräfte und durch die Unterstützung der sowjetischen Freunde konnten die Verleumdungen, scheinbare Aufbauarbeit zu stören, nicht zur Auswirkung gelangen. Die Werktätigen unseres Kreises haben in vielen Diskussionen das Verhalten der Provokateure in Berlin, Magdeburg und Stendal auf das schärfste verurteilt und sich von diesen Banditen distanziert.

Die Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die in letzter Zeit eingeleitet wurden mit dem Ziel, die Lebenslage der Bevölkerung wesentlich zu verbessern, verurteilte die Bonner Politiker in Panik.

Diese neue Perspektive, die den Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands den gesamten friedliebenden Kräften in Ost- und Westdeutschland erleichtert, paßt nicht in die Pläne der westdeutschen und USA-Kriegstreiber und war der Anlaß, die jahrelang vorbereitete Provokation, die in Deutschland ein zweites Korea herbeiführen sollte, durchzuführen.

Es ist nunmehr Aufgabe aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, die Arbeit verantwortungsbewußt fortzusetzen und mit aller Kraft die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zum Wohle aller so zu unterstützen, daß sie schnellstens verwirklicht werden.

Deshalb ruft der Demokratische Block des Kreises Stendal die Mitglieder der Parteien und Massenorganisationen und darüber hinaus alle Einwohner des Kreises Stendal auf, sich fest um die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu scharen, die Ruhe und Ordnung zu wahren, aufrufende Provokateure zu ergreifen und den staatlichen Organen zu übergeben.

Es lebe der Kampf um ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes Deutschland!

ges. Schneider	ges. Nagel	ges. Heermann
1. Kreisleitende der SED	Kreisvorsitzender der LDPD	Kreisvorsitzender der CDU
ges. Schneider	ges. Ehrcke	ges. Schattberg
stellv. pol. Geschäftsf. der NDPD	1. Kreisleitende der DBD	1. Kreisleitende der FDJ
ges. Giesse		ges. Garrel
als Vertreter des FDGB		Vorsitzende des DFD

Dokument 5: aus Volksstimme Stendal Nr. 140 vom 20.6.1953, S. 5

Kreis Tangerhütte

Im Kreis Tangerhütte wurden Widerstände in der Bevölkerung in der Stadt Tangerhütte im industriellen wie im landwirtschaftlichen Sektor beobachtet. Der wichtigste streikende Betrieb in Tangerhütte war das Eisenhüttenwerk, die wichtigste landwirtschaftliche Einrichtung, die Maschinen-Traktoren-Ausleihstation.

Tangerhütte

In der Formerei des Eisenhüttenwerkes Tangerhütte hatte Kollege Z. schon am 17. Juni dem BGL-Vorsitzenden angetragen, die Belegschaft zum Solidaritätsstreik mit Magdeburg aufzufordern.

Am 18. Juni 1953 legte dann um 6 Uhr morgens zuerst die Abteilung „Gießerei I“ ihre Arbeit nieder. Zu den aktiven Befürwortern des Streiks sollen die Herren Wilhelm S., Willi R., Siegfried S. und Werner L. gehört haben. Sie fanden mit ihrer Kritik Zuspruch bei ihren Kollegen, so dass die gesamte Abteilung über die Situation im Land diskutierte und darüber, was nun zu tun sei. Sie einigten sich darauf, erst dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die „Russen mit ihren Bajonetten“ abgezogen würden. Die vier Männer gingen bald auch in die übrigen Abteilungen und forderten dort andere Kollegen auf, mit ihnen mit zu streiken. Unter anderem schlossen sich die Tischlerei und Putzerei dem Streik an. Ein weiterer Kollege war am 17.6. in Leipzig gewesen und berichtete, was er dort gesehen und gehört hatte. Er erzählte von den dortigen Rufen nach einer neuer Regierung, der Senkung der HO-Preise, dem Abzug der Russen usw. und rief dazu auf, sich diesen Vorstellungen anzuschließen.⁴⁹

Nach zwei bis drei Stunden Streik forderte die Werkleitung die Belegschaft dazu auf, ihre Forderungen schriftlich einzureichen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kollegen gingen auf dieses Angebot ein und stellten folgende acht Prämissen zusammen⁵⁰:

1. Absetzung der Kollegen W. R. und Sch. aus der TAN-Abteilung.
2. Sämtliche Normen, die nach dem 1.1.1953 eingeführt wurden, sollen zurück auf den alten Stand gesetzt werden.
3. 50 % Fahrgeldvergütung für auswärtige Kollegen, Bezahlung des Ausfalls der Streikstunden

49 Untersuchungsergebnis der Ereignisse im Eisenhüttenwerk am 18.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

50 Bericht vom Einsatz in der Kreisleitung Tangerhütte, 3.7.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

4. Abänderung des Gesetzes für die Wahrung und Rechte der Arbeitnehmer im Punkt „Bezahlung der Lohngruppen 1–4, 5–8 bei ausfallender Arbeitszeit“, Stattdessen neuer Vorschlag: „Lohngruppen 1–4 erhalten bei ausfallender Arbeitszeit den Durchschnittslohn“.
5. Gleiche Normen für alle Brigaden.
6. Wiedergewährung der 10 % Gießereizulage.
7. Verkleinerung des Verwaltungsapparates.
8. Die verbrauchte Zeit nicht mehr anschreiben zu müssen.

Im Anschluss an diesen Streiktag wurden von 15 vermeintlichen Streikführern zehn verhaftet. Fünf von ihnen wurden kurz darauf wieder freigelassen und fünf (Wilhelm Sch., Werner L., Else R., Robert H. und Herbert K.) dem Bezirksgericht übergeben. Am 23. Juni 1953 fand eine Parteiaktivtagung statt, in deren Protokoll verzeichnet wurde, dass sich der 1. Kreissekretär Herr Frenzel zu den Verhaftungen geäußert hätte: Die Verhafteten seien nicht „die Provokateure“ und sollten freigelassen werden. Er schien sich dann in seinem weiteren Redebeitrag von einer verbindlichen Aussage distanzieren zu wollen, indem er sagte: „Ich weiß nicht, warum die 5 verhaftet wurden, das werden die staatlichen Organe fest stellen“⁵¹ Für die Inhaftierten wurde – laut SED-Bericht – von den Kollegen eine Sammlung organisiert⁵².

Auch im Holzverarbeitungswerk Tangerhütte und in der Maschinen-Traktoren-Station Mahlwinkel gab es Diskussionen über die aktuelle Situation im Land und das Bestreben, sich den Streiks anzuschließen. Hier gelang es den Mitgliedern der betrieblichen Parteiorganisationen und anderen regierungsverbundenen Funktionären durch ihre Beteiligung an den Diskussionen und Entkräftung von Argumenten, die Arbeitsniederlegung zu verhindern. Zwei andere Berichte der SED-Kreisleitung an die SED-Bezirksleitung⁵³ erwähnten, dass in der MTS Mahlwinkel doch für einige Stunden die Arbeit niedergelegt wurde, weil man mit der Berechnung der Arbeitseinheiten im Vergleich zu den privaten Landwirtschaftsbetrieben nicht zufrieden war. Möglicherweise fand diese Arbeitsniederlegung erst in den Folgetagen des 17. Juni 1953 statt.

51 Bericht vom Einsatz in der Kreisleitung Tangerhütte, 3.7.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

52 Bericht über die am 15. und 16.11. durchgeführte Überprüfung der BPO des Eisenwerkes Tangerhütte. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

53 Analyse über das Verhalten der Parteileitungen, einschließlich der Kreisleitung am 17. Juni, Tangerhütte, 30.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25 und Bericht vom 1.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

Auch nicht eindeutig datieren lässt sich die Unruhe im Holzverarbeitungswerk, die aufgetreten sein soll, nachdem der ehemalige Werkleiter und der Buchhalter verhaftet wurden. Nach Meinung der Belegschaft wurden der Werkleiter (verurteilt zu vier Jahren Gefängnis) und der Buchhalter (verurteilt zu zwei Jahren Gefängnis), zu Unrecht verurteilt. Bei der nächsten Amnestie wurden beide frei gelassen.

Über weitere Vorkommnisse in den Gemeinden des Kreises wurde nur bekannt, dass der Bürgermeister aus Grieben einen Drohbrief erhielt.



Dokument 6: „Aufruf des demokratischen Blocks des Kreises Tangerhütte an die Bevölkerung“, Volksstimme vom 23.6.1953, S. 4.

Kreis Genthin

Herr Kreutzmann, Stadtarchivar im Stadtarchiv Genthin, sichtete die vorhandenen Quellen über den Kreis Genthin in den Volkspolizei- und den SED-Bezirksleitungsakten, wertete sie aus und fasste sie in einem Artikel zusammen. Die folgende Darstellung beruht zu großen Teilen auf seiner Vorarbeit und wurde durch eigene Recherchen ergänzt.

Die Situation im Vorfeld des 17. Juni im Kreis Genthin unterschied sich nicht wesentlich von der in den übrigen Gegenden des Bezirkes. Die Versorgungslage der Bevölkerung mit Fleisch und anderem war schlecht. Die Tbc-Heilstät-

te Jerichow beklagte sich zum Beispiel über das schlechte Essen. Die Kriminalpolizei berichtete über einen Fall, in dem sich eher die finanziellen Sorgen der Bevölkerung widerspiegeln als die „verbrecherische“ Motivation: *Als besonders gaunerische Methode wurde im Kreisgebiet Genthin festgestellt, dass ein Einzelwarenhändler aus einer landwirtschaftlichen Gemeinde in den Westsektoren Zigarettenskippen sammelte bzw. sammeln ließ, den dabei erhaltenen Tabak in Zigarettenhüllen füllte und diese für 0,30 DM verkaufte.*⁵⁴

Im Kreisgebiet fanden, wie auch in der Kreisstadt, Arbeitsniederlegungen vor allem in den Betrieben statt. In der Außenstelle Güsen des Bergungsbetriebes Berlin, auch „Schrott Güsen“ genannt, dauerten die Arbeitsniederlegungen wenige Stunden, bis um 11 Uhr wieder voll gearbeitet wurde. Möglicherweise wurde hier am 18. Juni noch einmal gestreikt.

Mit Schichtbeginn begann am 18. Juni 1953 der Streik sowohl im Stahlbau Parey (324 Streikende von 380 Angestellten) als auch in der Ziegelei Puhs (40 Streikende von 40 Angestellten). In beiden Betrieben erklärte man sich solidarisch mit den Berliner Bauarbeitern. In der Ziegelei wurde eine Resolution mit Forderungen verfasst. Im Stahlbau Parey bildete sich keine Streikleitung, aber eine Delegation, die zur Schiffswerft in Parey aufbrach und deswegen verhaftet wurde. Nach Bekanntwerden der Verhaftung folgte ein zweiter Versuch, die Arbeit niederzulegen, der nicht gelang.⁵⁵ Insgesamt sollen in Parey fünf „Rädelsführer“ festgenommen worden sein.

Auch in anderen Orten des Kreises blieb es nicht still. In vielen Gemeindeverwaltungen wurden Bilder von Pieck, Ulbricht und Grotewohl abgenommen. In Kade entfernten die aus dem Stahl- und Walzwerk Kirchmöser zurückkehrenden Arbeiter das gesamte Pionierzimmer mit der darin befindlichen Literatur. Die Beteiligten flüchteten später aus der DDR. Hier wie auch in Karow wurde Genossen das Parteiabzeichen abgerissen.⁵⁶ In der Gemeinde Paplitz traten nach dem 17. Juni 1953 vier Bauern aus der LPG aus. Hier sollen in der Nacht vom 16. zum 17. Juni, um 21.40 Uhr „regierungsfeindliche Schmierereien“ entdeckt worden sein.⁵⁷ Wo genau und was sie besagten, wurde nicht berichtet.

54 Berichterstattung der Abt. K des BDVP zur Entwicklung der Kriminalität im Bezirk Magdeburg. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Mdl-Bestand P 18 BDVP Magdeburg 18/150.

55 Vgl. Analyse über die Ereignisse am 17.6.1953 und die nachfolgenden Tage der KPKK Genthin. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

56 Vgl. Analysen und Einschätzungen zum 17.6.1953 im Kreis Genthin. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/4/3/76.

57 Bericht aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Mdl-Bestand P18 BDVP Magdeburg 18/150.

Insgesamt wurde im Kreis Genthin in sechs Betrieben (davon 3 in der Stadt Genthin) die Arbeit niedergelegt. Nur in der Zuckerfabrik gelang es dem Betriebsdirektor Dr. Wallenstein, die Arbeiter zu beschwichtigen, so dass es nicht zum Streik kam.

Genthin

Was sich am 17. Juni 1953 in der Kreisstadt Genthin entwickelte, übertraf bei weitem die Proteste in den anderen Orten des Kreises. Das lag unter anderem sicher daran, dass hier die größten und arbeitskräftereichsten Betriebe ansässig waren.

Am Morgen des 17. Juni 1953 erschien im VEB Waschmittelwerke, dem sogenannten Persilwerk, eine Abordnung aus dem Walzwerk Kirchmöser/Brandenburg und forderte die Normalschicht zum Streik auf. Daraufhin begannen anhaltende erregte Diskussionen, die durch die gerufene Verkehrspolizei beendet wurden⁵⁸.

Eine Stunde später, gegen 10 Uhr versammelten sich ca. 100 Personen auf dem Thälmannplatz und ca. 60 Personen vor der SED-Kreisleitung und diskutierten die Lage. In der Stadtverwaltung Genthin entfernte, beschädigte und beschmutzte – laut Angaben der späteren Ermittlungen – der Angestellte und Mitglied der Betriebsparteiorganisation – Werner Schulze – Bilder von sowjetischen Staatsmännern. Deswegen und weil er sich ein Alibi als politischer Flüchtling verschaffen wollte, so begründete es das Gericht, wurde er kurz darauf im Schnellverfahren zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach den Vermutungen der SED führten die Auflösung der Versammlung auf dem Marktplatz und die frühzeitige Verhängung des Kriegszustandes um 17.15 Uhr zum Streikbeginn im Persilwerk. Um 18 Uhr fuhr ein Panzer der Roten Armee auf das Betriebsgelände. Die Lageberichte der VPKA Genthin berichteten, was daraufhin geschah: *Hier wurde von den Freunden⁵⁹ helfend eingegriffen, sie lösten das Problem auf ihre Art.* Es war zur damaligen Zeit scheinbar nicht nötig gewesen, in den Polizeidokumenten genauer zu erläutern, wie diese „Problemlösung“ ausgesehen hatte.

Am 18. Juni galt der Kriegszustand für den gesamten Kreis. Der Streik ging weiter. Von 1.800 Arbeitern des Persilwerkes streikte die Hälfte, die gesamte Frühschicht. Um 7 Uhr weigerten sich zuerst die Mitarbeiter der Hauptpackerei,

⁵⁸ Vgl. Kreutzmann, John: Am Abend des 17. Juni 1953 wurde das Kriegsrecht verhängen. In Volksstimme, 18.6.1996, S. 8 nach BDVP-Akten des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt.

⁵⁹ Mit „Freunden“ wurden die sowjetischen Militärangehörigen der Besatzungsmacht bezeichnet.

die Arbeit aufzunehmen. Solange wie das Werk nicht von der Besatzungsmacht geräumt und der verhaftete Ehemann der Kollegin T. nicht freigelassen würde, sollte keine Hand gerührt werden. Ihnen folgten später die weiteren Abteilungen: alle, außer den Mitarbeitern der Zentralwerkstatt, der Energieversorgung und der Verwaltung. So sollen um 7.15 Uhr achtzig Prozent der Belegschaft nicht gearbeitet haben. Daraufhin musste um 8 Uhr eine Betriebsversammlung in der Sporthalle einberufen werden, auf der der Mitarbeiter Herr B. und der sowjetische Kommandant von Genthin versuchten, die Streikenden zu beschwichtigen. Sie forderten sie auf, in den Abteilungen Kommissionen zu bilden, die der Werkleitung ihre Forderungen überbringen sollten. Neben der Verbesserung der sozialen Lage standen vor allem politische Veränderungen im Vordergrund: Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen, Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen, Weg mit der Normerhöhung, mehr zu essen, Schmutz und Staubzulage, Senkung der HO-Preise, freie Wahlen, etc. Ungefähr 30 Personen vertraten die Kollegen in den einzelnen Streikleitungen.

Um 13.30 Uhr wurde in allen Abteilungen die Arbeit wieder aufgenommen. Am Werkstor standen noch immer Panzer und Geschütze. Erst am 19. Juni wurden die Panzer abgezogen. Die andauernde Präsenz der Besatzungsmacht zeigte sich in der Verstärkung der Werkswache durch sowjetische Soldaten. Schließlich wurden alle Abteilungsleiter und Meister zu einer Versammlung zusammen gerufen. Der sowjetische Kommandant der Stadt sprach zu den Anwesenden und verlangte von ihnen, die Anstifter des Streikes zu benennen. Daraufhin wurde ein Kollege benannt, durch sowjetische Offiziere verhört und am nächsten Tag wieder freigelassen.⁶⁰

⁶⁰ Vgl. Analyse über die Ereignisse am 17.6.1953 und die nachfolgenden Tage der KPKK Genthin. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23 sowie Kreutzmann, John: Am Abend des 17. Juni 1953 wurde das Kriegsrecht verhängen. In Volksstimme, 18.6.1996, S. 8.



Dokument 7: Befehl des Chefs der Garnison des Kreises Genthin (Originalformat A3)

Im Stahl- und Apparatebau Ph. Müller (kurz: Stahlbau genannt) und in der Schiffsreparaturwerft Genthin streikte hingegen die volle Belegschaft schon am 17. Juni. Die 160 Kollegen der Schiffsreparaturwerft legten die Arbeit am Morgen nieder und nahmen sie um 14 Uhr wieder auf. Sie verfassten eine Resolution, die von allen, einschließlich der Betriebsparteileitung, unterschrieben wurde. Gleichzeitig wurde von der Belegschaft eine Verpflichtung angenommen, die 5 Stunden Arbeitsausfall einzuarbeiten.

Im Stahlbau begannen die 48 Kollegen um 15 Uhr ihren Streik. Etwa dreißig von ihnen formierten sich zu einem Demonstrationzug und brachten mit ihrem Transparent „Die Belegschaft des Stahl- und Apparatebaus Ph. Müller sympathisiert mit den Bauarbeitern in Berlin“ ihre Solidarität zum Ausdruck. Erst ab dem 19. Juni wurde wieder voll gearbeitet.⁶¹ Die erhöhte Einsatzbereitschaft der Volkspolizei galt jedoch noch bis zum 28. Juni um 13.30 Uhr. Im Anschluss würdigte die VP das Engagement des Oberkommissar Eichenmann, der sich *unermüdlich für die Zerschlagung von Ansammlungen in Genthin einsetzte*⁶².

Schlagenthin

Während sich am 17. Juni in Genthin Menschen vor der SED-Kreisleitung und auf dem Thälmannplatz versammelten, marschierten 30 Einwohner der Gemeinde Schlagenthin, teilweise auf Fahr- oder Motorrädern, zur Untersuchungshaftanstalt Genthin, um die Freilassung von (vermutlich zwei) dort inhaftierten Jugendlichen zu erwirken. Acht Polizisten wurden ihnen entgegen geschickt, die sich, als sie den Zug erreichten, zurückzogen, da die Demonstranten auf etwa 100 Personen angewachsen waren. Der Weg führte über Kleinwusterwitz und Roßdorf. Am Rande Roßdorfs trafen die inzwischen 300 Demonstranten auf die Rote Armee. Um 17 Uhr ging bei der Polizei die Meldung ein: *Der Demonstrationzug hat sich durch ideologische Beeinflussung aufgelöst. Die Freunde sichern die Haftanstalt.* Unter anderem wurde der ca. 33 Jahre alte Feuerwehrmann Herbert M. inhaftiert, der sich angeblich an der Demonstration beteiligt und nicht genügend Härte gegenüber den Demonstranten gezeigt hätte, sich statt dessen aber mit ihnen solidarisiert habe. Außer ihm berichtete die SED-Leitung noch über Rudolf S., ein 1906 geborener Bauer, der wie auch Karl P., die Demonstration in Schlagenthin mit organi-

61 Vgl. Analyse über die Ereignisse am 17.6.1953 und die nachfolgenden Tage der KPKK Genthin. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

62 Vgl. Auswertung der Meldung an den Chef der BDVP. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Mdl Bestand P 18 BDVP Magdeburg 18/181.

siert haben soll. Er soll versucht haben, den Demonstrationzug ins Stadtinnere zu führen und nach dessen Auflösung einige Personen, darunter auch Genossen, um sich versammelt haben, um die LPG in Schlagenthin aufzulösen.⁶³ Ob diese Anschuldigungen überhaupt haltbar sind und ob die Auflösung der LPG, wenn Ja, erfolgreich war, war den Akten nicht zu entnehmen.

Im Nachhinein wurden unter anderem mehrere Anfragen zum Verbleib der Verhafteten an die Betriebsparteiorganisation des Wasserwerkes Genthin gerichtet und eine genaue Aufklärung der Vorfälle gefordert. Die überall einzuführenden Haus- und Hofgemeinschaften wurden abgelehnt.

Bis zum Abend des 17. Juni wurden laut Zahlen in den SED-Akten zwölf Personen festgenommen. Neun von ihnen wurden der sowjetischen Kommandantur übergeben, eine dem MfS, eine dem VPKA Genthin und eine dem VPKA Haldensleben. Ein Fernschreiben aus Berlin erreichte alle Dienststellen der Volkspolizei und des MfS: *Allen Angehörigen der VP und des MfS, die an der Niederwerfung dieser faschistischen Provokation beteiligt waren, ist ein Sonderurlaub zu gewähren.* Nach dem Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht führte die Angst der zuvor aktiv handelnden Bevölkerung zu äußerster Zurückhaltung. Die SED-Bezirksleitung stellte fest: *In den Diskussionen kommt noch nicht wieder das volle Vertrauen zur Regierung zum Ausdruck. Der Einsatz der Russen wurde nicht verstanden, Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter.*⁶⁴

Die Zahl der Streikenden am 18.6.1953 entsprechend der Angaben der Volkspolizei⁶⁵:

VEB Waschmittelwerke (Persilwerk) Genthin:	900 von 1.800
Bergungsbetrieb Berlin, Außenstelle Güsen:	keine Angaben
Stahl- und Apparatebau Ph. Müller Genthin:	48 von 48
Werft Genthin:	160 von 160
Stahlbau Parey:	200 von 380
Ziegelei Parey:	22 von 22

63 Vgl. Analyse über die Ereignisse am 17.6.1953 und die nachfolgenden Tage der KPKK Genthin. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23 sowie Kreutzmann, John: Am Abend des 17. Juni 1953 wurde das Kriegsrecht verhängen. In Volksstimme, 18.6.1996, S. 8.

64 Bericht an die SED-Bezirksleitung. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/4/3/76.

65 Vgl. Aufstellung der einzelnen Betriebe und die Zahl der beteiligten Streikenden. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Mdl Bestand P 18 BDVP Magdeburg 18/180.

Kreis Haldensleben

Im Kreis Haldensleben blieb es um den 17. Juni 1953 im Vergleich zu anderen Kreisen recht ruhig. Da es hier zu keinen größeren Aktionen, Streiks oder Demonstrationen kam, wurden vor allem die kleineren spontanen Einzelhandlungen in Haldensleben und in mehreren anderen Orten dokumentiert und überliefert.

Westlich grenzte der Kreis Haldensleben an Westdeutschland, östlich an den Kreis Wolmirstedt mit relativer Nähe zur Stadt Magdeburg. Nicht selten durchquerten Magdeburger Streikbeteiligte und ehemalige Gefangene das Kreisgebiet, um einer möglichen Verhaftung durch Flucht in den Westen zu entkommen. Einige von ihnen wurden im Kreis Haldensleben gesehen und fest genommen. Zum Beispiel stellten Wachgruppen der Gemeinde Beendorf eine Person, die sie der Flucht verdächtigten und der Polizei übergaben.⁶⁶ Laut einem Artikel in der Volksstimme vom 30.6.1953 soll sich ein entfloherener Strafgefangener aus der Magdeburger Haftanstalt in Rätzlingen selbst den Polizeiorganen gestellt haben, während weitere Flüchtende *dingfest gemacht wurden*⁶⁷.

Was passierte im Kreisgebiet Haldensleben?

In den Dönstedter Steinwerken soll ein Radfahrer versucht haben, den dortigen Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung zum Streik am nächsten Tag aufzufordern.

In der HO-Gaststätte Erleben entfernte der Gaststättenleiter auf Anordnung seiner vorgesetzten Stelle, der HO-Gaststätten Haldensleben, die sogenannte „Friedensecke“ und nahm die Losungen ab, damit nichts zerstört würde.⁶⁸ Die „Friedensecke“ war in der Regel ein Tisch oder ein Platz, auf dem Fahnen, Embleme, Bilder etc. der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der regierungsnahen Verbände, etc., oder von Partei- und Regierungsvertretern der DDR und der Sowjetunion ausgelegt waren.

In der Gemeinde Etingen erinnern sich heute noch ältere Bürger daran, dass in den Tagen des 17. Juni 1953 ab 22 Uhr Ausgangssperre bestand und die Feuerwehr verpflichtet war, „Streife“ durch das Dorf zu gehen.⁶⁹

66 Vgl. Bork, W. H.: „Aus den Anfängen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, Volksstimme, 21.10.1983

67 „Provokateure hinter Schloss und Riegel!“, Volksstimme, 30.6.1953

68 Vgl. Analyse über den 17. Juni und die nachfolgenden Tage, Haldensleben 15.10.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/23.

69 Vgl. Angaben aus Brief von Frau E. Bernick von der VWG Oebisfelde vom 11.3.2002.

Rätzlingen

Über Unruhen in Rätzlingen ließen sich mehrere Hinweise finden. In der Volksstimme vom 30. Juni 1953 wurde über einen Herrn Reinicke folgendes berichtet⁷⁰:



Dokument 8: Artikel aus Volksstimme vom 30.6.1953 „Provokateure hinter Schloss und Riegel!“

Inwiefern die Aussagen über Herrn Reinickes Handeln einen tatsächlich stattgefundenen Vorfall oder eine erfundene Geschichte beschreiben, konnte nicht geklärt werden. Die Zeitungsaussagen aus dieser Zeit sind mit großer Vorsicht zu betrachten, weil sie damals der Partei und Regierung als Beweismittel dienten, der Aufstand des 17. Juni 1953 sei ein „provokatorisches Werk des Westens oder krimineller, nicht zurechnungsfähiger Menschen“ gewesen und die Arbeiter und Bauern der DDR hätten damit nichts zu tun. Selbst die letzte Aussage des Bauern aus Rätzlingen „Solche Elemente ...“ wirft Fragen auf. Mit den gleichen Worten beschimpften Arbeiter und Bauern die Staats- und Regierungstreuen.

Die SED-Kreisleitungsakten berichten über Rätzlingen nur, dass in der HO-Gaststätte „Friedenseck“ Bilder und Losungen entfernt und die dafür Verant-

70 „Provokateure hinter Schloss und Riegel!“, Volksstimme, 30.6.1953

wortlichen fest genommen wurden. Möglicherweise lässt sich dieses auf die gleichen Anweisungen wie sie die HO-Gaststätte Erleben erhielt, zurückführen. Außerdem hätten in Rätzlingen 300 Einwohner vor dem Gemeindebüro den Bürgermeister bedroht. Auch hier wurden die „Rädelsführer“⁷¹ verhaftet.

Weferlingen

Auch in Weferlingen herrschte in jenen Tagen eine angespannte Ruhe. Ausgangssperren wurden verhängt und Meinungen hinter vorgehaltener Hand geäußert. Die Bürger verhielten sich abwartend. Der Betriebsschutz der MTS Weferlingen wurde nach Hause geschickt. Nachts hielten ein Volkspolizist und ein unbewaffneter Bürger dort Wache.⁷²

Haldensleben

In den Quellen der Haldenslebener SED-Kreiszentrale über mögliche Ereignisse im Kreis überraschte die ausgeprägte positive, manchmal nahezu selbstverherrlichende Darstellung der eigenen Arbeit. Recht durchsichtig erscheint der Versuch, sich – ob berechtigt oder unberechtigt – möglichst ins positive Licht zu stellen. Die Ruhe im Kreis Haldensleben begründete die SED-Kreisleitung in ihrem Bericht an die Bezirksleitung damit, dass sie frühzeitig mit der Aufklärung der Bevölkerung begonnen hätte. Bereits am 13. Juni, zwei Tage nach der Verkündung der neuen Regelungen der Regierung, und an den nachfolgenden Tagen wurden Mitgliederversammlungen in den betrieblich und gemeindlich organisierten Parteiorganisationen durchgeführt. So erläuterte man – ihrer Meinung nach – schon vor dem 17.6. die Normenfrage in den Betrieben klar und verständlich, so dass die Arbeiter keinen Anlass zur Aufregung gehabt hätten. Andererseits führten sie die fehlenden Arbeitsniederlegungen darauf zurück, dass ein Großteil der Haldenslebener in Industriebetrieben in Magdeburg arbeitete. – Im Vergleich zu anderen Kreisen war es hier scheinbar nicht zu Spontanaktionen durch zurückkehrende Magdeburger Arbeiter gekommen.

Am 17. Juni 1953 hätte sich die SED-Kreisleitung – ihren Angaben nach – schnell auf das Wesentliche konzentriert und die eigene interne Organisation hätte reibungslos funktioniert. Das Parteihaus wäre mit „den besten Genossen“ besetzt worden und hätte von hier aus alle Fäden in der Hand gehalten. Die Genossen brachten Bilder von Pieck, Grotewohl und Ulbricht an der Außenfassade des Parteihauses an und hängten Losungen dazu, um den Gerüch-

71 Vgl. Lagebericht in unserem Kreisgebiet von der SED-Kreisleitung Haldensleben, 21.6.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/23.

72 Vgl. Angaben im Brief von Pettirsch von der Verwaltungsgemeinschaft Weferlingen vom 6.5.2002.

ten vom Rücktritt der Regierung entgegen zu wirken und zu demonstrieren, dass die Regierung nach wie vor stark und unerschütterlich existiere.

Dennoch kam es in den größeren Betrieben am 16. und am 17. Juni immer wieder zu Diskussionen über die Normenfrage. Im LBH Landmaschinenbau Haldensleben wurde am 18. Juni um 7 Uhr morgens eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der die Gewerkschaft zur Aufklärung über die Vorkommnisse in Magdeburg aufgefordert wurde. Die Kollegen N. und K., die die Diskussion führten, wurden im Nachhinein festgenommen. Nachdem sie kurze Zeit später aus der Haft entlassen wurden, beschäftigte man sie wieder im Betrieb.

Im Energie-Werk West in Haldensleben entfernten Genosse F. und Karl F. ein Stalinbild und vernichteten es. Sie wurden inhaftiert und bald darauf wieder frei gelassen. Außerdem versuchten zwei Personen (möglicherweise die gleichen) den Strom abzuschalten.

Gerüchte kursierten in der Stadt, dass die CDU für den Abend des 17.6. einen Demonstrationszug geplant hätte. Die SED-Kreisleitung berichtete der Bezirksleitung von Gegenmaßnahmen, die sie einleiteten. Um die Demonstration zu verhindern, sandten sie „Agitatoren“ auf den Bahnhof und in die Sparkasse, die mit der Bevölkerung diskutierten, um sie von einer Nichtteilnahme zu überzeugen. Es fanden sich keinerlei Hinweise darauf, ob die Demonstration wirklich geplant war und ob sie tatsächlich stattgefunden hat.⁷³

In der Grundschule III sollen Jugendliche Losungen abgerissen haben. Sie wurden festgenommen.⁷⁴

Im Zusammenhang mit dem 17. Juni wiesen die Archivakten aus jener Zeit mehrmals auf einen Vorfall in der MTS Haldensleben II hin.⁷⁵ Worum es sich dabei genau handelte, wird allerdings nicht konkret beschrieben. Die SED-Kreisleitung berichtete im Zusammenhang mit der MTS Haldensleben II von zwei Personen, die gegen den VP-Meister Dange aufgetreten wären. In welcher Weise bleibt unbekannt. Einer von ihnen wurde verhaftet, der andere flüchtete.

In einem maschinengeschriebenen Leserbrief an die Volksstimme vom 23.10.1983 als Reaktion auf einen Artikel vom 21.10.1983 erinnert sich ein Mann, der zur Zeit des 17. Juni 1953 als Instrukteur im Staatsdienst arbeitete, an diese Zeit in folgender Weise:

73 Vgl. Analyse über den 17. Juni und die nachfolgenden Tage, Haldensleben 15.10.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/23.

74 Vgl. Analyse über den 17. Juni und die nachfolgenden Tage, Haldensleben 15.10.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

75 Vgl. Bericht vom 22.6.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

Ich war damals Instrukteur in der Kreis KG Haldensleben für Gesamtdeutsche Fragen. Der Genosse Johannes Kaanen, Mitarbeiter der SED Kreisleitung kam am 17.6.1953 zu mir und berichtete mir von dem Vorfall, denn ich war während der Arbeitszeit im Kreisgebiet und hatte davon nichts erfahren. Wir organisierten an dem Abend einen Streifendienst in Haldensleben II.

Gleich den nächsten Abend habe ich Wachdienst in der Kreis KG in der Werderstraße gemacht. Mit Wirkung vom 1.9.1953 wurde ich von der Kreisleitung als Kaderleiter zur damaligen DAV eingesetzt. Gleichzeitig wurde mir von der BPO die Funktion des 2. Sekretärs der SED übergeben. ...⁷⁶

Im Kreis ordnete sich das offizielle Gemeinde- und Stadtleben dem verhängten Ausnahmezustand unter. Selbst die öffentlichen Einwohnerversammlungen, die für den 20. Juni, 20 Uhr, angesetzt waren, wurden aufgrund des eintretenden Ausnahmezustandes nach einer Stunde beendet.

Nach den Tagen des Ausnahmezustandes fanden offene „Aussprachen“ und Betriebsversammlungen statt, in denen die Arbeiter „aufgeklärt“ wurden.⁷⁷ Die Beteiligung war in der Regel gering oder fand unter Zwang statt. Von der MTS Haldensleben II und dem Pädagogischen Kabinett (Vorschulerziehung) erschienen in der Lokalzeitung Treueerklärungen gegenüber der Regierung.⁷⁸ Die LPG Flechtingen löste sich auf, weil ihre Rentabilität nicht mehr gewährleistet wäre.



Dokument 9: Artikel aus Volksstimme vom 25.6.1953 „Unser vollstes Vertrauen der Regierung und der SED“

⁷⁶ Auszug aus Leserbrief von Unbekannt vom 23.10.1983 aus dem Privatbesitz von Herrn Bork aus Haldensleben. Die Rechtschreibfehler wurden aus dem Original übernommen.

⁷⁷ Vgl. „Provokateure hinter Schloss und Riegel!“, Volksstimme, 30.6.1953

⁷⁸ Vgl. „Unser vollstes Vertrauen der Regierung und der SED“, Volksstimme, 25.6.1953

Insgesamt wurden 29 Verhaftungen für das Entfernen von Bildern und ähnlichen kleineren Aktionen vorgenommen, wobei alle bis auf eine Person nach kurzer Zeit wieder frei gelassen wurden.

Kreis Wolmirstedt

Der Kreis Wolmirstedt ist in der Untersuchung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 im ehemaligen Bezirk Magdeburg schon aufgrund seiner direkten Anschlusslage zur Bezirkshauptstadt interessant. Die Atmosphäre bewegte sich auch hier zwischen Angst und Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen und war höchst gespannt. Im Kreisgebiet wurden intensive Truppenbewegungen der Roten Armee beobachtet. Auf den Dörfern begann – so zum Beispiel in Colbitz – die Ausgangssperre um 20 Uhr. Generell waren draußen auf der Straße Gruppenbildungen von mehr als drei Personen nicht gestattet.⁷⁹

Barleben

Was am 17. Juni in Barleben passierte, erforschte Dr. Lübeck. Aus seinen Ergebnissen, die in dem Artikel „In 48 Stunden 34 Personen verhaftet“ in der Volksstimme vom 17.6.2002 veröffentlicht wurden, zitiere ich den Verlauf der Ereignisse in Barleben:

In Barleben streikten etwa 200 Arbeiter im Elmo und zogen gegen 11.15 Uhr nach Magdeburg. An den Zug schlossen sich 350 Barleber, u. a. auch Angehörige der Konsumverwaltung an. Vor der FDGB-Schule der IG Metall „Fester Kurs“ verweilte ein Teil und verlangte von der Schulleitung und den rund 60 Schülern die Beteiligung an der Demonstration. Diese verschanzten sich in der Schule. Um 13.30 Uhr brachen die Demonstranten (jetzt annähernd 500 Menschen) mit einem abgebrochenen Fahnenmast die Schultür auf, zerstörten die Agitationsmittel und verbrannten auf dem Schulhof politische Schriften und ein 1,80 mal 2,40 Meter großes Stalinbild. Um 14 Uhr trafen zwei Mitarbeiter des MfS aus Wolmirstedt ein. Sie gaben sich als Mitarbeiter des Rates des Kreises aus. Als man aber ihre Dienstmarke entdeckte, wurden sie verprügelt, ihr BMW beschädigt. Um 15 Uhr kamen acht Volkspolizisten aus Wolmirstedt, um den BMW abzuholen. In den Akten der MfS-Dienststelle hieß es „Seitens der Volkspolizei wurden keinerlei Anstalten gemacht, in dieser sich verschärfenden Lage die Schule und das Leben der Lehrer zu schützen, sie holten nur den BMW ab.“

Als gegen 18 Uhr Panzer aus Hillersleben nach Barleben fuhren, setzten Angehörige des VPKA und des MfS auf diese Panzer auf.⁸⁰

⁷⁹ Vgl. Angaben aus Brief vom Bürgermeister Preck der Gemeinde Colbitz vom 26.1.1999.

⁸⁰ Lübeck, Wilfried: In 48 Stunden 34 Personen verhaftet. Aus: Ohrekreis Volksstimme vom 17.6.2002.

Abschrift.

389

R e s o l u t i o n

Wir Werktätigen des Betriebes VEM Anlagenbau Magdeburg, Aussenstelle I Barleben, erklären uns mit den Forderungen der Magdeburger und Berliner Werktätigen solidarisch und stellen folgende Forderungen:

1. Freiheit und keine Massregelung für die Kollegen, die zur Diskussion in dieser Angelegenheit gesprochen haben oder noch sprechen.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes.
3. Freie Wahl in ganz Deutschland.
4. Herabsetzung der HO - Preise.

Unsere Solidaritätserklärung werden wir solange aufrecht erhalten, bis unsere Forderungen genehmigt sind.

Durch unsere Anwesenheit im Betrieb werden wir das Volkseigentum vor Sabotage schützen, so dass die Arbeit jederzeit wieder aufgenommen werden kann.

Die Resolution wurde von den gewählten Vertretern der Belegschaft verfasst, welche durch Unterschriften zeichnen.

Die Resolution wurde von der Belegschaft einstimmig angenommen.

Barleben, den 18. Juni 1953.

Für die Gewerkschaftsorganisatoren:

gez. ten Brink
" Richard Heine
" Ernst Hornung
" Fritz Blumenthal
" Hans Geiß
" Rudolf Wenzel
" Heinrich Uys
" Gerhard Schütze
" Elise Biskup

Für die BGL:

gez. Richard Müller
" Waldemar Fuchs
" Rudolf Lehmann
" Gerhard Scholz
" Hermann Hoffmann
" Hildegard Seehaber
" Fritz Koch

Als Gebietsvorstandsmitglieder:

gez. Richard Müller
" Fritz Koch
" Gerhard Scholz
" Rudolf Löwenkampf

Für die SED - Betriebsgruppe:

gez. Georg Lobenstein.

Dokument 10: Resolution der streikenden Arbeiter aus Barleben, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Rep. P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg Nr. IV/2/4/25, Bl. 389

Die am 17. und 18. Juni streikenden Arbeiter aus Barleben verfassten eine Resolution, die außer von den Arbeitern selbst auch von den Gewerkschaftsorganisatoren, den BGL-Mitgliedern des Gebietsvorstandes und dem Sekretär der Grundorganisation der SED unterschrieben wurde. Dass sich die regierungsnahen Stellen den Arbeitern anschlossen, war in manchen Orten und Kreisen gar nicht so ungewöhnlich.

Über die in Bleiche erwähnten Streiks und aufständischen Handlungen erbrachten die Recherchen bisher keine Ergebnisse.

Loitsche

In Loitsche mündete die Erregung einzelner Bürger vor allem in der öffentlichen Vernichtung ihrer SED-Parteiausweise. Ein Lehrer verbrannte seinen Ausweis in der Gastwirtschaft des Genossen B. und forderte die Zuschauer auf, die Schule zu plündern und zu demolieren. Außer in der Schule wurden auch im Gemeindebüro Möbel und Bücher beschädigt. Ein anderer Dorfbewohner tat es ihm gleich. Beide wurden inhaftiert.⁸¹

Unbestätigt bleibt erst mal der Bericht über Loitsche aus dem Buch „Der Aufstand“ von Stefan Brandt: Die heimkehrenden Arbeiter aus Magdeburg verbündeten sich mit den Bauern und zogen mit ihnen zum Bürgermeisteramt und verbrannten dort Akten und Bilder von Regierungsvertretern. Dann ging es weiter zur Wohnung des FDJ-Vorsitzenden, dem sie das Kleinkalibergewehr weg nahmen. Der ganze Ort war auf den Beinen, in euphorischer Stimmung wie auf einem Volksfest.⁸²

Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden standen den Ereignissen am 17. Juni 1953 sehr unterschiedlich gegenüber. Manche verbündeten sich mit den Kritikern des SED-Regimes, manche blieben regierungstreu, andere suchten einen Weg dazwischen. Im folgenden Zitat berichtete die SED-Kreisleitung über eine Diskussion mit der Bürgermeisterin von Loitsche:

Bei der Ausarbeitung der Kreis-Analyse wurde Rücksprache genommen mit der Genossin Scholz, Bürgermeisterin der Gemeinde Loitsche. Während dieser Diskussion stellte sich heraus, dass die Genossin Scholz die Tätigkeit einiger Provokateure verschleiern wollte und mit der Bestrafung derselben nicht einverstanden war. Ihre Diskussionen zeigten, dass sie sich im gegnerischen Fahrwasser befand. Nachdem wir mit ihr diskutierten und ihr aufzeigten, wie groß ihre Schwächen sind und dass sie an sich arbeiten müsse um

81 Vgl. Brief der SED-Kreisleitung Wolmirstedt an SED-Bezirksleitung vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/25.

82 Vgl. Brandt, Stefan: Der Aufstand: Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954, S. 251.

*diese zu überwinden, damit sie ihre Funktion richtig ausüben kann, setzte sie sich kurze Zeit später nach dem Westen ab.*⁸³

Niederndodeleben

In Niederndodeleben streikte die Maschinen-und-Traktoren-Station am 19. Juni 1953.⁸⁴ Auch hier versammelten sich aufgebrachte Menschen und verlangten die Herausgabe der Porträts der Führungsspitze der DDR, die sie schließlich bekamen und zerstörten. Einige begannen die sogenannte „Sichtagitation“ der LPG, womit nichts anderes als die regierungsfreundliche Außenreklame gemeint war, zu vernichten. Ein paar Genossen wurden von der Menge genötigt, die sozialistischen Losungen abzuwaschen. Ein anderer Genosse wurde von den Anwesenden gezwungen, eine Leiter zu betreten, wobei er mit samt der Leiter zu Fall kam und ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. In den SED-Berichten als absichtsvolle mutwillige Taten dargestellt, fehlt hier ein Bericht aus der Sicht der Beteiligten. Der Ärger und die Frustration über die Maßnahmen der Regierung und die eigene Situation hatte sich bei manchen Bürgern unglaublich angestaut und entlud sich nicht selten in handfester verbaler und handgreiflicher Gewalt. Die Größe der Menge verstärkte das Gefühl von Macht gegenüber den bisherigen rigiden Machthabern. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Sämtliche Telefonleitungen zwischen Rogätz⁸⁵ und Wolmirstedt und zwischen Rogätz und Tangerhütte waren in den Tagen um den 17. Juni durchgeschnitten worden. Die Täter konnten bis Anfang Juli nicht ermittelt werden. In der MTS Rogätz kam es nicht zu Arbeitsniederlegungen, die Kreisberichte sprechen aber von dem Versuch, der MTS Schaden zuzufügen. Vier Genossen erlitten schwere Verletzungen. Wie diese genau entstanden sind, wurde in den SED-Berichten nicht weiter ausgeführt.

In Zielitz⁸⁶ wurde das Gemeindebüro aufgebrochen und die vorhandenen Unterlagen verbrannt. Die Bilder von Grotewohl, Pieck und Ulbricht wurden zerstört. An Häuser und Mauern waren mindestens 50 „staatsfeindliche Losungen“ angemalt. Einem Genossen drohte man an, ihn tot zu schlagen. Ein Teil der Beteiligten wurde festgenommen.

83 Tätigkeitsbericht der KPKK Wolmirstedt für den Monat Juli 1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/25.

84 Situationsbericht des Bezirkes Magdeburg vom 19.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/20/53.

85 Bericht der KPKK über die Ereignisse in unserem Kreisgebiet vom 17.6.1953. Wolmirstedt, 1.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/25.

86 Bericht der KPKK über die Ereignisse in unserem Kreisgebiet vom 17.6.1953. Wolmirstedt, 1.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/25.

Wolmirstedt

Ähnlich wie in der MTS Niederndodeleben verlief der 17. Juni auch in der MTS Wolmirstedt. Genosse Fauter beriet sich als Leiter der Polit-Abteilung der MTS Wolmirstedt mit dem stellvertretenden Politleiter, dem MTS-Leiter und dem Techniker. Sie entschieden, drei Losungen vom Zaun zu entfernen, nämlich die, in denen das Wort „Sozialismus“ vorkam. So würde durch die Entfernung der Losungen den Störenfrieden kein Anhaltspunkt zu Provokationen geboten sein und die Station bliebe von Belästigungen verschont. Leiter, Strick und Schraubenschlüssel waren dazu notwendig. Der Genosse Fauter erteilte den Auftrag an zwei, drei Kollegen, und wurde im gleichen Moment ans Telefon gerufen. In seiner Abwesenheit wurden statt der drei alle Losungen entfernt. Wenige Zeit später versuchten ehemalige Traktoristen das Gelände der Station betreten. Sie wollten die dort Beschäftigten zur Arbeitsniederlegung animieren. Einige Angestellte der MTS begannen, die Traktoristen zu vertreiben, um wieder Ruhe herzustellen. Trotzdem es ihnen gelang, hatten sich bereits diskutierende Kollegen-Gruppen gefunden, die nun auf dem Hof stehen blieben. Über den nächsten Tag, den 18. Juni berichtete der Leiter der Polit-Abteilung, dass sich in der MTS eine Stimmung ausgebreitet hätte, *die bewies, dass der Gegner Nährboden gefunden hatte*⁸⁷.

In den Nachmittagsstunden wurden in Wolmirstedt verstärkte Ansammlungen in der Stadt beobachtet. Der Fotograf St. animierte eine größere Menschenmenge dazu, zum Gefängnisgebäude zu ziehen, um die Freilassung des Gefangenen B. zu fordern. Auf Befehl höherer Organe – wie die SED-Kreisleitung es nannte, wurde der Gefangene tatsächlich entlassen. Der Fotograf wurde kurze Zeit später verhaftet. Gleichzeitig kauften die Menschen Mengen an Lebensmitteln aus Angst, die Geschäfte könnten geschlossen bleiben und die Versorgung wäre nicht gesichert. Der Instrukteur Genosse Priebe wurde niedergeschlagen.

Genosse Willi K. versuchte, die Arbeiter der Lederwerke zum Streik zu animieren. Er sollte deswegen aus der Partei ausgeschlossen werden. Nachdem er dagegen Einspruch eingelegt hatte, blieb es bei einer Rüge.

Während der 48 Stunden des 17. und 18. Juni 1953 wurden 34 Personen⁸⁸ im Kreis Wolmirstedt verhaftet. Dazu kamen allein in der Nacht vom 20. zum 21. Juni 14 weitere, schwerpunktmäßig in Barleben und Niederndodeleben Festgenommene⁸⁹. Im Bericht vom 21. Juni teilte die Kreisleitung mit, dass

87 Vgl. Vorlage zur Sekretariatssitzung am 21.8.1953 vom 19.8.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/4/25.

88 Zahl übernommen aus Lübeck, Wilfried: In 48 Stunden 34 Personen verhaftet. Aus: Ohrekreis Volksstimme vom 17.6.2002.

89 Bericht vom 21.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

der Gottesdienst in Wolmirstedt untersagt worden war, dass dies aber auf ein Missverständnis mit der Roten Armee zurück zu führen sei.⁹⁰

In den Auswertungen und Kontrollen der Betriebsparteiorganisationen nach dem 17. Juni wurde mehrfach kritisiert, dass die Volkspolizei aufgrund falscher Berichte wiederholt die Falschen verhaftet hatte und dass in den widerständigen Tagen im VPKA Wolmirstedt schlecht gearbeitet wurde.

Der folgende Bericht⁹¹ über eine Einwohnerversammlung am 7. Juli 1953 in Groß-Ammensleben verdeutlicht die Gefühlslage nach dem 17. Juni 1953:

A.B.S.E.H.R.I.-f.t.- 383

B e r i c h t .

Über den Verlauf der Einwohnerversammlung in Gr. Ammensleben.

Am 7. Juli 1953 wurde in Groß-Ammensleben eine Einwohnerversammlung der Nationalen Front durchgeführt. Der Vom Demokratischen Block zur Teilnahme vorgesehene Kollege Jüher nahm an der Versammlung nicht teil. Die Versammlung fand in der HB-Gaststätte Schulze statt. Der Versammlungsraum war zu klein. Des weiteren wirkte sich der Ausschank vor und während der Versammlung ungünstig aus. Nach einer kurzen Einleitung wurde auf die Beschlüsse der Regierung eingegangen. Anschließend wurden dieselben zur Diskussion gestellt. Der Genosse Z., (bestätigte im Erst Thälmann Werk Magdeburg) der stark unter Einfluss von Alkohol stand, erklärte als 1. Diskussionsredner, daß er in Magdeburg schon 4 bis 5 Versammlungen dieser Art hinter sich hätte, und daß es sich hier nicht um eine Kaninchen- oder Ziegenzuchtversammlung handele, sondern um eine "freie Aussprache". Während der 1. Stunde der Diskussion sprachen ein und dieselben. Unter anderem brachte man immer wieder zum Ausdruck, daß der Streik der Arbeiter berechtigt war, daß die Funktionäre der Parteien versagt hätten, sich in "den verketteten Händen" und so die Übersicht über den Streik verloren. Man sah die Schlußfolgerung, daß die Partei hier eine große Schwäche gezeigt hatte. Ein gewisser H. brachte zum Ausdruck, daß die Arbeiter nicht nur wegen der Erhöhung der Normen, sondern auch wegen der Verbesserung der Lebenslage, der Senkung der HO-Preise, Rücktritt der Regierung, freie Wahlen in ganz Deutschland gestreikt hätten. Weiter brachte er zum Ausdruck, daß die Provokationen, nicht wie die Regierung bekannt gibt, durch Provokateure aus dem Westen geschehen ist, sondern durch die Arbeiter geschehen ist, weil der Druck zu stark war. Weiter erklärte er, daß den 17. Juni 1953 keiner aus der Welt wischen wird. Nachdem er seine Diskussion beendet hatte, nannte er seinen Namen, machte sich darauf aufmerksam, daß er gleich nebenan wohnt, damit

Dokument 11: Bericht über den Verlauf der Einwohnerversammlung in Gr. Ammensleben, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Rep. P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg Nr. IV/2/4/25, Bl. 383, 384.

90 Bericht vom 21.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

91 Bericht über den Verlauf der Einwohnerversammlung in Gr. Ammensleben vom 8.7.1953.

ihn die Polizei am anderen Morgen findet und abholen kann. Weiter führte er aus, daß, wenn der Streik nicht durch Pöbel- und Waffengewalt niedergedrückt worden wäre, die Zonengrenzen gefallen und die Einheit Deutschlands zustande gekommen wäre. Dem ehem. Parteisekretär des Ortes - S. - (beschäftigt, Zollhafen Magdeburg) ging es in der Hauptsache darum, bei der Bevölkerung Stimm für seine Person zu machen und Eindruck zu finden. Er führte aus, daß er den Streik der Arbeiter in Magdeburg studiert hätte. Er hätte sich geschämt, als Genosse vor seine Kollegen hinstreten und konnte es nie begreifen, daß die Regierung und die Partei den Arbeiter so stark unterdrückt haben. In Beantwortung der Frage, ob der Streik der Arbeiter am 17. Juni gerecht war, erklärte ich, daß aufgrund der Zurückhaltung der administrativen Normenerhöhung der Streik nicht berechtigt war. Er führte daraufhin aus, daß man mit dieser Argumentation nicht das Vertrauen der Massen gewinnen kann, daß das Maß der Arbeiter voll war und Überlaufen ist. Er erklärte in seiner weiteren Diskussion, daß wenn die Werktätigen fordern, daß die Regierung zurückgezogen werden soll, auch der Wille des Volkes durchgesetzt werden soll.

Ein weiterer Diskussionsredner stellte die Frage, wer überhaupt die Regierung bestraft. Wenn ein kleiner Funktionär Fehler macht, wird er zur Rechenschaft gezogen. Da der Teil der anwesenden Bevölkerung, der noch sachliche und ordentliche Fragen vorzubringen hatte, die Forderung stellte, daß auch sie ihre Fragen vorbringen möchten, verließen Z. und S. den Versammlungsraum und es entwickelte sich eine sachliche Diskussion, die einen guten Verlauf der Versammlung erwarten ließ.

Zu erwähnen wäre noch, daß vorher von Z. erklärt wurde, daß ein Teil der anwesenden Bevölkerung die Meinung vertreten, daß ich zu jung wäre, daß ich mein Wissen aus Büchern hätte und daß berufene Vertreter der Regierung erscheinen sollen.

Es war unmöglich, die Versammlung weiterzuführen, da die meisten der Anwesenden den Versammlungsraum verlassen hatten und vor der Tür in Gruppen rege diskutierten. Einige diskutierten darüber, daß man der VP die Karabiner wegnehmen sollte und über ihren Kppf-Vertrag wüßte.

In individueller Diskussion wurde ich aufgefordert, ehrlich zu sein und mich der Forderung der Arbeiter anzuschließen und den Rücktritt und die Bestrafung der Regierung zu fordern. Weiter rieten sie mir an, mein Parteidokument sofort wegzuwerfen oder bei der Partei abzuliefern, damit ich an den am 18. 16. Juli stattfindenden Bluttagen am Leben bleibe.

Weiter äußerte mir gegenüber Z., daß der 1. Juli für die Arbeiter null und nichtig ist, die Arbeiter aber den 17.6. als ihren Nationalfeiertag ehren werden. Er selber werde sich am 17.6. beurlauben. Schuld an dem ganzen Theater hätte Stalin und seine Trabanten.

Weiter forderte man mich auf, den Geschäftsführer der HO anzuweisen, Bratheringe nicht zu 2,50 DM sondern zu 1,50 DM zu verkaufen. Ich möchte noch erwähnen, daß mir die Pläne der diskutierenden nicht bekannt sind. In der Hauptsache dreht es sich um Jugendliche.

Weiter forderte man mich auf, endlich wach zu werden, da der Tag der Freiheit nicht mehr weit sei. Das Vertrauen der Arbeiter zur Regierung sei nicht mehr vorhanden, auch wenn sie dem Arbeiter Zucker in den Hintern blasen.

Der ehem. Parteisekretär S. stellte den Antrag, eine nochmalige Einwohnerversammlung durchzuführen, aber nicht mit solchen Leuten wie die Kollegin D. und ich.

Wolmirstedt, den 8.7.1953

ges. Böttcher

In Barleben beobachtete man noch einige Zeit später den folgenden Handgruß in der Bevölkerung: Zwei gestreckte Finger erhoben und gegen die andere Hand geklatscht. Die Bedeutung: „Das 2. Mal klappt es.“

Kreis Burg

In Burg und in den Gemeinden des Landkreises gab es kaum Aktionen. Das kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden. Außer Kleinbetrieben und einer Ziegelei befand sich in dieser Gegend kaum Industrie. In Burg selbst waren damals drei Kasernen der sowjetischen Armee ansässig und die Wälder ringsherum mit Truppen belegt. Die Nähe zu Magdeburg bedeutete nicht nur, dass viele Pendler aus dem Kreisgebiet in der Bezirkshauptstadt arbeiteten. Sie könnte auch dazu geführt haben, dass sympathisierende Bürger animiert wurden, sich dort (anonymer) an Aktionen zu beteiligen. Möglicherweise haben die Einwohner aufgrund der weniger vielfältigen, nicht für alle zugänglichen und kaum verzweigten Kommunikationsmittel auch einfach nur zu spät von den Ereignissen erfahren.

Ein unbestätigter Bericht eines ukrainischen Herrn sagt aus, dass am 28. Juni 1953 in Biederitz 18 Armeeangehörige der russischen Armee (darunter zwei Offiziere) erschossen wurden, weil sie sich geweigert hatten, auf die unbewaffneten Aufständischen in Magdeburg zu schießen. Durch ein Militärgericht wurden sie zu Tode verurteilt und hingerichtet.⁹²

Über Burg konnte nur wenig in Erfahrung gebracht werden. Eine Ausgangssperre wurde verhängt und Panzer und Streifen patrouillierten ständig in den Burger Straßen. Die Arbeiter kamen aus den umliegenden Orten mit Bussen in die Kreisstadt zur Arbeit, aber teilweise waren die Betriebe geschlossen.⁹³ Das Wasserwerk in Burg schrieb einen Brief an Walter Ulbricht, auf den bis zum 27.6.1953 keine Antwort eingegangen war. Im Privatbetrieb Vogt, Reinhard und Palm machte die Betriebsleitung dem Kollegium Ende Juni den Vorschlag, sie am Gewinn zu beteiligen.⁹⁴

Gommern

Der Anziehungspunkt für die Aufständischen war im Kreis Burg die Untersuchungshaftanstalt in Gommern. Herr Schlegelmilch, Pfarrer in Menz, beobachtete auf dem Weg zum Superintendenten am Morgen des 17. Juni von seinem Fahrrad aus, was in Gommern passierte:

Am Morgen des 17. Juni 1953 war ich mit dem Fahrrad nach Gommern zu unserer monatlichen Pfarrkonferenz gefahren. Wir hatten an diesem Vormittag Mühe, uns auf unsere Dienstgespräche zu konzentrieren. Zu groß war die Unruhe, die innere, und – wie sich bald zeigen sollte – auch die äußere. Keiner von uns hatte zu Hause ein Fernsehgerät, wir waren auf die Rundfunknachrichten angewiesen.

Am späten Vormittag hörten wir den Lärm protestierender Arbeiter und anderer „Werkstätiger“ auf der Straße. Betriebsangehörige der „Geologischen Bohrungen“ zogen, mit Brechstangen ausgerüstet, in Richtung Gommeraner Schloss, im Volksmund „Zwiebelturm“ genannt, in dem sich ein Gefängnis befand. Sie öffneten gewaltsam das Tor und erzwangen die Freilassung der Inhaftierten.⁹⁵

Über die Ereignisse im VEB „Geologische Bohrungen“ konnte nichts genaues in Erfahrung gebracht werden. Der folgende Auszug aus einem Brief der BDVP Magdeburg, Abt. Strafvollzug an die Hauptabteilung Strafvollzug der Deutschen Volkspolizei Berlin vom 23.6.1953⁹⁶ gibt den Verlauf des 17. Juni vor allem aus der Sicht des Anstaltsleiters wieder:

Aus der UHA Gommern wurden 18 Häftlinge gewaltsam befreit. Dort ereignete sich folgendes:

Die Anstalt wurde gegen 12.30 Uhr vom VPKA Burg in Kenntnis gesetzt, dass mit dem Zuge 15.00 Uhr 500 Arbeiter aus Magdeburg, Gommern erreichen würden und dass mit Demonstrationen zu rechnen seien. Vom Anstaltsleiter wurde gleichzeitig Verstärkung angefordert. Gegen 13.00 Uhr wurde nochmals vom VPKA Verstärkung gefordert. Von dort aus wurde mitgeteilt, dass die KVP es ablehnt Verstärkung zu schicken, da sie von Berlin dazu keinen Befehl hätte. Gegen 14.00 Uhr erhielt die UHA einen Anruf der Firma x [nicht lesbar, d. V.] aus Magdeburg, wo gefordert wurde, dass der Häftling x [nicht lesbar, d. V.] sofort vom Anstaltsleiter zu entlassen sei, oder er würde gewaltsam befreit. Man drohte dem Anstaltsleiter und teilte ihm mit, dass bereits die LKWs mit Arbeitern nach Gommern unterwegs seien und dass der Justizpalast in Magdeburg in Flammen stünde. Nach diesem Anruf wurde die VPKA

Die Anstalt wurde gegen 12.30 Uhr vom VPKA Burg in Kenntnis gesetzt, dass mit dem Zuge 15.00 Uhr 500 Arbeiter aus Magdeburg, Gommern erreichen würden und dass mit Demonstrationen zu rechnen seien. Vom Anstaltsleiter wurde gleichzeitig Verstärkung angefordert. Gegen 13.00 Uhr wurde nochmals vom VPKA Verstärkung gefordert. Von dort aus wurde mitgeteilt, dass die KVP es ablehnt Verstärkung zu schicken, da sie von Berlin dazu keinen Befehl hätte. Gegen 14.00 Uhr erhielt die UHA einen Anruf der Firma x [nicht lesbar, d. V.] aus Magdeburg, wo gefordert wurde, dass der Häftling x [nicht lesbar, d. V.] sofort vom Anstaltsleiter zu entlassen sei, oder er würde gewaltsam befreit. Man drohte dem Anstaltsleiter und teilte ihm mit, dass bereits die LKWs mit Arbeitern nach Gommern unterwegs seien und dass der Justizpalast in Magdeburg in Flammen stünde. Nach diesem Anruf wurde die VPKA

95 Ausschnitt aus den Erinnerungen von Herrn Gerhard Schlegelmilch zum 17. Juni 1953. Er (geb. 1925) war vom 1. Mai 1952 bis zum 31. Mai 1991 als evangelischer Pfarrer in Menz und zeitweilig als Superintendent des Kirchenkreises Leitzkau tätig.

96 Brief der BDVP Magdeburg, Abt. Strafvollzug an die Hauptabteilung, Hauptabteilung Strafvollzug der Deutschen Volkspolizei Berlin vom 23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt M 24 BDVP Magdeburg 1952–60 Nr. 179. Die Rechtschreibfehler wurden aus dem Original übernommen. (d. V.)

92 Brief von Herrn Witjuk vom 22.2.2000 aus dem Besitz der Verwaltungsgemeinschaft Biederitz.

93 Aussagen aus Brief von der Gemeindeverwaltung in Schermen, Juni 2002.

94 Vgl. Zusammenfassung-Berichte der Kreisleitungen vom 27.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

Burg nochmals um Verstärkung gebeten, von dort aus wurde dann die Hilfe der Roten Armee zugesagt.

Als 15.45 Uhr der Zug aus Magdeburg eintraf, bildete sich ein Demonstrationszug in Richtung Hauptstrasse und Anstalt. Der sowj. Kommandant versicherte dem Anstaltsleiter, dass die Soldaten der Roten Armee bereits auf dem Wege zur Anstalt seien und er solle ihnen 2 VP-Angehörige zum Ortsausgang entgegen schicken, damit diese die Soldaten zur Anstalt bringen könnten. Gegen 15.15 war der Demonstrationszug von ca. 500 [möglicherweise auch 800, d. V.] Menschen vor der Anstalt angelangt und verlangten die Freilassung der Grenzgänger und „Politischen Häftlinge“. Dieses wurde vom Anstaltsleiter abgelehnt. Die Massen stellten dem Anstaltsleiter ein Ultimatum von 30 Minuten. Auch nach Ablauf dieser Zeit, verweigerte der Anstaltsleiter die Herausgabe der Häftlinge. Die Provokateure begannen dann das Tor gewaltsam zu öffnen, strömten dann in den Anstaltshof und drangen in die Verwahrhäuser, zertrümmerten die Zellenschlösser und befreiten die Häftlinge. Die Rädelsführer, darunter ein ehemaliger VP-Angehöriger, forderten die Vorlage sämtlicher Gefangenenaakten. Der Anstaltsleiter ließ sich jedoch darauf nicht ein, sondern versuchte zu verhandeln, um Zeit zu gewinnen, da jeden Augenblick die sowj. Freunde eintreffen mussten. Es stellte sich jedoch später heraus, dass diese sich verfahren hatten, und verspätet eintrafen. Die Provokateure forderten zuerst die Freilassung der Grenzgänger und ließen sich auf keine Verhandlungen mehr ein. Der Anstaltsleiter stellte deshalb eine Liste derjenigen Grenzgänger aus, die bereits ihre Strafe verbüßt haben und auf den Abtransport auf Westdeutschland warten und gab den Auftrag, diese zur Effektenkammer zu führen. Während dieser Zeit hatten die Randalisten alle Häftlinge befreit und auf dem Hof versammelt und sie aufgefordert nach Hause zu gehen. Die Häftlinge lehnten es jedoch ab, ohne Entlassungspapiere die Anstalt zu verlassen. Inzwischen hatten die Banditen die Verwaltungsgebäude gestürmt und zertrümmerten sämtliche Bilder. Da der Anstaltsleiter und die Genossen die Aufwiegler hinhielten und die Entlassungen zu langsam durchführten, wurden diese aggressiv und begannen mit tätlichen Angriffen auf die VP-Angehörigen. Sie beschimpften die Genossen und begannen ihnen die Schulterstücke von den Uniformen zu reißen und sie mit Fußtritten und Schlägen zu traktieren. Zwei Genossen erhielten dabei ernsthafte Verletzungen.

Nachdem unter dem Druck der Masse ca. 12–15 Entlassungsscheine ausgeschrieben waren, erschienen die Soldaten der Roten Armee und stellten die Ruhe und Ordnung wieder her. Die Häftlinge wurden wieder in die Zellen gebracht und mit der Reparatur der Schlösser wurde sofort wieder begonnen. Um 17 Uhr traf dann noch die KVP ein und übernahm den Schutz der Anstalt.

Aus der Anstalt selbst gelang es nur 18 Häftlingen zu entkommen. Den Aufwiegern fielen auch hier keine Waffen in die Hände. Um 21.20 Uhr war die KVP in Gommern noch auf der Suche nach 5 Häftlingen.⁹⁷

Lostau

Am 17. Juni versammelten sich mehrere Menschen am späteren Nachmittag nach Arbeitsschluss, in der Gastwirtschaft Sinder in Lostau. Hier wurde heftig über die Ereignisse in Magdeburg diskutiert. Man beschloss, zum Bürgermeisteramt zu gehen. Was dort passierte, wird aus der Anklageschrift⁹⁸ der fünf beteiligten und später verhafteten Personen wiedergegeben: Die versammelten Menschen verlangten vom anwesenden Bürgermeister und zwei zufällig anwesenden Angestellten der Kreisverwaltung Burg den Schlüssel des vom Besitzer Mund verlassenen Gehöftes. Dabei wurden auch Beschimpfungen und Bedrohungen geäußert, wie die Aufforderung zum „Graben des eigenen Grabes“. Verwaltungsgegenstände wurden beschädigt, Angestellte bedroht und geschlagen und ihnen Abzeichen von der Jacke gerissen. Die Volkspolizei rückte an. Zwischen dem 20.6. und 24.6.1953 wurden aufgrund dieser Ereignisse fünf männliche Personen festgenommen, deren Anklageschrift und Beschluss hier in Auszügen wiedergegeben werden:

Der Staatsanwalt
Des Bezirkes Magdeburg
Abtlg. 1
1 326/53
Haftsache!
An den
1. Strafsenat
des Bezirksgerichts
Magdeburg

Magdeburg, 27.6.1953

Anklage

(a. V. Sta. Schwenke)

1.) Der Zimmermann	Otto R.
	...
2.) der Stellmacher	Paul W.
	...

⁹⁷ Vgl. Schrift vom 17.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

⁹⁸ Anklageschrift und Beschluss zur Haftsache 1 326/53 vom 27.6.1953 aus Persönlichem Besitz des Günter H.

- 3.) der Arbeiter Günter M.
 ...
- 4.) der Arbeiter Gustav H.
 ...
- 5.) der Mechaniker Günter H.
 geb. am ... 1928 in M...
 wohnhaft: ...
 deutsch, verh., keine Kinder,
 nach eigenen Angaben nicht vorbestraft,
 wegen dieser Sache in U.-Haft seit dem
 24.6.1953
 z. Zt. Haftanstalt Magdeburg
- werden angeklagt

am 17.6.1953 in Lostau/Krs. Burg sich mit einer anderen Menschenmenge öffentlich zusammengerottet und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten begangen zu haben.

...

Der Beschuldigte zu 5. beteiligte sich an einer Zusammenrottung von Menschen, die Gewalttätigkeiten gegenüber Personen und Einrichtungen unserer Staatsmacht begingen. Nachdem er erfahren hatte, dass in der Gemeinde Lostau zwei Angestellte und zwar der Kreisschulleiter und ein Angestellter der Kreisverwaltung in der Gemeinde anwesend sind, und dass beide sowie auch der Bürgermeister der Gemeinde angegriffen wurden, ging er von der Gastwirtschaft Grünland direkt zur Bürgermeisterei und sah dort eine große Menschenmenge versammelt. Er ging auf den Bürgermeister zu, griff ihn an die Brust, riß den Deutschen Personalausweis heraus, warf ihn auf die Erde mit den Worten:

„Du bist in meinen Augen ein Lump und kein Deutscher“.

Dann nahm er ein Fahrrad und fuhr in Richtung Krankenhaus um den früheren Jugendleiter der Freien Deutschen Jugend – Fricke – zu holen. Da Fricke nicht anwesend war, nahm er und seine Gruppe eine drohende Haltung ein gegenüber der Frau des Jugendleiters Fricke und durchsuchten seine Wohnung.

Verbrechen und Vergehen: § 125, Abs. I, 47 StGB.

Beweismittel: Einlassungen und Geständnis des Beschuldigten.

Weitere Beweismittel von 1–5 die Zeugen:

- a Günther F., Verwaltungsangestellter, Lostau ...
 b Heinz K., Lehrer, Lostau ...
 d Edith F., Hausfrau, Lostau ...
 d Günter C., Abteilungsleiter Volksbildung, Burg, ...
 e Günther W., Kreisschulinspekteur, Krüssau ...

Wesentliches Ermittlungsergebnis:

...

Der Beschuldigte H. ist von Beruf ... und arbeitete bis zu seiner Inhaftierung im Hauptbahnhof M. Er entstammt ...

Am 1.6.1953 war der Beschuldigte wie üblich auf seinem Arbeitsplatz, Hauptbahnhof M. Hier sah er, wie gegen Mittag Provokateure, die in das Werk eindrangen, Losungen und Transparente vom Gebäude entfernten. Mit wenigen Arbeitern entschloß sich der Beschuldigte in die Stadt zu gehen, um zu sehen was los sei. Er ging zum Volkspolizeipräsidium, sah dort die randalierende Menge und entschloß sich, nach Hause zu fahren. Da seine Ehefrau nicht in der Wohnung anwesend war, entschloß er sich, nach Lostau zu fahren in der Annahme, dort seine Frau bei ihren Eltern vorzufinden. Seine Vermutung bestätigte sich. Sie aßen gemeinsam Abendbrot, er fütterte noch das Vieh bei den Schwiegereltern und hatte nun die Absicht, zum Fleischer zu gehen. Er traf diesen auf der Straße und beide gingen in die Gastwirtschaft „Grünland“.

Hier wurde einiges getrunken und sie unterhielten sich über die Ereignisse in Magdeburg. Hier erfuhr er auch, dass in der Bürgermeisterei der Gemeinde Lostau etwas im Gange war. Unterwegs erfuhr er, dass der Bürgermeister, der Kreisschulinspekteur und ein anderer Angestellter der Kreisverwaltung von einigen Provokateuren geschlagen worden wären. Er beeilte sich um der randalierenden Menschenmenge näherzukommen. Dort angelangt, ging er auf den Bürgermeister zu, griff ihn an der Brust, riß den Deutschen Personalausweis heraus und warf ihn auf die Erde. Er schrie den Bürgermeister an: „Du bist in meinen Augen ein Lump und kein Deutscher“. Bis aus der Menge der Ruf ertönte: „Holt den Fricke“, setzte sich der Beschuldigte mit einigen anderen Jugendlichen mittels Fahrräder in Richtung Krankenhaus in Bewegung.

...

Die Beschuldigten von 1–5 sind Arbeiterkinder, sie haben das Los eines Arbeiterkindes im Kapitalismus durch Ausbeutung kennengelernt. Sie hatten das Glück, am Neuaufbau unserer Heimat und einer neuen besseren Ordnung teilzunehmen. Sie haben es nicht verstanden, die Errungenschaften der besten Kräfte des deutschen zu schützen, sondern haben durch ihr Verhal-

ten mit dazu beigetragen, den Unruheherd, der durch faschistische Provokateure hervorgerufen wurde, zu erweitern und Personen sowie Sachschäden zu verursachen.

Ich beantrage daher:

- I. Das Hauptverfahren zu eröffnen.
- II. Den Hauptverhandlungstermin vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Magdeburg anzuberaumen.
- III. Die Haftfortdauer aus Gründen des Haftbefehls zu beschließen.

i. A.
gez. Schwenke
(Schwenke)
Staatsanwalt

Das Bezirksgericht
I Ks 418/53 – I 526/53

Magdeburg, 30.6.1953

Beschluss

Der	1. Zimmermann	Otto R. ...
	2. Stellmacher (selbstständ.)	Paul W. ...
	3. Arbeiter	Günter M. ...
	4. Arbeiter	Gustav H. ...
	5. Mechaniker	Günter H., geb. ... 1928 in M. wohnh. ...

werden beschuldigt,

an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, die mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Personen beging, teilgenommen zu haben und als Rädelsführer gegen Personen gewalttätig vorgegangen zu sein sowie Sachen zerstört zu haben.

Sie haben am 17.6.1953 in Lostau/Kr. Burg bei der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge als Rädelsführer Angestellte der Verwaltung geschlagen und misshandelt sowie Einrichtungsgegenstände der staatl. Verwaltung beschädigt.

Verbrechen nach §§ 127 Abs. 2, 223a, 47, 75 StGB

Sie sind dieser Tat hinreichend verdächtig.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird daher gegen sie das Hauptverfahren vor dem Ib Strafsenat des Bezirksgerichts Magdeburg eröffnet.

Die Untersuchungshaft gegen die fünf Angeklagten dauert fort, da Fluchtverdacht gem. 141 Abs. 3 Ziff. 1 StPO gesetzlich begründet ist

gez. Heimsath

Ausgef.
Justizang.

Der damals angeklagte Günter H. äußerte im Rückblick auf die Darstellung seiner angeblichen Taten in Anklage- und Beweisschrift (s. o.)⁹⁹, dass sie die wahren Ereignisse ausschmücken und aufbauschen würden, so, wie sie nicht gewesen seien. Er bestätigte, dass er dem Bürgermeister den Personalausweis abgenommen hatte, alle anderen Beschuldigungen aber nicht der Wahrheit entsprechen. Er war seit dem 19. Juni 1953 für insgesamt elf Tage inhaftiert und schließlich freigelassen worden.

Die LPG Lostau war erst kurze Zeit vor dem 17. Juni 1953 aus verschiedenen verlassenen Landwirtschaftsbetrieben gebildet worden. Nach dem 17. Juni entstanden große Unruhen in der LPG, weil einer der Großbauern zurückgekehrt war und seine Landwirtschaft zurückerhalten hatte. Mitglieder der Parteiorganisation stellten fest, dass sich die Landarbeiter sehr mit den Großbauern identifizieren und durch sie beeinflusst wurden.¹⁰⁰ Ein anderer Bericht spricht von Auflösungserscheinungen in der LPG Lostau, weil es am 17. Juni Ausschreitungen gegeben hätte. Ein Großbauer aus Lostau wurde verhaftet, weil er sich an den „Provokationen“ gegen den Bürgermeister und zwei andere staatliche Funktionäre beteiligt hätte. Auch die Besitzerin der Gastwirtschaft in Lostau wurde verhaftet, da sich bei ihr nach Feierabend die Einwohner des Ortes getroffen hatten.¹⁰¹ Auflösungstendenzen in LPGs waren im Kreis Burg keine Seltenheit. So berichtete ein Genosse der KPKK Burg: *Es zeigen sich aber in vielen Genossenschaften Austrittstendenzen und zwar sind es überall die stärksten Betriebe, die austreten wollen.*

⁹⁹ Siehe oben Anklage und Beweisschrift: persönlich von Günter H.

¹⁰⁰ Vgl. Diskussionsbeitrag des Genossen Ernst, KPKK Burg, 22.7.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

¹⁰¹ Vgl. Bericht vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

In den kleineren Orten des Kreises gab es ebenfalls Aktionen, an denen manchmal auch Parteigenossen der SED beteiligt waren. So weigerten sich zum Beispiel einige, die Dörfer zu bewachen. In Menz soll es Auseinandersetzungen mit dem LPG-Vorsitzenden und anschließend auch Verhaftungen gegeben haben. Zwei Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes Möser¹⁰² konnten sich ihrer Verhaftung entziehen. Ein Leitungsmitglied der OPO aus Woltersdorf wurde verhaftet, weil er sich aktiv an der Verprügelung eines Genossenschaftsbauern in Woltersdorf beteiligt hätte, der aufgrund seiner Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden musste. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, dass er die Jugend „aufgehetzt“ und Bilder führender Parteifunktionäre zerschlagen hätte.¹⁰³

Das Ergebnis des 17. Juni im Kreis Burg bestand bis zum 24. Juni in

- 3 Verhaftungen von Angehörigen der NDPD,
- 1 Verhaftung eines CDU-Mitgliedes aus Gommern und
- 1 Verhaftung eines Mitglied des DBD aus Woltersdorf.¹⁰⁴

Menz

Der damalige evangelische Pfarrer in Menz und später zeitweilige Superintendent des Kirchenkreises Leitzkau, Herr Gerhard Schlegelmilch, schreibt in seinen Erinnerungen an den 17. Juni, was er sah, als er mit seinem Fahrrad von der vorzeitig beendeten Pfarrkonferenz in Gommern (siehe S. 79) kam.

Gerhard Schlegelmilch

[Gerhard Schlegelmilch, Jahrgang 1925. Nach Schul- und Berufsausbildung zum Bankkaufmann, Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft, theologisches Studium. Vom 1. Mai 1952 bis 31. Mai 1991 evangelischer Pfarrer in Menz, zeitweilig Superintendent des Kirchenkreises Leitzkau. Der Bericht entstand in Rheda-Wiedenbrück 1992]

Die Zeit vor dem 17. Juni 1953

Als wir im Mai 1952 unseren Dienst als Pfarrersleute in der Pfarrstelle Menz aufnahmen, lag das Ende des 2. Weltkrieges erst 7 Jahre zurück. Die politi-

¹⁰² Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/4/3/76.

¹⁰³ Vgl. Notiz der KPKK Burg ohne Datum aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

¹⁰⁴ Vgl. Bericht vom 24.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

sche Entwicklung der Nachkriegszeit hatte zu einer wachsenden Entfremdung der Siegermächte geführt, und zwar der Westmächte auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Als Folge dieser Entwicklung wurde im Mai 1949 aus den 3 ehemaligen Besatzungszonen im Westen, der britischen, französischen und amerikanischen Zone, die „Bundesrepublik Deutschland“ durch Inkraftsetzung des vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Grundgesetzes gegründet.

Dem folgte am 7. Oktober 1949 die Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik“ durch Verabschiedung und Inkraftsetzung der Verfassung. Die West-Ost-Polarisierung in der Weltpolitik führte zu immer härterer Konfrontation der Supermächte USA und UdSSR und jeweiligen Verbündeten. Das „Blockdenken“ bildete sich aus. In Europa begann die Phase des „Kalten Krieges“, während am 25. Juni 1950 der Korea-Krieg als „Heißer Krieg“ begann. Die Aufrüstung im konventionellen wie im atomaren Bereich wurde auf beiden Seiten vehement vorangetrieben.

Die Menschen in Deutschland – im Osten wie im Westen – erlebten diese Vorgänge mit Sorge und Bangen, ging doch die Grenze zwischen den beiden Blöcken mitten durch ihr Land. Während sich im Westen Deutschlands ein Staatswesen als freiheitlich-demokratisch bestimmte Ordnung entwickelte, wurde im Osten die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, seit April 1946 in der SED vereinigt, gestärkt und erhärtet. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus sollte nicht nur das macht-, wirtschafts-, kultur- und tagespolitische Handeln bestimmen, sondern auch alle Lebensbereiche durchdringen.

Das musste zwangsläufig auch zum Konflikt mit den Kirchen führen. Am 31. Mai 1934, also am Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, hatten die Evangelischen Kirchen auf der Bekenntnissynode in Barmen in ihrer „Theologischen Erklärung“ u. a. formuliert:

„Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

- Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.

- Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils

herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.“

Im Sinn dieses Bekenntnisses waren wir Theologen der Nachkriegsgeneration ausgebildet und geprägt worden. Das galt es jetzt im Gemeindedienst und im gegenüber zu einer nicht minder machthungrigen Ideologie zu bewahren und zu bewähren. Das führte in den früheren Jahren meines Pfarrdienstes immer wieder zu Konflikten mit Bürgermeister, Lehrern und Funktionären der Partei, wenn. Gemeindegliedern, jungen oder alten, die Freiheit, ihren Glauben zu leben, eingeschränkt werden sollte. Am 8. Februar 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR geschaffen. Wilhelm Zaisser wird erster Minister, Erich Mielke sein Stellvertreter als Staatssekretär. Die Evangelische Kirche und ihre Mitarbeiter „erfreuen“ sich fortan einer besonderen Aufmerksamkeit durch dieses Ministerium:

Aber:

Noch hielt die Klammer, die die Evangelische Kirche in Deutschland die Menschen in beiden Staaten bildete. Es gab eine rege Kommunikation, Besuche hin und her, Gespräche und Erfahrungsaustausch. Noch konnten wir vom 11.–15. Juli 1951 den Deutschen Evangelischen Kirchentag in ganz Berlin feiern. Seine Losung hieß: „Wir sind doch Brüder“.

Am 15. Oktober 1950 hatten die ersten Volkskammerwahlen in der DDR 99,3 % JA-Stimmen für die Einheitsliste der Kandidaten der Nationalen Front gebracht. Ich erwähne dies, ohne es zu kommentieren.

Meine Frau und ich haben uns an diesem Tag verlobt. Wir gingen weder zu dieser, noch zu späteren Volkskammerwahlen.

Am 10. März 1952 schlägt Stalin in einer Note an die Westmächte über einen deutschen Friedensvertrag vor, der ein „einheitliches, demokratisches Deutschland unter Wahrung militärischer Neutralität“ zum Ziel haben sollte. Am 13. Mai 1952 lehnen die Westmächte diesen Vorschlag ab. Am 14. Mai 1952 zogen wir in das Menzer Pfarrhaus ein.

Am 26. Mai 1952 wird eine 5 km breite Sperrzone entlang der Grenze zur BRD errichtet.

Im Juli 1959 wird auf der 2. Parteikonferenz der SED die „Planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“ beschlossen. Um „Geplantes“ – wenn nötig mit Gewalt – durchzusetzen, bedarf es starker, zentralistischer Machtstrukturen.

Am 23. Juli 1952 werden die fünf Länder Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg abgeschafft. Es erfolgt eine Neugliederung des „Territoriums der DDR“ in 14 Bezirke und 217 Kreise.

Was „planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ bedeutet, bekommen die Menschen im Land alsbald zu spüren, z. B.:

- *die Arbeitsnormen in Industrie und Bauwirtschaft, in Handel und Gewerbe werden ins nicht mehr Leistbare gesteigert, die Steuerschraube wird angezogen, Betriebe werden in den Bankrott getrieben und verstaatlicht,*
- *das Abgabesoll der Bauern wird ohne Rücksicht auf Betriebsstruktur und Wetterlage erhöht. Viele Bauern geben auf und verlassen Hof und Land. Diejenigen die bleiben, werden zwangsweise von ihren Höfen gesetzt und angewiesen, in ihre „Arbeiterhäuser“ zu ziehen, Landarbeiter ziehen in die Bauernhäuser (Letztere leben wochenlang ohne Gardinen vor den Fenstern, weil man aus einer kleinen, kurzen keine lange Gardine machen kann), die Kollektivierung begann.*
- *die „Westflucht“ von DDR-Bürgern nimmt enorm zu: von Januar 1951 bis April 1953 verlassen 447.000 siedeln nach Westdeutschland über, der Konflikt mit den Kirchen verschärft sich: Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag nach Stuttgart im August 1952 gibt es keine Ausreisegenehmigung für DDR-Teilnehmer. Im Februar 1953 wird Studentenpfarrer Johannes Hamel (Halle) wegen angeblicher „Boykotthetze“ verhaftet, was zu heftigen Protesten im In- und Ausland führt.*

Der 17. Juni 1953

Vorbemerkung: Hierzu besitze ich keinerlei Literatur, darstellende oder wertende, sondern bin allein auf unser persönliches Erinnern angewiesen: Unmut, Empörung und Zorn der Menschen in der DDR, der Arbeiter, der Bauern, Intelligenz, auch der Jugend, gegen die Staatsführung hatten sich gestaut und entluden sich am 17. Juni 1953 elementar in einem Volksaufstand.

Die Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee hatten das Signal gegeben. Sie hatten die Arbeit niedergelegt, sich zu großen Demonstrationen versammelt, zogen vor die Dienstsitze von Regierung und Partei und forderten Rechenschaft von den Machthabern.

Ihr Beispiel ermutigte andere. In vielen Städten und Dörfern kam es zu Protestaktionen gegen die Regierenden.

[die hier folgenden Absätze zu Gommern sind wiedergegeben auf Seite 79]

Ähnliches geschah in vielen Städten. Manche der so Befreiten konnten nach Westberlin gelangen, andere Unterschlupf finden, wieder andere wurden bald wieder inhaftiert. Superintendent Andrae beendete die Pfarrkonferenz vorzeitig, weil ja keiner von uns wusste, was inzwischen in den eigenen Gemeinden geschehen war.

Als ich in Menz in die Dorfstraße Richtung Pfarrhaus einbog, bemerkte ich beim Näherkommen eine große Unruhe auf dem Frankeschen Hof, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Dorfbewohnern und Mitarbeitern der MAS (Maschinenausleihstation) Königsborn gekommen war. Auch aus Magdeburg waren Arbeiter zurückgekommen und berichteten vom Aufstand. Zum Abend hin aber zeigte sich, die Nachrichten verbreiteten es, dass die Erhebungen überall mit Gewalt unterdrückt und unter dem massiven Einsatz sowjetischer Panzer niedergewalzt wurden.

Die DDR-Medien in Presse und Rundfunk machten es sich leicht, indem sie wertend von „antisozialistischer, westlich gesteuerter konterrevolutionärer Tätigkeit“ sprachen, für die allein „der Westen“ verantwortlich sei. Von den eigenen Fehlern sprach man nur sehr zaghaft. Da redeten sowjetische Geheimdokumente, deren Inhalt wir jetzt erst kennen, schon eine andere Sprache.

Am Abend des 17. Juni fuhr ich mit dem Fahrrad nach Königsborn.

Einer unserer Posaunenbläser, Arno F., feierte seinen 23. Geburtstag und hatte alle Chormitglieder eingeladen. Es spricht für meine Unbekümmertheit, dass ich meinen Personalausweis nicht eingesteckt hatte. Mitten in unserem Feiern, beim gemeinsamen Abendbrot, erschien plötzlich meine Frau, mit ziemlichem „Hallo“ empfangen. Aber unsere fröhliche Stimmung verflog sehr schnell, als wir hörten, was geschehen war. Unsere Dörfer waren von Einheiten der „Kasernierten Volkspolizei“ umstellt worden, die genaue Personenkontrollen durchzuführen hatten. Es sollte wohl verhindert werden, dass in den Aufstand verwickelte Personen sich nach Westberlin absetzten oder aus den Haftanstalten Befreite, die ja ohne Papiere waren, irgendwo Unterschlupf fanden. Frau F., Arnos Mutter, machte für jeden von uns ein „Abendbrotpaket“ fertig, denn keiner hatte mehr Lust, noch zusammenzubleiben, jeder wollte heim zur Familie. Meine Frau hatte mir meinen Ausweis mitgebracht, aber Otto P., unser Chorleiter, ließ es sich nicht nehmen, jeden nach Hause zu bringen. Die ersten Kontrollen hatten wir schon in Königsborn zwischen Ober- und Unterdorf. Auch Menz war umstellt.

Als wir vor Schmiels Hof ankamen, wurden wir kontrolliert und erfuhren, dass die jungen Soldaten seit dem frühen Morgen keine Verpflegung mehr bekom-

men hatten. Vor dem Pfarrhaus angekommen, gab meine Frau Otto P. die von Frau F. eingepackten Schnitten mit, damit er sie den „Hungrigen“ geben sollte, was er auch tat. Die armen Kerle konnten ja nicht dafür, was ihnen zu tun befohlen war. In Menz wurden dann verhaftet und verurteilt zu mehrjährigen Freiheitsstrafen: Friedrich Z., Richard H. und Fritz F. Bei dem Prozess vor dem Bezirksgericht in Magdeburg war ich zugegen und erlebte mit, wie auch die Ehefrau Gisela F. aus dem Gerichtssaal heraus verhaftet und später verurteilt wurde. Um F.s Kinder, 2 vorschulpflichtige Mädchen, kümmerte sich die Familie. Wir versuchten zu helfen, wo wir konnten.

Es war wenig genug, was wir tun konnten.

In diesen Wochen und Monaten vor und nach dem 17. Juni 1953 war ich vor allem auch als Seelsorger und Prediger gefordert, der ja in Gespräch und Verkündigung das Zeitgeschehen nicht „außen vor“ lassen konnte. Ich habe immer wieder versucht, Menschen zu ermutigen, wohl wissend und darauf vertrauend, dass der lebendige Gott nicht daran denkt, sich sein Weltregiment aus den Händen nehmen zu lassen, und wir gut beraten sind, IHM auch weiter zu vertrauen, auch wenn wir durchs „dunkle Tal“ gehen. Denn: „Wer Gott aufgibt, der löscht die Sonne aus, um mit einer Laterne weiter zu wandern“ (Christian Morgenstern).

Vieles, was Inhalt der seelsorgerlichen Gespräche war, kann ich diesem Bericht nicht anvertrauen, weil das „Beichtiegel“ auch für den Pfarrer im Ruhestand gilt.

Die Zeit nach dem 17. Juni 1953

Sie war schwer für alle, die inhaftiert waren und unter unwürdigen Lebensverhältnissen leben mußten, schwer auch für ihre Angehörigen, die nur selten Besuchserlaubnis bekamen. Und wie wenig konnten wir tun, die Last zu erleichtern.

Nach dem 20. Juli 1944, dem Aufstand der Offiziere gegen Hitler, den ich als junger Soldat auf einer Luftnachrichtenschule an der Ostsee erlebt hatte, war dies nun der zweite gescheiterte Versuch, eine Diktatur gewaltsam abzuschütteln. Das hinterlässt Spuren im Leben.

Gesamtpolitisch folgte nach dem 17. Juni 1953 eine kurze Phase des Atemholens, von Entspannung mag ich in diesem Zusammenhang erinnernd noch nicht reden. Die Jugendarbeit der Kirche blieb für die Zeit unangefochten. Wieder Erwarten konnten Mitte August 10.000 Christen aus der DDR zum Kirchentag nach Hamburg fahren.

Johannes A. aus Menz und ich gehörten dazu. Wir haben unauslöschliche Eindrücke empfangen.

Im August 1953 leistete die UdSSR Verzicht auf weitere Reparationsleistungen aus der DDR ab 1954. Am 25. März 1954 erklärte die UdSSR die DDR für souverän – und damit einseitig zum Subjekt des Völkerrechts.

Vom 7.–11. Juli 1954 feierten wir noch einmal gesamtdeutschen Kirchentag in Leipzig unter der Losung „Seid fröhlich in Hoffnung!“. Unvergessen die strapazenreiche, regennasse Heimfahrt mit Ziesmanns Bus und den 50 Gemeindegliedern aus dem Pfarrbezirk Menz. Wegen Elbhochwasser mussten wir eine Umleitung über Wittenberg fahren. Am Schäferberg in Leitzkau war der Diesel alle. Siegfried C. und ich liefen nach Gommern, um bei Hagedorfs Diesel im Kanister zu holen.

Am 23. Oktober 1954 wurde die BRD Mitglied der NATO. Die Fronten verhärteten sich wieder – nach außen wie nach innen.

Am 12. November 1954 beschwört der erste Jugendweiheauftrag einen über Jahre währenden Konflikt zu Lasten junger Christen und ihrer Eltern herauf, die sich weigern, aus Glaubensgründen an der atheistisch geprägten Jugendweihe teilzunehmen.

Am 14. Mai 1955 wird der Warschauer Pakt, dessen Mitglied auch die DDR ist, unterschrieben. Am 15. Mai 1955 beschließt das ZK der SED die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte und am 18. Januar 1956 verabschiedet die Volkskammer das Gesetz zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee. Damit ist auch in der DDR neuer Zündstoff gelegt für alle, die aus Glaubens- oder Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehnen.

Als am 24. Januar 1962 die Volkskammer das Gesetz über die Allgemeine Wehrpflicht beschließt, wird dieser Konflikt für manchen akut und konkret. Er wird erst entschärft, als auf Druck der Kirchen hin am 7. September 1964 die Volkskammer das „Gesetz über die Schaffung von Baueinheiten für den waffenlosen militärischen Dienst“ verabschiedet.

Am 1. April 1957 hatten wir nach jahrelangen Vorbereitungen dem Wiederaufbau der am 21. Januar 1944 bis auf die Grundmauern zerstörten Menzer Kirche begonnen.

Als im Sommer 1957 die aus Magdeburg gewonnene Baufirma Kalbow KG Konkurs anmelden musste – die Steuerlast war unbezahlbar geworden, der Betrieb sollte verstaatlicht werden – erklärte sich die gesamte Maurerbrigade bereit, sich vom Gemeindegemeinderat Menz anstellen zu lassen. Die

Baustelleneinrichtung kauften wir aus der Konkursmasse dem Finanzamt Magdeburg ab. Die bautechnische Leitung übernahm das Kirchliche Bauamt in Magdeburg, die kaufmännische Leitung „unserer Firma“ der Gemeindegemeinderat. Am 18. Oktober 1959 konnte die Kirche – unter großer Beteiligung der Gemeinde von Bischof D. Johannes Jänicke – Magdeburg der Gemeinde für ihren Dienst wieder übergeben. Wir ahnten damals nicht, dass sich für uns noch fast 32 Jahre Dienst in dieser Kirche und Gemeinde anschließen sollten. Wir freuten uns dieser schönen Kirche, die im November 1964 eine 2-manualige, 8-registrige Orgel der Fa. Gebrüder Jehmlich Dresden erhielt. Dafür steht der Kirchturm immer noch als Torso und wartet darauf, von der nächsten Generation fertig gebaut zu werden.

Opfer- und Einsatzbereitschaft vieler Männer und Frauen und Jugendlicher sind uns in bester Erinnerung. Zu unserer Altersfreude gehört, dass eine Innenrenovierung 1990/91 – trotz Währungsunion und knapper Kassen – gelang, wiederum unter engagiertem, kostenlosem Einsatz vieler aus der Gemeinde. Dem Umstand der wiedererrichteten Kirche und der Orgel schreibe ich es auch zu, dass sich immer wieder Kantorkatecheten bzw. Kantorkatechetinnen fanden, die mit ihrem Dienst das Leben in der Gemeinde wirksam mitgetragen und bereichert haben.

Ich breche diesen freilich unvollständigen Bericht hier ab und füge nur noch eine Schlussbemerkung an:

Am 13. August 1961 erfolgte der Bau der Berliner Mauer und die Errichtung der Grenzsicherungsanlagen, die in der Zeit danach zur nahezu totalen Abschottung der DDR und ihrer Einwohner führte. Der 13. August stellt eine tiefe Zäsur in der Nachkriegsgeschichte dar.

Aus heutiger Sicht betrachtet erwies sich auch diese Maßnahme als falsch. Zwischen 1949 und 1990 haben insgesamt 4 Millionen Menschen die DDR verlassen, Ausgewanderte, Ausgewiesene, Ausgebürgerte, Verkaufte und Geflüchtete. Nach 1961 aber mussten wir, die wir im Lande lebten und arbeiteten, damit rechnen, dass die DDR noch auf lange Zeit bestehen würde. Aus heutiger, insbesondere aus westlicher Sicht, ist es leicht, darüber zu urteilen. Nach 1961 war das Bemühen der Kirchen, mit bescheidenen Anteilen auch das meine, darauf gerichtet, das Leben für die Menschen im Land erträglich gestalten zu helfen.

Dem dienten immer wieder Gespräche auf allen Ebenen. 1969 führte die Gründung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ zu einer Zeugnis- und Dienstgemeinschaft der Kirchen und zur Konzentration unserer Kräfte.

Meine Frau und ich sind gern Pfarrersleute in der DDR und in Menz gewesen, auch wenn es Rückschläge, Enttäuschungen und auch Fehler unsererseits gegeben hat. Wir haben auch in Zeiten harter Pressionen in der inneren Freiheit leben dürfen, die der Glaube an das Evangelium von Jesus Christus schenkt. Dass wir am Ende unserer Dienstjahre noch die Herstellung der Staatlichen Einheit in Deutschland erleben würden, hatten wir – wie viele unserer Generation – nicht zu hoffen gewagt.

Nun gilt es, diese Einheit zu gestalten.

Wir wollen an unserem „Ruhestandsort“ und in der Evangelischen Kirche von Westfalen bescheidene Beiträge dazu leisten, das Verständnis für Leben, Arbeiten und Feiern der Menschen in der DDR und für das Wirken der Kirchen in diesen 40 Jahren zu wecken oder zu verbessern.¹⁰⁵



Foto 8: v. l. n. r.: Arnold M., Helmut P., Otto P., Bruno S., Ewald N., Arno F., Gerhard Schlegelmilch, Arthur Z. – Posaunenchor Königsborn Frühjahr 1953

¹⁰⁵ Ausschnitt aus den Erinnerungen von Herrn Gerhard Schlegelmilch zum 17. Juni 1953. Er (geb. 1925) war hier vom 1. Mai 1952 bis zum 31. Mai 1991 als evangelischer Pfarrer und zeitweilig als Superintendent tätig.

Der Hof des Ehepaars Schmiel aus Menz gehörte zu den kleineren des Ortes, so dass die Familie bis Anfang 1953 noch in der Lage war, das staatliche Abgabesoll zu erfüllen. Im März 1953 traten sie in die LPG Menz ein. Herr Schmiel war sehr gut mit einem der Großbauern, Herrn F., befreundet. Er und seine Frau schilderten während eines Interviews ihre Erinnerungen an den 17. Juni 1953 und was sie über eine Auseinandersetzung zwar nicht selbst gesehen, aber gehört hatten:

Die Großbauern P., F., S./L. und A. waren 1952 sequestriert worden. Ihnen wurde vorgeworfen, das verlangte Soll nicht erfüllt zu haben. Dies war jedoch kaum möglich gewesen, erzählte das Ehepaar Schmiel, da es sich um ein sehr nasses Jahr gehandelt hatte. So bekamen sie z. B. die Kartoffeln gar nicht aus der schlammigen Erde heraus. Nach der Sequestrierung wurde ihr Besitz der LPG übereignet. Ihre Wohnhäuser mussten sie verlassen und in die Arbeiterhäuser ihrer Höfe ziehen. Keiner von ihnen verließ jedoch das Dorf. Einer der Bauern, Herr S., wohnte nun zur Miete gegenüber dem F.-hof. Am 17. Juni erzählten die aus Magdeburg zurückgekommenen, dort arbeitenden Menzer Einwohner von den Ereignissen, die sie dort gesehen oder gehört hatten. Doch „erst waren die Tiere dran, dann konnte gestreikt werden. Das ist auf dem Dorf so.“, so sah es Herr Schmiel.

Auf dem F.-hof kam es an diesem Tag zu einer Menschenansammlung und einer Auseinandersetzung mit Herrn Sewitz, einem SED-Funktionär aus Gommern. Dieser war gekommen, um für „Ruhe zu sorgen“. Herr S. schaute dabei aus dem Fenster und rief von oben Fritz F. zu: „Schmeiß 'n auf'n Mist!“ Dazu ist es nicht gekommen. Die Bauern gingen bald darauf nach Hause.

Am Abend wurde das Dorf von 16 deutschen Soldaten, die mit russischen Kalaschnikow ausgerüstet waren, durchsucht. Herr Sonnenschein konnte noch nach Westdeutschland fliehen. Der Fuhrunternehmer Z. wurde von den Soldaten verhaftet und der Bauer H. von Insassen eines Polizeiautos. Außerdem nahm man Fritz F. fest. Viele Menzer nahmen an dem Prozess von Herrn F., der vor dem Kreisgericht in Burg geführt wurde, teil. Frau F. beschimpfte während des Prozesses laut das Gericht und wurde daraufhin sofort, aus dem Gerichtssaal heraus, verhaftet. Alle vier: Herr, Z., Herr H. und das Ehepaar F., wurden zu langen Haftstrafen verurteilt und kamen ins Zuchthaus Bautzen. Frau Schmiel meinte, dass das Ehepaar F. nach ihrer Rückkehr ins Dorf nie über die Haftzeit gesprochen hätten. Die Töchter von F.s konnten bei Verwandten untergebracht werden. Frau Schmiel erinnert sich nicht, dass sie

durch das Schicksal ihrer Eltern, außer weniger Bemerkungen von Dorfbewohnern, Nachteile erlebt hätten. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass Menz ein altes sogenanntes Runddorf war, indem sich die Bewohner, teilweise auch die enteigneten Bauern, gegenseitig unterstützten.¹⁰⁶

Kreis Loburg

Im Kreis Loburg erfuhren die Bürger von den Ausschreitungen in Magdeburg durch die ca. 150 Pendlern, die jeden Tag nach Magdeburg zur Arbeit fuhren. Viele von ihnen nahmen an Aktivitäten in Magdeburg teil und brachten von dort die aktuellsten Informationen mit. Ansonsten hörte man gespannt die Nachrichten der westlichen Rundfunksender und verhielt sich abwartend. In der Stadt Loburg blieb es nach bisherigen Erkenntnissen ruhig.¹⁰⁷

Hobeck

Nach der Arbeit trafen sich – wie immer, so auch am 17. Juni 1953 – einige Hobecker Bürger und Bauern im Gasthaus Köhler, um ein Bier zu trinken und einen Schwatz zu halten. Dort erfuhren sie von den Ereignissen in Magdeburg. Spontan schlossen sich einige Bürger zusammen. Kurt K. malte schnell ein Transparent mit dem Motto „Wir schließen uns Berlin und Magdeburg an“. Dann marschierte die Gruppe los in Richtung Göbel, in den Nachbarort von Hobeck, in dem viele der Beteiligten damals wohnten. Zwischen 20.15 und 20.30 Uhr erreichte der Demonstrationszug die MTS Hobeck. Die Belegschaft wurde aufgefordert, sich dem Zug anzuschließen. Der MTS-Leiter lehnte die Beteiligung seines Betriebes ab. Trotzdem verlangten einige Demonstranten einen Traktor und gingen, als sich der Leiter dagegen wehrte, selbständig zu den Garagen. Erst versuchten sie einen IFA „Pionier“ in Gang zu setzen, stellten ihn dann aber wieder ab. Während die aufgebrachte Menge ohne Fahrzeug weiterzog, verständigte der MTS-Leiter das Kreispolizeiamt, das drei LKWs mit Rotarmisten und einen der Staatssicherheit schicken wollten.

Eine bunte Truppe hatte sich zusammen gefunden: Helmut B., der Vorsitzende des VdgB-VHG, die Hobecker Kindergärtnerin Frau H., die eigentlich aus Leitzkau stammte, Siegfried S., der Buchhalter der MTS sowie die Neubauern

¹⁰⁶ Interview mit Familie Schmiel aus Menz, aufgenommen am 1.2.2003 von Edda Ahrberg, LStU Magdeburg Aktenzeichen 1210 (LStU) 3.1.3.

¹⁰⁷ Aussagen aus einem Brief von Wolfgang Schulz, Ortschronist, an Frau Ortlieb VWG Loburg vom 15.4.2002.

Fritz H., Rudi F., Werner O., Otto W., die Brüder Otto und Kurt G. und andere mehr, nicht zuletzt Kurt K.¹⁰⁸, der das Transparent gemalt hatte.

Plötzlich kamen ihnen zwei vollbesetzte Militärlastwagen mit russischen Soldaten entgegen. Scheinbar waren sie verraten worden. Als Fluchtmöglichkeit blieb ein Sprung über den Graben, wobei sich ein Demonstrant den Arm auskugelte. Helmut K., der erst später zum Demonstrationszug gestoßen war, verstand das russische Kommando, das der Kommandeur seinen Soldaten gab: „Nicht schießen“. Die Demonstranten selbst hatten keine Waffen dabei. Fast alle wurden verhaftet und zum Verhör nach Loburg gebracht. Dort wurden sie schließlich alle bis auf B., S. und K. wieder freigelassen.

Für Helmut B., den Vorsitzenden der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB-VHG), hatte die spontane Solidarisierung und sein Protest an den gegenwärtigen Verhältnissen die weitreichendsten Auswirkungen. Er verlor seine Ämter in den verschiedenen Vereinen, in denen er aktiv tätig war und seine Anstellung als Traktorist. Seine Abwanderung in den Westen zeigte auch für das Dorfleben traurige Konsequenzen.¹⁰⁹ Er hatte mit seinem Engagement und seiner Motivation den Aufbau eines vielfältigen Freizeitangebotes angeregt und viel Schwung ins Dorf gebracht. Nach dem 17. Juni 1953 ließ das Vereinsleben im Ort deutlich nach.¹¹⁰

Soweit die Erinnerungen der beteiligten Hobecker Bürger. In den Akten der SED-Kreisleitung Loburg befanden sich über die Vorkommnisse in Hobeck die beiden folgenden Briefe, die die Stimmung und die Art der Berichterstattung wiedergeben.

Unbestätigt blieb der Bericht über Möckern im Buch „Der Aufstand“ des Stefan Brandt:

In Möckern, einer Stadt mit damals ca. 4.000 Einwohnern, trafen sich am Abend des 17. Juni 1953 einige Arbeiter aus Magdeburg gegen 21 Uhr im Wirtshaus. Fünfzig bis sechzig Menschen waren dort versammelt und ließen sich von den Ereignissen in Magdeburg berichten. Ähnlich wie in Lostau zog man von hier aus erst zum Rathaus, dann zum Bahnhof und schließlich zum Kulturhaus der MTS. Parteitransparente und Regierungsporträts wurden abgerissen, mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt. Auch eine Stalinbüste

¹⁰⁸ Die Angaben zu den Personen wurden dem Buch von Adolf Hobeck entnommen und von Herrn Koch bestätigt, der an der Demonstration beteiligt war.

¹⁰⁹ Aussagen aus Telefonaten mit Herrn Koch, Beteiligter an der Demo in Hobeck 1953, im August 2002.

¹¹⁰ Vgl. Hobeck, Adolf: Hobeck – auf den Spuren unserer Ahnen. Radolfzell/Bodensee 1999 und Zeitzeugenaussagen des Herrn Koch aus Loburg vom August 2002.

A b s c h r i f t.

198

Der Rat der Gemeinde
H o b e c k

Hobeck, den 18. Juni 1953

B e r i c h t.

In den Vormittagstunden des 17. Juni 1953 war die Stimmung unter der Bevölkerung ruhig. Durch die Ereignisse in Berlin und Magdeburg, diskutierten Vertreter der BHG und dem Koll. S. (MTS) in angetrunkenem Zustande sehr angeregt. Da außerdem der Lastkraftwagen der MTS von Magdeburg zurückkehrte und die Vorkommnisse schilderte, wurde von vielen Kollegen auch in Hobeck der Entschluß gefaßt in den Abendstunden zu demonstrieren. Da in der Gastwirtschaft stark getrunken wurde, ist unseres Erachtens, die Gastwirtschaft der Sammelplatz zur Demonstration gewesen. Die Vorbereitung ist nach unserer Meinung von dem obengenannten Kollegen geplant worden, so daß in den Abendstunden so gegen 20.30 Uhr eine Gruppe von ca. 20 Mann an der Demonstration teilnahm. Dieselbe ist ohne weitere Vorkommnisse durchgeführt worden. Bei der Station der MTS wollte die Gruppe eigenmächtig ein Kraftfahrzeug holen, um in die andere Ortsteile zu fahren. Nach einer Auseinandersetzung ist dieses von dem Leiter der MTS unterbunden worden. Gleichfalls wurden einige Transparente der Station zerstört. Diese Vorkommnisse wurden sofort von dem Leiter der Station der VP Loburg gemeldet. Nach kurzer Zeit kamen 3 LKW mit Angehörigen der Besatzungsmacht und Angehörigen der Volkspolizei. Diese Gruppe zog inzwischen weiter in Richtung Goebel. Bei der Grenze Goebel wurde die Gruppe aufgehalten auf LKWs verladen und zum Verhör nach Loburg gebracht. Durch Verhöre der VP wurden sämtliche Teilnehmer, bis auf die Koll. B. (BHG), den Koll. S. (MTS) dem Koll. K. (MTS) entlassen.

Die Stimmung am heutigen Tage ist zufriedenstellend. Diese Vorkommnisse waren für viele eine Warnung und es wurde zugegeben und dass diese angebliche Demonstration nur im angetrunkenem Zustande ausgeführt und zustande gekommen ist.

Der Rat der Gemeinde Hobeck
gez. Engel

Dokument 12: Bericht vom Rat der Gem. Hobeck vom 18.6.1953, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Rep. P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg Nr. IV/2/4/23, Bl. 198

A b s c h r i f t.

196

An die
Kreisleitung der SED
L.-D.-B.-U.-F.-S.-.

Hobeck, den 29.6.1953

Bericht über die Diskussion am 18.6.53 in der BHG Hobeck.

Wir waren in der Polit-Abt. da rief die Frau H. zu uns hoch, habt Ihr schon gehört was in Magdeburg los ist, es wird geschossen, es sind schon viele Tote. Panzer stehen auf der Straße, die Russen gehen auf die Leute los. Sie hätte es von der Jugfr. Gerda L. gehört, die eben aus Magdeburg gekommen ist.

Sofort suchten wir die Freundin auf und trafen sie in der BHG an. Als wir in die BHG kamen fragte man uns, Ihr streikt wohl auch? Da merkten wir erst, daß die Kollegen der BHG nicht mehr arbeiteten und schon eine ganze Menge Alkohol getrunken hatten.

Siehet Gerda, jetzt kommen sie Dich schon bespitzeln, sag nicht zuviel, sonst holen sie Dich noch ab sagte der Koll. D. Nun kam noch der Gen. W. P. hinzu und er fing auch gleich mit diskutieren an. So konnte es ja nicht weitergehen, man getraute sich ja gar nichts mehr zu sagen. Er lief weg und brachte uns eine Zeitung "Neues Deutschland" vom 16.6. und zeigte uns den Artikel "Es wird Zeit den Volkhammer beiseite zu legen", da klopfte er drauf und sagte fader, na siehet Du, sowas getraut man sich noch in die Zeitung zu heften, jetzt wird es wohl noch viel schlimmer werden. Dann fing der Koll. D. an, wo ist W. Pieck, der hat sich aus der Staub gemacht. Die ganze Schuld, daß es so gekommen ist haben nur die, die wieder mit dem Eisernen Kreuz umherlaufen, den sie den Karl-Marx-Orden an den Kopf geschmissen haben und noch eine ganze Menge Geld dazu. Dann ging es weiter, der Marxismus ist schon seit Marx seinem Tode verfallen, was von den Herren gelehrt und ausgeführt wurde das sind nicht die Gedanken von Marx und Engels gewesen. Er schimpfte dann weiter über den Gen. Hermann Matern, der eben-so wie der Gen. Dähle ist. Wenn man schon den Gen. Dähle politische Blindheit an den Kopf wirft und ihn aus dem ZK ausschließt, so hätte man nicht bei einem bleiben müssen, denn das ganze ZK und das Polit-Büro leidet an politischer Blindheit, sonst hätten sie die Fehler schon eher sehen müssen. Der Gen. P. stimmte immer Koll. L. zu. Nach Aussagen von der Gen. S. und Koll. L. aus Goebel war der Koll. D. nachmittags in Goebel um die Demonstration vorzubereiten, die sich an die Hobecker anschließen sollte. H. sagte weiter, daß was die Großen versaut haben, müssen wir kleinen jetzt wieder geradebiegen. Er sagte, man sieht ja wie die Regierung für den Arbeiter ist, wenn einer was gesagt hat, wurde er eingebuchtet, wenn ein Bauer sein Soll nicht geschafft hat oder sich sonst etwas zu Schulden kommen läßt wird er von seinem Hof gejagt.

Das war im wesentlichen die Diskussion, die während unserem Beisein in der BHG geführt wurden.

Gerda L. sagte anschließend, so schlimm wie es die Leute machen ist es in Magdeburg gar nicht gewesen, sie wurden von der Volkspolizei aufgefordert, die Schule durch Nebenstraßen zu verlassen und zum Bahnhof zu gehen.

Bei den Diskussionen sind zum Teil die Koll. D., P., B., Gerda L., H. S., H. P. und der Gemeindefunktionär H. anwesend gewesen. Der Leiter der BHG Bachmann (SED) war nicht anwesend. Auch haben wir kein Schild vor der BHG gesehen auf dem stehen sollte "Wir streiken."

gez. F. Ulbricht
Jugendinstr. d. Polit-Abtlg.

gez. H. Dresel
Instr. der Kreisleitung FDJ

Dokument 13: Bericht über den 18.6.1953 in der BHG Hobeck, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Rep. P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg Nr. IV/2/4/23, Bl. 196

landete in den Flammen. Gegen Mitternacht wurden die ca. 60 Personen auf dem Markt von 2 Dutzend Volkspolizisten und Rotarmisten (an anderer Stelle von 60 Rotarmisten¹¹¹) umzingelt. Dreißig Personen wurden verhaftet, 28 von ihnen am nächsten Tag wieder frei gelassen.¹¹²

Die SED-Kreisleitungsberichte zu Loburg lassen nur aus dem Nachhinein Rückschlüsse zu und sagen mehr über die Auswirkungen des 17. Juni als über Ereignisse an den Streiktagen. Da der Kreis Loburg schon damals sehr ländlich geprägt war, bewegte auch hier die Dörfer vor allem die Abgabe der Großbauernhöfe und die Gründung der LPGs. So lohnt sich ein Blick in die LPGs und MTS in dieser Zeit.

In Göbel wurde die LPG nach dem 17. Juni aufgelöst. In Möckern traten einige Bauern aus der LPG aus und begründeten dies mit den Vorkommnissen im Land am 17. Juni und den erleichterten Beschlüssen der Regierung. Am 24. Juni stellte die SED-Kreisleitung fest, dass in der LPG in Möckern fast alle Familien auf ihren eigenen Feldern arbeiten. Eine Verschwörung wird hier vermutet.¹¹³ Weitere Zersetzungerscheinungen und LPG-Austritte versuchte man staatlicherseits zu verhindern.

In Dalchau registrierte die SED-Kreisleitung am 23. Juni 1953 mit Erleichterung, dass sich die vier (vermutlich aus der Haft) zurückgekehrten Jugendlichen, die sich an den Ereignissen vom 17. Juni beteiligt hatten, ruhig und angepasst verhielten. *Seit Erscheinen arbeiten sie als Vorbild für das ganze Dorf. Sie verpflichteten sich, durch den Stadtfunk in Loburg eine öffentliche Erklärung zu ihrem Verhalten abzugeben.*¹¹⁴

Noch Ende Juni war die Stimmung deutlich gespannt. Es wurde immer wieder – mehr oder weniger ernst gemeint – darüber geredet, dass der 17. Juni wiederholt würde und die SED-Funktionäre dann aufgehängt werden müssten.

Die SED-Kreisleitungsakten verzeichnen im Kreis Loburg

- am 19.6. 8 Verhaftungen,
- am 20.6. 3 Verhaftungen und
- am 21.6. 2 Verhaftungen.

¹¹¹ Brandt, Stefan: Der Aufstand: Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953., Stuttgart 1954, S. 251.

¹¹² Brandt, Stefan: Der Aufstand: Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953., Stuttgart 1954, S. 162.

¹¹³ Vgl. Bericht vom 24.6.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

¹¹⁴ Vgl. Bericht vom 23.6.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

Kreis Zerbst

Im Kreis Zerbst konnten um den 17. Juni 1953 herum keine größeren Vorkommnisse nachgewiesen werden. In der Werkzeugmaschinenfabrik (WEMA), dem größten Betrieb der Stadt Zerbst kam es nicht zu Arbeitsniederlegungen.¹¹⁵ Die Unruhe in den Dörfern des Zerbster Landes wurde durch rückkehrende jugendliche Arbeiter aus Calbe und Magdeburg ausgelöst. Bis zum 22. Juni 1953 wurden neun Personen¹¹⁶ des Kreises verhaftet.

Durch verschiedene Ortschaften zogen am Abend des 17. Juni 1953 Gruppen junger Leute, von denen viele in Magdeburger und Calber Betrieben arbeiteten.

In Deetz wie in Dornburg waren die Anziehungspunkte das Bürgermeisteramt, die LPGs und deren Kulturhäuser. Dokumente und Unterlagen wurden verbrannt, Fahnen, Bilder und Transparente zerstört. Fast 80 Personen drangen in das Kulturhaus der VEG Deetz ein. In Dornburg gelang es der Bürgermeisterin und dem 1. Parteisekretär nicht, die Vernichtung des Aktenmaterials zu verhindern. In Güterglück wurde der VP-Posten, der an der Bahn stand, weggejagt. Vorher nahm man ihm noch die Waffe ab. Die Transparente und Plakate im Bahnhofsgebäude wurden abgerissen. Die gleiche Gruppe wie in Dornburg zerriss auch in der Lübser Gaststätte die Plakate und Transparente. Einem FDJler wurde hier der Ausweis abgenommen. Alle Aktionen geschahen vor dem Beginn der Ausgangssperre um 21 Uhr.¹¹⁷

Zerbst

Die Berichte der SED-Kreisleitung Zerbst geben folgenden Vorfall wieder:

*Eine weitere unrichtige Einstellung zur Partei hatte der Genosse B., Zerbst, der ein Radio-Reparatur-Geschäft besitzt, was jedoch getrennt von seiner Wohnung liegt, an den Tag gelegt. Er nahm sich das Recht, trotz des Ausnahmezustandes, in der Nacht vom 17. zum 18.6.1953 gegen 1.00 Uhr sein Geschäft aufzusuchen. Beim Betreten des Geschäftes wurde er von FDJ-Funktionären gestellt, wobei er sich die Bemerkung erlaubte, dass man ihm das nicht nehmen könnte, jeder Zeit sein Eigentum zu besichtigen.*¹¹⁸

¹¹⁵ Brief von Richter, Stadtverwaltung Zerbst, vom 26.4.2002.

¹¹⁶ Bericht vom 22.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

¹¹⁷ Vgl. Niederschrift vom 17.6.1953, 21 Uhr. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

¹¹⁸ Vgl. Brief an die SED-Bezirksleitung über die Durchführung von Parteiverfahren vom 14.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

In der WEMA in Zerbst blieb es relativ ruhig. Gegen zwei SED-Genossen, einen Betriebssanitäter und einen Hauptmechaniker, wurden Parteiverfahren eingeleitet. Sie hätten abwertende Bemerkungen über die Regierung und die sowjetische Besatzungsmacht geäußert. Beide wurden kurzzeitig inhaftiert, einer vom MfS, einer von der Polizei; nach ihrer Freilassung aber wieder in ihrer früheren Tätigkeit in der WEMA eingesetzt. Manchmal wurden ehemalige Inhaftierte dann noch misstrauisch weiterbeobachtet, wie der folgende Vermerk in den Akten der Parteikontrollkommission andeutet: *Die bisherige Untersuchung zeigte, dass der Genosse Hauptmechaniker auf Anraten des MfS vorläufig nicht belangt werden soll, da er vermutlich in Verbindung zu anderen Personen steht und sich die MfS Klarheit über die Hintermänner des Genossen verschaffen will.*¹¹⁹

Ein Teil der Kreis-Poliklinik Zerbst wollte sich den Streiks anschließen. Ein Chirurg schlug vor, zur Poliklinik Dessau Kontakt aufzunehmen, um sich mit den dort Streikenden solidarisch zu erklären. Die Behandlung von Patienten würde während des Streiks abgelehnt werden. Dieses Vorhaben wurde nicht umgesetzt, da der Chefarzt sich dem widersetzte.¹²⁰

In der Kartoffelflockenfabrik¹²¹ kam es in der Zeit um den 17. Juni 1953 zu einem Brand. Die Ursachen dafür, und ob sie mit dem Aufständen am 17. Juni zusammenhingen, konnte bis Anfang Oktober 1953 nicht aufgeklärt werden.

Im Anschluss an die Junitage erlebten die Parteikontrollkommissionen die größten Schwierigkeiten mit den LPGs. Schon fast sensationell erscheint mit Stand vom 1. Juli 1953 die Zahl von 91 Anträgen auf Entlassung bzw. Austritt aus LPGs des Kreises Zerbst. Dabei entfielen ca. zwei Drittel auf Dornburg und ein Drittel auf Walternienburg. Schon einige Tage zuvor wurde der Kreisleitung gemeldet, dass sich in fast allen LPGs Auflösungserscheinungen beobachten lassen. Daraufhin wurden Vollversammlungen einberufen, die wieder Vertrauen aufbauen und die Tendenzen aufhalten sollten.¹²²

Im Kreis wurden zehn ehemalige Gefangene, die bei den Unruhen in der UHA in Gommern geflohen waren, festgenommen.

119 Vgl. Brief an die SED-Bezirksleitung über die Durchführung von Parteiverfahren vom 14.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

120 Vgl. Brief an die SED-Bezirksleitung über die Durchführung von Parteiverfahren vom 14.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

121 Vgl. Analyse über die Ereignisse vom 17.6. und der nachfolgenden Tage vom 3.10.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

122 Vgl. Berichte vom 27.6., 28.6. und 1.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

Pulspforde

Johannes H. arbeitete bis zum 17. Juni 1953 in einem Schacht in Eisleben. Er hatte ein Jahr zuvor noch studiert und war gerade erst fertig geworden. Am 17.6. war er morgens zufällig in die Demonstration geraten, die durch Eisleben zog und marschierte in der vordersten Reihe. Auf den Fotos, die die Polizei von dem Demonstrationszug gemacht hatte, war Johannes H. deutlich zu identifizieren. Am 18. Juni 1953 wurde Johannes H. zum Schachtleiter gerufen, der ihm sagte: *Es ist am besten, wenn Du jetzt nach Hause fährst! Ich habe Bescheid bekommen, man hat Dich vor dem Polizeigebäude fotografiert.* Daraufhin fuhr er in seinen Heimatort Pulspforde im Kreis Zerbst und wurde kurz darauf beim Kreis als Wirtschaftsleiter eines verlassenen Hofes angestellt. Der nun für ihn zuständige Vorsitzende des Rates des Kreises erfuhr auf unbekannte Weise, dass Johannes H. aufgrund des 17. Junis in Eisleben entlassen worden war und deshalb nun als ungelernter Landwirt im Kreis Zerbst arbeitete. Er drohte ihm mehrmals an *Du kommst noch dahin, wo du hingehörst*, und suchte Fehler in seiner Arbeit. Johannes H. wurde dann im März 1954 tatsächlich zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil ihm dreißig Zentner Kartoffeln in seiner Kartoffelmiete erfroren waren. Das Gericht beschäftigte sich aber nicht länger als 10 Minuten mit der Kartoffelmiete und gar nicht mit seiner Teilnahme an der Demonstration am 17. Juni in Eisleben. In der Verhandlung ging es vor allem darum, dass er 1948 zwei, drei Monate lang Kandidat der SED gewesen und schließlich von dieser Kandidatur wieder zurückgetreten war. Gleich nach der Urteilssprechung wurden er und seine Frau vom Kreisdirektor in dessen Zimmer gebeten. Dort wurde ihnen gesagt, dass er das Recht habe, Berufung einzulegen. Dabei wurde ihm jedoch angedeutet, dass er die Berufung unterlassen solle, da dem Kreisdirektor wie auch dem Staatsanwalt bekannt seien, dass er im Juni in vorderster Reihe in Eisleben marschiert war und dass er dafür mindestens acht Jahre Gefängnis bekäme.¹²³

Kreis Schönebeck

Barby

Am 18. Juni 1953 versammelten sich mehr als hundert Menschen in den Hafenanlagen, um sich mit den Calbenser Eisenwerkern und den Schönebecker Streikenden zu solidarisieren. Vor allem junge Leute waren darunter. Sie warfen eine Leninbüste ins Wasser, entfernten die sozialistischen Parolen von

123 Zusammenfassung aus einem Interview mit Johannes H. im Rahmen des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung 1999 „Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Körber-Stiftung.

den Wänden und verbrannten Agitationsmaterial der SED. Um 9 Uhr begann im Kulturraum des Binnenhafens Barby eine Betriebsversammlung, von der Betriebsparteileitung organisiert, in der die Arbeiter „beruhigt werden“ sollten. Die Reden der Werksleitung und der Parteifunktionäre regte die Anwesenden jedoch noch mehr auf, so dass die angespannte Atmosphäre eskalierte und die Kollegen begannen, die aufgehängten Losungen abzureißen. Daraufhin wurde – von wem ist unbekannt – der Versammlungsraum abgeschlossen und sowjetische Streitkräfte angefordert. Sie trafen gegen Mittag ein und nahmen ca. 20 Teilnehmer fest und brachten sie zur SED-Kreisleitung nach Schönebeck. Im dortigen Keller wurden sie verhört und vier von ihnen nach Magdeburg überführt. Nach dem sowjetischen Militärstrafgesetz verurteilt, erhielten sie Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren Zuchthaus. Besonderes Augenmerk galt ehemaligen SPD-Mitgliedern, die zu den zähesten Oppositionellen gezählt wurden.

Bevor es zu den Verhaftungen kommen konnte, hatten die Hafenarbeiter schon die Maizena-Werke über ihren Streik informiert und sie aufgefordert, sich mit ihnen zusammen zu schließen. Mochte jemand nicht mitstreiken, wurde mit ihm nicht zimperlich umgegangen. Ein Produktionsarbeiter, der seine Arbeit fortführen wollte, wurde kurzerhand in ein Sirupfass gesteckt.¹²⁴

Günter Lehmann

[Vom Sowjetischen Militärtribunal zu einer Haftstrafe von 8 Jahren verurteilt, Bericht: September 2002]

Meine damalige Arbeitsstelle war der Binnenhafen Barby/Elbe. Durch einen Arbeitskollegen wurde ich informiert, ich solle mich am 18. Juni 1953 morgens um 9.00 Uhr im Kulturraum des Hafens einfinden. Dort wollte uns die Betriebsleitung über die Krawalle in allen größeren Städten informieren - und vor allem beruhigen.

Das Gegenteil wurde erreicht. Alle Arbeiter wurden rebellisch, rissen Bilder und Transparente von den Wänden. Daraufhin wurde der Kulturraum von außen verschlossen und die sowjetischen Streitkräfte angefordert. Diese nahmen mich und ca. 12 bis 14 Kollegen per LKW mit zur sowjetischen Kommandantur in Schönebeck. Von dort kamen alle in die Haftanstalt Magdeburg. Nachdem dort alle – außer vier Männern aus Barby, darunter ich – entlassen worden waren, wurden wir vier nach drei Wochen verurteilt: ich selbst zu acht Jahren Arbeitslager, die ich in Bautzen absitzen musste.

¹²⁴ Nach einem Bericht in der Volksstimme Schönebeck vom 18.6.1998, S. 17.

Am 29. November 1961 wurde ich entlassen; sechs Monate hatte man mir erlassen. Ich bekam dann bald im Dieselmotorenwerk Schönebeck Arbeit als E-Karren-Fahrer. Auf Grund meiner Verurteilung habe ich eigentlich keine Schwierigkeiten oder Nachteile bekommen.

Brumby

Helmut Köhlitz wurde in Brumby geboren und verließ die DDR schon vor dem Jahre 1953. Nach dem 17. Juni 1953 recherchierte er eifrig die Ereignisse in seiner früheren Heimat. Er dokumentierte damals die Erinnerungen der Brumbyer.

Einige Brumbyer Einwohner gehörten im Juni 1953 der Bau-Union an und arbeiteten auf den großen Baustellen im Kreis Schönebeck, im Eisenwerk Calbe und in der Neuen Wohnstadt. Am frühen Morgen begannen die Diskussionen um die RIAS-Nachrichten der letzten Nacht schon an der Bushaltestelle des Dorfes, wurden im Schichtbus fortgesetzt und gelangten schließlich mit den Bauarbeitern auf die Baustellen. Als die Kollegen dann von den Protestaktionen in Magdeburg hörten, wollten auch sie streiken. Viele von ihnen beteiligten sich an der Demonstration durch Calbe und liefen am Nachmittag, weil keine Schichtbusse mehr fuhren, zu Fuß ins Dorf zurück. Man verabredete sich zu 18 Uhr vor dem Gemeindebüro, um zu überlegen, was weiter passieren sollte. Schließlich hatten sich dort aufgeregte und diskutierende Aktive und Neugierige versammelt. Einzelne und Gruppen begannen Transparente von den Mauern des Gemeindehauses, des Kulturhauses und der Schule abzureißen. Sie warfen Bilder von Ulbricht und Grotewohl aus den Fenstern und verbrannten sie auf dem Platz vor der Gaststätte „Weintraube“ unter dem Beifall der Zuschauer. Einige 1951 wegen Wirtschaftsverbrechen Gemaßregelte erinnerten sich plötzlich an einen berüchtigten Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes aus Brumby. Er wurde gesucht und ins Gemeindebüro gebracht. Was aber mit ihm anfangen? Einige riefen, man solle ihn in den Keller sperren. So weit kam es jedoch nicht, nach „etlichen Backpfeifen“ entkam er der Menge. Schon seit längerer Zeit hielt sich im Dorf das Gerücht, die übrig gebliebenen, noch selbständig wirtschaftenden Bauern würden auf einer schwarzen Liste stehen und demnächst enteignet werden. Acht von denen, die sich betroffen fühlten, verlangten vom Bürgermeister dazu eine klare Auskunft. Er behauptete, auch nachdem die Bauern ihn immer stärker bedrängten, keine Auskunft geben zu können. Also wollten sich die Bauern einem weiteren Parteifunktionär zuwenden, der war inzwischen vorsorglich aus seiner Wohnung verschwunden. Die dort bei ihm gefundenen privaten Gegen-

stände und die Möbel enteigneter Landwirte wurden ausgeräumt und in den Saal des „Adler“ gebracht.

Unterdessen traf ein Einsatzkommando der VP im Mannschaftswagen ein. Kaum waren sie eingetreten, warfen die aufgebrachten Anwohner sie aus dem Gemeindehaus wieder heraus. Der im Wagen verbliebene Fahrer geriet in Panik und fuhr davon. Die anderen Polizisten liefen ihm einzeln und ohne Mützen und Waffen in Richtung Ortsausgang hinterher.

*Die Menge jöhlt und jubelt. Nur wenige zweifeln, ob das wohl gut ausgeht. Sie werden recht behalten. Noch sitzt im Kreml kein Gorbatschow. Die Staatsmacht ist getürmt. Ihre Symbole sind verbrannt. Keiner sagt, was jetzt noch zu tun sei. Eigentlich könnte man nach Hause gehen und abwarten, was weiter geschieht. In Magdeburg. In Berlin.*¹²⁵

Da strampelte ein Radfahrer auf der Chaussee aus Richtung Calbe heran und rief panisch: „Die Russen kommen!“ Vollbesetzte Wagen der Roten Armee fuhren ins Dorf und gaben Warnschüsse ab. Einen Mann erwischte ein Querschläger am Bein. Die Menschen rannten davon. Nun war es einfach für die Soldaten, das Gemeindebüro zu besetzen. Sie liefen durchs Dorf und nahmen jeden mit, den sie noch auf der Straße antrafen. Zivilisten des Staatssicherheitsdienstes verhörten schließlich jeden, den die russischen Soldaten zurück ins Gemeindebüro gebracht hatten. Später erweiterte sich der Kreis der Verhörten um die, die zwar nicht mitgemacht hatten, aber schon länger kritisch als staatsfeindliche Bürger betrachtet wurden. Auf offenen Lastwagen wurden die Verhafteten am Ende abtransportiert. Kaum jemandem gelang es zu flüchten. Einer erzählte später, er habe kreuz und quer auf nächtlichen Feldwegen, den Einheiten der Roten Armee ausweichend, in die BRD entkommen können.¹²⁶

Prozesstexte¹²⁷ gegen 11 Brumbyer Bürger, die am 17. Juni 1953 an Demonstrationen in Brumby beteiligt waren

Der Absatz I „Wesentliches Ermittlungsergebnis“ befasst sich mit den Personalien und dem Werdegang jedes einzelnen Beschuldigten. Daraus geht hervor,

¹²⁵ Vgl. Köhlitz, Helmut: Die Ereignisse um den Volksaufstand gegen die SED-Herrschaft in der DDR am 17. Juni 1953 in Brumby. Unveröffentlichter Aufsatz, Lüneburg 2002, S. 5.

¹²⁶ Vgl. Köhlitz, Helmut: Die Ereignisse um den Volksaufstand gegen die SED-Herrschaft in der DDR am 17. Juni 1953 in Brumby. Unveröffentlichter Aufsatz, Lüneburg 2002, S. 3ff.

¹²⁷ Prozesstexte abgedruckt in Köhlitz, Helmut (Hg.): „Der Bote vom Wartenberg“. Brumbyer Ausgabe, Lüneburg 1992. Hier aus: Köhlitz, Helmut: Die Ereignisse um den Volksaufstand gegen die SED-Herrschaft in der DDR am 17. Juni 1953 in Brumby. Unveröffentlichter Aufsatz, Lüneburg 2002, S. 6.

dass keiner von ihnen zur „kapitalistischen Klasse“¹²⁸ gehört. Vorwiegend findet man in der Beschreibung ihres Herkommens den Satz „... entstammt einer Arbeiterfamilie“.

Der Absatz II „Zur Sache“ im Originaltext:

Am 17.6.1953 hatten die Beschuldigten ebenfalls von dem faschistischen Putschversuch, der in verschiedenen Orten der Deutschen Demokratischen Republik vom Zaune gebrochen wurde, Kenntnis erhalten.

Die Beschuldigten hatten nun die Absicht, in ähnlicher Art und Weise in der Gemeinde Brumby in Erscheinung zu treten. Sie setzten diesen Entschluss in die Tat um, indem sie sich mit verschiedenen Provokateuren und anderen randalierenden Menschen zusammen schlossen, unter Gewaltanwendung in Verwaltungs- und anderen Gebäuden sowie in Wohnungen führender Funktionäre eindringen und dort Losungen, Transparente, Bilder sowie Einrichtungen zerstörten und diese Gegenstände nachträglich anbrannten.

Als willkommenes Objekt suchten sie sich in erster Linie das Gemeindebüro aus. Unter Gewaltanwendung drangen sie in das Innere der Räume des Gemeindebüros ein und rissen die an den Wänden angebrachten Bilder, Losungen, Transparente und Fahnen herunter und warfen dieselben aus dem Fenster. Unten wurden sämtliche Gegenstände, die von den Beschuldigten zu einem Haufen zusammen getragen wurden, angesteckt und verbrannt. Dann zogen sie weiter und drangen ebenfalls unter Gewaltanwendung in das Gebäude der MTS in Brumby ein.

Hier war es der Beschuldigte B¹²⁹, der in den Vordergrund trat. Mittels eines Dietrichs öffnete er die Türen des Kulturhauses und gemeinschaftlich drang er und die anderen Beschuldigten in das Innere der Räume ein, entfernten unter Gewaltanwendung Bilder führender Staatsmänner sowie Transparente von den Wänden, warfen sie aus dem Fenster, unter welchen von einigen randalierenden Menschen Feuer angelegt worden war und gaben sie den Flammen preis. Besonders hat hier Beschuldigter C eine führende Rolle gespielt, indem er sich bei dem Verbrennen der Bilder, Transparente und Losungen beteiligte.

Bei der Plünderung des Kulturhauses hat sich auch die Beschuldigte D aktiv beteiligt, indem sie hier in den Vordergrund trat und durch Droh- und Schmährufe gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Bevölkerung zum Zerstören der Inneneinrichtungen des Kulturhauses aufforderte.

¹²⁸ Mit „kapitalistischer Klasse“ waren Handwerker, Grundbesitzer, Angestellte, Intelligenzler und alles, was nicht ausdrücklich als Arbeiter oder Bauer ausgewiesen wurde, gemeint.

¹²⁹ Die Identitäten wurden durch Deckbuchstaben statt Namen geschützt.

Der Beschuldigte E ist auf Grund ihrer Aufforderung in Erscheinung getreten, indem er ebenfalls aus dem Kulturhaus Bilder und Transparente unter Gewaltanwendung entfernte und diese dem Feuer preisgab.

Auch der Beschuldigte F ist hier aktiv in Erscheinung getreten, indem er Fahnen aus dem Kulturhaus entwendete und diese ebenfalls dem Feuer preisgab.

Der Beschuldigte K entwendete aus der Bibliothek Bücher, warf sie aus dem Fenster und forderte die Menge auf, dieselben zu verbrennen.

Die Rowdymethoden der Beschuldigten nahmen immer größere Formen an. Sie setzten ihr Zerstörungswerk fort, indem sie nun das Schulgebäude in Brumby aufsuchten, dort ebenfalls eindringen und aus den einzelnen Klassenzimmern Losungen, Transparente und Bilder aus dem Fenster warfen. Unter anderem wurden auch verschiedene andere Einrichtungen in den Klassen zerstört.

Anschließend suchte der Beschuldigte G mit noch einigen anderen randalierenden Menschen noch einmal das Gemeindebüro auf und trat hier in den Vordergrund, indem er die Telefonleitungen zerstörte.

Als die VP-Angehörigen, die zum Schutze von öffentlichen Gebäuden eingesetzt waren, versuchten, die randalierenden Menschen von ihren verbrecherischen Handlungen abzuhalten, waren es die Beschuldigten A und N mit noch einigen Provokateuren, die zur Zeit flüchtig sind, die in den Vordergrund traten. Den VP-Angehörigen wurde Widerstand geleistet; teils wurden sie angegriffen, geschlagen und ihrer Waffen beraubt. Der Beschuldigte hat in diesem Zusammenhang einen Karabiner, den sich einige randalierende Menschen angeeignet hatten, zerschlagen und in einem anderen Fall ein Karabinerschloss in eine Grube geworfen.

Die Beschuldigten schreckten während ihrer Terrormaßnahmen selbst nicht davor zurück, in Wohnungen führender Funktionäre einzudringen. Hier war es der Beschuldigte F, der bei diesen Einbrüchen in den Vordergrund trat. Sie forderten unter anderem die Herausgabe der sogenannten „Schwarzen Liste“. Teils wurden auch Möbel und andere Gegenstände entfernt und zerstört.

Alle 11 Beschuldigten traten während der Provokation am 17. 6. 1953 besonders in Erscheinung, indem sie in dem angegebenen Ort aktiv an den Zerstörungen mitgewirkt haben. Durch diese Provokationen haben die Beschuldigten mit dazu beigetragen, einen Unruheherd unter der Bevölkerung der Gemeinde Brumby zu schaffen. Des Weiteren haben sie durch ihre Droh- und Schmährufe offene Hassbekundungen gegen die Deutsche Demokratische Republik gezeigt und versucht, andere Bevölkerungsschichten gegen unsere Regierung zu beeinflussen.

Alle Beschuldigten wollten mit ihrer Zerstörungsarbeit und Provokationen des Sturz der demokratischen Verwaltungsorgane und unserer Regierung herbeiführen und leisteten damit unseren Feinden bei ihren verbrecherischen Plänen Handlangerdienste.

Die Urteile

(aus der Prozessakte I 765/53; Ks 519/53)

Urteil im Namen des Volkes

In der Strafsache gegen (es folgen Namen und Personalien der Angeklagten A, C, D, E, F, G, K und M) wegen Verbrechens gem. §§ 125, 73, 74, 47 StGB hat der I. Strafsenat des Bezirksgerichtes in Magdeburg in der Sitzung am 4. November 1953,

an der teilgenommen haben: Oberrichter am Bezirksgericht Richter als Vorsitzender, Ernst Kuhle, Angestellter und Ernst Kuhn, Arbeiter, als Schöffen; Sta. Schwenke als Vertreter des BSTA, Justizangestellte Jordan als Protokollantin,

für Recht erkannt:

Wegen Landfriedensbruch werden verurteilt:

die Angeklagten C und E zu je einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus; der Angeklagte F zu neun Monaten Gefängnis; die Angeklagten A und D zu je sechs Monaten Gefängnis; die Angeklagten G, K, M zu je vier Monaten Gefängnis.

Urteilsbegründung

(Hier werden Auszüge aus dem Text wiedergegeben.)

Wegen des steten Fortschritts und der Vorwärtsentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet in unserer Republik und im gesamten Weltfriedenslager ist bei den Monokapitalisten ein Hass erwachsen, der sie vor den größten Gemeinheiten nicht zurückschrecken lässt. Auf Spezialschulen werden Agenten ausgebildet, die im Auftrage des amerikanischen und des neuen deutschen Monopolkapitals in das Gebiet der DDR eingeschleust werden, um ihre Diversionsakte durchzuführen.

Als die Regierung der DDR die am 11. 6. 53 gefassten Beschlüsse durch Presse und Funk bekannt gab, erkannten die Klassenfeinde, dass damit ihr Ziel – einen neuen Weltkrieg zu entfachen – auf das stärkste gefährdet wurde.

Diese Beschlüsse tragen wesentlich dazu bei, den Bestrebungen zur friedlichen Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes und der Erhaltung des Weltfriedens zu dienen. Außerdem sind sie ein Garant für eine schnelle wirtschaftliche Stabilisierung in unserer Republik.

Den Monopolisten wurde klar, dass die im Fünfjahrplan gesteckten Ziele erreicht werden, dass die Erfüllung des Fünfjahrplanes einen politischen Erdbeben für die Imperialisten bedeutet. Um die Bestrebungen des Friedenslagers zu durchkreuzen, wurde daher die Aktion des 17. 6. 1953 von den verbrecherischen Elementen des internationalen Monopolkapitals in die Wege geleitet. Man trachtete durch Gewaltaktionen die Erfolge und Errungenschaften, die unter Führung der Partei der Arbeiterklasse in unserer Republik zu verzeichnen sind, mit einem Schlag zu zerstören und die Republik durch einen Gewaltakt dem westdeutschen Ausbeuterstaat anzugliedern. Bedauerlicherweise sind diesen faschistischen Provokateuren eine nicht unbedeutende Anzahl Werktätiger zum Opfer gefallen.

Auch in Brumby ist es am Abend des 17. 6. 1953 zu Ausschreitungen gekommen, denen Errungenstände, die von den Arbeitern unserer Republik geschaffen worden waren, zum Opfer fielen. Hierbei haben sich die Angeklagten zum Teil nicht unwesentlich beteiligt. Sie haben in mehr oder weniger hohem Ausmaß aus einer Einstellung, die nicht für unseren Staat ist, Handlungen durchgeführt, die eines anständigen Menschen unwürdig sind, die samt und sonders Handlangerdienste der Kriegstreiber darstellen.

Man kann keinen der Angeklagten als „irregeleiteten Arbeiter“ bezeichnen, denn dazu war der Wille zu aktiven Handlungen bei sämtlichen Angeklagten viel zu ausgeprägt. Mögen auch noch verhältnismäßig junge Menschen sein, so befinden sie sich doch alle in einem Alter, in dem sie schon verantwortungsbewusste Arbeiten leisten und über die nötige geistige Fähigkeit verfügen, zu erkennen, dass unsere Republik als Staat der Arbeiter und werktätigen Bauern ganz allein das Ziel verfolgt, gerade ihnen als Angehörigen der Arbeiterklasse zu helfen.

Wenn sie sich politisch nicht geschult haben, um die Intrigen des Klassenfeindes zu erkennen, so müssen sie gegen sich gelten lassen, dass die recht-schaffenen Werktätigen verlangen, dass sie für ihre Handlungen zur Rechen-schaft gezogen und bestraft werden.

Die Werktätigen in den Betrieben leisten ebenfalls zugunsten der Allgemeinheit Beachtliches. Viele von ihnen sind Aktivisten, nehmen aber deshalb nicht für sich in Anspruch, Kulturgüter zu zerschlagen, zu zerstören und zu plündern.

Das Verhalten aller Angeklagten ist verwerflich, wobei ganz besonders die Handlungen der Angeklagten C und E hervortreten.

Dem Antrag hat sich der Senat angeschlossen. Er hält die Strafen nach Art und Höhe für erforderlich, um den Grad der Gefährdung unserer Gesellschaftsordnung nicht weiter zu nähern. Vor allem müssen die Angeklagten C und E für eine gewisse Zeit unserem Strafvollzug überantwortet werden, damit sie eine gründliche Umerziehung erfahren.

Gez. Richter gez. Kuhle ausgefertigt am 4.11.1953

Calbe

Das Eisenwerk West (EWW) in Calbe befand sich zur damaligen Zeit noch im Aufbau. Durch die neuen Bestimmungen der Regierung, Anfang Juni 1953, wurde der Bau der zweiten Serie von zehn Niederschächtföfen als nachrangig betrachtet und blieb bis auf weiteres zurückgestellt. Statt dessen sollten die Gelder in die „Massenbedarfsgüterproduktion“ fließen, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Staatsbürger „zu beruhigen“. Konkret bedeutete das die Einrichtung von Privatgeschäften, die Landvergabe an Rückkehrwillige und eine Amnestie für „Wirtschaftsverbrecher“. Das war jedoch nur ein Grund für die Verärgerung der Arbeiter und Angestellten im Eisenwerk. Von vielen wurden die Leitung und Führung der Verwaltung und des gesamten Werkes hart kritisiert: Gehälter wurden regelmäßig falsch berechnet, die Arbeitsschutzbedingungen nicht in minimalster Weise eingehalten, usw. Das führte später dazu, dass die Bauarbeiter der Bau-Union Calbe, der Baustelle des EWW und des Kraftwerkes Calbe gemeinsam am 14. Juli 1953 einen Brief¹³⁰ an das Zentralkomitee der SED schrieben, in dem sie eine Überprüfung verlangten, ob die Zentrale der Bau-Union überhaupt in der Lage sei, den Betrieb zu führen.

Martin Köhler war am Morgen des 17. Juni dabei, als sich im Eisenwerk eine Demonstration formierte¹³¹:

Martin Köhler

[Interview, Auszug 1]

Also, der 17. Juni 1953 war unser erster Arbeitstag nach dem Abitur; denn mein Klassenkamerad und Schulfreund Peter H. und ich wollten uns im

130 Brief der SED-BPO VEB Bau-Union Calbe-Saale vom 14.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

131 Interview mit Martin Köhler aus Calbe im Rahmen des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung 1999 „Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Körber-Stiftung.

Niederschachtofenwerk in Calbe, wo gerade das Kraftwerk errichtet werden sollte, ein paar Mark verdienen, um in den Ferien unseren Eltern nicht allzu sehr auf der Tasche liegen zu müssen. Wir bekamen nun unser Handwerkszeug, Spaten und Schippe, auch eine Spitzhacke, und begannen mit Erdarbeiten, d.h. wir halfen mit beim Ausschachten eines großen Loches, das für das Fundament des Kraftwerkes vorgesehen war. Es war noch nicht die Frühstückspause in Sicht, als plötzlich am Rande der Grube einige sehr aufgebrachte Frauen auftauchten und ihre männlichen Kollegen im Loch mit den Worten zu beschimpfen begannen: „Was, ihr arbeitet noch? Habt ihr denn kein Radio gehört? In Berlin schießen sie eure Kollegen zusammen, Arbeiter wie ihr. Schämt ihr euch denn nicht?“ – Die Männer, auch wir, hielten verdutzt inne mit der Arbeit und stimmten mehrheitlich den Frauen zu, die Arbeit zu beenden, erklimmen den Rand des Erdloches und begaben sich zur Frühstücksbaracke. Und auch dort waren es Frauen, die ihre Kollegen aufriefen, die Arbeit niederzulegen und durchs Werk zu marschieren. „Wir werden die Bonzen schon aus ihren Löchern holen,“ riefen die Frauen, und unwillkürlich musste ich an Schillers „Glocke“ denken: „da werden Weiber zu Hyänen und treiben mit Entsetzen Macht...“ Es war beängstigend. Wir schlossen uns also dem Protestzug durchs Werk an, und nun entlud sich der ganze aufgebaute Zorn der Arbeiter gegen ihre Leitung, und dabei vor allem die Parteileitung. Die Funktionäre wurden aus ihren Büros, in denen sie sich zu verschanzen versucht hatten, geholt und gezwungen, mitzumarschieren. „Du gehst vorneweg, du Schwein, jetzt habt ihr abgewirtschaftet, ihr werdet schon sehen!“ und so ähnlich ertönten die Rufe der aufgebrachten Menge. Vom Hochofen flatterte die DDR-Fahne herab, wurde bespuckt, und es wurde wie wollüstig darauf herumgetrampelt. Es war ein beeindruckendes, aber auch erschreckendes Bild. Im Kulturhaus angekommen wurden die Bilder der Staatsfunktionäre von der Wand geholt und ebenso behandelt, wobei man aber auch Unterschiede zu machen wusste:

So ließ man Karl Marx, Wilhelm Pieck und Grotewohl an ihren Plätzen hängen, dafür mussten Lenin, Stalin und vor allem Walter Ulbrichts Porträts den Weg allen Irdischen gehen. Es gab sogar ganz Wütende, die sich dazu hinreißen ließen, auf die Bilder zu urinieren, weil es sie gerade ankam. Es waren gespenstische Augenblicke.

Nun hatte man inzwischen den Werkschutz entwaffnet, die im Betrieb arbeitenden und meist politischen Häftlinge aus Magdeburg hatten das Kommando übernommen, und das Betriebsgelände glich einem Aufmarschplatz der Enttäuschten, Wütenden und gleichzeitig aber auch Hoffnungsvollen. Endlich würde der kommunistische Spuk ein Ende haben, an Bewaffnung dachte niemand, ja, man warf die Waffen der Wachmänner und des Werkschutzes

kurzerhand in die vorbeifließende Saale. Es war also von keinem an einen bewaffneten Aufstand gedacht worden. Von Organisation konnte zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Als bald versuchte vielmehr jeder, so schnell wie möglich aus dem Werk und nach Hause zu kommen. Die Busunternehmen, die den Berufsverkehr durchführten, fuhren jeden, der es wünschte, kostenlos überall hin im Kreisgebiet. Sie veranstalteten ein Hupkonzert, wenn sie sich begegneten und waren sichtlich froh über das nun bevorstehende Ende der DDR. Auch wir kamen so mit einem Lkw nach Schönebeck.

Die Demonstration war jedoch an den Werkstoren nicht zu Ende und nicht alle Arbeiter gingen nach Hause. Statt dessen setzte der Protestzug seinen Weg durch die Barbeyer Straße in Richtung Innenstadt fort. Sprechchöre riefen „Nieder mit den Normen“, „Weg mit dem Spitzbart“, „Weg mit den Bonzen“ und ähnliche Forderungen. Einige Eisenwerker hatten sich ihre Gesichter schwarz gefärbt, um nicht erkannt zu werden. Auf dem Weg schlossen sich immer mehr Menschen den Arbeitern an. Unterwegs wurden Bilder von SED-Funktionären, Transparente und Plakate mit SED-Losungen abgerissen. Vor der Post teilte sich der Zug. Ein Teil der Demonstranten besetzte das Rathaus. Auch dort wurden Parolen und Losungen beseitigt. Zu weiteren Zwischenfällen kam es nicht. Dem Bürgermeister Otto Bergholz (SED) war es zu seinem Glück vor dem Eintreffen der Demonstranten gelungen, sich ungesehen in einem Kornfeld am Wartenberg zu verstecken. Der andere Teil der Demonstration lief weiter durch die Loewestraße zum Polizeirevier. Das war damals in den Räumen des Hotels „Zum Schwarzen Adler“ untergebracht. Die Polizisten hatten keine Chance und ließen sich wehrlos entwaffnen. In den Räumen wurde nach Unterlagen über Calbenser Bürger gesucht. Dadurch steigerte sich die Erregung noch und ein Teil der Akten flog einfach auf die Straße, wo Jugendliche sie verbrannten. Ein Teil der Menschen lief nun weiter Richtung Saalebrücke zum Bürgergarten, wo in zwei Baracken ein Kommando der Transportpolizei untergebracht war. Auch hier gelang es, die Polizisten zu entwaffnen. Nicht wenige Gewehre flogen dabei in die Saale. Im Laufe des Nachmittags verliefen sich die Menschen. Auf den Straßen und dem Markt standen Grüppchen zusammen und debattierten. Es war ja Zeit, da in den Betrieben nicht gearbeitet wurde.¹³² Am späten Nachmittag rückte auch in Calbe noch ein sowjetischer Panzer an.¹³³ Die Volkspolizei dokumentierte:

132 Diese Darstellung des 17. Juni 1953 lehnt sich an den Text „Die Ereignisse am 17. Juni 1953 in Calbe“ von Hanns Schwachenwalde an. Ders. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 gegen die SED-Herrschaft in der DDR., unveröffentlichter Manuskriptabzug 1995, S. 8.

133 Vgl. Meißner, Rolf: Versengte Hosen und viermal Deutschland. Zit. In Schwachenwalde, Hanns: Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 gegen die SED-Herrschaft in der DDR., unveröffentlichter Manuskriptabzug 1995, S. 10.

Gegen 18 Uhr war die Masse der Provokateure und aufgeputschten Personen durch das Eingreifen der Freunde von den Hauptverkehrsstraßen und Verwaltungsgebäuden zurückgedrängt.¹³⁴ Bei den Provokationen wurden außer den verletzten bzw. getöteten Volkspolizisten 3 Zivilpersonen getötet und 46 zum Teil schwer verletzt.

Hanns Schwachenwalde

Nachdem am Abend des 16. Juni über westliche Rundfunksender von den Protesten und Demonstrationen in Berlin berichtet wurde, steigerte sich auch in Calbe der Unmut über die Normerhöhungen und andere Maßnahmen, die allgemein als Bedrückung empfunden werden. Schon in den frühen Morgenstunden des 17. Juni berichteten der RIAS („Rundfunk im amerikanischen Sektor“ Berlins) und der Westdeutsche Rundfunk von dem sich in Berlin ausbreitenden Generalstreik. Gespannt war die Lage daraufhin auch in Calbe, und bald formierte sich im Eisenwerk ein Protestzug mit mehreren hundert Demonstranten. Der Zug bewegte sich durch die Barbyer Straße in Richtung Innenstadt. In Sprechchören wurde gerufen „Nieder mit den Normen“, „Weg mit dem Spitzbart“, „Weg mit den Bonzen“ und anderes. Etliche Eisenwerker hatten sich das Gesicht schwarz geschmiert, um nicht von Spitzeln erkannt zu werden. Dem Zuge schlossen sich etliche andere Arbeiter und Anwohner der Barbyer Straße an. Unterwegs wurden Bilder von SED-Größen, Transparente mit Parteilosungen usw. beseitigt und zerrissen.

Vor der Post teilte sich der Zug. Der eine Teil der Demonstranten besetzte das Rathaus. Auch dort wurden Parolen und Losungen beseitigt. Zwischenfälle hat es im Rathaus nicht gegeben. Schon vor Eintreffen der Demonstranten hatte sich der Bürgermeister Otto Bergholz (SED) verdrückt und sich am Wartenberg in einem Kornfeld versteckt.

Der andere Demonstrationzug marschierte durch die Loewestraße in Richtung Polizeirevier, das damals in Räumen des ehemaligen Hotels (Zum Schwarzen Adler) untergebracht war. Ohne Gegenwehr ließen sich die anwesenden „Volkspolizisten“ entwaffnen. Die Räume wurden nach Unterlagen über Calbenser Bürger durchsucht. Dabei steigerte sich der Unmut und man warf Mengen von Akten auf die Straße, wo sie dann von Jugendlichen angesteckt und verbrannt wurden.

Ein Teil der Demonstranten zog dann in Richtung Saalebrücke, wo am „Bürgergarten“ in zwei Baracken ein Kommando der Transportpolizei untergebracht

¹³⁴ Vgl. Zusätzlicher Bericht zum Quartalsbericht über die Ereignisse vom 17. bis 30.6.1953 vom 11. Juli 1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt M 24 BDVP Magdeburg 1952–60 Nr. 179

war. Auch dort wurden die anwesenden Polizisten entwaffnet. Etliche Gewehre wurden in die Saale geworfen. Die Entwaffnung der Volkspolizei in Calbe war eine Vorsichtsmaßnahme, um zu verhindern, dass diese eventuell auf Demonstranten schießen würden.

Im Laufe des Nachmittags verliefen sich die Demonstranten. Auf dem Markt und in den Hauptstraßen wurde noch lange in Gruppen zusammengestanden und debattiert. Man nahm sich Zeit, denn in den meisten Betrieben wurde nicht gearbeitet. Problematisch war die Lage im Eisenwerk, wo die Öfen nicht ausgehen durften. Sonst wäre dort großer Schaden entstanden. Verantwortungsbewusste Männer unter der Leitung des stellvertretenden Ofenchefs Werner Claus sorgten dafür, dass die Roheisengewinnung aus Sicherheitsgründen angehalten wurde. Man rechnete damit, dass die Stromversorgung eventuell ausfallen würde. Nach acht Stunden lief die Produktion mit Beginn der nächsten Schicht wieder an. In der Papierfabrik hatte eine Gruppe von Beschäftigten schon in der Zeit vor dem 17. Juni mit Vehemenz gegen die Politik der DDR-Regierung polemisiert. Harte Kritik wurde wegen der ständigen Versorgungsmängel, der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und der 10-prozentigen Lohnminderungen ausgesprochen. Mit Beschimpfungen und Vorwürfen gegenüber Parteisekretären machten sie ihrem Unmut Luft. Dabei führten sie Vergleiche mit den besseren Lebensverhältnissen in Westdeutschland mit ins Feld. Als Folge dieser „staatsfeindlichen Tätigkeit“ wurden mehrere Beschäftigte der Papierfabrik verhaftet und für Jahre eingesperrt, darunter ein Herr Berger, von dem seit seiner Verhaftung niemand mehr etwas gehört hat. Irgendwann später wurde erzählt, dass die Betroffenen mit dem westdeutschen Geheimdienst zusammengearbeitet hätten.

Am späten Nachmittag des 17. Juni 1953 leerten sich die Straßen der Stadt. Jeder verzog sich nach Hause und wartete dort auf die nächsten Nachrichten der westlichen Rundfunksender, die eine wesentlich bessere Berichterstattung boten als der Ostberliner Rundfunk, der nur „parteiliche“ Meldungen durchgab. So wusste man dann schon am Abend des 17. Juni, dass die Sowjetarmee in Berlin mit militärischer Gewalt (Panzer wurden aufgefahren und es wurden nicht nur Warnschüsse abgegeben!) eingegriffen hatte und „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellte. Damit war auch hier jedem klar geworden, dass Walter Ulbricht und seine SED-„Regierung“ nicht zurücktreten würde.

Immerhin empfanden es alle als eine Genugtuung, dass Hunderttausende von Demonstranten gezeigt hatten, dass sie mit der Politik der SED und der „Regierung“ nicht einverstanden waren.

Gegen 21.00 Uhr durchfuhren sowjetische Panzerfahrzeuge unsere Stadt, für jeden Calbenser war da endgültig klar, dass der Volksaufstand niedergeschlagen war!

Sechzig Prozent der Arbeiter nahmen am 19. Juni ihre Tätigkeiten in der Bau-Union wieder auf, der Rest war – laut Oberbauleiter¹³⁵ – noch nicht über den neuen Schichtplan informiert worden. Die Volkspolizei stellte nach diesen Tagen fest:

*In der Calbenser Papierfabrik schimpfte eine Gruppe Beschäftigter schon vor dem 17. Juni 1953 über die DDR-Politik und bemängelte die Versorgung, die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und die 10%-Lohnminderungen. Parteisekretäre wurden nicht selten zur Zielscheibe der Vorwürfe und berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiter. Das führte zur Verhaftung von Angestellten, die für mehrere Jahre eingesperrt wurden. Ein Heimatforscher erinnert sich unter anderem an einen Herrn Berger, von dem er seit dessen Verhaftung nie wieder etwas hörte.*¹³⁶

Ab Mittag des 17. Juni 1953 streikte auch das Calbenser Kraftwerk. Während die erste Schicht an diesem Morgen noch gearbeitet hatte, wurde um 12 Uhr eine außerordentlichen Betriebsversammlung einberufen und gestreikt. Die leitenden Verantwortlichen wären an diesem Tag nur sporadisch mal im Werk gewesen, bemängelte später die Kreispartei kontrollkommission (KPKK), und die Parteisekretäre waren zu einer Sitzung in Staßfurt gefahren.

Am 18. Juni 1953 arbeiteten nur einige Frauen, die vor allem im Transport beschäftigt waren. Erst ab 19. Juni wurde die Arbeit wieder voll aufgenommen.

Am 8. Juli 1953, ca. drei Wochen später, erschien im Neuen Deutschland, dem „SED-Parteiorgan“, ein Artikel mit dem Titel „Eisenwerke von Calbe danken sowj. Werktätigen“. Dort heißt es wörtlich:

*Wir Kumpel an den Niederschachtöfen ließen uns von diesen Provokateuren und ihren Drohungen nicht einschüchtern. Am 17. Juni blieben wir bis zu 24 Stunden am Arbeitsplatz. Es misslang den Provokateuren, unsere Öfen still zu legen. Wir organisierten sofort Abwehrmaßnahmen, um den Elementen, die es an diesem Tage auch ein zweites Mal versuchten, in unser Werk einzudringen, die gehörige Abfuhr zu erteilen.*¹³⁷

Daraufhin entstanden in den Abteilungen der Eisenwerke empörte Diskussionen über die offensichtliche Fälschung der Tatsachen und die Unverschämtheit,

¹³⁵ Bericht über die Ereignisse des 17.6., Calbe, 3.8.1953 vom Oberbauleiter der Bau-Union. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

¹³⁶ Vgl. Schwachenwalde, Hanns: Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 gegen die SED-Herrschaft in der DDR., unveröffentlichter Manuskriptabzug 1995, S. 8.

¹³⁷ Situationsbericht vom 8.7.1953 der Baustellen Eisenwerke West und Kraftwerk Calbe. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

heit, einen Artikel im Namen der Arbeiter zu veröffentlichen, von dem keiner von ihnen zuvor etwas gesehen, gelesen oder gehört hatte. Die Betriebsparteiorganisation berichtete an die höheren Stellen:

*In der Diskussion kommt zum Ausdruck, dass dieser Artikel der Unwahrheit entspricht, da die Öfen und die Gebläse bereits um 12 Uhr des 17.6.1953 stilllagen. Es wurden um 14 Uhr zwar die Gebläse nochmals angestellt um die Öfen von Eisen und Schlacke zu entleeren, aber danach wurde die Arbeit wiederum eingestellt, so dass sämtliche Öfen bis zum 18.6.1953, 2.00 Uhr still lagen.*¹³⁸

Etwa einen Monat später legten die Angestellten des VVB Montan Calbe die Arbeit erneut nieder, was die SED-Betriebsparteiorganisation wie folgt dokumentierte:

*Am 10.7.53 von 9–11 Uhr haben Kollegen im VVB Montan Calbe die Arbeit nieder gelegt und zwar 150 Kollegen. Im EB West 50 Kollegen. Grund: Entlassung der Kollegin Doris K., Buchhalterin, welche falsche Buchungen bei Reiseabrechnungen vornahm. Sie nahm am 17.6.53 aktiv an den Provokationen teil. Die Stimmung im Betrieb ist schlecht. Es besteht weiterhin die Forderung nach sofortiger Einstellung der K.*¹³⁹

Glöthe

Noch während der Verhöre der Verhafteten aus Brumby brachte man acht Bürger aus der Gemeinde Glöthe, die Luftgewehre bei sich getragen hatten, in den Keller der SED-Kreisleitung in Schönebeck. Ihnen wurde vorgeworfen, den Regierungsumsturz mit Waffengewalt geplant zu haben.

Erst gegen Abend kamen drei festgenommene SED-Funktionäre in Schönebeck an. Sie waren bis dahin in einen Keller in Pömmelte eingesperrt gewesen.

Schönebeck

Ein Auszug aus einem Interview mit Martin Köhler aus Calbe, der den 17. Juni als Jugendlicher erlebte und damals kaum älter als 14 Jahre alt gewesen sein dürfte, berichtet sehr anschaulich über die Ereignisse in Schönebeck:

¹³⁸ Situationsbericht vom 8.7.1953 der Baustellen Eisenwerke West und Kraftwerk Calbe. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

¹³⁹ Bericht vom 11.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung IV/2/20/53.



Foto 9: Bahnhofsgebäude, Schönebeck (Horst Fahlberg, Entwicklung: Jochen Laaß)



Foto 10: Vor dem Bahnhof Schönebeck (Horst Fahlberg, Entwicklung: Jochen Laaß)

Martin Köhler

[Interview, Auszug 2]

Am Bahnhof in Schönebeck angekommen bot sich uns ein Bild, das, wenn es nicht eine so ernste Situation gewesen wäre, fast schon komisch war. Vor der SED-Kreisleitung, dem früheren Finanzamt, gegenüber dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, die den ängstlich aus den Fenstern des oberen Stockwerks des recht imposanten Gebäudes herausguckenden Parteifunktionären böse Worte zuriefen und keinen Hehl daraus machte, sie zu verprügeln, ja, vielleicht noch etwas Schlimmeres mit ihnen anstellen würde.

An einer Seite dieser Mensentraube hatten die Russen einen Panzer positioniert, der in Abständen langsam in die Menge fuhr, um diese zu zerstreuen, was aber nicht gelang, denn immer, wenn der Panzer sich wieder langsam zurückzog, folgte die Menschenmenge und formierte sich neu. Gott sei Dank ist nichts Ernstes geschehen, es tauchten dann sowjetische Patrouillen auf und lösten Schritt für Schritt mit scharfen Worten und ihren Waffen drohend die Ansammlung der erzürnten Schönebecker auf.

Peter H. und ich sind dann mit dem nächsten Zug nach Hause, nach Bad Salzelmen, gefahren, und ich wurde freudig und erleichtert von meiner Mutter begrüßt, waren doch schon wilde Gerüchte umhergetragen worden, man hätte in Calbe zwei FDJler erschlagen, und wir waren ja in Calbe gewesen, und FDJler waren wir wie fast alle anderen Jugendlichen unseres Alters schließlich auch. Aber nun war alles wieder gut, und am nächsten Tag wurden die letzten Aufmüpfigen von den sowjetischen Panzern auch noch zur Raison gebracht und begannen wieder mit der Arbeit.

Am späten Vormittag des 17. Juni 1953 wurde im Hafen und Schlepperwerk die Arbeit niedergelegt.

Von der Abteilung „Maulwurf“ des IFA-Werkes wurde eine Person festgenommen. Sieben Lehrer der Otto-Grotewohl-Oberschule traten – laut Kreisleitungsbericht vom 20.6. – aus der SED aus und forderten die Aufstellung der KPD, den Rücktritt von Walter Ulbricht und die Besetzung der Regierung durch neue Funktionäre. Neben ausgehängten Transparenten und Losungen wurde an der Volksbücherei auch die Schaufenstergestaltung zerstört.

Herr Fahlberg hatte am 17. Juni 1953 aus dem Fenster heraus Aufnahmen von den Panzern vor dem Bahnhof gemacht. Es sind bislang die einzigen Fotos, die von den Protestaktionen am 17. Juni 1953 in den Dörfern, Städten und Kreisgebieten (Magdeburg ausgenommen) gemacht bzw. gefunden wurden.



Foto 11: Vor der Kreisleitung, Schönebeck



Foto 12: Gebäude der Kreisleitung, Schönebeck



Foto 13: Selbstfahrlafette in Schönebeck



Foto 14: Selbstfahrlafette (Fotos 11–14: Horst Fahlberg, Entwicklung: Jochen Laaß)

Horst Fahlbeck/Jochen Laaß

[Interview mit Horst Fahlberg und Jochen Laaß am 19.2.2003 in der LStU-Behörde in Magdeburg]

Horst Fahlberg (Schönebeck): Wir waren im letzten Lehrjahr für Möbeltischler und gingen in Salze (Salzelmen) zur Berufsschule. Ohne Fotoapparat sind wir nicht weggegangen, auch nicht in die Schule. Wenn der Lehrer eine Fünf eingeschrieben hat, dann habe ich ihm acht Tage später in der Schule ein Foto mitgebracht, unter dem dann stand: „Bei der Eintragung einer Fünf“. Ich habe in den Schulstunden immer alles fotografiert, und er hat sich immer mächtig darüber aufgeregt.

Am 17. Juni wussten unsere Mitschüler, unsere Kollegen, dass da irgendwas im Gange war; sie sind während des Unterrichtes immer mal rausgegangen. Dann wurden im Flur die Bilder abgehängt, was da eben so rum hing an Bildern von irgendwelchen Leuten, und dann kam der FDJ-Sekretär und hat uns zusammengeschnitten, warum die Bilder abgehängt wurden! Auch die Losungen, die in der Schule angebracht waren, wurden runtergerissen. Da musste eben laufend einer zur Toilette, nie ist sonst einer zur Toilette gegangen, außer an dem Tag. Na, jedenfalls kam dann der Russe, hat uns zusammengeschnitten und dann durften wir nach Hause gehen. Das war am Vormittag. Normalerweise hätten wir in den Betrieb zurückgemusst. Aber da hatten wir keinen Bock drauf, ist ja logisch, weil draußen was los war.

Mit dem Fahrrad sind wir runtergefahren Richtung Schönebeck, SED-Kreisleitung. Da mußte was passieren, denn bei den Russen war nichts, also Schönebeck-Kreisleitung. Wir also hin, und dann hoch zur Tante von Jochen Laaß, die oben über dem Geschäft neben der Kreisleitung und gegenüber vom Bahnhof wohnte.

Mit meinem eigenen Fotoapparat habe ich dort nicht fotografiert, ich hatte keine 6 x 9 Kamera; ich glaube, es war ein Fotoapparat, der dem Vater von Jochen Laaß gehörte. Ich habe dann aus dem Fenster geguckt, mich mit dem Oberkörper herausgelehnt, die Kamera war unter meinem Jackett, das offen war, alles war eingestellt, noch mal draufgeguckt und bloß auf den Auslöser gedrückt; dann noch mal anders gehalten und wieder geguckt, ob mich keiner beobachtet. Das ist jetzt schneller und einfacher erzählt, als es wirklich war. Dann haben wir schnell das Feld geräumt und abends, als Jochen Laaß kam, den Film entwickelt. Und dann hatten wir die Bilder!

Da draußen standen schätzungsweise so tausend Menschen. Das zog sich lang die Strasse runter. Die Leute kamen und gingen dann weiter. Die Russen

flankierten die SED-Kreisleitung. Rechts und links standen Panzer und ein paar Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr. Das fand ich interessant und habe gesagt: Was soll das, die haben so alte Gewehre! Die Russen hatten Bajonette aufgesetzt, unheimlich hoch. Dann flogen ein paar Steine rüber; oben am Haus war ein Schild „SED Kreisleitung“, weinrot, 1 Meter mal 7 oder 8 Meter, – und mit einem mal kam dann das ganze Schild herunter. Es war aus Glas. Da haben sie dann mal kurz durchgeladen – aber mehr nicht.

Jochen Laaß (Magdeburg/Schönebeck): Die Funktionäre haben sich versteckt. Ein Bekannter hat mir erzählt, dass einer mit einer Pistole oder einem Luftgewehr ins Bett gegangen ist.

Gleich nach dem Krieg war die FDJ zunächst ja nichts Schlechtes. Viele waren im Krieg, und wir wollten ja für den Frieden sein. Wie sich das System entwickelt hat, das haben viele erst später bemerkt. Gleich nach dem Krieg war es aber wirklich für viele eine Erlösung, dass das endlich vorbei war, und deshalb kann man es ihnen eigentlich nicht verübeln, dass die da mitgemacht haben. Die, die erkannt haben, wohin das führt, sind dann meistens abgehauen.

In der Schillerstraße ist das Gummiwerk, das ehemalige, und da ist ein riesiges Eisentor gewesen und da sollen sie jemanden tot gequetscht haben. Die Arbeiter wollten raus aus dem Tor und der Werkschutz hat das Tor zugeedrückt. Da soll jemand tot gequetscht worden sein.

Zur Reihenfolge der Fotos:

Jochen Laaß: Auf dem ersten Foto [hier 9] sind nur Menschen zu sehen; die Panzer kommen später. Man sieht das Bahnhofsgebäude und den Wartesaal. Vorne rechts steht jemand mit seinem Fahrrad.

Auf dem zweiten Bild [hier 10] sieht man rechts die Hausfront. Es ist in Richtung Schönebeck fotografiert.

Jetzt kommt ein Bild – links ist eigentlich eine Wand –, aber es sind nur Menschen zu sehen. Es hat ein paar Flecken in der Mitte. Das ist Nr. 3 [hier 11].

Jetzt kommt ein Bild (Nr. 4 [hier 12]), da ist alles drauf. An dem Gebäude der Kreisleitung ist dieses Transparent zu erkennen (links oben).

Und jetzt kommt der Panzer [mil.: Selbstfahrlafette, d. Hg.], von hinten aufgenommen. Das ist Nr. 5 [hier 13].

Auf dem nächsten Bild ist der gleiche Panzer zu sehen, der jetzt praktisch auf den Bahnhof zielt (Nr. 6 [hier 14]).

Jetzt kommt noch mal fast das gleiche. Ein Haufen Menschen, das ist Nr. 7. Das nächste Bild ist Nr. 8 [hier 15 bzw. 16].

Horst Fahlberg: Dieser Wagen [zu sehen auf Bild Nr. 16, d. Hg.] müsste der Wagen des Sekretärs der SED-Kreisleitung sein, sein EMW. Der hat die Russen nämlich von der Kaserne abgeholt, damit sie die Kreisleitung schützen. Wo sollten die Leute in Schönebeck sonst hinmarschieren? Die SED-Kreisleitung war der Ansprechpartner!

Jochen Laaß: Das war bestimmt bloß der Fahrer vom Sekretär.

Horst Fahlberg: Die Papierbilder habe ich über dem Brotfach im Küchenschrank meiner Mutter aufbewahrt. Die Negative hat Jochen Laaß in der Dunkelkammer versteckt. Leider sind sie im Laufe der Jahre zusammengeklebt, so dass einige leicht beschädigt sind. Nach der Wende, nicht vorher, habe ich dann die Papierbilder wieder herausgeholt. Das war reiner Zufall.

Jochen Laaß: Normalerweise hätten wir die ja auch nie gebraucht, wenn das so weiter gegangen wäre.

Horst Fahlberg: Meine Mutter war kurz vorher verstorben. Ich habe eine große Garage, da stand die Hälfte ihres Schlafzimmers und ihrer Küche. Und irgendwie sagte meine Frau: „Wie lange sollen die Plünnen da nun stehen, Mutter ist doch nun tot, was soll denn das?“ - Ich sagte: „Mensch, den Schrank könnte ich vielleicht noch gebrauchen.“ - „Ach“, sagte sie, „die Küche! Im Schlafzimmer kannst Du Dir ein paar Schränke hinstellen oder auf dem Boden, ganz oben. Aber alles andere kommt weg.“ – Wir sind also dabei, alles rauszuräumen, hängen die Türen aus, auf einmal denke ich an das Brotfach: Mensch, da sind doch die Bilder drin!

1990 hat Jochen Laaß die Fotos vergrößert und im Schaufenster seiner Drogerie der Öffentlichkeit präsentiert.

Jochen Laaß: Ich habe am 17. Juni natürlich auch fotografiert. Wir hatten von der Berufsschule aus Sportfest. Mit dem Zug, wie das eben so war, sind wir nach Magdeburg gefahren und dort in die Straßenbahn gestiegen. Auf der Fahrt nach Neustadt hielt die Straßenbahn. Ich dachte, was ist denn los und guckte. Und auf einmal standen vor der Straßenbahn noch mehrere Straßenbahnzüge. Alle Leute waren ausgestiegen. Ein Straßenbahnfahrer stand da, umringt von einer Menschentraube, und schimpfte auf die Regierung. Ich dachte, was ist denn hier los. Auf einmal fällt mir ein: Mensch, am Tag zuvor, am 16. Juni, waren ja irgendwelche Aufstände in Berlin. Das hatte man ja im Radio gehört, Fernsehen gab's ja noch nicht. Ich dachte: Mensch, seid ihr verrückt. Die hat man doch alle eingesperrt. Ich meine, die sind dann natür-



Foto 15: Bahnhof Schönebeck (auch 16: Horst Fahlberg, Entwicklung: Jochen Laaß)



Foto 16: Wagen des Sekretärs der SED-Kreisleitung, Schönebeck

lich wahrscheinlich alle eingesperrt worden. Ich dachte, das muss ich fotografieren. Da ich früher immer einen Fotoapparat bei hatte, hatte ich ihn auch dieses Mal mitgenommen für das Sportfest. Ich mache also ein paar Aufnahmen, vielleicht vier, fünf Aufnahmen. Auf einmal kommt einer von hinten: „Was machst Du da, sofort den Film raus!“ Und zwar war das jemand aus Schönebeck. Wie der da so schnell hinkam, ist mir ein Rätsel. Ob die gleich am frühen Morgen die Leute rausgeschickt haben, um überall zu kontrollieren? Es war ein Zivilist. Jedenfalls nahm er mir den Film aus der Kamera, riss ihn raus. Natürlich hatte ich noch einen zweiten Film mit, aber wissen Sie, ich hab mich dann nicht mehr getraut.

Ich habe dann beim Sportfest fotografiert. Und nachdem das Sportfest zu Ende war, dachte ich, jetzt guckst du mal, was in der Stadt los ist. Und dann bin ich in die Nähe vom Polizeipräsidium gekommen, da waren Himmel und Menschen. Und da waren bereits die Panzer, die kamen wohl so ab Mittag. Die Leute auf der Straße fluchten und jodelten und warfen mit Steinen. Und dann fuhren die Panzer immer in die Menschen rein, die dann immer so zur Seite spritzten, das war fürchterlich.

Ich stand auf einem Hügel an der Carl-Miller-Straße, schräg gegenüber vom Polizeipräsidium, ungefähr am Denkmal. Da standen viele. Ich dachte: Fotografiere ich oder fotografiere ich nicht? Die sperren mich ein und das wäre ja auch so gekommen, sind ja genügend Leute eingesperrt worden. Ich habe mich dann nicht getraut. Es waren einfach zu viele rechts und links. Ich meine, aus heutiger Sicht, mit so einer kleinen Kamera, hätte ich das vielleicht gemacht. Aber ich hatte meine dicke Praktika und die war doch sehr voluminös. Ich habe mich nicht getraut. Na ja, jedenfalls fuhr dann plötzlich ein Panzer in die Carl-Miller-Straße, schoß aus der Luke und plötzlich lag jemand tot da. Das war der erste Tote, den ich überhaupt gesehen habe. Und das war eigentlich auch schon alles, was ich in Magdeburg mitgekriegt habe. Und es kam natürlich auch keiner, der sich um ihn kümmerte, alle hatten ja Angst.

Kreis Staßfurt

Der Kreis Staßfurt grenzte geographisch an die Kreise Bernburg und Aschersleben des Bezirkes Halle, in deren Industrieballungsgebieten in den Tagen um den 17. Juni 1953 eine Reihe an Auseinandersetzungen zwischen den angestellten Arbeitern und den Partei- und Staatsfunktionären stattfanden. Diese räumliche Nähe war mitverantwortlich dafür, dass die neusten Informationen über die Streiks in Halle und den Hallenser Kreisen schnell den Kreis Staßfurt

und die Betriebe, LPGs und MTS erreichten. In der Stadt Staßfurt wurde die Arbeit niedergelegt und die Betriebe versuchten sich gegenseitig zu solidarisieren, ihre Streikaktivitäten miteinander zu vernetzen. Auch in anderen Städten und Gemeinden des Kreisgebietes haben Aktionen stattgefunden. Hier zeigten die Bürger, ebenso wie im ganzen Bezirk, öffentlich ihre Unzufriedenheit und verkündeten mutig ihre Frustration mit den gegebenen Verhältnissen. Nach den Aufständen wurden die Menschen vorsichtiger, einerseits benannten sie noch offen die Missstände und ihre Veränderungsvorschläge, andererseits schwiegen sie, weil sie Angst hatten, für kritische Äußerungen verhaftet zu werden.

Was passierte nun in den Kleinstädten und Dörfern des Kreises Staßfurt?

Kollege W., der als 2. BGL-Vorsitzender und Brigadier auch für die MTS Egelnd-Nord arbeitete, schrieb ein 10-Punkte-Programm mit Forderungen an die Regierung. Am 18. Juni 1953 fuhr er mit diesem Programm zuerst zu seiner Brigade, die in Tarthun stationiert war. Dort berief er eine Versammlung ein und las die Resolution vor, die von vermutlich allen Anwesenden unterschrieben wurde. Danach ging es zu den Abus-Werken in Tarthun. Hier hatte schon der Ausbildungsleiter die Lehrlinge angewiesen, die staatsfreundlichen Lösungen aus dem Betrieb zu entfernen. Auch hier wurde unterschrieben. Schließlich brachte Herr W. die Resolution in die MTS Egelnd-Nord. In der sofort einberufenen Versammlung unterschrieb fast die ganze Belegschaft die Forderungen. Was weiter mit der Unterschriftensammlung geschah, wurde nicht berichtet. Auch der genaue Text war nicht auffindbar, vermutlich existiert er nicht mehr.

Am 27. Juni 1953, knapp 10 Tage später, wurde in der gleichen MTS eine weitere Resolution unterschrieben, denn um 9.15 Uhr gab die Kreisparteikontrollkommission folgende Mitteilung an die Bezirkskommission weiter:

Der 1. Sekretär der MTS Egelnd-Nord, Herr Remag und die Instrukteurin der Polit-Abteilung, Frau Westphal, [Das waren die leitenden Funktionäre und SED-Mitglieder dieser Station., d. V.], verfassten eine Resolution¹⁴⁰ mit folgenden Forderungen:

Freilassung aller Demonstranten und Häftlinge

Freilassung aller deutschen Kriegsgefangenen

Aufhebung des Ausnahmezustandes

¹⁴⁰ Bericht der KPKK (ohne Datum). Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

Bestrafung der Regierungsmitglieder, die an dem jetzigen Zustand schuld sind

Nicht-Einmischung der Besatzungsmacht

Entfernung aller Losungen

Aus Etgersleben, Atzendorf und Förderstedt fuhren viele Arbeiter in Schichtbussen zur Arbeit nach Staßfurt und in die großen Betriebe des Kreises. Die Nachrichten über die Streiks in den Großstädten Magdeburg, Halle und Berlin und die Teilnahme an den Diskussionen und Arbeitsniederlegungen in den Betrieben des Kreises waren vermutlich der Grund dafür, dass in Etgersleben eine Demonstration stattfand, über die während der bisherigen Nachforschungen nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden konnte. Es wurde nur erwähnt, dass die Etgerslebener Malzfabrik mit daran beteiligt war.¹⁴¹ Der Bürgermeister, der Vorsitzende der Nationalen Front und andere Funktionäre beklagten später ihre Bedrohung durch die Demonstranten.

Über die MTS Schneidlingen¹⁴² konnte ebenfalls nicht mehr ermittelt werden, als dass am 21. Juni nur 50 % der Kollegen gearbeitet haben sollen.

Einen Tag später, am 22.6.1953, meldete die SED-Kreisleitung an die Bezirksleitung in Magdeburg, dass alle Betriebe und LPGs arbeiten würden. In allen wichtigen Betrieben wären für den heutigen Tag „Agitationseinsätze“ geplant, die von Parteifunktionären durchgeführt würden. Die Parteileitungen einiger LPGs hätten Selbstverpflichtungen zum Geburtstag Walter Ulbrichts abgegeben. Die Menschen auf dem Lande äußerten sich unzufrieden damit, dass bei den neuen Beschlüssen der Regierung wenig an die Landbevölkerung gedacht worden wäre. Im Zuge des 17. Juni wurden mehrere LPGs aufgelöst.

In Westeregeln weigerte sich am 23.6.1953 die Bevölkerung, für die LPG zu arbeiten. Außerdem ging das Gerücht um, dass zwölf werktätige Bauern enteignet werden würden.¹⁴³ In den Deutschen Solvay-Werken in Westeregeln wurde in der Abteilung Elektrolyse eine Entschließung mit verschiedenen Forderungen¹⁴⁴, u. a. dass die Regierung abzusetzen und die Gefangenen freizulassen seien, verlesen.

¹⁴¹ Vgl. Bericht über die Teilnahme von Genossen am Streik vom 15.7.1953. und Kreisanalyse über die Ereignisse vom 17.6.1953, Staßfurt vom 15.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

¹⁴² Vgl. Bericht vom 22.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

¹⁴³ Bericht vom 23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

¹⁴⁴ Vgl. Kreisanalyse über die Ereignisse vom 17.6.1953, Staßfurt vom 15.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

Staßfurt

In den Betrieben Staßfurts führte im Vorfeld des 17. Juni der Schwund an Fachkräften zu einer prekären Situation. Im März 1953 verließen der Werkleiter Raasch, der Technische Leiter P. und die Direktionssekretärin K. den Chemieanlagenbau Staßfurt und die DDR. Das führte nicht nur zu einer neuen personellen Besetzung und veränderten Leitung des Betriebes sondern auch zu Unruhe und Unzufriedenheit unter den Kollegen. Gleichzeitig sollten die Arbeitsnormen um 10 bis 30 Prozent gesteigert werden.

In der Betriebsgeschichte des Chemieanlagenbaus, die noch während die DDR bestand, geschrieben wurde, befindet sich erstaunlicherweise eine ausführliche Darstellung der Ereignisse am 17. Juni 1953, allerdings aus der Perspektive der regierungstreuen Arbeiter und Genossen. Ergänzt durch die Berichte der Parteikontrollkommissionen und der SED-Kreisleitung ergibt sich heute folgendes Bild jener Tage:

Im NAGEMA-Werk Staßfurt begannen Mitarbeiter der Kleindreherei, angeregt durch die drei Kollegen Herr W., Herr K. und Herr M., eine andere Quelle spricht von einem Elektriker und einem Dreher¹⁴⁵, während der Nachtschicht vom 17. zum 18. Juni 1953 über die Beiträge an die Gewerkschaft (FDGB) und ähnliche Themen zu diskutieren und schließlich die Arbeit niederzulegen. Ihr Verhalten war noch relativ ruhig und Parteifunktionäre versuchten, sie in Diskussionen von der Rechtschaffenheit der Regierungsbeschlüsse zu überzeugen. Bis zum Beginn der Frühschicht nahm die Anzahl der Beteiligten an den Arbeitsniederlegungen ständig zu. Als am Morgen des 18. die Frühschicht erschien, nahmen diese die Arbeit gar nicht erst auf. Eine Versammlung im Thälmann-Haus wurde einberufen und eine Streikleitung, bestehend aus fünf Mitgliedern gewählt. Die Idee entstand, den Streik auf andere Betriebe des Kreises auszudehnen bzw. sich mit dort Streikenden zusammen zu schließen. In einem PKW der Volkspolizei ließ sich die Streikleitung zur Kreisverwaltung fahren. Was hier besprochen werden sollte, wurde nicht überliefert. Während der Fahrt veranlassten die PKW-Insassen den Fahrer, von dem ursprünglichen Ziel abzusehen und zunächst zum Soda-Werk zu fahren, um die Kollegen dort zum Streik zu animieren. Von dort sollte es dann weiter zum VEB Stern-Radio und erst am Schluss zur Kreisverwaltung gehen.

Vier Kollegen erschienen am 18. Juni als Streikdelegation der NAGEMA im Sodawerk „Fred Oelßner“ und verlangten ein Gespräch mit dem Vorsitzenden

¹⁴⁵ Vgl. Unveröffentlichtes Manuskript der sozialistischen Stadtgeschichte Staßfurts. o. Jahresangabe, S. 306.

der Betriebsgewerkschaftsleitung Herrn Gornewitz. – Gornewitz berichtete den weiteren Verlauf später vor der Parteikontrollkommission. – Gornewitz selbst wusste in seiner Position nicht recht, wie er sich verhalten sollte, erlaubte aber schließlich einer Person der Streikleitung die Teilnahme an der einberufenen Betriebsversammlung des Sodawerkes. Während die Streikdelegation dann doch den Betrieb verließ, formulierte Gornewitz die vier Forderungen der NAGEMA in – seiner Meinung nach – gemäßigte Forderungen um, um sie der Belegschaft während der Versammlung vorzulegen. Gleichzeitig rief er im VEB Stern-Radio und im Kali-Werk an, und informierte darüber, dass die Streikleitung der NAGEMA zu ihnen unterwegs sei. Er bat sie, nicht auf deren Forderungen einzugehen, sondern seine zu übernehmen, die angemessener seien. Leider existieren beide Forderungskataloge in dem gesichteten Quellenmaterial nicht.

Wie und wo es schließlich dazu kam, dass die Streikleitung festgenommen und dem sowjetischen Kommandanten übergeben wurde, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor. Einerseits soll die Festnahme im VEB Stern Radio¹⁴⁶ stattgefunden haben, wohin sie im Anschluss an den Besuch in den Soda-Werken fuhr. Andererseits zitierte die sozialistische Betriebsgeschichte des Chemieanlagenbaus den Genossen Heinz Glombitza so: *Als wir am 17. Juni mit unseren Kollegen sprachen, tauchte plötzlich an unserem Werk-tor eine Delegation vom Nachbarbetrieb NAGEMA auf. Sie sagten, sie kämen im Auftrage des dortigen Streikkommandos und forderten unsere Belegschaft auf, die Arbeit nieder zu legen. Anschließend wollten sie mit diesem Auftrag auch zum damaligen Betrieb VEB Stern-Radio Staßfurt. Wir haben dieses komische Streikkommando im sicheren Zimmer eingeschlossen und die ... staatlichen Organe benachrichtigt, die auch nicht lange auf sich warten ließen ...*¹⁴⁷

Die Genossen Paul E. und Erwin H. des Sodawerkes sollen dann die Aufgabe übernommen haben, eine Delegation in den VEB Maschinen- und Apparatebau zu schicken, um die Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Im Sodawerk selbst wurde die Arbeit nicht niedergelegt.¹⁴⁸

146 Vgl. Kreisanalyse über die Ereignisse vom 17.6.1953, Staßfurt vom 15.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

147 BPO der SED des VEB & AS Staßfurt (Hg), Dr. Wolfgang Reuter, Peter Becker, Gerhard Buck (Autorenkollektiv): Von der Gründung bis zum Jahre 1961 – 125 Jahre Chemieanlagenbau (CAS). Aus der 125-jährigen Geschichte der ehemaligen Maschinenfabrik Sauerbrei Staßfurt. Staßfurt 1988, S. 63.

148 Vgl. BPO der SED des VEB & AS Staßfurt (Hg), Dr. Wolfgang Reuter, Peter Becker, Gerhard Buck (Autorenkollektiv): Von der Gründung bis zum Jahre 1961 – 125 Jahre Chemieanlagenbau (CAS). Aus der 125-jährigen Geschichte der ehemaligen Maschinenfabrik Sauerbrei Staßfurt. Staßfurt 1988, S. 62–63.

Am 19. Juni entstanden auf dem Werkshof der Sodawerke gegen 10 Uhr erregte Diskussionen. Aufgrund der schlechten Stimmung im Betrieb war ein Polizei-Kommando angefordert worden. Als dieses plötzlich am Werksgelände sichtbar wurde, besetzten Kollegen die Tore und Eingänge des Werkes und wollten niemanden durchlassen. Schließlich wurde nachgegeben und für 11 Uhr eine erneute Belegschaftsversammlung einberufen, zu der ca. 400 Kollegen erschienen. Sie forderten die Freilassung der verhafteten Streikdelegation binnen 24 Stunden. Nach einer ersten Ablehnung stimmte Gornewitz dem Anliegen schließlich zu, unter der Bedingung, dass weiter gearbeitet würde. Das war sein hauptsächliches Anliegen. Gegen 12.30 Uhr machten sich schließlich sechs Kollegen auf den Weg zum sowjetischen Kommandanten, um in einer Aussprache die Freilassung der Verhafteten zu erwirken. Das Anliegen der Soda-Werker wurde mit der Begründung zurückgewiesen, dass eine Person der Verhafteten noch nicht überprüft worden sei. Die Kollegen kehrten unverrichteter Dinge zurück und arbeiteten erst mal weiter. Im Sodawerk kam es, insgesamt gesehen, nicht zum Streik.¹⁴⁹ Nur in einem Nebenbetrieb des Sodawerkes, dem Steinbruch, gelang es aufgrund des (unbekannt bleibenden) Verhaltens von Herrn H., vier Stunden zu streiken – stellte die Parteikontrollkommission des Sodawerkes fest.

Im VEB Stern-Radio Staßfurt waren vorwiegend Frauen beschäftigt. Am 18. Juni begann hier die Frühschicht um 6 Uhr mit ihrer Arbeit und beendete diese um 8 Uhr und trat in den Streik. Auch am 19. wurde nicht gearbeitet. Die Verhaftung der Streikleitung der NAGEMA war auch hier ein Anlass dafür, die Arbeit ruhen zu lassen.¹⁵⁰

Auch in der Eiererfassungsstelle (VEAB) wurde am 19. Juni für drei Stunden die Arbeit niedergelegt. Rudolf V. war hier einer der zum Streik anregenden Kollegen, der aufgrund des Streikes hinterher entlassen wurde. Er erhob gegen die Entlassung beim Arbeitsgericht Magdeburg Einspruch und erhielt Recht. Der Betrieb wurde zur Wiedereinstellung und zur Entschädigung der ausgefallenen Arbeitszeit inklusive angefallenen Unkosten verpflichtet. Diese Entscheidung wurde von der Bezirksverwaltung bestätigt.¹⁵¹

149 Vgl. Erklärung zum Verhalten des Genossen Gornewitz in der Zeit vom 17.–10.6.1953 in Staßfurt. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

150 Vgl. Kreisanalyse über die Ereignisse vom 17.6.1953, Staßfurt vom 15.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

151 Vgl. Beispiel provokatorischer Handlung und Entscheidung des Arbeitsgerichtes Magdeburg ... aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

Am 19. Juni – so weist es ein Bericht der SED-Kreisleitung aus – wurde außer im Sodawerk in allen übrigen Betrieben noch gestreikt.¹⁵² Am nächsten Tag, dem 20. Juni wurde die Arbeit wieder aufgenommen, im NAGEMA-Werk begannen die Kollegen erst mit der Nachtschicht zum 21.

Bis zum 25. Juni blieb der über die Stadt verhängte Ausnahmezustand gültig und wurde dann durch den Befehl Nr. 2 der Garnison der Stadt und des Kreises Staßfurt wieder aufgehoben.

Für den 24. Juli 1953 hatte die Nationale Front eine Kundgebung auf dem Rathausplatz organisiert, die das Vertrauen in die Regierung stärken sollte. Hans-Joachim Laabe, Staatssekretär im Ministerium für Volksbildung, war gekommen und stellte den Staßfurtern den „neuen Weg“ der Regierung vor. *Er beantwortete in diesem Zusammenhang gleichzeitig viele Fragen der Werktätigen, so z. B. die Fragen, woher unser Staat die Mittel nimmt, um die neuen Beschlüsse zu verwirklichen, die große Hilfe der Sowjetunion dabei, die Kohlenfrage, die Aufhebung der Stromsperren, die Belieferung der Kohlenkarten.*¹⁵³

Kreis Wanzleben

Im Kreis Wanzleben kam es in mehreren Städten und Gemeinden zu Ausschreitungen. Dabei spielte das Abus-Werk Seehausen eine große Rolle. Von hier gingen Aktionen der Arbeiter und Angestellten aus, die sich auch auf kleinere Betriebe im Ort auswirkten. In anderen Städten und Gemeinden wurde widerständiges Verhalten vorwiegend durch Einwohner ausgelöst, die auswärts in größeren Betrieben, z. B. in Magdeburg, arbeiteten und am Nachmittag zurück in die Heimatdörfer kamen.¹⁵⁴

Domersleben

In Domersleben verliefen die Ereignisse möglicherweise ähnlich wie in anderen Kleinstädten und Dörfern. Hatten sich erst ein paar Menschen zusammen gefunden, – häufig im Wirtshaus – nahm man die Dinge selbst in die Hand und versuchte die Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung durch die Beseitigung ihrer Spuren zu bewältigen. Zu spüren bekam das auch Genosse

¹⁵² Situationsbericht des Bezirkes Magdeburg vom 19.6.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

¹⁵³ Vgl. Unveröffentlichtes Manuskript der sozialistischen Stadtgeschichte Staßfurts. o. Jahresangabe, S. 307.

¹⁵⁴ Bericht vom 28.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

G., der bei der SED-Lokalzeitung Volksstimme beschäftigt war. Warum er ins besondere Blickfeld geriet, muss erst noch recherchiert werden. Aufgebrachte Menschen standen vor seiner Wohnungstür und verlangten Bücher und Zeitschriften von ihm. Als er nicht bereit war, diese herauszugeben, bedrängten ihn einige Einwohner, während andere in die Wohnung drangen und Literatur herausbrachten, die schließlich beschädigt und wahrscheinlich verbrannt wurde. Das Kulturhaus der MTS Domersleben war ein weiteres Ziel. Auch hier wurden in Abwesenheit der Belegschaft Bilder, Fahnen und Bücher herausgeschafft und verbrannt.¹⁵⁵

Martin Selber

Ich habe immer Tagebuch geführt und daher auch die entscheidenden Junitage 1953 genau festgehalten. Am Dienstag, dem 16.6., begann die Belegschaft der MTS Domersleben eine Busreise in den Harz. Wir hatten in Thale Quartier gebucht und unterwegs noch nichts von den Geschehnissen gehört. In Thale erwartete uns die Nachricht, dass unser Direktor sofort nach Halle kommen müsste.

Am 17.6. wanderten wir ins Bodetal. Auf dem Rückweg gerieten wir in eine Demonstration der Thaler Eisenwerke. Wir sahen Feuer, zerstörte Bilder, umgestürzte Wagen. Wir hielten uns fern, wussten wir doch nicht, was da eigentlich los war. Nachmittags Aufstieg zum Bergtheater zur Aufführung des „Götz von Berlichingen“. Auf den Ruf „Es lebe die Freiheit!“ erfolgte ein vielstimmiges Echo aus dem Publikum.

Im Quartier erwartete uns unser Direktor und gab uns den Ausnahmezustand bekannt. Die Arbeiter in der Berliner Stalinallee haben die ganze Sache ausgelöst. Wir sollen unsere Fahrt sofort abbrechen. Rasche Rückfahrt mit Unruhespuren in Quedlinburg. Bei Hadmersleben liegt ein sowjetisches Regiment in Stellung. Strenge Kontrolle, dann ab nach Hause. Auch in Domersleben war Unruhe. Es hatte eine Demonstration unter der Leitung des Holzschuhmachers Franz Smits gegeben.

18.6. – Ausnahmezustand hält an. Die Zeitung bringt Sonderausgaben mit beruhigenden Beiträgen und Bekanntmachung von standrechtlichen Erschießungen. Niemand weiß, wie sich das weiterentwickeln wird.

20.6. – Ich fahre mit dem Rad nach Magdeburg. Panzer und Artillerie stehen rund um die Stadt. Ich muss auf Feldwege ausweichen. In der Stadt ist es ruhig. Der Zugverkehr wurde fast völlig eingestellt.

¹⁵⁵ Situationsbericht über den 17.6.1953 vom Kreis Wanzleben am 22.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

In der Folge wurde in Domersleben Franz S. als „Rädelsführer“ verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach seiner endlichen Heimkehr geht er in den Westen, was die meisten Einwohner sehr bedauern, weil seine Holzschuhe doch recht begehrt waren.

In der Hadmerslebener Mühle, in der zur damaligen Zeit 40 Personen beschäftigt waren, kam es nicht zum Streik. Einige Tage später sammelte die Belegschaft jedoch Unterschriften¹⁵⁶ und bat damit um ein „mildes Urteil“ für die Inhaftierten, über die nicht weiter bekannt wurde, wo, wie und wann sie verhaftet wurden. In Hadmersleben lebten noch viele Jahre nach dem 17. Juni Zeitzeugen, die wegen der Ereignisse bis zu vier Jahren inhaftiert waren. Inzwischen sind sie verstorben. Über die Geschichte eines der letzten Zeitzeugen erzählte der Bürgermeister von Hadmersleben: *Herr Mathias C. war damals der Jüngste und hatte gerade die Lehrzeit beendet. Er wurde zwei Tage nach dem 17. Juni verhaftet. Seine Strafe fiel geringer aus, da bei der Verurteilung ihm zu Gute kam, dass das Urteil so ausgelegt wurde, er sei von seinen älteren Arbeitskollegen verführt worden. Man inhaftierte ihn 6 Wochen im Gefängnis in Magdeburg. Danach erhielt er zwei Jahre Bewährung. Vor etwa vier Jahren wurde Herr Mathias C. rehabilitiert und erhielt eine Entschädigung.*¹⁵⁷

In Schwaneberg versammelten sich damals ca. 80–100 Menschen¹⁵⁸ und zogen zum Kulturhaus des Volkseigenen Gutes. Trotzdem ein staatlich angestellter Politleiter versuchte, mit der Bevölkerung zu verhandeln, kam es zu Schäden im Kulturhaus. In Hohendodeleben soll im Haus des Genossen W., einem Angestellten der Gemeindeverwaltung, sogar geschossen worden sein. In Groß Germersleben, Klein Wanzleben und auf dem Gut Sohlen wurden die obligatorischen Bilder der Partei mit der offiziellen Begründung, sie zu schützen, entfernt.

Seehausen bei Wanzleben

Die RIAS-Meldungen der letzten Nacht mit den neusten Informationen über die Situation in Berlin führten unter den Angestellten im Abuswerk Seehausen zu aufgebrachten Diskussionen. Der SED-Kreisleitung wurde der Fortgang der Ereignisse wie folgt berichtet: Zunächst wusste die Belegschaft nicht so richtig, was sie tun wollte. Dass irgend etwas passieren sollte und musste,

¹⁵⁶ Bericht vom 2.7.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

¹⁵⁷ Auszug aus dem Brief von Gerhard Blume, Stadt Hadmersleben vom 21.1.2003.

¹⁵⁸ Situationsbericht über den 17.6.1953 vom Kreis Wanzleben am 22.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

war aber keine Frage. Als der Produktionsleiter kam und rief, dass ihm gerade der Hauptabteilungsleiter erklärt hätte, dass die Normen nicht um 10 sondern um 50 Prozent erhöht würden, begann der Streik. Alte Arbeiterlieder wurden gesungen. Dann verfasste man eine Resolution, die besagte, dass man mit den Verhaftungen – wahrscheinlich in Berlin – nicht einverstanden sei. Durch das Eingreifen des SED-Kreisleitungs-Sekretariates und die von dort ausgehenden Erklärungen zu den neuen Regierungsbeschlüssen führten dann doch erst einmal dazu, dass die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Das zuvor gegründete Streikkomitee tagte unterdessen im Büro des stellvertretenden Betriebsleiters, Genosse Saft. Dieser wurde aufgefordert, im Abus-Werk in Magdeburg anzurufen und zu erfragen, wie dort die Lage sei. Die Antwort war: Alles ist ruhig. So stimmte er schließlich der geplanten Demonstration zu. Um 14.40 Uhr begann sich der Demonstrationzug durch den Ort zu bewegen. Die Betriebsparteiorganisation des Abus-Werkes und die HO beteiligten sich nahezu vollständig daran. Auch die Reparaturwerkstatt war angesprochen worden. Der HO-Leiter, Genosse Gräf, hatte den 1. Sekretär seiner Betriebsparteiorganisation beauftragt, die Belegschaft zur Demonstration aufzufordern.¹⁵⁹ In den Nächten wurden Parteifunktionäre entsandt, die Betriebe vor Beschädigungen zu bewachen. Die beiden maßgeblichen Anführer B. und Sch. wurden festgenommen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 20. Juni 1953 wurde in Seehausen erneut für kurze Zeit die Arbeit niedergelegt, nachdem die Volkspolizei zwei Leute verhaftet hatte. Am gleichen Tag schrieb die SED-Kreisleitung in ihren Unterlagen: *Schwerpunkt im Kreis bleibt das Abuswerk Seehausen. Hier muss noch ein Rädelsführer verhaftet werden. Es muss damit gerechnet werden, dass es bei seiner Verhaftung wieder zu Arbeitsniederlegungen kommt.*¹⁶⁰

*Von dem Genossen Freye, VP-Oberkommissar wurde mitgeteilt, dass durch die Mitteilung eines freiwilligen Helfers der VP dem VPKA Wanzleben bekannt wurde, dass am 2.7.53 im VEB Bauhof Wanzleben ein Sympathiestreik für die am 17.6.53 Verhafteten stattfinden soll. 2 Arbeiter des Bauhofes haben sich am 17.6.53 als einzige des Betriebes an den Ausschreitungen in Wanzleben beteiligt. Diese wurden durch die sowjetische Kommandantur festgenommen. MfS und Kreisleitung wurden verständigt. Es werden sofort Agitatoren eingesetzt. Der Bauhof hat ca. 150–180 Beschäftigte.*¹⁶¹

¹⁵⁹ Situationsbericht über den 17.6.1953 vom Kreis Wanzleben am 22.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

¹⁶⁰ Bericht vom 20.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

¹⁶¹ Bericht vom 28.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

Vertreter von Partei und Regierung versuchten nach dem 17. Juni 1953, durch Diskussionen in Versammlungen und private Besuche, Arbeiter und Bauern von ihrer Politik und dem neuen Kurs zu überzeugen. Die Menschen blieben sehr skeptisch und zurückhaltend, schließlich widersprach sich weiterhin Reden und Handeln der Regierenden. Während man auf Versammlungen und Konferenzen die Meinungen und Verbesserungsvorschläge der Arbeiter und Bauern anhörte, wurden diese Aussagen hinterher nicht selten gegen sie selbst verwandt, ihnen Worte und Taten in Hand und Mund gelegt, die nicht der Wahrheit entsprachen und sie permanent feindlicher Einstellungen verächtigt.

In der Zeit um und nach dem 17. Juni 1953 traten zahlreiche Genossen aus der SED aus. Bis zum 17. Juni 1953 waren es zum Beispiel:

in der BPO der Zuckerfabrik: 8 Austritte,
in der VEG Hadmersleben: 2 Austritte
in der VEG Altenweddingen: 4 Austritte¹⁶²

Auch die Bauern konnten offensichtlich nicht so schnell den neuen Versprechungen der Regierung vertrauen. Auf einer Bauernaktivtagung, die kurz vor dem 1. August 1953 stattgefunden haben muss, forderten einige Bauern erneut den Sturz der Regierung.

Kreis Oschersleben

Im Sperr- und Grenzgebiet des Kreises Oschersleben gab es keine besonderen Vorkommnisse. Genau ein Jahr zuvor fand am 26. Mai 1952 im gesamten Grenzgebiet die durch die „Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie“ gestützte Aktion „Ungeziefer“ statt, bei der missliebige Personen, den Grenzstreifen, ihre Häuser und Höfe für immer verlassen mussten und über Nacht umgesiedelt wurden. Nur in Oschersleben selbst konnten Aktivitäten nachgewiesen werden, die dazu führten, dass sogar Panzer auffuhren.

Oschersleben

In der Oscherslebener Pumpenfabrik „Odesse“ legte die Dreherei von 6 bis 8 Uhr die Arbeit nieder. Noch in der Frühschicht wurden zwei Sprecher gewählt: die Dreher Gustav M. (geb. 1914) und Willi O. (geb. 1902). Das Motto lautete: „Wir erklären uns solidarisch mit den Berliner Bauarbeitern.“ Nach-

¹⁶² Vgl. Kreisanalyse über das Verhalten der Parteimitglieder im Kreisgebiet am 17.6., Wanzleben, den 9.10.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

dem um 8 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen wurde, blieb die Stimmung im Betrieb angespannt. Man wartete auf die Nachmittagschicht, die um 16 Uhr kommen musste. Der Personalleiter Zöpfgen hatte sich derweil in den Park gesetzt und verlor deshalb nach dem 17. Juni seine Stelle.¹⁶³

Über die weiteren Ereignisse konnten die eingesehenen SED-Kreisleitungsberichte keine Auskunft geben. Allgemein bekannt geworden ist jedoch, dass ein oder mehrere Panzer vor der Pumpenfabrik auffuhren. Daran erinnert sich auch noch Gerhard Blume, gegenwärtiger Bürgermeister der Stadt Hadmersleben im Kreis Wolmirstedt: *In Oschersleben stand ein russischer Panzer vor dem Werkstor des Pumpenwerkes „Odesse“ in Schussrichtung das bestreikt wurde. Auch außerhalb der Stadt waren russische Soldaten stationiert.*¹⁶⁴

Die Panzer wurden von Ausrufen¹⁶⁵, wie: *Schert euch zum Teufel, ihr Schweine, so sieht die deutsch-sowjetische Freundschaft aus, mit Panzern und Maschinenpistolen auf wehrlose Arbeiter, so wollen sie die deutsch-sowjetische Freundschaft pflegen.*, empfangen. Ein Zeuge des späteren Geschehens, Bernd Gottschalck, kann sich noch deutlich an die Mittagszeit des Tages erinnern:

Bernd Gottschalck

Wie ich den 17. Juni 1953 in Oschersleben erlebte:

Bis 1954 lebte ich damals noch in Oschersleben, wo heute übrigens noch einige meiner Geschwister wohnen. Den 17. Juni 1953 erlebte ich in Oschersleben als Dreizehnjähriger zufällig. Vor der einstigen Pumpenfabrik „Odesse“ in der Hornhäuser Straße las ich damals gerade die Nachrichten im, am Werkstor angebrachten Schaukasten der Fußballmannschaften von „Motor“ bzw. „Stahl“ Oschersleben. Gegen 13.00 Uhr sah ich einen der aus Magdeburg (Thälmann-Werk) kam und geradezu auf den Fabrikshof der „Odesse“ mit seinem Fahrrad zusteuerte. „In Magdeburg wird überall gestreikt“ rief er den herbeiströmenden Arbeitern zu. SED-Parteisekretär Schneegans versuchte vergeblich, die Pumpenwerker von einem spontanen Marsch durch die Oscherslebener Innenstadt abzuhalten. Gegen 13.00 Uhr formierten sich mehrere Hundert Arbeiter zu einer Demonstration, beginnend am Betriebstor, durch die Hornhäuser Straße. Die Arbeiterworte waren: „Einheit Deutschlands, Zurücknahme der Normerhöhungen, Frieden!“

¹⁶³ Vgl. Analyse über die Ereignisse am 17.6.1953 und die nachfolgenden Tage in Oschersleben. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

¹⁶⁴ Brief von Gerhard Blume, Bürgermeister von Hadmersleben, Kreis Wanzleben vom 21.1.2003.

¹⁶⁵ Vgl. Bericht vom 20.5.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

Plötzlich tauchten mehrere sowjetische Panzer auf und stellten sich zwischen die Demonstranten. Ich weiß noch, wie einer der Kommandanten laut rief: „Denkt an Stalingrad!“

Nach einer knappen Stunde lösten die Sowjets die Streikdemonstration gewaltsam ohne weitere Zwischenfälle auf. In der „Volksstimme“ Oschersleben fand dieses Ereignis später keine Erwähnung, auch wenn in den ersten beiden Tagen nach dem 17. Juni 1953 auch in Oschersleben keine Tageszeitungen erschienen.¹⁶⁶

Ab dem 19. Juni wurde in der Pumpenfabrik wieder voll gearbeitet.

Doch nicht nur „Odesse“ streikte, sondern auch die Beschäftigten des VEB Tabak legten die Arbeit nieder – das geschah jedoch erst am folgenden Tag.

Zunächst erschien am 18. Juni die gesamte Belegschaft des VEB Tabak, die zum großen Teil aus Frauen bestand, zur Arbeit. Gegen 8.30 Uhr wurde in der Abteilung Gerlach die Arbeit niedergelegt. Einige Angestellte liefen in die Abteilung Schrader und überzeugten die Kollegen dort, sich gemeinsam solidarisch mit ihren Männern zu erklären, die im Elmo, in der Pumpenfabrik Oschersleben und in Magdeburg streikten. Die Betriebsparteiorganisation versuchte die Frauen zu beruhigen und beschwerte sich später darüber, dass es nicht möglich gewesen wäre, da die Frauen – schlimmer als ein Sack Flöhe – nicht zu halten gewesen seien. „Jedoch gelang es allen vier Genossen nicht, Herr dieser Lage zu werden, da es in dieser Abteilung drunter und drüber ging.“¹⁶⁷ berichtete die Betriebsparteiorganisation der SED-Kreisleitung. Schließlich organisierten die Streikenden mit der BPO eine Versammlung, auf der Kollegin L. eine Resolution verlas, die zur Freilassung aller Kriegsgefangenen und zum Rücktritt der Regierung der DDR aufrief. Eine Kommission wurde von der Belegschaft gegründet und beauftragt, sich mit den anderen Betrieben zu vernetzen. Mitglieder dieser Kommission distanzieren sich in den späteren Aussprachen vor der Parteikontrollkommission ausdrücklich vom Begriff „Streikleitung“. Zum Beispiel lief eine Person namens R. und eventuell noch andere Kommissionsmitglieder von Betrieb zu Betrieb, um festzustellen, in welchen Betrieben auch gestreikt wurde. Was weiter passierte, konnte bisher nicht ausfindig gemacht werden. Im VEB Tabak wurden nach den Arbeitsniederlegungen vier Personen entlassen. R. wurde verhaftet, dann aber wieder freigelassen.¹⁶⁸

¹⁶⁶ Bericht von Bernd Gottschalck, Journalist i. R., Magdeburg, 27.12.2002.

¹⁶⁷ Vgl. Analyse über die Ereignisse am 17.6.1953 und die nachfolgenden Tage in Oschersleben. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

¹⁶⁸ Vgl. Bericht vom Monat September 1953 der KPKK Oschersleben vom 29.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

Eine besonders schlechte Stimmung herrschte am 17. Juni auch in der Fleischwarenfabrik A. Lüders in Oschersleben. Die Belegschaft verfasste eine Resolution, mit der sie die Rückkehr der früheren Besitzer des Betriebes forderte. Lange wurde über den Demonstrationszug, der durch Oschersleben führen sollte, diskutiert. Zu 18 Uhr berief der Treuhänder des Betriebes, Genosse B., eine Parteiversammlung ein, wo den Genossen die Lage im Land und im Betrieb erläutert und an die Sicherheit des Betriebes appelliert wurde. Sicherlich wurden hier auch Maßnahmen zur Beruhigung der Arbeiter und Angestellten geplant.¹⁶⁹

Widerstand fand häufig im ganz Kleinen statt und Widerstand hieß manchmal nichts anderes, als auf die Wahrung der eigenen Meinung zu bestehen. Zum Beispiel weigerten sich im Elmo-Werk Oschersleben Kollegen, unter die offiziell geforderten Stellungnahmen zu den Regierungsbeschlüssen, die veröffentlicht werden sollten, ihre Namen setzen zu lassen.

Elf Menschen wurden in der Nacht vom 20. zum 21.6.1953 bzw. am Morgen verhaftet.

Nach dem 17. Juni 1953 begann sich im Kreisgebiet die LPG Gunsleben südlich von Marienborn aufzulösen. Um für Gegenwart und Zukunft eine bessere Kontrolle der Bürger untereinander zu erreichen, war man schon kurz vor dem 17. Juni auf die Idee gekommen, offiziell anzuordnen, Haus- und Hofgemeinschaften einzurichten: Im Kreis Oschersleben *musste die [Partei- (d. V.)] Leitung feststellen, dass durch die Ereignisse am 17.6. und 18.6. die Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften unterbrochen wurde, jedoch an die Lösung dieser Aufgabe schnellstens heranzugehen ist.*¹⁷⁰ In der Firma C. Schmidt Oschersleben weigerten sich noch im September 1953 alle zehn Genossen des Betriebes, ihre Partei- und FDGB-Beiträge zu bezahlen.¹⁷¹

Kreis Halberstadt

Laut Zählungen der SED-Bezirksleitung Magdeburg beteiligten sich im Kreis Halberstadt 34 Betriebe mit ca. 6.000 Beschäftigten an den Streiks.¹⁷² Der

¹⁶⁹ Bericht vom Werkleiter der Halberstädter-Fleischwaren Gen. Bock (Treuhänder der Fleischwarenfabrik A. Lüders in Oschersleben) vom 20.5.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

¹⁷⁰ Protokoll vom 3.7.1953 aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 18 GO Magdeburg IV/7/138/3.

¹⁷¹ Vgl. Bericht vom Monat September 1953 der KPKK Oschersleben vom 29.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

¹⁷² Vgl. Bericht vom 20.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

Schwerpunkt der Aktionen lag auf der Stadt Halberstadt, während über Arbeitsniederlegungen oder andere Widerstandsformen im Kreisgebiet kaum etwas nachgewiesen werden kann. Nach damaligen Aussagen der IG Land- und Forstwirtschaft soll sich kein landwirtschaftlicher Betrieb des Kreises unter den streikenden befunden haben. Nur in der LPG Rothen¹⁷³ legte ein Brigadier die Arbeit nieder und teilte den Kollegen keine Arbeit mehr zu.

Neben Halberstadt spielte die zweitgrößte Stadt, Osterwieck, noch eine kleine Rolle. Am 18. Juni 1953 wurden in der Fassfabrik Osterwieck Bilder von Lenin, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck zerstört, und die Kontrollkommission der Partei verdächtigte in den Folgetagen hauptsächlich den Kollegen R., für die Zerstörungen verantwortlich gewesen zu sein.¹⁷⁴

Im IFA-Gleitlager Osterwieck soll der Schichtmeister Herr T. am 19. Juni veranlasst haben, dass die Maschinen für fünf Minuten abgestellt wurden, um der Getöteten in Berlin zu gedenken. Herr T. wurde daraufhin verhaftet und nachdem er kurze Zeit später aus der Haft entlassen wurde, wieder als Schichtmeister eingestellt. In den offiziellen Situationsberichten an die Parteizentrale interessierte die Stimmung im IFA-Schlepperwerk. Dort herrschte eine Atmosphäre, wie: Jetzt geht's los, jetzt ist es so weit. Die betrieblichen Vertreter der Partei schrieben: *Wir sind unter die Kollegen gegangen und haben uns über die guten Diskussionen gefreut. Von Streik war keine Rede.*¹⁷⁵ Da stellt sich heute die Frage nach der Perspektive und dem Weitblick der Parteifunktionäre und Genossen, die häufig auch selbst im Zwiespalt waren, weil sie ebenso mit unlogischen Entscheidungen von den vorgesetzten Ebenen und manchen Missverständnissen unzufrieden waren, andererseits gern den Versprechungen der Regierung vertrauten bzw. sie in ihren Ämtern persönlich vertreten mussten.

Nach dem 18. Juni trat eine beachtliche Zahl von 50 Kollegen des IFA-Werkes aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft aus. Darunter befanden sich elf SED-Mitglieder, die von der zuständigen Betriebsparteigruppe wieder zum Eintritt bewegt wurde.¹⁷⁶

173 „Rothen“ ist die Schreibweise im Original, möglicherweise ist der Ort „Rhoden“ gemeint, da es Rothen nicht gibt.

174 Vgl. Analyse über die Ereignisse vom 17.–19. Juni 1953 im Kreisgebiet Halberstadt und über die weitere Arbeit der KPKK. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

175 Vgl. Bericht des BPKK Magdeburg über die Zeit 16.6. bis 30.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

176 Vgl. Arbeitsplan der KPKK Halberstadt für September vom 16.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

Über einen Streik in Wegeleben wurde nur die Mitteilung gefunden, dass sich am 18. Juni streikende Kollegen (wahrscheinlich Angestellte der Deutschen Reichsbahn) auf dem Bahnhofsvorplatz um 18.45 Uhr aufgelöst hätten.¹⁷⁷

Die weiter unten angeführte Zusammenstellung¹⁷⁸ der streikbeteiligten Betriebe dokumentiert außerdem Arbeitsniederlegungen in der Möbelfabrik in Nienhagen und in der Pumpenfabrik in Badersleben. Über beide Betriebe wurden bisher keine näheren Informationen zu den dortigen Vorfällen gefunden.

Weitere Aussagen betreffen Vermutungen darüber, dass in der Ziegelei Heudeber, die heute zum Landkreis Wernigerode gehört, gestreikt wurde.¹⁷⁹ Am 23.6. wurde der Politleiter der MTS Eilenstedt um 10 Uhr morgens von Jugendlichen mit Steinen beworfen.¹⁸⁰

Halberstadt

In der Stadt Halberstadt begannen alle Streiks erst am 18. Juni 1953, noch bevor ab um 10 Uhr des Tages der Ausnahmezustand auch für Halberstadt galt.

Widersprüchlich ist – laut Akten, ob der erste Streik im Reichsbahnausbesserungswerk oder im Elektromotorenwerk (EKM) begann. Eine Quelle¹⁸¹ berichtet darüber, dass zuerst im EKM Halberstadt, das damals 700 Personen beschäftigte, die Arbeit niedergelegt und eine Streikleitung gebildet wurde. Diese lief und informierte die anderen Betriebe und rief sie zum Streik auf. Am Nachmittag sollen bereits insgesamt ca. 5.500 Werktätige aus folgenden Betrieben im Kreis gestreikt haben:¹⁸²

Press- und Stanzwerk	VEB Holzindustrie
VEB Autoreparaturwerkstatt	VEB Autoreparaturwerk
Verkehrsbetriebe	Bau-Union

177 Vgl. SED-Politabteilung RbA Halberstadt Bericht vom 18.6. an Polit-Abteilung der RBD Magdeburg. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

178 Vgl. unten und nächste Seite: Betriebe, die am 18.6. in Halberstadt gestreikt haben.

179 Angaben aus einem Brief der VWG Harzvorland-Huy vom 22.5.2002.

180 Vgl. Bericht vom 23.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

181 Tätigkeitsbericht der KPKK Halberstadt an BPKK vom 29.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

182 Die Angaben sind entnommen dem: Tätigkeitsbericht der KPKK Kreis Halberstadt an BPKK vom 29.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

Kreis-Entwurfsbüro	DHZ Kohle
Bahnmeisterei	Metallbau
Dehne	Brauckhoff
Degenhardt	Wiesmann & Co
Voss und Stange	Wäscherei Röver
Elektrobetrieb Wenig	Möbelfabrik Nienhagen
Pumpenfabrik Badersleben	

Im Bahnwerk (Bw) des RAW wurde am 18.6. um 7 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen, berichten andere Quellen¹⁸³. Eine Delegation nahm Kontakt zum EKM auf, um mit den dortigen Kollegen über einen geplanten Demonstrationmarsch zum Kupferwerk Ilseburg, Kreis Wernigerode, zu sprechen. Um 11.30 Uhr wurde hier die Arbeit jedoch wieder aufgenommen, während die Bahnmeisterei (Bm) erst im Laufe des Tages die Arbeit niederlegte. In den Nachbarbahnhöfen der Stadt, wie z. B. in Blankenburg, beobachteten die Kollegen, dass alle aus Halberstadt kommenden Loks am 18.6. keine Transparente oder Losungen mehr trugen und erkennbar war, dass diese entweder abgekratzt oder abgewaschen worden waren.¹⁸⁴

Während es im RAW noch am 18. so aussah, dass ab dem nächsten Tag wieder regulär gearbeitet würde, blieb es am 19. doch beim Streik. Zunächst sollte am frühen Morgen in einer Versammlung auf der Verschiebebühne eine Streikleitung gewählt werden. Vorgeschlagen wurden der Brigadier L., Waldemar H. aus Harsleben und Walter Sch. Der Versuch scheiterte, da die drei sich nicht dazu bereit erklärten. Dann rief der Betriebsfunk zur Arbeitsaufnahme auf und verwies auf das „vorbildhafte Beispiel“ der Kollegen der Lehrlingswerkstatt und der Kesselschmiede, die durch eine „gute Überzeugungsarbeit der Agitatoren ihre Arbeit inzwischen wieder aufgenommen hätten“. Als die streikenden Mitarbeiter das hörten, stürzten einige von ihnen in die Abteilungen und hinderten die Streikbrecher an der Weiterarbeit. Danach versuchte man im Kulturraum erneut, eine Streikleitung zu finden, (zu wählen oder zu bestimmen). Auch das misslang, da nun über die Lautsprecher bekannt gegeben wurde, dass aufgrund des Ausnahmezustandes Versammlungen verboten seien und die Kollegen innerhalb von 10 Minuten den Kulturraum zu

183 Vgl. SED-Politabteilung RbA Halberstadt Bericht vom 18.6. an Polit-Abteilung der RBD Magdeburg. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

184 Vgl. Informationsbericht über den 17.6.1953 der SED-Stadtleitung Blankenburg an SED-Kreisleitung. aus Stadtarchiv Blankenburg. Akte 926/Bl. 2 „Schriftverkehr der Ortsleitung der SED mit der Kreis- und Landesleitung der SED“ 1950–1954.

verlassen hätten. Gleichzeitig verständigten die betrieblich Verantwortlichen die sowjetische Kommandantur, sowjetische Soldaten rückten an und trieben die inzwischen angewachsene große Menschenmenge auseinander. Die Mehrzahl der Kollegen verließ dabei das Werk und ging nach Hause. Ein kleinerer Teil der Kollegen, eine Gruppe von ca. 150 Personen arbeitete von 11 bis 16.30 Uhr weiter und führte überwiegend kleinere Reparaturen aus. Einige Angestellten der Verwaltung gingen ebenfalls zurück in die Büros. Eine zweite Gruppe begab sich zum Bahnhof und zum Bahnwerk, um dort mit den Kollegen zu diskutieren, dass jene sich dem Streik anschließen mögen. Um einen solchen zu verhindern, ging die Betriebsleitung auf die Forderungen der Belegschaft ein und zahlte ihren Angestellten einen Teil der verlangten Prämien aus. Daraufhin wurde nicht mehr gestreikt. In der Bahnmeisterei des RAW legten am 18.6. von 87 Angestellten 58 die Arbeit nieder und auch am nächsten Tag erschienen 50 Kollegen nicht zur Arbeit. Eine weitere dritte Gruppe wollte zum RAW Blankenburg, um die Kollegen auch dort zum Streik aufzufordern, diese Gruppe wurde verhaftet.¹⁸⁵

In der Nachtschicht vom 19. zum 20.6. arbeiteten insgesamt nur 20 Kollegen bei einer Gesamtbelegschaft von ca. 1.550¹⁸⁶ Kollegen. In der Kesselschmiede erschienen zum Beispiel vier von 95 Mitarbeitern. Am nächsten Tag, dem 20. Juni, arbeitete bis auf ca. 25 Kollegen wieder das ganze Werk. Im gesamten RAW Halberstadt wurden sechs Personen verhaftet. Kollegen, vor allem aus der Kesselschmiede und vom Kreisbaubetrieb, kündigten für Montag einen erneuten Streik an, wenn die Verhafteten nicht frei gelassen würden.¹⁸⁷ Nach den Streiktagen versuchten einige Kollegen des RAW eine Genossin zu unterstützen, deren Sohn am 18./19. aktiv war und vermutlich inhaftiert wurde.¹⁸⁸

Die Angestellten der Kreissparkasse Halberstadt wandten sich mit folgender Resolution¹⁸⁹ an die Regierung:

185 Vgl. Dritter Bericht bis zum Stand vom 20.06., 8 Uhr zu den Vorkommnissen in unserem Amtsbezirk. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

186 Einmal benennen die SED-Berichte eine Belegschaftszahl von 900, einmal von 1.100. Die VP-Akten dokumentieren über Halberstadt, dass alle 1.550 Arbeiter am 18. und 19.6. streikten und am 20.6. noch 500 Arbeiter. Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt M 24 BDVP Magdeburg 1952–60 Nr. 180.

187 Vgl. Vierter Bericht bis zum Stand vom 21.6.1953, 8 Uhr zu den Vorkommnissen in unserem Amtsbezirk. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

188 Bericht von der Leitungssitzung des RAW. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

189 Forderungen der Angestellten der Kreissparkasse Halberstadt. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.



Dokument 14: Forderungen der Angestellten der Kreissparkasse Halberstadt an die Regierung, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Rep. P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg Nr. IV/2/4/26, Bl. 8

Die Belegschaft (200 Angestellte) der Firma Wiesmann & Co beschloss am 18. Juni um 9 Uhr einstimmig, in einen 24-stündigen Sympathiestreik zu treten. Sie wandten sich in einem Brief an den FDGB und wollten vor allem auf die Unverantwortlichkeit der Gewerkschaft aufmerksam machen, die sich bisher zu den Vorgängen nicht geäußert und nur in Schweigen gehüllt hatte. Mit ihrem Streik forderten sie die Senkung der HO-Lebensmittelpreise, die Öffnung der Zonengrenzen, freie Wahlen für ein einheitliches Deutschland und die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener.¹⁹⁰

Ihnen folgten die ca. 400 Kollegen des VEB Press- und Stanzwerkes Raguhn, Produktionsbereich Halberstadt am 18.6., um 13.30 Uhr ebenfalls mit einem 24-stündigen Sympathiestreik. Sie forderten

sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in ganz Deutschland,

Freie Wahlen für Gesamtdeutschland,

sofortige Preissenkungen sämtlicher Konsumgüter und

¹⁹⁰ Vgl. Brief an den FDGB Brief der Fa. Wiesmann & Co, Staatliches Eigentum Halberstadt an FDGB aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

einen Rechenschaftsbericht über die Zustände in Berlin und die bisherigen Toten¹⁹¹.

Erst wenn die Regierung ihre Fehler eingesehen und Maßnahmen beschlossen hätte, würde die Arbeit wieder aufgenommen werden. In der Streikleitung waren außer dem ehemaligen Genossen Weinert, die Kollegen Schmidt, Winkelmann, Meyer, Keller, Volkmann und Dannenberg vertreten.

Die Postzustellung fiel für einen Tag aus. Telegramme wurden nur befördert, wenn sie die anderen Betriebe zum Streik aufforderten.¹⁹²

Eine weitere wichtige Rolle für die weiteren Ereignisse an den Streiktagen übernahm neben dem EKM und dem RAW der VEB Kreisbaubetrieb Halberstadt. Die zu ihm gehörenden Baustellen informierten und animierten sich gegenseitig zum Streik. So erhielt die Baustelle Klus-Siedlung am Morgen des 19.6. einen Anruf von Brigadier Stechert, Abt. Tiefbau, dass er und seine Brigade nicht arbeiten würden, woraufhin auch in der Klus-Siedlung nicht mehr weiter gearbeitet wurde.¹⁹³ Die gewählte Vertrauenskommission verfasste einen Brief¹⁹⁴, mit dem sie sich an den Rat der Stadt, den Rat des Kreises und die Regierung der DDR wandte.

Gar nicht so selten kam es in verschiedenen Städten und Gemeinden vor, dass Parteimitglieder oder Vertreter staatlicher Ämter und Funktionen, wie z. B. Bürgermeister, die aufgebrachte streikende Bevölkerung passiv oder aktiv unterstützten. Als einmalig im gesamten Bezirk gilt jedoch, was in Halberstadt passierte. Hier solidarisierte sich der Vorsitzende des Rates des Kreises im Rahmen seiner Möglichkeiten mit den Streikenden, womit im Nachhinein der Streik manchen Beteiligten als von ihm politisch legalisiert und anerkannt, erschien.

Am Morgen des 19. Juni 1953 forderte Herr Schmidt, der Leiter des Kreisbaubetriebes Halberstadt den Vorsitzenden des Rates des Kreises Halberstadt, Genosse Heer, auf, die „Vertrauenskommission“, so nannte sich die Streikleitung seines Betriebes, anzuhören. Um 10.30 Uhr wurde die Kommission im Rathaus empfangen und die mitgebrachte Resolution verlesen (s. u.). Der

¹⁹¹ Brief v. 18.6.1953 von der Streikleitung an den FDGB Kreisvorstand der IG Metall. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

¹⁹² Vgl. Bericht des BPKK Magdeburg über die Zeit 16.6. bis 30.6.1953. Aus der Ich-Perspektive geschrieben. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

¹⁹³ Vgl. Informationen über Baustellen des Kreisbaubetriebes Halberstadt. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

¹⁹⁴ Brief der Gewählten Vertrauenskommission des VEB Kreisbaubetriebes Halberstadt vom 19.6.1953 an Rat des Kreises, Rat der Stadt und Regierung der DDR. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

abschrift

0707

Der VEB Kreisbaubetrieb in Halberstadt stellte Forderungen auf, die von sämtlichen Streikleitungen als ihre eigenen Forderungen akzeptiert wurden. Wortlaut der Forderungen:

Die Kolleginnen und Kollegen des VEB Kreisbaubetriebes in Halberstadt haben bis zum gestrigen Tage unermüdlich ihre Pflicht getan und ohne Unterbrechung gearbeitet. Vorkommnisse des gestrigen Tages geben Veranlassung, auch nach Verhandlungen mit Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe bestimmte Forderungen zu stellen. Wir führen zunächst einige Beispiele an:

1.) Unser Kollege H. wollte mit 3 Kollegen der Zimmerei nach dem Bahnhof um dort die Arbeit auf unserer Baustelle Ost in Aschersleben aufzunehmen. Ecke Breiter Weg, Heideburgerstr. hielt plötzlich ein IKA. Ein Offizier der Sowjetarmee stieg aus und schubste unsere Kollegen auseinander.

2.) Weiter wurde beobachtet, dass eine schwangere Frau gestern am späten Nachmittag gleichfalls sehr derb weiter gestossen wurde.

3.) Unser Kollege J. kam mit seinem Rad und mit seiner 3-jährigen Tochter, die auf dem Rad saß, von seiner Wohnung und wollte in die Stadt. Er gehörte auf dem Wege zu der Gruppe der Neugierigen. Als er nach der Holzmarktstr. nach 17 Uhr einbog, wurde er unmittelbar von einer MP erschossen sodass er und sein Kind vom Rad stürzten und hinten am Wagenvorsprung Deckung nehmen mussten.

Die versammelten Kolleginnen und Kollegen des Betriebes wenden sich hiermit an den Rat des Kreises bzw. Rat der Stadt Halberstadt mit folgender Bitte: Bitte um sofortige Stellungnahme zu den Punkten bis 3., wobei die Entscheidung, ob die Arbeit weiter geführt wird oder nicht.

a.) Die Sicherheit der Einwohner der Stadt Halberstadt muss hergestellt werden. Das nach Ansicht der Kolleginnen und Kollegen des VEB Kreisbaubetriebes Halberstadt nicht durch die Anwendung von Feuerwaffen geschehen kann. Sie fordern, dass andere Mittel als Anwendung von Schusswaffen nötigenfalls verlangt werden.

b.) Die Kolleginnen und Kollegen des VEB Kreisbaubetriebes Halberstadt wissen, dass Ansammlungen widerrechtlich erfolgten, die jedoch ein derartiges Vorgehen nicht rechtfertigen. Sie hätten Verständnis dafür, wenn nach der Sperrzeit, ab 21 Uhr diese Massnahme ergriffen wäre.

c.) Unsere Kolleginnen und Kollegen beobachteten am gestrigen Tage, grundlose und willkürliche Verhaftungen. Sie fordern die sofortige Freilassung der in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen.

Diese Forderungen sind zunächst als Minimalforderungen des VEB Kreisbaubetriebes anzusehen. Bei Erfüllung derselben würden sich die anwesenden Kollegen dafür einsetzen, dass

a.) die Arbeit weitergeführt und

b.) eine Besprechung organisiert wird mit Vertretern aller Halberstädter Grossbetriebe, um nach Erfüllung dieser Forderung über die Frage der gemeinschaftlichen Arbeitsaufnahme zu diskutieren.

Über diese Minimalforderungen hinaus werden von Seiten der Kolleginnen und Kollegen des VEB Kreisbaubetriebes Halberstadt noch folgende Forderungen gestellt:

- 1.) Freie, geheime, gesamtdeutsche Wahlen, wie sie vor 1933 durchgeführt wurden.
- 2.) Unter Zurückstellung aller bisherigen Differenzen mit aller Kraft die schnellste Herbeiführung der Einheit Deutschlands.
- 3.) Schnellster Fortfall der Zonengrenzen.
- 4.) Abzug aller Besatzungstruppen.
- 5.) Senkung aller Preise für den täglichen Bedarf (NO Preise) um 40 %
- 6.) Umbildung der Regierung der DDR, da die jetzige nicht mehr das Vertrauen des Volkes besitzt.
- 7.) Berichtigung der Normen.
- 8.) Fortfall von Massregelungen irgendwelcher Art gegen die gewählte Kommission und gegen Kolleginnen oder Kollegen, die ihre freie Meinung äussern.

Die Unterzeichneten Kollegen des VEB Kreisbaubetriebes Halberstadt, die von den Versammelten als Vertrauensauschuss gewählt sind, sind berechtigt, über die eingereichten Forderungen, mit dem Rat des Kreises bzw. Rat der Stadt Halberstadt zu verhandeln.

Das gesamte Vermögen des VEB Kreisbaubetriebes Halberstadt, alle Betriebsgebäude und Bauteile - einschliesslich aller Maschinen, Geräte und Material - werden bis zur Weiterführung der Arbeit von den Verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen unseres Betriebes ordnungsgemäss bewacht.

Die gewählte Vertrauenskommission
des Kreisbaubetriebes Halberstadt

(Unterschrift von 10 Personen)

Dokument 15: sogenannte „Abschrift“ der Gewählten Vertrauenskommission des VEB Kreisbaubetriebes Halberstadt, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Rep. P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg Nr. IV/2/4/26, Bl. 7 und 7 Rs.

Kreistagsabgeordnete Rummel verlangte daraufhin eine Konferenz mit allen Streikleitungen und so beschlossen die Anwesenden eine Sitzung für 15 Uhr des gleichen Tages. Schnell wurden die Streikleitungen aller streikenden Betriebe und zusätzlich Vertreter einiger noch nicht streikenden Betrieben, wie z. B. die Halberstädter Fleischwarenfabrik eingeladen. Der 1. Sekretär der Parteileitung, Schneider, erfuhr gegen 13 Uhr von dem einberufenen Treffen. Er sagte am Telefon zum Vorsitzenden Heer, dass er die Beratung allein durchführen solle, da Schneider sich mit der VP und dem MfS in Verbindung setzen wolle. Um 16 Uhr meldete sich Schneider bei der Volkspolizei und dem MfS und verlangte von ihnen die Verhaftung der Streikleitungen. Heer

informierte auch den russischen Kommandanten, der ebenfalls nicht zum Treffen erschien. Heer überbrachte den Streikleitungen dessen Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dass er nicht mehr überbrachte, wurde Heer später vorgeworfen. Schließlich nahm kein weiterer staatlicher Vertreter außer Heer an der Konferenz teil, bei der 18 Betriebe vertreten waren. Sie tagten von 15 bis 19.30 Uhr.¹⁹⁵ Hinterher konnte sich Heer an die Namen der Anwesenden nicht mehr erinnern, auch die Vertreter des MfS und der VPKA konnten keine Angaben machen. Daraufhin versuchte man die Namen der Teilnehmer zu ermitteln, um sie verhaften zu können. Noch am 19.6. wurde die Streikleitung des EKM verhaftet.

Natürlich konnte das Verhalten des Kreistagsvorsitzenden zu jener Zeit nicht folgenlos bleiben. Ein Berichterstatler, der wahrscheinlich für das MfS arbeitete, schrieb in seinem Bericht: *Ich fuhr von dem MfS zurück und gab dann von der Kreisleitung aus die Anweisung, den Genossen Heer nicht wieder freizulassen.*¹⁹⁶ Heer war nur für einige Stunden inhaftiert und wurde dann wieder freigelassen. Die Kreisparteikontrollkommission (KPKK) führte dann mit ihm Aussprachen durch. Soweit die Folgeereignisse aus den recherchierten Quellen nachvollziehbar wurden, sollte Heers Bestrafung darin bestehen, ihn aus seiner Funktion zu entlassen um ihn auf eine niedrigere Position herabzustufen. Außerdem hatte er mit einer Rüge zu rechnen. Nach seinem Einverständnis befragt, lehnte Genosse Heer die Strafen ab. Sichtbar wird hier, wie unterschiedlich in den Kreisen und in den zuständigen Parteikontrollkommissionen mit Bestrafungen umgegangen wurde. In anderen Kreisen hätte der Vorsitzende mindestens eine Strafe von mehreren Jahren Gefängnis – zum Beispiel für Landfriedensbruch – erhalten.

Dem oben aufgeführten Dokument mit den Forderungen der Streikenden¹⁹⁷ schlossen sich während der Sitzung beim Vorsitzenden des Rates des Kreises die anderen Streikleitungen an und unterzeichneten es.

Außer in den vier Privatbetrieben: Karosseriebau Müller, Konservenfabrik Wipper, Druckerei Schmidt und in der Bau-Union Magdeburg mit Sitz in Halberstadt wurde ab dem 20. Juni 1953 in allen Betrieben wieder gearbeitet. Bis um 16 Uhr dieses Tages hatten die genannten Firmen ihre Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, damit streikten insgesamt noch ca. 101 Personen. Auch auf einigen kleineren Baustellen des VEB Kreisbaubetriebes arbeiteten noch nicht

195 Vgl. Bericht über das Verhalten des Kreissekretariats Halberstadt während der faschistischen Provokation am 17.6.1953 und nachfolgenden Tagen, vom 14.9.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

196 Vgl. Bericht des BPKK Magdeburg über die Zeit 16.6. bis 30.6.1953. Aus der Ich-Perspektive geschrieben. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

197 Vgl. Tätigkeitsbericht der KPKK Halberstadt an BPKK vom 29.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/23.

alle. Einige Kollegen kündigten an, dass sie, zusammen mit Kollegen aus dem RAW, am Montag erneut streiken würden, wenn die Verhafteten nicht freigelassen würden.¹⁹⁸ In der Kreissparkasse kam es am 20. Juni um 16 Uhr zu erneuten Streikversuchen.¹⁹⁹

In der Schulparteiorganisation der kommunalen Berufsschule Westerndorf/Halberstadt redeten die Lehrer offen darüber, ob sie nach den letzten Ereignissen die marxistische Lehre für sich persönlich noch anerkennen müssten. Viele waren der Meinung, dass dies nach den jüngsten Ereignissen nun nicht mehr nötig wäre.²⁰⁰

In allen Predigten am 21.6.1953 in den Halberstädter Gottesdiensten glaubten spitzelnde Zuhörer, die gekommen waren, um regierungsfeindliche Äußerungen herauszufiltern, versteckte Stellungnahmen zu den Ereignissen seit dem 17. Juni 1953 zu hören. So wurde in den SED-Berichten genau zitiert, wie Pfarrer Sch. aus der Johanniskirche seine Predigt begann: „Es geschah in Berlin – wenige Sekunden Stille – vor dem 1. Weltkrieg.“²⁰¹ Das entscheidende dabei war die Atempause, die so gemeint, aber auch zufällig gewesen sein kann, und hier nur ein Beispiel dafür sein soll, wie akribisch und misstrauisch nahezu jede Äußerung im Anschluss an die widerständigen Tage angehört und bewertet wurde.

Kreis Wernigerode

Die Atmosphäre im Kreis Wernigerode war 1953 (ähnlich wie in den anderen Grenzkreisen) durch die Ende Mai 1952 begonnenen „Maßnahmen zur Verstärkung der Grenzsicherheit“ besonders geprägt. Man begann, das Grenzsystem auszubauen. Das Grenzgebiet wurde zu einer besonderen Zone erklärt und damit nicht mehr für jeden zugänglich. Mehrere Hundert Einwohner, die meist in den grenznahen Orten wohnten, wurden im Mai und Juni 1952 unter dem Stichwort „Aktion Grenze“ gegen ihren Willen umgesiedelt. Die Möglichkeiten des „Kleinen Grenzverkehrs“ nach Westdeutschland wurden abgeschafft, so dass die noch vorhandenen grenzüberschreitenden ökonomischen Kooperationen wegbrachen und private Beziehungen darunter litten. Im Vergleich zu anderen Grenzkreisen, in denen aufgrund der ähnlichen Situation und damit verbundener Ängste die Tage um den 17. Juni besonders ruhig

198 Vgl. Bericht vom 21.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

199 Vgl. Kreisbericht vom 20.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

200 Vgl. Bericht vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

201 Vgl. Bericht vom 21.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

verliefen, ist es um so erstaunlicher, dass im Kreis Wernigerode mindestens 20 Betriebe und bis zu 8.000 Personen²⁰² ihre Unzufriedenheit mit den Zuständen im Land zum Ausdruck brachten.

Laut Angaben der SED-Kreisleitung streikten:

- vier Betriebe in Ilsenburg: die Kupferwerke, die Radsatz-Werke, das Ilsewerk, das Sperrholzwerk,
- der VEB Tanner Hütte in Tanne,
- in Wernigerode: die Ysat-Fabrik, die Holzmehlfabrik, die Kleiderfabrik Oppermann, der VEB Bürobedarf, die Metallindustrie (= IFA-Fabrik?), das Hauptpostamt, die Hasseröder Brauerei, das Elektromotorenwerk, der VEB Gießerei und Modellbau und die Papierfabrik,
- in Elbingerode: die Grube am Büchenberg, die Grube Einheit und die Hornberger Kalkwerke (auch Rübeland) und in
- Blankenburg: der Kreisbaubetrieb Quedlinburg/Baustelle Blankenburg.²⁰³

Auch wenn die meisten Streiks erst am 18. Juni begannen, waren die Aktivitäten der Streikenden bis zum 20. Juni 1953 – ähnlich wie in Halberstadt – noch deutlich intensiver und ausgeprägter als im übrigen Bezirk. Auch hier bestand Ausnahmezustand, wann er genau durch den sowjetischen Kommandanten über den Kreis verhängt wurde, ging aus den Kreisleitungsakten nicht hervor.

Die Kreisleitung der SED organisierte gezielte „Agitationsbewegungen“, um die Diskussionen und Arbeitsniederlegungen der Arbeiter aufzuhalten. Sowjetisches Militär wurde eingesetzt und 17 Personen vom MfS und der Polizei verhaftet.²⁰⁴ Acht der im Kreis Festgenommenen sollen Mitglieder der SED gewesen sein, die entweder bei den 17 schon mitgemeint sind oder noch dazu gezählt werden müssten. Alle Inhaftierten sollen ohne Verurteilungen wieder zurückgekehrt sein. Im Gegensatz zu anderen Kreisen kam es zu keinen wesentlichen personellen Veränderungen.

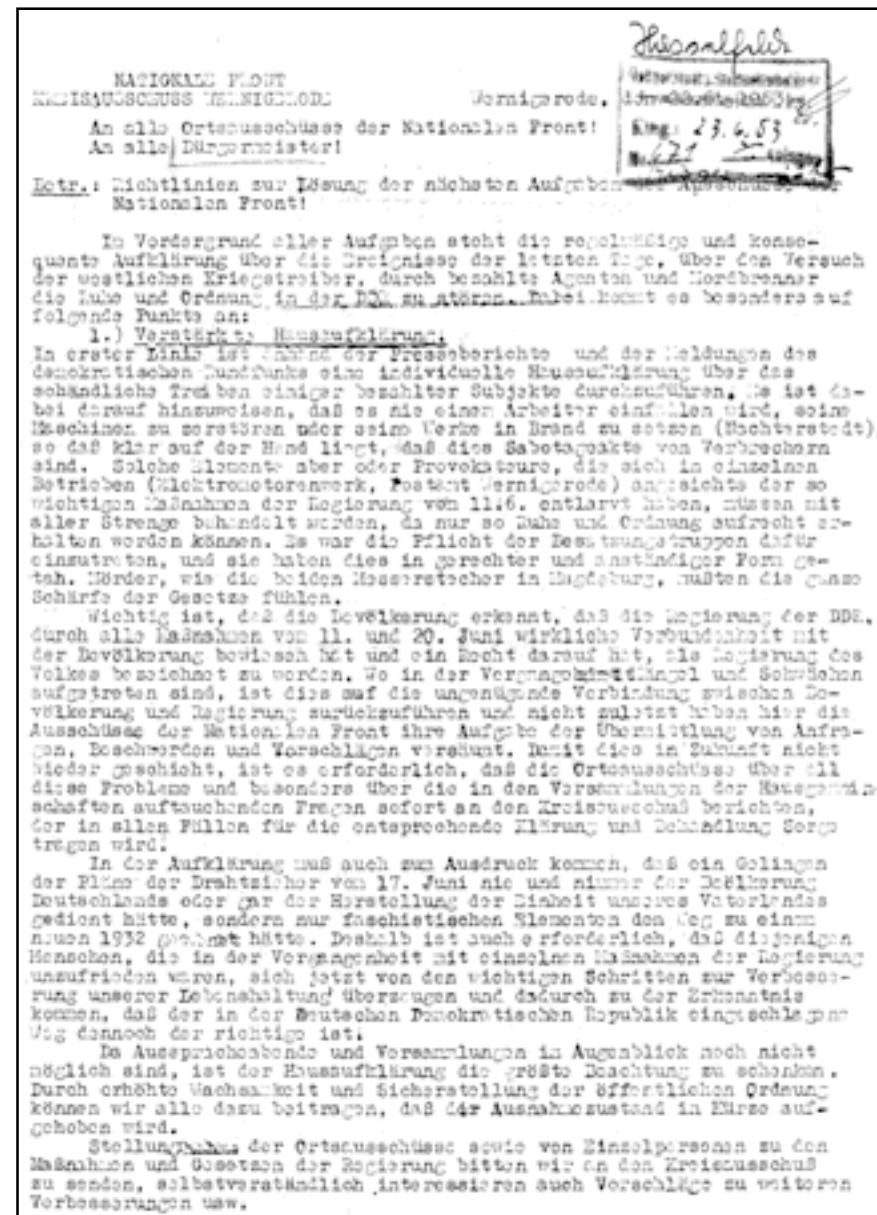
Nach dem 17. Juni 1953 wurde in den „Richtlinien zur Lösung der nächsten Aufgaben der Ausschüsse der Nationalen Front“ eine verstärkte Hausaufklärung²⁰⁵ gefordert. Das bedeutete, dass Partei- und Regierungsvertreter in die Häuser und Familien gehen und mit ihnen über die politischen Ereignisse sprechen sollten. Welche Argumente sie dazu benutzen sollten, wurde vorgegeben.

202 Zahlenangaben nach Möse, Kurt-Dieter/Meißner, Matthias: Der Weg zum Landkreis Wernigerode und dessen staatliche Entwicklung., Wernigerode, 2002, S. 71ff.

203 Analyse über die Ereignisse am 17.6.1953 und den nachfolgenden Tagen. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

204 Möse, Kurt-Dieter/Meißner, Matthias: Der Weg zum Landkreis Wernigerode und dessen staatliche Entwicklung., Wernigerode, 2002, S. 71ff.

205 Brief der Nationalen Front Wernigerode an das Bürgermeisteramt Hasselfelde vom 22.6.1953



Dokument 16: Brief der Nationalen Front Wernigerode an das Bürgermeisteramt Hasselfelde vom 22.6.1953 (Vorder- und Rückseite)

-2-

2.) Wahl der Leitungen der Hausgemeinschaften.
 Da Hausversammlungen in Augenblick noch nicht möglich sind, werden alle Ortsausschüsse gebeten, sich ihre Pläne ohne Festlegung der Termine so zu überarbeiten, daß nach Aufhebung des Ausnahmezustandes sofort mit der weiteren Durchführung der Wahlen der Leitungen begonnen werden kann.
 In der Zwischenzeit bitten wir, alle noch fehlenden Berichte über bereits durchgeführte Wahlen usw. an den Kreisausschuß zu übersenden.
 Die Verbindung mit den örtlichen Instruktoren, die bei der Erarbeitung der Pläne mitwirken sollen, ist in diesem Zusammenhang zu verbessern.
 Über weitere Maßnahmen werden die Ortsausschüsse je nach der Situation sofort in Kenntnis gesetzt werden.

3.) Sicherung der Ernte.
 Der VdgB der Erntebereitschaft am 20/21.6.1953 hat gesagt, daß noch nicht alle Ortsausschüsse die Bedeutung der Mitarbeit in dieser Frage erkannt haben. Es ist erforderlich, daß in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung, den LPG'en und den VdgB in Zukunft alle damit in Zusammenhang stehenden Aufgaben voll unterstützt werden. Um einen stichwortartigen Bericht wird bis zum 2. Juli gebeten.

4.) Digitalisierung- Vertrieb von Spendermarken am 27/28.6.1953
 Der Digitalisierung durch erfolgreiche Realisierung der Listen-sammlung und den Vertrieb der Spendermarken der Nationalen Front kommt jetzt erhöhte Bedeutung zu. Durch die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung (Lohnzahlung nach alten Normen, Erhöhung der Renten, Senkung der Preise auf einigen Gebieten, Ausgabe der Lebensmittelkarten usw.) sind alle Voraussetzungen für eine Verbesserung der Digitalisierung gegeben.
 Um noch im Monat Juni zu einem wirklichen Erfolg zu kommen, ist erforderlich, daß gemäß Verbandsbeschuß vom 17.6. zum Wochenende am 27./28.6.53 alle Voraussetzungen für einen organisierten Vertrieb der Spendermarken noch aus dem Monat Mai geschaffen werden. Es kommt dabei darauf an, daß alle Mitarbeiter der Ausschüsse und Hausgemeindefunktionäre, der Parteien und Massenorganisationen, Gewerkschaften und Punktfunktionäre aus Betrieben und Verwaltung jeweils einige Marken zum Vertrieb übernehmen und dadurch die Ausschüsse auch wirtschaftlich festigen. Der Kreisausschuß schlägt vor, daß alle Ortsausschüsse zum 30.6. spätestens aber bis zum 2.7. eine Abrechnung vornehmen und dabei bemerkt sind, Beispiele einer systematischen und aufgesetzten Arbeit zu geben.
 Die gesamte Tätigkeit der Ausschüsse und Hausgemeinschaften muß darauf basieren, in enger Verbindung mit der Bevölkerung eine systematische Aufklärung durchzuführen, aber auch laufend die Beschwerden und Vorschläge aller Einwohner dem Kreisausschuß zur weiteren Bearbeitung und damit zur Kenntnis der Regierung mitzuteilen.
 gm. Ortsosj
 Kreissekretär.

Ende Juni 1953 meldete die SED-Kreisleitung der Bezirksleitung, dass die Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften noch nicht durchgeführt werden könnte, da die Menschen noch nicht so weit seien. Viele Einwohner würden ihre Mitarbeit verweigern. Außerdem wurden sogenannte „vertrauensbildende Maßnahmen“ für die Bevölkerung organisiert, die von dieser aber kaum angenommen wurden. Die „Maßnahmen“ sollten zur Bildung neuen Vertrauens in die Regierung führen. Zum Beispiel fand eine Demonstration durch Wernigerode statt, die vorher als Friedensdemonstration bezeichnet und angepriesen wurde, eigentlich aber dazu diente, die Unterstützung des politischen Kurses

der Regierung durch die beteiligten Bürger des Kreises zu proklamieren. Nachdem sich herumsprach, welche parteilichen Interessen hinter der Demonstration stehen würden, sagten viele Betriebsabteilungen und Einzelpersonen ihre Teilnahme wieder ab und die Beteiligung blieb äußerst gering. Die gleichen Hintergründe galten für den Auftritt eines koreanischen Ensembles, das kurzfristig mit einem Sondertermin für Wernigerode organisiert worden war. Es wurden dafür kaum Eintrittskarten verkauft.

Was passierte in den Orten des Kreisgebietes?

Über Benneckenstein galt während der aufregenden Junitage zwischen 22.00 und 6.00 Uhr Ausgangssperre. An einem dieser Tage erhielt der Parteisekretär Genosse K., der im Bahnhof Benneckenstein beschäftigt war, einen telefonischen Anruf aus Wernigerode mit der Anweisung, dass sofort in sämtlichen Gebäuden des Bahnhofgeländes die Bilder der führenden Genossen abzunehmen seien. Ohne darüber nachzudenken, ob dieser Auftrag im Zusammenhang mit den Protesten der Arbeiter stehen könnte, führte er die Anweisung aus.²⁰⁶ Tatsächlich berichteten die Kreisleitungsberichte diesen kleinen Vorfall als Streich der Arbeiter. Der Stadtrat Benneckensteins verlas einige Tage später eine allgemeine Stellungnahme zu den Ereignissen am 17. Juni, die heute im Stadtarchiv des Ortes nicht mehr vorhanden ist. Für 1953 waren auch in Benneckenstein weitere Umsiedlungsaktionen geplant, wie sie im Jahr 1952 schon durchgeführt wurden. Eine „schwarze Liste“ soll bereits existiert haben, wurde aber nach dem 17. Juni nicht mehr verwendet.

Von der Elbingeröder Grube „Einheit“ wurde der Bezirksleitung der Brand eines Ölbunkers gemeldet²⁰⁷, wobei nicht deutlich erkennbar wird, ob dieser tatsächlich in einem Zusammenhang mit dem 17. Juni gestanden hat. Weitere Erwähnungen in den Akten wiesen auf Arbeitsniederlegungen in Bergbaubetrieben des Oberharzes hin. Wirklich aussagekräftige Quellen wurden dennoch bisher nicht gefunden. Die SED-Berichterstattung erwähnte lediglich, dass am 19. oder 20.6.1953 ein Solidaritätsstreik im VHK Kalkwerke Rübeland für das Elektromotorenwerk in Wernigerode stattgefunden hat. Hier – erinnerte sich ein ehemaliger Elektriker des „Hornberger Kalkwerkes“ – wurden auch gemeinsam westliche Radio-Sendungen abgehört.²⁰⁸ Die Elektriker dieses Betriebes hatten in ihrer Werkstatt als einzige Betriebsangehörige einen Radioapparat, um den sich immer viele Betriebsangehörige scharten.

206 Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

207 Vgl. Bericht vom 20.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

208 Vgl. Bericht von Günther Breutel (Ortschronist): Der 17. Juni in Elbingerode. (unveröffentlicht), ohne Datum.

Außer den genannten Vorkommnissen ließ in Silstedt die Bürgermeisterin Else Jacobi sämtliche parteipolitischen Transparente entfernen²⁰⁹ und über die Ziegelei Heudeber fand die VWG Harzvorland-Huy heraus, dass hier gestreikt worden sei. Genauere Angaben konnte sie nicht machen.

Derenburg

Wolfgang Jütte
[Halberstadt 2003]

*Im Frühjahr 1953 waren durch die bauernfeindliche Politik des SED-Regimes in der DDR 6 Bauern gezwungen, einen **Antrag** auf Devastierung [fremde Bewirtschaftung durch Dritte] zu stellen. Das bedeutete für sie, sich vom gesamten landwirtschaftlichen Familienbesitz zu trennen und aus dem eigenen Haus auszuziehen. Die Verhandlung über den Antrag dieser 6 dauerte weniger als 1 Stunde!*

Der Sohn des Bauern Albert H. mit seiner Familie als Bewirtschafter war nach der Devastierung in die BRD übersiedelt, da ihm eine Mitarbeit auf eigenem Besitz verwehrt wurde. Albert H.s Mutter Alma, geb. Jütte, war die Cousine meines Vaters, Walter Jütte. Die alte Frau musste ebenfalls aus ihrer Wohnung ins Derenburger Hospital ziehen.

Bei den Unruhen um den 17.6.1953 erschien mein Vater auf dem Rathaus und verlangte vom Bürgermeister „Kunath“, dass seine Cousine Alma H. wieder in ihre alte Wohnung einziehen kann. Der Bürgermeister, der vorher die Bauern schikaniert hatte, war nun eingeschüchtert und willigte ein.

Ich selbst habe dann mit unserem Pferdegespann die Möbel zu ihrer Wohnung in der Kornstraße transportiert und sie war einigermaßen zufrieden.

Nachdem der Volksaufstand, der eigentlich ein Arbeiteraufstand war, niedergeschlagen worden war, musste nach einem viertel Jahr Alma H. wieder ihre Wohnung verlassen. Alle Zugeständnisse während der Unruhen am 17. Juni waren nur noch Schall und Rauch und wurden gebrochen.

Blankenburg

In Blankenburg blieb es in den Tagen des 17. Juni 1953 verhältnismäßig ruhig. Dokumentiert ist vor allem, dass es nicht nur in den großen Betrieben, sondern auch in vielen kleinen Einrichtungen oder einzelnen Abteilungen zu Vorfällen kam, die aber nicht zu großen Aktionen führten. Die jeweils zuständigen Betriebsparteiorganisationen, die in den staatlichen Einrichtungen orga-

²⁰⁹ Vgl. Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

nisiert waren, übernahmen die Aufgabe, die Situation in ihren Zuständigkeitsbereichen zu beobachten, zu dokumentieren und darauf zu reagieren. So zum Beispiel folgende Notiz über die damalige Blankenburger CDU-Vorsitzende Ria Meinhardt:

SED Stadtleitung
Blankenburg - Harz
den, 18.6.53 261

An die
SED Kreisleitung
Abt. Info.
Wernigerode.

I.n.f.o.r.m.a.t.i.o.n.s.b.e.r.i.c.h.t.!

Die CDU Vorsitzende Ria Meinhardt diskutiert in folgender Richtung, dass eine Regierung die solche entscheidenden Fehler gemacht hätte, unbedingt abgelöst werden müsse. Nach einem Einwand, dass doch die CDU auch in der Regierung vertreten wäre, diese Fehler also mitgemacht hätte, sagte sie, dass ihr 'vorsitzender Nuschke ja nur Frühstücksminister wäre und zu allen ja zu sagen hätte. Es wäre richtig, wenn die SED endlich die begangenen Fehler wieder gut macht in dem sie die Funktionäre in der Regierung auswechselt. Sie ist der Ansicht, dass durch neue Wahlen bei uns und in Westdeutschland Adenauer gestürzt wird und ein einheitliches Deutschland das Ergebnis wäre.

Stadtleitungsmitglied Marga Dippe.

Dokument 17: Informationsbericht an die SED-Kreisleitung vom 18.6., Stadtarchiv Blankenburg

Außerdem wurden Agitatoren für die Beruhigung der Belegschaften eingesetzt. Eigentlich erwartete man vom größten Betrieb der Stadt, den Harzer Werken, den Beginn von Aktivitäten. Hier blieb es aber relativ ruhig. Man wartete ab, jeder schaute auf den anderen: Wer würde beginnen?

Ein Zeitzeuge erinnerte sich, dass am 18. Juni 1953 sowjetische Panzer an den Knotenpunkten der Stadt postiert waren.

Die erste Arbeitsniederlegung fand in Blankenburg bereits am 9. Juni 1953 im Bauhof der Stadtverwaltung statt.²¹⁰ Vier Mitarbeiter unterhielten sich über die unterschiedlichen Löhne der Kollegen: Der Stundenlohn von 1,03 DM sei zu wenig, ein Kollege erhalte kein Krankengeld mehr, ein anderer Kollege bemü-

²¹⁰ Protokoll über außerordentliche Sitzung der BPO der Stadtverwaltung, Angelegenheit Bauhof der Stadtverwaltung (Bericht von A. Pungar) aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 924/Bl. 2 „Arbeitspläne, Protokolle und Berichte verschiedener Betriebs-Partei-Organisationen (BPO) der SED 1947–1954“.

he sich schon seit einem halben Jahr, von der Abteilung Staatliches Vermögen ein Bett zu bekommen, ein anderer hatte dort schon vor längerer Zeit wegen eines Kühlschranks angefragt. All das führte zu einer angeheizten Stimmung, so dass schließlich die Arbeit niedergelegt wurde. In den späteren Berichten und Stellungnahmen der Stadtverwaltung zum 17. Juni 1953 tauchte dieses Ereignis nicht mehr auf.

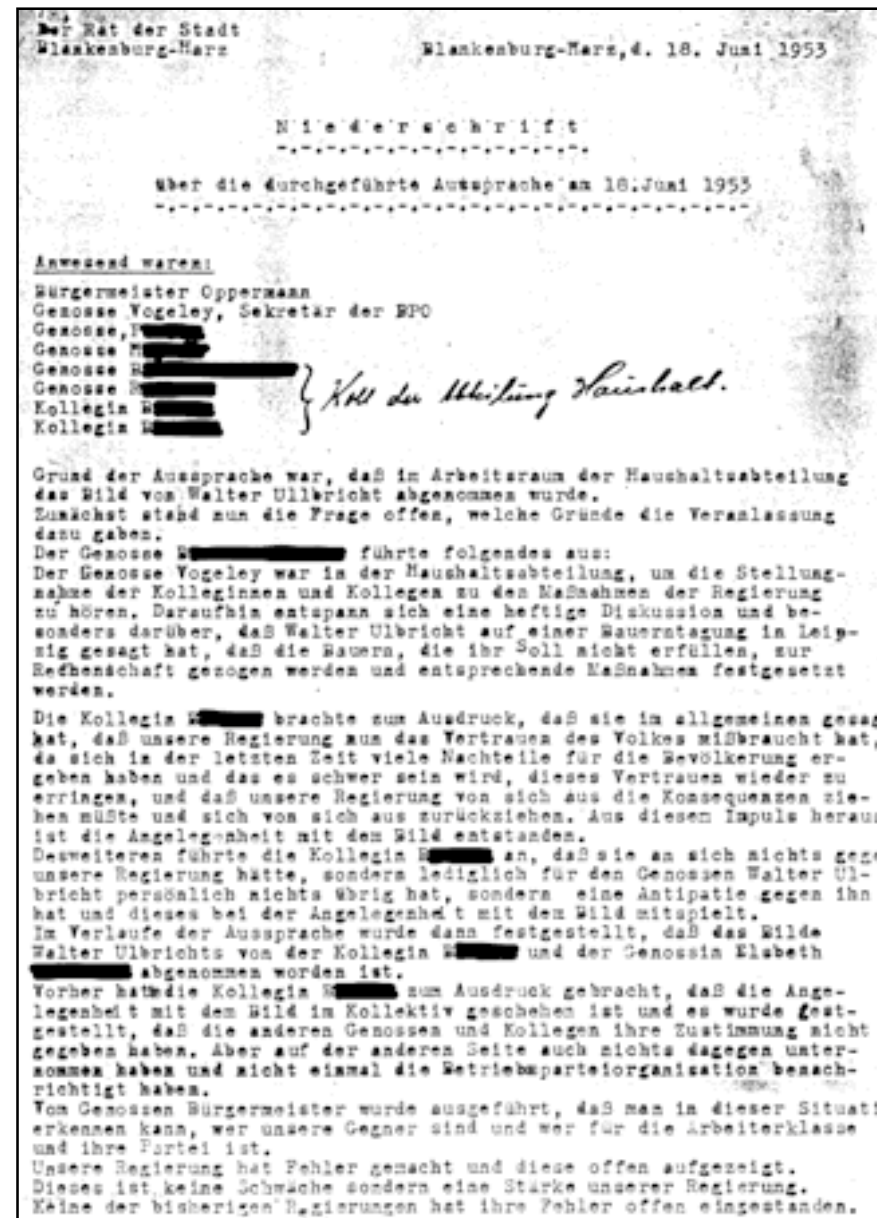
Ebenfalls noch vor dem 17. Juni ereignete sich in einem Dienstraum in der Stadtkasse Lange Straße, in der Haushaltsabteilung ein weiterer Vorfall. Die Betriebsparteiorganisation der Stadtverwaltung berichtete: „Durch eine parteilose Kollegin wurde das Bild Walter Ulbrichts abgenommen und an dessen Stelle ein Landschaftsbild angebracht. Die in der gleichen Abteilung beschäftigten Genossinnen und Genossen schritten gegen die Maßnahme nicht ein und gaben hiervon der BPO auch keinen Bericht.“²¹¹ Am 18. Juni folgte dazu eine Aussprache. (siehe nebenstehendes Dokument)

Der 17. Juni 1953 wurde am Ende des Jahres 1953 in der Stadtverwaltung noch einmal thematisiert, als die Regierung veröffentlichte, dass das Weihnachtsgeld nur an Arbeiter gezahlt werden würde, aber nicht an Verwaltungsangestellte. Zwei Mitglieder der Stadtverwaltung verfassten einen Bericht, dem weitere Kollegen und der Bürgermeister zustimmten. Darin brachten sie zum Ausdruck, dass sie sich mit der Weihnachtsgeldregelung als Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen würden. Sie sandten den Brief an Walter Ulbricht. Nachdem Ulbricht den Auftrag erteilt hatte, sich um die Stimmung in der Stadtverwaltung Blankenburg zu kümmern und darüber einen Bericht abzuliefern, wurde die Angelegenheit mit höchster Brisanz in fünf Sitzungen (9./15./22.12.1953, 8. + 12.1.1954) der Stadtverwaltung diskutiert, an denen meist auch der 1. Sekretär der Kreisleitung teilnahm. Dieser befürchtete den politischen Ruf des Kreises und dass mit dem Brief ein zweiter 17. Juni hätte ausgelöst werden können, denn „wenn die Situation nicht so ernst sei, hätte sich der Genosse Ulbricht nicht selbst hierum gekümmert.“²¹² Daran war nicht gedacht worden. – wiederholten die Mitglieder der Stadtverwaltung in den Sitzungen immer wieder. Jeder von ihnen musste mehrmals Stellungnahmen zu dem Vorgang und zu seinem Verhalten abgeben.

Das Harzer Werke war der größte und wichtigste Blankenburger Industriebetrieb und dem zufolge wurden vor allem hier Aktionen erwartet.

211 Vgl. Rechenschaftsbericht der BPO Stadtverwaltung Blankenburg aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 924/Bl. 2.

212 Protokoll der Leitungssitzung der BPO Stadtverwaltung vom 8.1.1954. Aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 931/Bl. 2 „Protokolle der Leitungssitzungen der BPO Stadtverwaltungen 1953–1955“.



Dokument 18: Niederschrift über die durchgeführte Aussprache am 18. Juni 1953, Stadtarchiv Blankenburg

Die Kollegin B. brachte zum Ausdruck, daß sie nicht gegen die und das Bild heruntergenommen hat.

Der Genosse H. nimmt zu seinem Verhalten Stellung und bringt zum Ausdruck, daß sie als Genossen den Fehler gemacht haben diesen Vorgang zu dulden und auch ebenfalls unterlassen, der Parteibetriebsorganisation von den Vorkommnissen sofort Mitteilung zu machen.

Der Genosse Bürgermeister gab einen Überblick über die Zusammenhänge die sich in Berlin abgespielt haben und wies noch einmal besonders darauf hin, daß nach dem bisher in der Staatlichen Verwaltung durchgeführten Schulungen die Mitarbeiter im Staatsapparat soviel Erkenntnis gewonnen haben müssen, um die Situation richtig einzuschätzen, daß sich aber im vorliegenden Falle klar erwiesen hat, daß auch im Staatsapparat noch Menschen vorhanden sind, die der Lüge-Netze zum Opfer fallen. Damit ist im Staatsapparat nicht die Sicherheit gegeben die erforderlich ist und die Klassegegner haben Möglichkeiten, dies Menschen Aufträge zu erteilen und Störungen im Staatsapparat dadurch zu veranlassen. So kann außer jedem Zweifel stehen, daß als weitere Schlussfolgerung daraus die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden müssen.

Der Genosse F. brachte zum Ausdruck, daß es sich notwendig macht in der Hausbauabteilung hinsichtlich personeller Besetzung eine Änderung durchzuführen.

Die Kollegin B. erklärte von sich aus, daß sie bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen und aus der Staatlichen Verwaltung auszuscheiden. Weiter brachte sie zum Ausdruck, daß man sie solange auf ihrem Arbeitsplatz lassen sollte, bis sie eine andere Beschäftigung gefunden hätte.

Weiter wurde vorgebracht, daß die Genossin H. dies nicht hätte dulden dürfen, zumal sie auch einige Jahre verantwortlich in der BDL gearbeitet hat und man wird sich mit ihr noch besonders beschäftigen.

Bemerkung:

Die Genossin Elisabeth W. ist a.St. Krank und konnte aus diesem Grunde an der Aussprache nicht teilnehmen.

Der Abteilungsleiter, Koll. K., ist in Urlaub, ebenfalls die Kollegin F.

Die Parteibetriebsorganisation schlägt der Ortsleitung der Partei vor, in einer gemeinsamen Aussprache die personelle Veränderung beim Rat der Stadt in der Abteilung Haushalt zu beraten, mit dem Ziel, in dieser Abteilung klassenbewußte Genossinnen oder Genossen einzustellen.

Vogel
3.9.54

Opmann
Bürgermeister

Stadt Blankenburg (Harz)
Opmann

Sign.: 924/Bl. 2 04. Sep. 1952

Ein ehemaliger Mitarbeiter der Mechanischen Werkstatt, Herr Falkner, erzählte über die Situation am 17. Juni im Betrieb und über seine Verhaftung: *In der mechanischen Werkstatt wurde die Arbeitsnorm bei gleicher Entlohnung um 50 % erhöht. Am 17. Juni 1953 standen die Kollegen herum und diskutierten darüber, dass die Normen wieder herabgesetzt werden müssten, da sie nicht gerechtfertigt seien. Die jüngeren Kollegen wollten sich nicht mit der Forderung nach Normherabsetzung zufrieden geben, sie verlangten die Absetzung der Regierung. Über eine Demonstration durch Blankenburg, gemeinsam mit dem RAW Blankenburg, wurde nachgedacht. Vom RAW kam aber kein Signal zurück, dass sie sich mit dem Harzer Werke verbünden würden. Zusätzlich wirkte sich für Streikaktivitäten hinderlich aus, dass ausgerechnet an jenem 17. Juni die Kollegen der Putzerei, Formerei und Kernmacherei nach Hause bzw. zum Rüben verziehen aufs Feld geschickt worden waren, da der für die Fertigung benötigte Koks aufgrund der Situation im Land noch vor Halberstadt zurückgehalten wurde. Die vorhandene Koks menge reichte aber für das Hochfahren der Öfen nicht aus. So wurde die Arbeit nicht niedergelegt.*²¹³ Trotzdem meldete ein Genosse der Polizei, dass die Formerei, Putzerei und Kernmacherei die Arbeit niedergelegt hätten. Die BPO beschloss, ihn wegen mangelndem Vertrauen und selbstherrlichem Auftreten mit einer Parteistrafe zu bestrafen, da seine Meldung an die VP nicht gestimmt hätte und er nicht vorher mit der BPO darüber gesprochen hätte.

In der Abteilung Kesselbau des Harzer Werkes entfernten Kollegen gemeinsam zwei Transparente zum Thema „Freundschaft mit der Sowjetunion“ mit den Worten, „dass die SU nicht unser Freund sein könne, da die Rote Armee auf Arbeiter geschossen hätte“. Die BPO berief daraufhin eine Aussprache ein. In zwei verschiedenen Berichten über diesen Vorfall ist einmal die Rede davon, dass die Transparente anschließend wieder aufgehängt wurden, und einmal, dass sie nicht wieder aufgehängt wurden.

Auf der Ortsdelegierten-Konferenz der SED stellte ein Genosse der BPO Harzer Werke die Situation am 17.6. im Betrieb aus seiner anderen Perspektive dar: sie hätten den Genossen klar gemacht, dass sich Ausschreitungen gegen ihre eigenen Interessen richten würden. *Ein Teil der Funktionäre hat es verstanden, in der Gießerei die Dinge klar auszusprechen, so dass unsere Kollegen Verständnis hatten und die Vorkommnisse verneinten.*²¹⁴

213 Interview mit Herrn Falkner, Blankenburg, aufgenommen von Frau Glogowski am 7.12.1999.

214 Protokoll über die Ortsdelegierten-Konferenz der SED in Blankenburg/H. am 23. + 24.1.1954. Aus Stadtarchiv Blankenburg: Akte 929/Bl. 2 „Ortsdelegiertenkonferenz 1954, Protokolle und Berichte“ 1952–1954.

Ein Mitarbeiter des Harzer Werkes, der oben wiedergegebene Herr Falkner, wurde am 18. Juni 1953 morgens gegen 5.00 Uhr verhaftet und zum Staatssicherheitsdienst Wernigerode gebracht. Die Dienststelle befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Kanzleistraße. Über einen Zeitraum von vier Tagen wurde F. zu verschiedenen Tageszeiten mehrere Stunden lang verhört. Danach wurde er entlassen. Im Betrieb erfolgte dann die Überzeugungsarbeit von Genossen der SED, in dessen Folge F. dann zugab, dass seine Äußerungen vom 17.6.1953 einer fehlerhaften Einstellung zugrunde lagen.²¹⁵ Über die „kollegiale Überzeugungsarbeit“ fanden sich folgende Notizen des Kaderleiters des Harzer Werke im Stadtarchiv Blankenburg:

In den Tagen des 17. Juni 1953 war Kollege Falkner einer derjenigen Kollegen, die sich nicht klar waren über die Provokationen der westlichen Agenten, sodass er negative Diskussionen führte. Er war der Meinung, dass sich auch seine Abteilung dem Streik anschließen müsste. Einige Genossen seiner Abteilungen haben sich mit dem Kollegen Falkner eifrigst befasst und durch wochenlange Diskussionen hat er seine Fehler eingesehen und sich von der Richtigkeit der Politik unserer Partei und Regierung überzeugen lassen. Seit dem hat er beschützt, seine Fehler wieder gutzumachen.

Am 17.6.1953 war sich der Kollege Falkner über die Provokationen der westlichen Agenten nicht klar und machte sich in unserem Betrieb am Sprecher seiner Arbeitskollegen. Er rief einigen Kollegen zu: „In Berlin fließt deutsches Blut, wollt ihr noch länger ansehen?“ Kollege Falkner wurde durch den SED, Wernigerode, einige Tage verhaftet. Kollege Falkner ist schwer zu verstehen, er geht sehr wenig aus sich heraus.

Kaderleiter

Dokument 19: Notizen des Betriebes Harzer Werke über Herrn Falkner, Stadtarchiv Blankenburg

Die angespannte Stimmung und Unruhe im Betrieb hielt mindestens bis zum 19. Juni 1953 an. Bis dahin wurde noch immer auf ein Zeichen aus dem RAW, insbesondere aus Halberstadt, gewartet.

Die HO meldete, dass am 16. und 17. Juni 1953 sämtliche Verkaufsstellen geöffnet blieben. Allerdings wurden verschiedene Transparente, Bilder und Embleme aus dem Kaufhaus und der Verkaufsstelle 4 entfernt: Auf Anweisung der Kaufhausleiterin und des Dekorateurs wurden Bilder von Wilhelm

²¹⁵ Interview mit Herrn Falkner, Blankenburg, aufgenommen von Frau Glogowski am 7.12.1999.

Pieck und Otto Grotewohl sowie je ein Transparent aus der 1. Etage und aus dem Erdgeschoss abgenommen und in das Dekorationslager gebracht. In der Verkaufsstelle 4 nahm man Embleme der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft (DSF) aus Schaufenster und Verkaufsraum heraus. Erst nach 3 bis 4 Tagen wurden die Dekorationsgegenstände zwar wieder zurückgebracht, aber nicht wieder aufgehängt.²¹⁶

Mit drei Vorfällen, die in der Blankenburger Ziegelei mit dem 17. Juni zusammenhängen, beschäftigten sich die Vertreter in der BPO Ziegelei intensiv.

Die erste Diskussion drehte sich um den damaligen Werkleiter Otto H., der am 13.10.1953 aus der Ziegelei entlassen wurde. Ihm wurde zum Vorwurf gemacht, dass er das Abhören des „Hamburger Senders“ in seinem Betrieb organisiert hätte. Einer seiner Mitarbeiter (Name nicht lesbar) berichtete folgenden Verlauf: Ich kam zu H. ins Büro und sagte, die Belegschaft verlangt eine Versammlung, sie ist schon im Gemeinschaftsraum versammelt. H. sprang auf und lief mit mir in den Gemeinschaftsraum. Was dort weiter passierte, erzählte der stellvertretende Meister W. am 12.10.1953 in seiner Aussprache mit dem Kollegen Althaus und der Betriebsgewerkschaftsleitung: Wir kamen in den Gemeinschaftsraum, wollten Nachrichten hören von Bln I und da lief der Apparat schon. H. rief „Abstellen!“ Jemand rief „Stehen lassen!“ Dann ertönte aus dem Radio: „Hamburg brachte ihnen Nachrichten“ Dann wurde Leipzig eingeschaltet und H. leitete die Diskussion.

Otto H. wehrte sich gegen die Begründung seiner Entlassung, er hätte das Abhören des Hamburger Senders am 17.6. organisiert und dieses ja selbst dem Bezirksvorstand so mitgeteilt. Tatsächlich hatte H. dem Bezirksvorstand den Verlauf der Ereignisse mündlich geschildert. Dieser hatte sich Notizen gemacht, die dann aber scheinbar nicht genau und wahrheitsgetreu wiedergegeben. Daraufhin hatte H. seine Aussagen schriftlich dargelegt. Schließlich wusste sich H. nicht mehr anders zu helfen und lud den Untersuchungsleitenden Althaus zur nächsten BGL-Sitzung ein, ohne ihn über die geplante Tagesordnung zu informieren. Er wollte, dass die damals Beteiligten original und authentisch berichteten, ohne dass sie vorher von irgendeiner Person beeinflusst würden. Während der Versammlung wurde nun der Widerspruch zwischen dem tatsächlichen Verlauf und dem Bericht des Bezirksvorstandes offensichtlich. H. führte im Anschluss daran die Ursachen der Unterstellungen mit darauf zurück, dass es schon länger eine schlechte Zusammenarbeit zwischen ihm und Althaus gäbe, weil dessen zwei Freunde, die früher in der Ziegelei als Leiter und Oberer Buchhalter angestellt waren, zurücktreten muss-

²¹⁶ Protokoll der Mitgliederversammlung der BPO HO-Industriewaren Blankenburg vom 7.5.1954. Aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 925/Bl. 2 „Arbeitspläne, Protokolle und Berichte verschiedener Betriebsparteiorganisationen der SED 1948–1954“.

ten als H. eingestellt wurde. Die Fehlproduktion für die Betonwerke Schwanebeck-Lausig und Rothensee war ihr persönliches Verschulden und der Grund dafür, dass sie den Betrieb verlassen mussten.

Helmhold wurde trotz der Gegenüberstellung der Aussagen dennoch entlassen und aus der Partei ausgeschlossen. In einem Brief vom 23.10.1953 schrieb er an einen befreundeten Genossen: *Ich kann keine Berufung einlegen, da ich meinen Fehler ja einsehe. Wehe tut es aber. Ich habe gerne und immer mitgearbeitet und scheue heute noch kein Lernen. Ich bin gewillt, nach einer angemessenen Bewährungszeit bei starken Genossen etwa in einem halben oder ganzen Jahr einen neuen Antrag auf Aufnahme zu stellen und beweisen, dass ich meinen Fehler einsehe.* Dieser Brief klingt als hätte man ihm das Rückgrad gebrochen.²¹⁷

Der Betriebsvorstand meldete am 4.12.1953 folgenden weiteren Vorfall in der Ziegelei an die Staatssicherheit Wernigerode: Am 13.10.1953 wurde hinter einem Panel im Kulturraum ein zerknülltes Bild des Präsidenten Wilhelm Pieck gefunden.²¹⁸ Bei der Erforschung der Ursachen, wie das Porträt dorthin gekommen war, stellte sich heraus, dass der Kollege V. das Bild am 17.6. entfernt hatte und ein Heidebild aufhängte. Er selbst sagte dazu, er hätte das Bild auf das Radio gelegt und drei Kolleginnen gesagt, sie sollten es zerreißen und verbrennen. Die drei sagten, ohne dass sie wussten, dass das Bild gefunden worden war, aus, sie hätten es zu Hause verbrannt. Der Vorsitzende der BGL bat daraufhin die Staatssicherheit, sich mit diesem Widerspruch in den Gegebenheiten zu beschäftigen: Das Bild existierte ja noch und war demnach nicht verbrannt worden. Er gab zu Bedenken, dass dies nicht die einzige Maßnahme am 17. Juni gewesen sein kann, weil auch das Stalin-Bild entfernt worden sein soll.²¹⁹

Eine weitere Aussage zu dieser Angelegenheit fand sich im Protokoll über die Funktionärssitzung am 19.2.1954. Anwesend waren der BGL-Vorsitzende, ein BGL-Mitglied, ein Mitglied der BPO, der Werkleiter und der Stellvertretende Meister Wicht:

Folgende Situation wurde vorgetragen: V. begann Anfang Januar 1954 wieder zu arbeiten, um seinen Fehltritt vom 17.6.1953 durch kollegiales Verhalten

217 Bericht der BPO der VEB (K) Ziegelei. Aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 925/Bl. 2 „Arbeitspläne, Protokolle und Berichte verschiedener Betriebsparteiorganisationen der SED“ 1948–1954.

218 IG Chemie, Betriebsvorstand Halberstadt an die Staatssicherheit Wernigerode vom 4.12.1953. Stadtarchiv Blankenburg Akte 925/Bl. 2.

219 Ergänzungsbericht über das Verhalten des Gen. V. am 17.6.1953 an die Staatssicherheit Wernigerode vom 4.12.1953. Aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 925/Bl. 2 „Arbeitspläne, Protokolle und Berichte verschiedener Betriebsparteiorganisationen der SED 1948–1954“.

VEB (K) Ziegelei
Blankenburg (Harz)

Personen-Akte Nr. 30
Personen-Nr.: 141/53
Betreiber: Deutsche Ziegelei
Blankenburg, K.-Nr. 1214, K.-Nr. 10790
Betreiber-Nr. 141/53

Blankenburg (Harz), den 22. Juni 1953

550

B e r i c h t !

Am Sonnabend den 20.6.1953 ereignete sich folgendes:
Gegen Abend befand sich im Kulturraum eine fremde Person mit Namen Ingo M. [REDACTED].
Als er die Hefte vom F.D.G.B. sah, äußerte er sich: "Was die liegen noch hier? Dann riß er das Fenster auf und warf die Bücher auf das Betriebsgelände. Als Zeuge kam die Reinemachefrau Frau W. [REDACTED] und nahm die Bücher an sich und trug dieselben wieder in den Kulturraum.
Als M. [REDACTED] die Hefte dort wieder sah, sprang er auf und sagte: "Was, sind die dinger schon wieder hier!" Darauf nahm er sie und steckte sie in den Ofen. Zeuge dieses Vorfalls war der Kollege Heinz W. [REDACTED].

Der Vorfall wurde der Betriebsgewerkschaftsleitung, der SED Betriebsgruppe und der Werkleitung zur Kenntnis gebracht. Alle Kollegen sind entrüstet über diesen Vorfall, da von unseren Kollegen nicht einer sich am Streik oder sonstigen Oppositionen beteiligt hat. Sie zeigen vielmehr eine akkurate Arbeitsdisziplin und bringen Ruhe und Besonnenheit und ihre Treue zur Regierung zum Ausdruck.
Umso befremdender dürfte es sein, daß ein Außenstehender sich in unserem Volkseigenen Betrieb aufhält und beantragten deshalb Meldung an die Polizei.

Werkleiter, SED-Betriebsgruppe und BGL vertreten den Kollegen gegenüber den Standpunkt, daß dem M. [REDACTED] seitens unseres Sicherheitsorgan eine harte Bestrafung unter Berücksichtigung des Ausnahmezustandes und der Kriegsverhältnisse treffen wird. Sie schlugen den Kollegen vor, von einer Meldung an die Polizei abzusehen und dafür M. [REDACTED] eine Geldbuße an die Nationale Front zahlen zu lassen. Die Kollegen sind der Meinung, daß dann mindestens

150.-- RM

als Buße gezahlt werden müßte.
Als BGL-Vorsitzender hatte ich gestern Abend den 22.6.53 mit dem oben genannten M. [REDACTED] eine Aussprache. Er hat mir folgendes erklärt, daß die Gruppe, welche angestiftet und ausgeführt hat nicht richtig war. Er sagte auch, daß er sich auf alles besinnen konnte, was er getan hat.
Mit Bedauern mußte ich feststellen, daß er von einer Wiedergutmachung nicht sprach.

Dokument 20: Bericht des VEB Ziegelei vom 22. Juni 1953, Stadtarchiv Blankenburg

Betriebsgruppe sowie Werkleiter haben sich bemüht mit dem 1. Sekretär des Gebietsvorstandes I.G. Chemie, Halberstadt in Verbindung zu treten um über diese Vorkommnisse Auskunft zu erhalten. Der Sekretär war dienstlich nach dem Kreis in der Stadt Wernigerode, da ~~er~~ am 22.6. dort eine gemeinsame Aussprache stattfand.

Unter Berücksichtigung der Erklärung des Politbüros des Z.K. „wo besonders hingewiesen wird, daß es Aufgabe der Funktionäre ist, sich mit den irregulierten ehrlichen Arbeitern zu beschäftigen, um sie als ehrliche Arbeiter wieder in den Reihen einzugliedern.“

Die Meinung des 1. Sekretär des Gebietsvorstandes I.G. Chemie geht dahin:

1. Dieses Vorkommnis geschah in diesem Betrieb am 20.6. wo besonders die Agententätigkeit kraß hervortrat.
2. Es wurde festgestellt, daß der Genannte nicht aus der Arbeiterklasse kommt.
3. Daß das Gesetz zum Schutz des Friedens noch Kraft hat.

Unsere Aufgabe ist es, den genannten Fall an den übergeordneten Stellen, in diesem Falle der Ortsleitung der SED der Stadt Blankenburg weiter zu leiten.

*Altkaus I.G. Chemie
Höriger B.G.L.
Friedrich B.P.O. Sekretär
Helmutold. W. H.*

Stadt Blankenburg (Harz)
04. Sep. 1954
Gau: 925/1812

und gute Arbeit wieder gut zu machen. Seit dem er wieder da sei, gäbe es Zankereien. V. sei fachlich und arbeitsmäßig als guter Kollege einzuschätzen, aber im Betrieb nicht mehr tragbar. Die durchgeführte Abstimmung ergab einstimmig, V. zu entlassen. Unter dem Protokoll wurde eine handschriftliche Bleistiftnotiz hinzugefügt: *Kollege V. wurde nicht entlassen: Die Kollegen erkl. sich nach Absprache bereit den Koll. V. zu erziehen.* Die Unterschrift ist unleserlich.²²⁰

Im Reichsbahnausbesserungswerk blieb es laut Informationsbericht der SED-Stadtleitung an die SED-Kreisleitung vom 18.6.1953 ruhig. Am 17. Juni hatten sich in den Frühstückspausen Diskussionsgruppen gebildet, am 18.6.1953 soll dann um 8 Uhr morgens kurzzeitig die Arbeit niedergelegt worden sein. Dieser Aussage widersprechen allerdings alle anderen Darstellungen, dass im Blankenburger RAW nicht gestreikt worden wäre. Am 19. Juni soll ein Herr R. von der Firma Heine verhaftet worden sein, weil er versuchte, „Hetzmateriale“ in das RAW „zu schmuggeln“. Sieben Personen wurden als weitere Verhaftete²²¹ in den SED-Akten namentlich benannt: die Kollegen K., K., L., H., A., D. und J. Außer 4 Kollegen, die nicht zur Arbeit erschienen, arbeitete das Werk ab dem 20. Juni wieder vollständig.

Walter P., der für die Agitationsarbeit im RAW eingesetzt war, berichtete: Die Kollegen würden die Maßnahmen der Regierung begrüßen, aber die Festnahmen in den einzelnen Betriebsabteilungen nicht und wünschten darüber Aufklärung. Walter P. geriet in seiner Funktion als Agitator schließlich selbst zwischen die Stühle: Er unterstützte in den Diskussionen mit seinen Argumenten die Ansicht der Genossen und befürwortete eine Belegschaftsversammlung. Dieses Verhalten entsprach aus Sicht der Parteigenossen einem „partei-feindlichen, ungefestigten Standpunkt“.²²²

Ende Juni brachte Genosse H. auf der Mitgliederversammlung der BPO „Stadtverwaltung“ Blankenburg die zukünftigen Vorhaben so zum Ausdruck:

Unsere Aufgabe aber muss es sein, wachsam zu sein und den irregulierten Genossen zu helfen, wieder auf den rechten Weg zu kommen. Vor allem

220 Protokoll der Funktionärssitzung vom 19.2.1954 aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 925/Bl. 2 „Arbeitspläne, Protokolle und Berichte verschiedener Betriebsparteiorganisationen der SED“ 1948–1954.

221 Vierter Bericht bis zum Stand vom 21.6.1953, 8 Uhr zu den Vorkommnissen in unserem Amtsbereich. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

222 Informationsbericht der SED-Stadtleitung an die SED-Kreisleitung vom 18.6.1953. Aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 929/Bl. 2 „Ortsdelegiertenkonferenz 1954, Protokolle und Berichte“ 1952–1954.

*dürfen wir uns nicht scheuen, alle Dinge in den Versammlungen, die uns nicht zusagten, offen darzulegen und gleichzeitig Vorschläge zur Verbesserung zu bringen.*²²³

Ilseburg

Auch in den Industriebetrieben von Ilseburg, dem kleinen Harzstädtchen nahe der Zonengrenze, wurde gestreikt. Heute fehlt in den Unterlagen der Ratsitzungen des Jahres 1953 interessanterweise das Protokoll vom Juni 1953 und im handschriftlichen Tagebuch, das damals geführt wurde, beginnen die Einträge erst wieder im Dezember 1953. Im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom Juli 1953 heißt es nur: *der 17. Juni 1953 hat schlechte Beispiele gegeben, diese Verschwörung wird verurteilt und Haus- und Straßenvertrauensleute werden aktiviert.*²²⁴

Mit Unruhen unter den Beschäftigten der Radsatzfabrik begann in Ilseburg am frühen Morgen des 18.6. der Arbeiterstreik. *Die Arbeit wurde niedergelegt und die Vertrauensleute davongejagt.*²²⁵ Von hier aus gingen Informationen an die anderen Ilseburger Betriebe, damit sie sich dem Streik anschließen. Mehr wurde über den dortigen Fortgang der Ereignisse nicht bekannt, als dass um 11.30 Uhr zunächst die Arbeit wieder aufgenommen, am 19. der Streik aber fortgeführt wurde. Auch im Kupferwerk und im Sperrholzwerk Ilseburg²²⁶ arbeitete am 19.6. kaum jemand, von ca. 1.537 Beschäftigten des Kupferwerkes streikten an diesem Tag 1.400²²⁷. Schon am Nachmittag des Vortages hatten hier die Angestellten die Arbeit niedergelegt und in der Belegschaftsversammlung beschlossen, sie frühestens am Samstag früh (20.6.) wieder aufzunehmen.²²⁸ Am 20. Juni begannen dann jedoch noch nicht alle Kollegen des Werkes mit ihrer Arbeit.²²⁹

223 Referat d. Gen. Heyral im Protokoll der Mitgliederversammlung v. 30.6.1953. Aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 924/Bl. 2 „Arbeitspläne, Protokolle und Berichte verschiedener Betriebs-Partei-Organisationen (BPO) der SED 1947–1954“

224 Aussagen aus Brief des Bürgermeister Obermüller der VWG Ilseburg vom 20.3.2002.

225 Zitat aus Brief von Bürgermeister Obermüller, VWG Ilseburg, vom 20.3.2002.

226 Situationsbericht des Bezirkes Magdeburg vom 19.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/53.

227 Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg, Wernigerode vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

228 Bericht der SED-Politabteilung Halberstadt, RbA vom 18.6. an Polit-Abteilung der RBD Magdeburg. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/26.

229 Vgl. Bericht vom 20.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

Tanne

Um 11 Uhr des 17. Juni wurde dem Kreissekretariat in Wernigerode gemeldet, dass der VEB Tanner Hütte in Tanne seit 9 Uhr nicht mehr arbeiten würde. Der Vorsitzende der Kreisparteikontrollkommission (KPKK), Herr Bierwagen, und ein weiteres SED-Mitglied fuhren daraufhin sofort in das Hüttenwerk und veranlassten eine Sitzung auf der Leitungsebene, u. a. mit dem BGL-Vorsitzenden und dem Werkleiter. Dabei berichteten die beiden Verantwortlichen, dass sich am Morgen 25 Kollegen der Formerei zusammen gefunden hatten und Alkohol tranken. Ihnen schloss sich am Mittag die Schlosserei an. Schließlich sah sich die Werksleitung gezwungen, den Kopol-Ofen am Mittag still zu legen, weil die 263 Kollegen aufgrund des Alkoholgenusses an diesem Tag nicht mehr in der Lage sein würden, verantwortlich zu arbeiten. Davon waren letztendlich die Leitung und die gesamte Betriebsparteiorganisation ebenfalls betroffen. Schließlich hatten sie doch noch in Wernigerode angerufen und den Vorfall gemeldet. Der Parteisekretär, der Werkleiter und der Leiter der Abteilung Arbeit bewerteten die momentane Atmosphäre im Betrieb und sagten, dass sich die Arbeiter in einer Art Hoch- bzw. Partystimmung befänden. Sie würden feiern, dass sie damit recht behalten hätten, dass es so, wie es in der Vergangenheit gelaufen wäre, nicht mehr weiter gehen könnte. Das Kreissekretariat verlangte nach der Gesamtbesprechung vom Werkleiter und den anderen anwesenden Verantwortlichen, die Kollegen zu Hause zu besuchen, mit ihnen Gespräche zu führen, um sie zur Arbeitsaufnahme am nächsten Tag zu animieren. Nachdem die Verantwortlichen sicherlich eine lange Nacht hinter sich brachten, wurde am nächsten Tag in der Tanner Hütte wieder vollzählig gearbeitet.²³⁰

Wernigerode

In den Akten des Blankenburger Stadtarchivs sind die Ereignisse so anschaulich und ausführlich dokumentiert, dass ich nicht darauf verzichten wollte, sie etwas ausführlicher darzustellen. Der Schwerpunkt der widerständischen Aktivitäten im Kreis befand sich in der Kreisstadt Wernigerode. Hier orientierten sich die Betriebe vor allem am Elektromotorenwerk. Das Elektromotorenwerk (Elmo) Wernigerode sowie der VEB Gießerei und Modellbau Wernigerode planten gemeinsam mit zwei Ilseburger Werken einen Marsch über die Zonengrenze nach Bad Harzburg. Auch das EKM und das Reichsbahnausbesserungswerk aus Halberstadt wollten sich daran beteiligen. Vermutlich wurde

230 Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

der Protestmarsch aufgegeben, nachdem im Wernigeröder Elmo sowjetisches Militär eingesetzt worden war.

Über die Ereignisse im Elektromotorenwerk Wernigerode erschien am 27./28.6.1953 ein Artikel in der überregionalen Tageszeitung der US-Militärregierung „Die Neue Zeitung“²³¹:

Wernigerode, 18. Juni, 7.30 Uhr. 2500 Arbeiter des Elektro-Motorenwerks und 1000 der auf gleichem Werksgelände arbeitenden volkseigenen „Gießerei und Modellbau“ rufen den am Vortag beschlossenen Streik aus. Auch sie fordern: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Wegfall der Zonengrenzen, Freilassung der politischen Gefangenen, vernünftige Arbeitsnormen. Mit den beiden Ilseburger Werken hat man einen Marsch über die Zonengrenze bis nach Harzburg hinüber verabredet. Sowjetpanzer fahren vor das Werk. Die Arbeiter bleiben drin, aber sie rühren keinen Finger mehr. Am 19. Juni werden von der Betriebsleitung fremde Agitatoren eingesetzt. Man wirft sie hinaus. Jetzt erst dringen die Sowjets ein: zwei Sturmgeschütze, fünf Lkw, davon drei mit aufmontierten Maschinengewehren. Warnschüsse aus den Rohren der Sturmgeschütze, Infanterie sitzt ab, treibt mit gefülltem Bajonett, vorgehaltenen Pistolen die Arbeiter an die Arbeitsplätze. Sieben Mitglieder der Streikdelegation werden verhaftet und gefesselt, erst jetzt wagt die Vopo in Erückmündung zu Gehen. Die Verhafteten werden auf einen dicht zugezogenen Lkw geworfen, und ein Sturmgeschütz deckt, hinterherfahrend, den Abtransport. Einen Tag später ist das Werk noch immer umstellt. Nur 20 Prozent der Belegschaft erscheinen morgens, aber auch sie nehmen die Arbeit nicht auf. Weitere Verhaftungen, etwa 25 Mann. Erst am Montag, dem 22. Juni, ist, wenigstens nach außen, der Widerstand gebrochen.

Dokument 21: Die Neue Zeitung, 28.6.1953

Schüsse donnerten in die Luft, woraufhin die Belegschaft zurück in die Halle drängte. Die Leitungsmitglieder des Werkes tagten, um Maßnahmen festzulegen, wie sie die Belegschaft dazu motivieren könnten, die Arbeit wieder aufzunehmen.²³²

An den Augenblick, kurz nachdem die Panzer angekommen waren, erinnerte sich Gotthard Köhler, damaliger stellvertretender Direktor des Elmo, genau:

*Die Arbeiter wollten raus, aber ich sagte: „Ihr könnt! Aber draußen stehen die russischen Panzer.“ Die Besatzer verlangten bis 11 Uhr die Meldung, dass die Produktion wieder aufgenommen wurde. Eine kleine Gruppe Arbeiter wollte mit den Sowjets reden.*²³³ Er selbst lief dann in die untere Etage. Als er

²³¹ „Es griff wie ein Waldbrand um sich.“ aus Die Neue Zeitung, Nr. 150 vom 27./28.6.1953, S. 7.

²³² Vgl. Stimmungsbericht vom 19.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

²³³ Vgl. Interview in Neue Wernigeröder Zeitung Nr. 5/94, S. 21.

Die Nachrecherchen bestätigen im wesentlichen den beschriebenen Ablauf der Ereignisse und lassen sich sogar noch ergänzen:

Am 19. Juni um 9.45 Uhr drängten die Arbeiter der VEB Gießerei die von der SED-Kreisleitung zur „Beruhigung und Argumentsentkräftung der Arbeiter eingesetzten Agitatoren“ aus dem Betrieb mit der Begründung, Werksfremde dürften den Betrieb nicht betreten.

Einige Arbeiter hatten sich am 19. Juni vermutlich gerade zum Demonstrationsmarsch über die Zonengrenze bis nach Bad Harzburg auf dem Werksgelände aufgestellt, andere wollten einfach nur nach Hause. Da fuhren russische Panzer auf das Gelände. Warn-

wieder zurückkam, waren die russischen Militärangehörigen mit den Arbeitern bereits verschwunden, sie hatten sie inhaftiert.

Der Meister der Ankerwickerei, Wernicke^{233a} (geb. 1908), gehörte zu den aktiven Organisatoren des Streiks im Elmo. Er forderte die Kollegen zur Rückgabe der DSF-Mitgliedsausweise auf. 50 Kollegen überreichten ihm darauf hin sofort die Bücher, ohne zu zögern. Wernicke wurde deswegen später inhaftiert. Werkleiter Buchhorn wurde von der SED-Kreisleitung am 25. oder 26.6. vorübergehend beurlaubt, er durfte den Betrieb nicht betreten.²³⁴ Eine Woche nach den Streiktagen drohten die Kollegen in mehreren Abteilungen, vor allem in der Stanzerei, immer wieder mit erneuten Arbeitsniederlegungen, wenn die Verhafteten nicht freigelassen würden. Die Abteilung Verkauf veranlasste eine Sammlung zugunsten der Inhaftierten.²³⁵

Wolfgang Jütte

[Halberstadt 2003, als Klassenkamerad vom Helmut Baake, Elektromotorenwerk ELMO Wernigerode]

Zunächst zur Herkunft und dem Verhalten des sogenannten „Provokateurs“ Baake: Helmut Baake, geb. September 1926 in Derenburg, war das achte von zehn Kindern seines ehrlich an kommunistische Ideale glaubenden Vaters Fritz Baake. Der Vater war anerkanntes O. d. F., war korrekt und selbstlos und lehnte auch nach 1945 jegliche persönlichen Vorteile ab. So wurden auch die Kinder erzogen.

Sohn Helmut lernte vor der Einberufung zur Wehrmacht Schlosser und nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft fing er im ELMO-Werk Wernigerode als PKW-Fahrer an. Er wurde bald in die BGL gewählt. Allmählich erkannte er den Widerspruch zwischen der Theorie von Marx und der realen Praxis. Seinem Vater gegenüber hielt er sich mit seiner Meinung zurück, aber der Vater spürte die Zweifel des Sohnes an dieser Theorie. Baake setzte sich für die Belange der Kollegen ein.

Als am 5.3.1953 der Diktator Stalin starb, schöpften viele Hoffnung auf mehr Freiheit. Die Diskussionen wurden offener geführt. Als dann in Berlin auf der Stalin-Allee ausgerechnet Arbeiter demonstrierten, entstanden überall Unruhen und die Werktätigen forderten geringere Normen, Meinungsfreiheit und

^{233a} In anderen Quellen wird er auch als Warnecke oder Wernecke bezeichnet.

²³⁴ Vgl. Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

²³⁵ Bericht vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

keine Bevormundung durch die SED. Auch im ELMO-Werk Wernigerode wurde demonstriert und H. Baake stellte sich als BGLer hinter die Forderungen der Arbeitskollegen. Er wurde nach der Niederschlagung des Aufstandes verhaftet, jedoch mit der Auflage, sich zu weiteren Vernehmungen bereit zu halten, vorläufig entlassen. Er verließ noch in der Nacht die DDR und begab sich über West-Berlin in die BRD, wo er heute in Salzgitter noch wohnt. Dort war er jahrzehntelang Betriebsangehöriger und wurde demokratisch in den Betriebsrat gewählt, wo er die sozialen Belange der Arbeiter vertrat.

Seine Frau kam 2 Wochen später ebenfalls hinterher. Die Betriebszeitung des ELMO-Werkes vom 21. 10. 1953 schildert H. Baakes Verhalten aus Rachegefühl um die brutale Niederschlagung mit Hilfe sowjetischer Panzer zu rechtfertigen.

Auch an diesem Beispiel erkennt man, dass die Entwicklung anders verläuft, als es Diktatoren wollten!

**Hierzu: Betriebszeitung des Elektromotorenwerkes Wernigerode
„Unser Motor“ Nr. 35 vom 21. Oktober 1953
Auch mit Baake werden wir abrechnen!**

Dem Provokateur Baake ist es zwar gelungen, westflüchtig zu werden, doch wird er durch diese Flucht nicht verhindern können, daß er eines Tages seine gerechte Strafe erhält. Glaubt er und alle die, die wegen ihres provokatorischen Verhaltens am 18. Juni und nach dem 18. Juni 1953 die Deutsche Demokratische Republik verlassen haben, daß die Spaltung Deutschlands ewig bestehen wird? Da irren sie sich gewaltig! Die Einheit Deutschlands werden wir erringen, trotz aller Anstrengungen des Feindes dies zu verhindern. Die ständig wachsende Kraft der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik, der immer stärker werdende Kampf der Arbeiter Westdeutschlands und aller Patrioten sowie die unerschütterliche Kraft des Weltfriedenslagers sind der Garant für unseren Sieg. Der Tag der Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht mehr fern. Glaubt der Provokateur Baake, daß der Ami ihn dann als Reisegepäck mitnehmen wird? Dieser hat bestimmt andere „Felle“ in Sicherheit zu bringen. An Baake wird er sich dann schwerlich erinnern können. Aber wir um so sicherer!

Was wollte überhaupt der Provokateur Baake?

Er wollte ein erneutes Blutbad anrichten, denn dies beweist sein Ausbruch gegenüber dem Kollegen Feldheim, zu dem er sagte: „Die Bäume werden

nicht ausreichen, wo wir Euch dran aufhängen werden.“ Ihn hat es nicht gereut, als er in den Jahren 1943–1945 bei der Waffen-SS das Handwerk [?, unleserlich] der faschistischen Schergen unterstützte. Er wollte weiterhin unschuldige Arbeiter morden und dem USA-Imperialismus zu einem neuen Weltkrieg verhelfen. Nichts zeigt deutlicher seine Einstellung zu den Errungenschaften der Arbeiterklasse als seine Äußerung: „Ich könnte das Werk brennen sehen, das würde mich nicht stören. Ich würde mich ruhig auf die andere Seite im Bett herumdrehen und weiterschlafen.“ Das, was wir in jahrelangem, schwerem Ringen uns aufgebaut haben, das kann nach seiner Meinung ein Raub der Flammen werden. So denkt kein Arbeiter und so handeln nur oberflächliche Elemente.

Am 17. Juni 1953, gegen 17.00 Uhr kam Baake zum Eingang der Südwestwache und erklärte dem VP-Oberwachtmeister Tammmler, das er jetzt aus Magdeburg käme und dort allerhand los sei. In den Betrieben würde gestreikt und morgen wird hier gestreikt. Woher wußte Baake bereits am 17. Juni 1953, daß am anderen Tag im Elmo-Werk gestreikt wird? Beweist das nicht, welche Rolle Baake in unserem Betrieb spielte?

Er forderte den Kollegen Tammmler weiter auf, nicht von der Waffe Gebrauch zu machen, sondern die Arbeiter ruhig streiken zu lassen.

Den Kollegen B., welcher jetzt beim Roten Kreuz beschäftigt ist, drohte er ihn vor das Streikkomitee zu bringen, wenn er die Arbeit aufnehmen würde.

Am 19. Juni 1953, als dann die Kollegen des Fahrbetriebes (außer Baake) die Arbeit wieder aufnahmen, ließ sich Baake am Abend von dem Kollegen B. ein Fahrrad mit der Begründung, er müsse verschwinden, da sie in der Nacht alle festnehmen wollen.

Äußert so etwas jemand, der angeblich „unschuldig“ ist? Ganz bestimmt nicht. Aber solche, die der Arbeiterklasse in den Rücken fallen, haben es nötig so zu handeln.

Als am Sonnabend die Ruhe im Betrieb wiederhergestellt war, kehrte Baake aus Derenburg mit dem Fahrrad zurück.

Dies sind nur einige Beispiele über den Provokateur Baake, die jedoch ausreichen, um ihn genauestens zu charakterisieren. Sie genügen, daß sich jeder ehrliche Arbeiter und Kollege von ihm abwendet.

Wenn auch Baake beteuerte, er sei unschuldig, und es ihm gelang, die staatlichen Organe zu täuschen, so daß sie ihn aus der Haft entließen, warum ergriff er dann die Flucht? Damit beweist er doch, daß er nicht so unschuldig ist. Und warum veranlaßte er D. ebenfalls die Flucht? Weil beide gemeinsa-

me Sache machten und gegen unsere demokratische Gesetzlichkeit verstoßen haben.

Das ist das wahre Gesicht Baake und deshalb gebührt ihm die gerechte Strafe. Niemals wird sich unsere demokratische Gesetzlichkeit gegen die Arbeiter und Kollegen richten, die sich am 17. Juni 1953 durch die Provokateure irreführen ließen. Hier wird es unsere Aufgabe sein, sie auf den richtigen Weg zu bringen und sie durch Beharrlichkeit von der Richtigkeit der Politik unserer Partei und der Regierung zu überzeugen. Unsere demokratische Gesetzlichkeit wird aber hart und unerbittlich angewandt gegen die Elemente, die es wagen, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu beseitigen. Dies fordert jeder anständige und ehrliche Arbeiter.

Ebenfalls hierzu: Brief des Ludwig Wellhausen vom 8. Dezember 1953 an Helmut Baake

Lieber Baake, lieber D.!

Ja, dieser Brief von Euch hat mich nun in der Tat überrascht mehr aber noch erfreut! Da können wir beinahe einen Ableger des Elektromotorenwerkes Wernigerode im Westen aufmachen. – Fahrer, Wickler, Materialversorger, Normensachbearbeiter, Ingenieure, Kaufleute, Einkäufer, alles ist da und Material hätten wir hier in Hülle und Fülle. – Grüsst mir bitte Frau und Herrn Lüdecke recht herzlich von mir. – Dass mein Fisch’chenfreund und der Heinrich wegseien – das konnte ja niemand anderes sein als Baake und Dwuletzki – schrieb mir meine Frau, die ja noch drüben ist mit meiner kleinen Sabine. – Meine Frau will unter allen Umständen den Umzug mit Möbeln erreichen, sie wird über Weihnachten und Neujahr in Urlaub nach hier kommen. – Dass aber auch Lüdecke diesseits des eisernen Vorhangs ist, wusste ich bis jetzt noch nicht. – Wie und warum ist denn Hartmann rüber und wo steckt er denn? Müller, genannt Jesus, vom Einkauf ist wieder im Amt und Würden im Justizdienst – er war ja 131ler – früher schrieb er mir, jetzt hat er es lange nicht getan, seine Anschrift lautet Ernst M..., Ludwigsburg, ..., auch mit dem Einkäufer Reiher stehe ich in Verbindung, er hat noch keine Arbeit, aber er ist anscheinend guter Dinge, er hatte ja immer Humor und Witz. – Seine Anschrift – Siegfried R..., Kupprichhausen, Kr. Taubertschheim, ... – Man sieht, der Wind hat uns in alle Himmelsrichtungen zerstreut. – Nur ist es bei Euch ganz etwas anderes als bei mir. – Ihr seid weg von Eurer Heimat, losgelöst von Verwandten und Bekannten, ich bin in meine wirkliche Heimat zurückgekehrt, zu Verwandten und Bekannten, zu den alten Freunden, ich

habe da und dort Verbindungen und Beziehungen, wie gesagt bei Euch ist das etwas ganz anderes, etwas viel schwereres. – Was ich treibe und was ich mache, kurzum, wie es mir geht, fragt Ihr?

Ja, als mein Urlaub bzw. mein Interzonenpass am 15. September abgelaufen war – ich wollte ja wieder zurück um meine Sache vor Grotewohl durchzufechten – wurde mir am gleichen Tage eine Stellung angeboten, die ich nicht ausschlagen durfte, wenn ich nicht leichtsinnig hätte handeln wollen, mir und meiner Familie gegenüber. – So nahm ich an und habe diese Stellung am 16. September abgetreten. Ich bin anstelle eines ausgeschiedenen Teilhabers als Prokurist bei einer Eisengrosshandlung eingetreten, verdiene eine schöne Stange Geldes, wenn auch nicht so viel wie am Elwe, der Laden ist natürlich wesentlich kleiner, dafür ist die Arbeit vielseitiger und abwechslungsreicher, weniger viel weniger aufreibend, weil es Material so viel gibt, wie wir haben wollen, und obendrein noch auf die Stunde, zu der wir es für unsere Abnehmer benötigen. – Die Firma hat mir schriftlich bestätigt, dass ich Dauerstellung bei ihr habe, und dass ich bis zu meinem Tode oder zu meiner Arbeitsunfähigkeit bei ihr bleiben kann – wenn ich will – und ich glaube, ich werde wollen. Ich wohne hier bei meinen Schwiegereltern zusammen mit meinem Sohn, der ja immer im Westen war, demnächst werden im gleichen Hause zwei grosse Zimmer frei, die ich haben soll, und dann fehlen uns nur unsere Möbel von drüben – und die Fische – ja und was sollte dann noch fehlen? Gesundheit und Frieden, die wir uns ja immer gewünscht haben und sonst eigentlich nichts weiter als ein bisschen Zufriedenheit. –

Ja und Ihr zugleich Unglücklichen und Glücklichen müsst nun in der Tat wieder von vorne anfangen. – Seid Ihr wenigstens als Flüchtlinge anerkannt? Ich nehme es ja ohne weiteres an, denn die Voraussetzungen sind ja ohne weiteres gegeben. – Aber sieh mal da die Fricken! Ja, Schiller hat ja schon gesagt, da werden Weiber zu Hyänen! Und das Zeug dazu hatte sie ja, unsere gute Fricken! Aber was wird unser guter Eichler geguckt haben, als Heinrich seinen Wagen zugeschlossen hatte und nicht mehr wieder kam! Es soll ja schon mehreren so gegangen sein. – Unter Maxe Menzel hält treu und brav durch, wie wird der noch nach Guss herumsausen! Aber was machen denn Wernicke und Köhler von der Wickelei? Liess man sie denn in Ruhe? Ja und was der und was der, man könnte endlos fragen, aber das geht ja nicht. – Am besten: ein Treffen der Flüchtlinge und Abgesetzten des Elwe, Wernigerode von Emde, über Heckmann bis in unsere Tage. – Interessant wäre das schon. – Das Unikum Prosiegel mal wieder zu sehen, es gäbe viel zu lachen, glaube ich. –

Ja unsere Fische! Einer von den vier kleinen, die Sie mir gaben, hats durchgerissen, die anderen drei sind eingegangen als wir im August/September alle hier waren und die Pflege weniger erfahrenen Hausbewohnern überliessen, die haben sie wahrscheinlich totgefüttert. – Und an diesem kleinen Kerl hängt die Sabine so, dass sie ihn unter allen Umständen in einer Thermosflasche mitnehmen will, wenn sie endgültig nach hier übersiedelt. – Obs Klappen wird? Wenn nicht, gibt's Heulen und Zähneklappen!

Ja und nun habe ich eigentlich nur noch einen Wunsch. – Dass ich Euch allen eine gut bezahlte Arbeit beschaffen könnte. – Aber Ihr wisst ja wie das ist. – Alle Welt spricht von einem Wunder, das ich erlebt habe mit der Stellung, die ich fand bzw. angeboten bekam, ich werde viel beneidet von anässigen Leuten, die sich seit Jahren gerne verbessern wollen und gerne auf diesen Platz gewechselt hätten. – Ja, lieber Baake und lieber Heinrich – so redeten wir uns auf unseren vielen gemeinsamen Autofahrten ja immer an – ein wenig Dusel gehört halt auch dazu und ich wünsche Euch, dass Ihr diesen Dusel über kurz oder lang auch haben möget, auf den Kopf seid Ihr ja auch nicht gefallen. – Also nur Mut – und wenn die Brust platzt – es muss durchgebissen werden, ich kaue und schlucke und würgen auch noch, denn ich bin von einer schönen Wohnung in eine Behelfswohnung gewechselt, bin ohne Frau und ohne Tochter und weis ja auch noch nicht, ob meine Frau den Umzug mit Möbeln schaffen wird. – Wenn nicht, fange ich auch wieder von vorne an und ich tu es gern, denn ich kann wieder frei schaffen und atmen und werde nicht mehr für Dinge verantwortlich gemacht, für die die Regierung verantwortlich zu machen war. – Aber ich habe eines Euch voraus, die Heimat und eine Existenz. – Lasst Euch den Kampf nicht leid werden, und wenn wir irgendwie uns helfen können, dann wollen wir es tun. –

Herzliche Grüsse, auch Euren Frauen, sie sollen nicht traurig sein, denn sie spüren das Fehlen des eigenen Heims mehr als die Wandervögel, die immer mit dem Wagen unterwegs auf den schönen sommerlichen und winterlichen Strassen der DDR waren (Winter im Erzgebirge, Olbernhau Herr Baake und entlang der Oder-Neisse-Grenze zur Sommerszeit, Herr Dwuletzki). Ja schön war es doch, und es hätte viel schöner sein können, wenn die Umstände schön gewesen wären, wie die Landschaft. –

Aber nun gute Nacht und Kopf hoch, es muss doch Frühling werden!

Beachtet bitte die neue Anschrift. – Krofdorf liegt 5 km vor Giessen, hat Autobusverbindung, in herrlicher hessischer Landschaft mit viel Wald und viel Wild, zwei alte Ruinen, der Gleiberg und der Vetzberg, die man links von

Giessen liegen sieht, wenn man mit der Bahn von Frankfurt (Main) nach Kassel fährt. – Ahoi!

Um ihre Solidarität mit den Arbeitern im Elmo zu bekräftigen, entschieden sich die Kollegen der Ysat-Fabrik für einen 24-stündigen Sitzstreik, der vom 19. bis 20.6.1953 stattfand.²³⁶ An der Ausarbeitung der geplanten Resolution beteiligten sich ebenfalls zwei Funktionäre: der stellvertretende Werkleiter Genosse K. und der Abteilungsleiter für Arbeit, Genosse B.

In der Holzmehlfabrik²³⁷ streikte die gesamte Belegschaft. Abteilungsleiter B. von der Ysat-Fabrik half den Kollegen bei der Organisation des Streiks und beim Verfassen ihrer Resolution.

Die IFA-Fabrik verpflichtete sich im Nachhinein, die ausgefallene Arbeitszeit vom 17. und 18.6. nachzuarbeiten: offiziell um den Plan nicht zu gefährden, inoffiziell um einen Ausfall des ohnehin geringen Lohns zu verhindern. Sie wollten dafür die Frühstückspause weglassen oder länger arbeiten.

Genosse Wagner, Betriebsleiter der Papierfabrik Wernigerode, hatte einige Tage vorher, am 14. Juni, seinen Austritt aus der SED erklärt. Er veranlasste die Belegschaft in den Tagen um den 17. Juni 1953, ihre Wünsche vorzubringen und verfasste selbst den Text der Resolution, die er, ebenso wie Parteisekretär Genosse Mänz und Genosse B., mit unterschrieb. Mänz und Wagner wurden deswegen verhaftet. Auch im Postamt Wernigerode wurde mindestens ein Organisator des dortigen Streiks, der Personalstellenleiter Otto F. (geb. 1925) verhaftet. Über die stattgefundenen Aktionen fand sich bisher nur ein Hinweis im Protokoll²³⁸ der Blankenburger Ortsdelegierten-Konferenz der SED, wo Genosse W. berichtete, dass im Postamt Wernigerode am 17. Juni gestreikt wurde. Die Kolleginnen aus Wernigerode hätten dann den Blankenburgern angeboten, ihnen beim Streik zu helfen und wollten während der Nacht das Blankenburger Postamt besetzen. Dazu kam es am Ende nicht.

Auch in den Vereinigten Harzer Sägewerken entstanden Unruhen. In der daraufhin durchgeführten Versammlung sollte den Kollegen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Forderungen zu äußern. Ein Leitungsmitglied der Be-

²³⁶ Vgl. Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

²³⁷ Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

²³⁸ Protokoll der Blankenburger Ortsdelegierten-Konferenz der SED, 23./24.1.1954. Aus Stadtarchiv Blankenburg Akte 929/Bl. 2 „Ortsdelegiertenkonferenz 1954, Protokolle und Berichte“ 1952–1954.

triebsparteiorganisation sagte: „Es scheint so, als haben wir keine Regierung mehr. Ich schlage vor, eine Kommission zu bilden, welche die weiteren Dinge in die Hand nimmt.“²³⁹

Nicht selten schlossen sich im Kreis Wernigerode auch Genossen und leitendes Personal den Streiks an: so wie am 19.6. auch im VEB Bürobedarf Wernigerode.

Am 20. Juni 1953 streikten immer noch ca. 60 % der Kollegen.

Nach den Streiktagen begann im Wernigeröder Kleiderwerk am 22. Juni 1953 – wie in den meisten anderen Betrieben auch – wieder die reguläre Arbeit. Doch so schnell legte sich die Aufregung der letzten Tage nicht: Von fünf Ärzten des Kreiskrankenhauses Wernigerode traten drei aus der SED aus. Sie begründeten ihre Entscheidung, damit, dass VP-Angehörige auf Arbeiter geschossen hätten. Außerdem wurden 12 Mitgliedsbücher des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zurückgegeben. Als der 2. Sekretär mit den Personen eine Aussprache führen wollte, lehnten die Kollegen diese ab, weil sie mit der SED-Leitung nichts mehr zu tun haben wollten. Selbst bei Parteimitgliedern war das Misstrauen deutlich spürbar. Am 25. Juni zerriss Genosse M., Hallenmeister und Leitungsmittglied im Schlachthof Wernigerode, seinen SED-Ausweis vor mehreren Kollegen. Schon lange sei er nicht mehr mit der Politik der SED einverstanden.²⁴⁰

Die Kolleginnen der Wäscherei Wernigerode verlangten, ihre Verpflichtung, dass sie die durch den Streik verloren gegangene Arbeitszeit nacharbeiten würden, was in der Volksstimme als patriotische Tat veröffentlicht wurde, wieder zurückzunehmen. Nur um das Streikkomitee des Elektromotorenwerkes zu befreien, hätten sie dieser Verpflichtung zugestimmt.²⁴¹

Auch in den folgenden Tagen beobachtete die SED-Kreisleitung eine abwartende und skeptische Haltung unter den Bewohnern des Kreises: besonders in Betrieben, in denen überwiegend Frauen beschäftigt wurden.

239 Vgl. Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

240 Vgl. Brief der SED-Kreisleitung Wernigerode an Bezirksleitung Magdeburg vom 26.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/4/25.

241 Bericht vom 25.6.1953. Aus Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg IV/2/20/55.

8. Verzeichnisse

a. Ortsverzeichnis aller erwähnten Orte

Ahlum ⁺	49–50	Genthin	62–65
Altenweddingen ⁺	136	Giesenslage (LPG) ⁺	45
Baben ⁺	45	Gladenau	44
Badersleben	141–142	Glöthe	117
Ballerstedt ⁺	45	Göbel ⁺	100
Barby	103–105	Goldbeck ⁺	45
Barleben	71–73, 78	Gommern	78–81
Beetzendorf	49	Grieben ⁺	60
Biederitz ⁺	78	Groß Ammensleben ⁺	76–77
Bismark	51	Groß Germersleben ⁺	134
Blankenburg	150, 154–166	Gunsleben ⁺	139
Bleiche ⁺	73	Güsen	61, 65
Böhne ⁺	48	Güterglück	101
Breitenfeld ⁺	53	Hadmersleben ⁺	134, 136
Brumby	105–111	Halberstadt	139–149
Buckow ⁺	46	Haldensleben	68–70
Burg ⁺	78	Havelberg	47
Calbe	111–117	Heudeber ⁺	141, 154
Colbitz ⁺	71	Hobeck	96–99
Dalchau ⁺	100	Hohendodenleben	134
Deetz	101	Ilseburg	150, 166
Derenburg	154	Jerchel (LPG) ⁺	52
Dessau (b. Osterburg)	44	Jerichow ⁺	61
Domersleben	132–134	Jeseritz ⁺	52
Dönstedt ⁺	66	Kade	61
Dornburg	101	Kakerbeck ⁺	51
Egeln (Nord)	127	Kalbe	51
Eilenstedt ⁺	141	Kaltenberg (LPG)	40
Elbingerode	150, 153	Karow	61
Engersen ⁺	53	Kirchmöser ⁺	61
Erxleben ⁺	45	Klein Wanzleben ⁺	134
Etgersleben	128	Kleinau	44
Flechtingen (LPG) ⁺	70	Kleinwusterwitz ⁺	64
Flessau ⁺	45	Klietz	47
Gardelegen ⁺	52	Klötze ⁺	49–51

Königsborn ⁺	90	Roxförde ⁺	52
Kossebau ⁺	45	Rübeland	153
Krüden (LPG)	40	Saalfeld ⁺	44
Letzlingen ⁺	53	Salzwedel	41–43
Loburg ⁺	96	Sandau ⁺	46
Loitsche	73–74	Schlagenthin	64–65
Lostau	81–85	Schmetzdorf ⁺	48
Lübs	101	Schneidlingen	128
Magdeburg	14–38	Schönebeck	117–126
Mahlwinkel	59–60	Schwaneberg	134
Menz	86–96	Seehausen	132, 134–136
Meseberg ⁺	45	Silstedt ⁺	154
Mieste	53–54	Sohlen (Gut) ⁺	134
Möckern	97, 100	Staßfurt	127, 129–132
Möser ⁺	86	Stendal	54–57
Neuendorf	49	Tangerhütte	58–60
Niederndodeleben	74	Tangermünde	54
Nienhagen	141–142	Tanne	150, 167
Oebisfelde ⁺	49	Tarthun ⁺	127
Oschersleben	136–139	Trüstedt (LPG) ⁺	52
Osterburg	45–46	Uchtenhagen (LPG) ⁺	45
Osterwieck	140	Vieritz	48
Packebusch ⁺	52	Walsleben ⁺	45
PaplitZ (LPG)	61	Walternienburg ⁺	102
Parey	61, 65	Warnau ⁺	46
Polkau	44	Wegeleben	141
Pömmelte	117	Wernigerode	150–153, 167–176
Potzehne ⁺	52	Wernitz ⁺	52
Premnitz ⁺	48	Westeregeln ⁺	128
Puhs ⁺	61	Wollenrade	45
Pulspforde ⁺	103	Wolmirstedt	75
Rathsleben ⁺	45	Woltersdorf	86
Rätzlingen	67	Wolterslage ⁺	45
Ritze ⁺	43–44	Wudicke ⁺	48
Rogätz	74	Zerbst ⁺	101–102
Rossau ⁺	45	Zielitz	74
Roßdorf ⁺	64	Zollchow ⁺	48
Rothen (LPG)	140		

Zusätzlich zu den genannten Orten werden von Torsten Diedrich in seinem Buch „Der 17. Juni 1953 in der DDR“ noch folgende genannt:

Bieberitz, Biere, Bottmersdorf, Dodendorf, Großmühlingen, Groß-Rosenburg, Harbke, Hohenwarthe, Hüttenrode, Osterwedding, Steutz, Uhrleben

Mit Markierung⁺: alle Orte, in denen es nur kleinere Aktivitäten gab, wie z. B. Freudenfeste, LPG-Auflösungen, nicht-gezahlte Partei-Beträge ...

b. Abkürzungsverzeichnis

(1.) SED-UnBerG SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (auch BdVP)
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BMW	Bayerische Motorenwerke
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BPO	Betriebsparteiorganisation
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSTA	Bezirksstaatsanwalt(schaft) (auch BStA)
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
B w	Bahnwerk
CAS	Chemieanlagenbau (Staßfurt)
CDU	Christlich-Demokratische Union
DAV	Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen in der DDR
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DHZ	Deutsche Handelszentrale
DM	Deutsche Mark
DSF	Deutsch-Sowjetische-Freundschaft
EKM	Elektromotorenwerk
EWV	Eisenwerk West
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GO	Grundorganisation (SED)
HHG	Häftlingshilfegesetz
HO(-Läden)	(staatliche) Handelsorganisation

IFA	Internationale Fahrzeug- und Automobilbau
IfL	Institut für Lehrerbildung
IG	Industriegewerkschaft (z. B. Metall)
KFZ	Kraftfahrzeug
KG	Kontrollgruppe; Kommanditgesellschaft
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
KVP	Kasernierte Volkspolizei
LBH	Landmaschinenbau Haldensleben
LDP, LDPD	Liberaldemokratische Partei (Deutschlands)
LKW	Lastkraftwagen
LPG	Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft
MAS	Maschinenausleihstation
Mdi	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGs	Maschinengewehre
MPs	Maschinenpistolen
MTS	Maschinen-und-Traktoren-Station
NAGEMA	Nahrungs- und Genußmittel Magdeburg
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
OPO	Ortsparteiorganisation(en)
Pf	Pfennig(e)
PKW	Personenkraftwagen
RAW	Reichsbahnausbesserungswerk
RIAS	„Rundfunk im amerikanischen Sektor“ Berlins
SAG-Betrieb	(Sowjetische Aktiengesellschaft)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKET	SAG-Betrieb (Sowjetische Aktiengesellschaft) (Kombinat) „Ernst Thälmann“
SMT	Sowjetischen Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPWs	Schützenpanzerwagen
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SU	Sowjetunion
T 34 Panzer	Tank (Panzer)

TAN	Technische Arbeitsnorm
Tbc	Tuberkulose
UHA	Untersuchungshaftanstalt
US	United States (Vereinigte Staaten von Amerika)
VdgB-VHG	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe-Volkseigene Handelsgesellschaft
VEAB	Volkseigener Aufkaufbetrieb, z. B. Eiererfassungsstelle
VEB	Volkseigener Betrieb
VEB & AS	Volkseigener Betrieb und Anlagenbau Staßfurt
VEG	Volkseigenes Gut
VHK	Volkseigene Harzer Kalk- und Zementwerke (Rübeland)
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VWG	Verwaltungsgemeinschaft
WEMA	Werkzeugmaschinenfabrik (Zerbst)
ZK	Zentralkomitee

c. Literaturverzeichnis

Literatur über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Magdeburg und der übrigen DDR

Baring, Arnulf:	Der 17. Juni 1953; Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983
Bärwald, Helmut:	Das Ostbüro der SPD. 1946–1971 – Kampf und Niedergang; Sinus Verlag, Krefeld 1991
Berger, Siegfried:	„Ich nehme das Urteil nicht an“ – Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal; Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin, Berlin 1998
BSV, Kreisverband Magdeburg:	Ein Gespenst ging um – Erlebnisberichte aus dem „sozialistischen Lager“ 1945 bis 1989. Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Reihe „Betroffene erinnern sich“ Nr. 2, 2. Auflage, Magdeburg 1997
Buchstab, Günter:	Der Volksaufstand in der DDR; Archiv für Christlich-Demokr. Politik d. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin 2001

Bundeszentrale für politische Bildung; DeutschlandRadio; Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam (Hrsg.):	17. Juni 1953. Chronik des Volksaufstandes in der DDR; CD-ROM, erscheint Juni 2003 (Bezug über: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn oder www.bpb.de) – außerdem sind die Inhalte, die noch erweitert werden, abrufbar unter www.17juni1953.de
Diedrich, Torsten; Hertle, Hans-Hermann (Hrsg.):	Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953; Metropol-Verlag, Berlin 2003
Diedrich, Torsten:	Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk; Dietz Verlag, Berlin 1991
Eisenfeld, Bernd; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Neubert, Erhart:	Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte; Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten, Band 25; Edition Temmen, Bremen 2003
Flemming, Thomas:	Der 17. Juni 1953. be.bra Verlag, Berlin 2003
Freier, Olaf:	Der Juni-Aufstand 1953 im Industrierevier Bitterfeld-Wolfen. In: Tullner, Mathias (Hg.), Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte, Heft 11, S. 36; Mitteldeutscher Verlag, Halle 1998
Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger:	Der Tag X und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat; Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten, Band 24; Edition Temmen, Bremen 2003
Fricke, Karl Wilhelm; Spittmann, Ilse:	17. Juni 1953; Verlag Wissenschaft und Politik, Köln
Fricke, Karl Wilhelm:	17. Juni 1953. Der Aufstand. Funkdokumentation; Deutschlandfunk, Köln 1993
Friedrich-Ebert-Stiftung:	Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums/ Deutsche Teilvergangenheiten – Aufarbeitung West – 4. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 17. bis 19. Juni 1993. Dokumentation; Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig, Leipzig 1993
Fuckert, Walter:	„Der 17. Juni 1953 in den Leunawerken. Mit einer Darstellung der Ereignisse an diesem Tage“, Projekte Verlag, Halle 1996
Gursky, André; Löhn, Hans-Peter:	Der 17. Juni 1953 in Halle. Begleitmaterial zur Sonderausstellung im Roten Turm Halle (Marktplatz) vom 18. Juni bis 15. Juli 1998; LStU Sachsen-Anhalt und Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle/S., Magdeburg, Halle/S. 1998

Hagen, Manfred:	DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus; Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1992
Hagen, Manfred:	„Wir sind doch nicht geschlagen?!“ Erste Reaktionen der SED-Führung auf die Volkserhebung 1953; H.-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Dresden 1993
H.-Arendt-Institut:	Ansprachen zur Eröffnung am 17. Juni 1993; H.-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Dresden 1993
Herrnstadt, Rudolf:	Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953; Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1991
Hildebrandt, Rainer:	Der 17. Juni; Haus am Checkpoint Charlie, Berlin 1990
Jakobs, Friedrich:	Wie ich den 17. Juni 1953 in Magdeburg erlebte. Zeitzeugenbericht. 2. Fassung 20.3.97; LStU Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Magdeburg
Karmrodt, Andreas:	Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei; Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen, Erfurt 1997
Koop, Volker:	Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit; Siedler Verlag 2003
Kowalczyk, Ilko-Sascha:	„17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR“. Ursachen – Abläufe – Folgen; Edition Temmen, Bremen 2003
Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hrsg.):	Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54; Ch. Links Verlag, Berlin 1996
Krämer, Martin:	Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland; Universitätsverlag Dr. N. Brockmeier Verlag, Bochum 1996
Löhn, Hans-Peter:	Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale; Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten, Band 22; Edition Temmen, Bremen 2003
Moczarski, Norbert:	Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhl. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen. Versuch einer histographischen Skizze anhand archivalischer Quellen; Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen, Erfurt 1996
Mokros, Dietmar:	17. Juni 1953 in Lutherstadt Eisleben und Mansfelder Land; BSV, Landesverband Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der VOS, Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003
Müller-Enbergs, Helmut:	Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni; Ch. Links Verlag, Berlin

Roth, Heidi:	Der 17. Juni 1953 in Görlitz. Dokumentation zum Volksaufstand; Lusatia Verlag, Bautzen 1998
Roth, Heidi:	Der 17. Juni 1953 in Sachsen; Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 1999
Rupieper, Hermann-Josef (Hg.):	in Verbindung mit Daniel Bohse und Inga Grebe: „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, LIT Verlag, Berlin 2003
Russig, Peter:	Wilhelm Grothaus – Dresdner Antifaschist und Aufstandsführer des 17. Juni; Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Dresden 1997
Schilling-Werra, Georg J.:	Und im Osten wird es hell. Tatsachenroman um den Volksaufstand 1953 in der DDR, 1. Band der Trilogie „Flucht und Vergeltung“; Frieling Verlag, Berlin 2000
Schmidt, Heidemarie; Wagner, Paul Werner:	„... man muß doch mal zu seinem Recht kommen ...“. Paul Othma – Streikführer am 17. Juni Bitterfeld; LStU Sachsen-Anhalt (Hg.), Magdeburg 2001
Sperk, Alexander:	Der 17. Juni 1953 in Köthen/Anhalt – ein Volksaufstand? In: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde, hrsg. unter Mitwirkung des Landesarchivs Oranienbaum; 9. Jahrgang, S. 159, Köthen 2001
Timmermann, Heiner (Hrsg.):	Der 17. Juni 1953, der Kalte Krieg und die Außenpolitik; Duncker & Humblot Verlag, Berlin 2003
VOS e. V., Landesgruppe Sachsen-Anhalt:	Vom Roten Ochsen geprägt – Lebensumstände politischer Häftlinge 1944 bis 1956. Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Nr. 1, 2. Auflage, Magdeburg 1996.
Wahl, Stefanie; Wagner, Paul Werner (Hrsg.):	im Auftrag des Wilhelm-Fraenger-Instituts Berlin: Der Bitterfelder Aufstand. Der 17. Juni 1953 und die Deutschlandpolitik. Ereignisse – Zeitzeugen – Analysen, Forum Verlag, Leipzig 2003
Zeit-Geschichte(n) e. V.:	Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage (Grashoff, Udo); Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte, Halle/Saale 2001
Zeit-Geschichte(n) e. V.:	Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage (Postkartenmappe mit 17 Postkarten); Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte, Halle/Saale 2001
Zeit-Geschichte(n) e. V.:	Der 17. Juni 1953 in Halle/Saale (CD-ROM); Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte, Halle/Saale

Impressum

Anne Haertel:

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg.
Schlaglichter

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 28)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, 2. Auflage Mai 2003

Layout: Laßleben

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH

2. Auflage gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Landtages von Sachsen-Anhalt und des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt.